

POLITISCHE STUDIEN 403

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

Schwerpunktthema:

60 Jahre CSU

Mit Beiträgen von
**Angela Merkel, Horst Möller,
Heinrich Oberreuter, Edmund
Stoiber, Theo Waigel, Hans
Zehetmair**

Wolfgang Schüssel

Was nun Europa? Politische Studien-
Zeitgespräch

Peter J. Opitz

Glanz und Elend einer Weltorganisa-
tion – 60 Jahre Vereinte Nationen

Christian Hacke

Regionalkultur und Religion als innen-
politische Bestimmungsfaktoren ameri-
kanischer Außenpolitik am Beispiel
George W. Bush



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Atwerb-Verlag KG

POLITISCHE STUDIEN 403

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

Schwerpunktthema:

60 Jahre CSU

Mit Beiträgen von
**Angela Merkel, Horst Möller,
Heinrich Oberreuter, Edmund
Stoiber, Theo Waigel, Hans
Zehetmair**

Wolfgang Schüssel

Was nun Europa? Politische Studien-
Zeitgespräch

Peter J. Opitz

Glanz und Elend einer Weltorganisa-
tion – 60 Jahre Vereinte Nationen

Christian Hacke

Regionalkultur und Religion als innen-
politische Bestimmungsfaktoren ameri-
kanischer Außenpolitik am Beispiel
George W. Bush



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Atwerb-Verlag KG



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Herausgeber:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair,
Staatsminister a.D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/
Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser
(Chefredakteur, v.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (stellv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Irene Krampfl (Redaktionsassistentin)

Anschrift:

Redaktion Politische Studien
Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33, 80636 München
Telefon 089/1258-241
Telefax 089/1258-469
Internet: www.hss.de
E-Mail: PolStud@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.
Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Redaktionelle Zuschriften werden ausschließlich an die Redaktion erbeten.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00.

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung € 13,50.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft.

Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten.

Abobestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

ATWERB-VERLAG KG Publikation ©

Inhalt

Hans Zehetmair	Editorial: 60 Jahre CSU 5
Wolfgang Schüssel	Was nun Europa? Politische Studien-Zeitgespräch 7

Schwerpunktthema: 60 Jahre CSU

Angela Merkel	Geleitwort: Eine Union für Deutsch- land – Sechzig Jahre CSU 13
Edmund Stoiber	60 Jahre CSU – Herkunft und Zu- kunft einer Volkspartei..... 16
Horst Möller	Vom christlich-bürgerlichen und konservativen Widerstand gegen Hitler zur Gründung von CDU und CSU nach 1945..... 26
Heinrich Oberreuter	Bayerische Akzente – Zum Gestal- tungsanspruch der CSU auf Bun- desebene 39
Theo Waigel	Die Wurzeln und geistigen Grund- lagen der CSU – Interview mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden der CSU und Bundesminister a.D., ge- führt von Renate Höpfinger..... 47

Peter J. Opitz	Glanz und Elend einer Weltorganisation – 60 Jahre Vereinte Nationen.....	63
Christian Hacke	Regionalkultur und Religion als innenpolitische Bestimmungsfaktoren amerikanischer Außenpolitik am Beispiel George W. Bush	85
Andreas Feser	Die Glaubwürdigkeit der „dpa“ sichern	101
Klaus Brummer	Europas Antworten auf innerstaatliche Konflikte	108
Peter L. Münch-Heubner	Aus dem „Chaos“ und aus der „Krise“: Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und ihr Beginn vor vierzig Jahren – Ein Rezensionssessay	118
Das aktuelle Buch		127
Buchbesprechungen		129
Ausstellung	CSU plakativ – 60 Jahre gestaltete Politik	138
Ankündigungen		139
Autorenverzeichnis		140

Editorial: 60 Jahre CSU

Hans Zehetmair

Runde Geburtstage sind eine gute Gelegenheit, innezuhalten und den bisherigen Lebensweg des Jubilars wohlwollend, aber vielleicht nicht ganz ohne Selbstkritik Revue passieren zu lassen. Ein 60. Jahrestag ist schon im normalen menschlichen Leben ein wichtiger Einschnitt, der entsprechend gewürdigt wird. Im politischen und öffentlichen Leben gar sind solche Jubiläen noch viel wichtiger, schon weil sie viel seltener zu feiern sind. Es gibt nicht viele Institutionen, die auf eine jahrzehntelange Erfolgsgeschichte zurückblicken können. Insofern ist es nur konsequent, wenn wir in diesem Heft in einem gesonderten Schwerpunkt an den 60. Geburtstag der CSU erinnern.

Wir wollen die geistesgeschichtlichen und politischen Wurzeln der CSU hervorheben. Jenseits aller tagespolitischen Aktualität und aller Debatten um Wahlergebnisse wird dadurch erst der tiefere Hintergrund für die jahrzehntelange Erfolgsgeschichte der CSU deutlich. Ohne diese Verankerung in einem festen Wertefundament wäre schon die Gründung der CSU nicht möglich gewesen. Dies wird durch die Analyse der Rolle vieler der Politiker der ersten Stunde,

wie sie hier erfolgt, deutlich. Aber erst recht die feste Verankerung der CSU in allen Teilen Bayerns und die vielen Erfolge, die sie seit Jahrzehnten auf allen politischen Ebenen erzielt, wären ohne dieses normative Fundament nicht denkbar. Hinzu kam immer die klare politische Verortung, die innere Reformbereitschaft und überzeugendes Führungspersonal. Dies war die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die CSU über Jahrzehnte die Regierung in Bayern stellen und im Bund stets einen überdurchschnittlichen Beitrag für das Gesamtergebnis der Union leisten konnte. Auch die jüngste Bundestagswahl hat – bei aller Enttäuschung – daran nichts Grundlegendes geändert.

Franz Josef Strauß fasste in seinen Erinnerungen die Erfolgsgründe der CSU in drei Säulen zusammen, auf denen die Stellung der CSU beruhe: „Erste Säule – Zusammenführung aller politischen Kräfte, die zusammengehören. Deshalb hielt ich die Bayernpartei von Anfang an für überflüssig, so wie ich konservative Splittergruppen heute für überflüssig halte. Hierher gehört meine oft wiederholte Aussage und be-

schwörende Meinung, dass es rechts von uns keine demokratisch legitimierte Partei geben darf. Zweite Säule – Entklerikalisierung und Liberalisierung der Partei. Dritte Säule – Identifikation der CSU mit Bayern.“ (Erinnerungen, S. 530).

Wesentliche Elemente dieser Aussage beschreiben auch heute noch den Charakter der CSU. Die CSU ist nicht nur vom Freistaat Bayern und seinen Traditionen geprägt, sondern hat seit nunmehr 60 Jahren Bayern auch selbst ent-

scheidend mit geprägt. Dies war nur möglich, weil die CSU in allen Regionen, Schichten und Altersgruppen des Landes fest verankert blieb. Die CSU war immer Volkspartei und muss auch in der Zukunft Volkspartei bleiben, um die enormen Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. So wird sie auch in Zukunft in der Lage sein, sich selbst immer wieder neu aufzustellen und den Willen des Volkes in praktische Politik umzusetzen. Dies ist der CSU seit 60 Jahren gelungen, es wird ihr auch weiter gelingen.

Was nun Europa?

Politische Studien-Zeitgespräch mit dem Bundeskanzler der Republik Österreich Dr. Juris Wolfgang Schüssel

Dr. Wolfgang Schüssel wurde am 7. Juni 1945 in Wien geboren. Zwischen 1963 und 1968 studierte er an der Universität Wien und wurde zum Dr. Juris promoviert. Von 1968 bis 1975 war Dr. Wolfgang Schüssel Sekretär des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), von 1975 bis April 1991 fungierte er als Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes, einer Teilorganisation der ÖVP. Von 1979 bis 1996 war Schüssel mit Unterbrechungen Abgeordneter zum Nationalrat, 1989 stieg der redegewandte Politiker als Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten in der von der SPÖ und ÖVP gebildeten Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky zum Spitzenpolitiker auf. Am 4. Mai 1995 wurde Dr. Wolfgang Schüssel Vizekanzler und Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, am 4. Februar 2000 erlangte er das Amt des Bundeskanzlers. Im Februar 2003 wurde er mit dieser Funktion neuerlich betraut.

Politische Studien: Nach der Osterweiterung und fast ein Jahr, nachdem die Regierungschefs die Verfassung feierlich unterzeichnet haben, herrscht großer Frust. Noch nie waren die Bürger so ablehnend wie heute. Birgt das doppelte Scheitern des Gipfels vom Juni 2005 eine Chance für die Europäische Union, sich zu wandeln und wieder attraktiv für die Bürger zu werden?

Wolfgang Schüssel: Absolut. Wir müssen diese Chance jetzt auch wirklich nutzen. Diese Phase des aktiven Zuhörens ist notwendig, um die tatsächliche Stimmungslage bei Europas Bürgern auszuloten und daraus die

richtigen Schlüsse zu ziehen. Dabei sollten wir aber die Kirche im Dorf lassen und nicht das Projekt Europa grundsätzlich in Frage stellen. Die Europäische Union ist und bleibt eine historische Leistung, die ohne Alternative ist und dauerhaften Frieden und Freiheit für 470 Millionen Menschen gewährleistet.

Politische Studien: Muss Europa neu gegründet und seine Vision neu definiert werden?

Wolfgang Schüssel: Europa ist ein Prozess, ständig in Bewegung und Entwicklung. Wir müssen immer daran

*Der österreichische
Bundeskanzler
Dr. Wolfgang Schäussel.
Bild: Bernhard J. Holzner
© HOPI-MEDIA*



arbeiten und darum bemüht sein, Europa besser zu machen. Wir brauchen kein neues Europa, aber wir können ein besseres Europa schaffen.

Politische Studien: Was nun Europa? Die großen Probleme der Union sind eng miteinander verzahnt, und bereits 2007 mit der deutschen Ratspräsidentschaft müssen Lösungen gefunden sein. Bis dahin freilich ist auch jemand gefragt, den man derzeit allerorten schmerzlichst vermisst, ein europäischer Leader, ein produktiver Vor-denker und Vormacher, ein Aufmunterer und Antreiber. Könnte Deutschland oder könnten, ja müssten sogar Deutschland und Frankreich diese Rolle wieder übernehmen oder werden Sie, Herr Bundeskanzler, in der Österreichischen Ratspräsidentschaft 2006 der „Retter Europas“?

Wolfgang Schäussel: Die Europäische Union besteht aus 25 Mitgliedsländern,

von denen jedes einen wertvollen Beitrag für Europa leistet. Nur wenn wir alle zusammen arbeiten, wenn wir alle kreativen Kräfte in diesem vielfältigen Europa nutzen, werden uns Fortschritte gelingen. Das gilt sowohl für die Mitgliedstaaten, aber selbstverständlich auch für alle europäischen Institutionen. Europa braucht keinen Führer oder Retter. Was wir brauchen, ist vertrauensvolle Zusammenarbeit untereinander – dann ist Europa handlungsfähig.

Politische Studien: Die Staats- und Regierungschefs haben zu einer Denkpause aufgerufen, zu einer Pause des Nachdenkens und des Dialogs. Dazu bedarf es der Vermittlung und des Ausgleichs. Der überfällige offene politische Dialog mit allen Bürgern muss verstärkt werden. Welche Verantwortung und welchen Stellenwert sehen Sie bei diesem Prozess für die eigenständigen politischen Stiftungen?



Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schässel (Mitte), EU-Ratsvorsitzender, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker (links), Niederlands Premierminister Jan Peter Balkenende (rechts) bei der Frühjahrstagung 2005 des Europäischen Rates mit den EU-Staats- und Regierungschefs, Außen- und Finanzministern in Brüssel.

*Bild: Bernhard J. Holzner
© HOPI-MEDIA*

Wolfgang Schässel: Politische Stiftungen sind ganz wesentliche Motoren, um eine öffentliche Diskussion zu initiieren, zu beleben und eine fundierte Analyse zu erarbeiten. Politische Stiftungen und Akademien sind Ideen- und Denkstätten, die in der politischen Meinungsbildung nicht weg zu denken sind.

Politische Studien: Eine gemeinsame Sorge der Wahlbürger in Frankreich und den Niederlanden war die Aufnahme zahlreicher neuer Mitgliedstaaten mit ungeklärten Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden. Sollten während dieser Denkpause auch die Grenzen Europas definiert werden?

Wolfgang Schässel: Wir müssen über die Grenzen Europas offen reden, wobei ich Grenzen in mehrfacher Hinsicht definiert wissen will. Denn es geht

nicht nur um die geografischen Grenzen Europas, es geht – und dieses Unbehagen war bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden ja spürbar – auch um die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der EU, ein Punkt, den ich im Rahmen der Türkei-Diskussion ganz massiv thematisiert und in die Schlussfolgerungen hinein reklamiert habe.

Angesichts der Terroranschläge in Madrid und jetzt in London stoßen wir auch an Grenzen, in dem Sinne, dass einige in Europa lebende Menschen offenkundig nicht in Europa angekommen sind und unser europäisches Lebensmodell mit Attentaten und Selbstmordanschlägen stören oder zerstören wollen. Da müssen wir Grenzen setzen und dem entschlossen entgegen treten.

Politische Studien: Die Anschläge in London haben Europa ins Herz ge-

troffen. Wie soll bzw. wird die EU auf den Terror reagieren?

Wolfgang Schüssel: Mit Entschlossenheit und ohne Zögern. Wir müssen diesen Netzwerken der Zerstörung eine Union des Vertrauens und der Zusammenarbeit entgegen setzen. Was an kriminalistischen Maßnahmen notwendig ist, soll und wird gemacht werden. Die Kooperation auf europäischer Ebene funktioniert gut und soll natürlich noch intensiviert werden. Aber es muss auch die Gesellschaft mithelfen und ihre Freiheit und Sicherheit aktiv verteidigen und den Behörden bei der Ermittlung von terroristischen Netzwerken helfen.

Politische Studien: Doch nicht nur ein gescheiterter Gipfel ist das Problem. Europa wird belastet von 20 Millionen Arbeitslosen, Null-Wachstum in Deutschland und nur wenig mehr in Frankreich, Rezession in Italien und dunklen Zweifeln über die Zukunft des Euro. Welche Zukunft gibt es noch für

die Europäische Union zur Halbzeit der Lissabon-Agenda, durch die Europa die wettbewerbsfähigste Region der Welt werden sollte?

Wolfgang Schüssel: Mein Bild von Europa ist bei weitem nicht so düster, wie Sie das in Ihrer Frage suggerieren. Richtig ist, dass wir vor einer Reihe von Herausforderungen stehen, etwa am Arbeitsmarkt, etwa im Bereich der Strukturreformen oder bei Forschung und Innovation. Wehklagen und Mutlosigkeit werden uns bei der Bewältigung dieser Aufgaben aber nicht helfen. Wir brauchen ein Europa, das mutig und kreativ seine Handlungsfähigkeit beweist. Dann werden wir auch die Bürger überzeugen können, dass Europa die richtige Antwort auf die drängenden Fragen der Zeit ist. Das kann und wird uns gelingen. Die bisherige Erfolgsgeschichte der EU sollte uns Mut machen, den Weg fortzusetzen.

Politische Studien: Herr Bundeskanzler, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Markus Russ, Leiter der Verbindungsstelle Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Schwerpunktthema

60 Jahre CSU

Geleitwort: Eine Union für Deutschland – Sechzig Jahre CSU

Angela Merkel

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, heißt es im Neuen Testament – zweifellos auch ein geeigneter Maßstab zur Beurteilung von Parteien. Die Bilanz der Christlich-Sozialen Union macht den Blick frei auf ihre einmalige Erfolgsgeschichte: In über 40 Jahren alleiniger Regierungsverantwortung hat die CSU den Freistaat Bayern mit einer bürgernahen und leistungsgerechten Politik für leistungsbereite Bürger von einem Agrarland zu einem der modernsten Industrie- und Dienstleistungsstandorte in Europa entwickelt. Dabei ist es ihr immer auf einzigartige Weise gelungen, Innovationsfreude mit Heimat- und Traditionsbewusstsein zu verbinden. Große Persönlichkeiten wie Hans Ehard, Hanns Seidel, Alfons Goppel, Franz Josef Strauß, Max Streibl, Theo Waigel und Edmund Stoiber mögen dabei herausragen. Aber der Erfolg Bayerns ist das Werk der CSU als Ganzes und aller Bayern. Die CSU hat daher allen Grund, ihren 60. Geburtstag in Dankbarkeit, mit Stolz und mit Zuversicht für die Zukunft zu begehen.

Die Christlich Demokratische Union feiert den Geburtstag ihrer bayerischen Schwesterpartei gerne mit. Denn CDU

und CSU haben gemeinsam in den vergangenen 60 Jahren einen beispiellos erfolgreichen politischen Weg zurückgelegt. Von 56 Jahren Bundesrepublik hat die Union in 36 Jahren Regierungsverantwortung getragen. In dieser Zeit hat sie alle wichtigen politischen Weichenstellungen vorgenommen – von der Westbindung über die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und die Ausgestaltung des Sozialstaates, von der europäischen Einigung bis zur Deutschen Einheit in Frieden und Freiheit. Angesichts dieser Erfolgsgeschichte stellt sich die Frage, aus welchen Quellen der gemeinsame Weg von CDU und CSU erwachsen ist und auf welchen Säulen der Erfolg fußt?

1. Gemeinsame Verpflichtung auf das Gemeinwohl

Der erste Grund für den Erfolg der Union liegt in der gemeinsamen politischen Zielsetzung, dem Wohlergehen der Menschen zu dienen. Die Zusammenarbeit zwischen CDU und CSU gelingt trotz aller Unterschiedlichkeit ausgezeichnet, weil allen in der Union die Liebe zu Deutschland am Herzen liegt.

Dabei ist es nur natürlich, wenn die Schwesterparteien nicht immer einer Meinung sind, aber wir sind immer auf einem gemeinsamen Weg.

Insbesondere die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nimmt hierbei eine Schlüsselstellung ein. Ihre Vorsitzenden wie Fritz Schäffer, Richard Stücklen, Wolfgang Bötsch und heute Michael Glos haben stets darauf geachtet, sowohl die institutionelle Basis des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs der CSU zu verkörpern als auch einen starken „Brückenkopf“ zur CDU zu bilden. Denn alle in der Union wissen: Es ist die Gemeinsamkeit von CDU und CSU, die den Erfolg der politischen Mitte in Deutschland gewährleistet.

2. Gemeinsamer Mut zur klaren Meinung

Die zweite große Stärke von CDU und CSU liegt in ihrem Mut zur klaren Meinung. Es waren nie einfache Zeiten, wenn die Weichen in der Bundesrepublik Deutschland neu gestellt werden mussten. Immer waren dabei Ziele und Wege umstritten. Die Union ist nie den einfachsten Weg gegangen. So war es bei Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß, als sie gegen vielfältige Vorbehalte für die Wertegemeinschaft des Westens und für die Wiederbewaffnung votierten. Es war so bei Helmut Kohl und Theo Waigel, als beide die deutsche Wiedervereinigung klug und umsichtig gestalteten und die Europäische Einigung – insbesondere mit der Einführung des Euro – als großes Werk des Friedens und der Versöhnung zum Erfolg führten. Auch die zahlreichen CSU-Minister in unionsgeführten Bun-

desregierungen wie Hermann Höcherl, Werner Dollinger und Friedrich Zimmermann stehen für diesen Mut, eigene Überzeugungen auch gegen erhebliche Widerstände zu behaupten und durchzusetzen.

Dieser Mut zur klaren Meinung ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder gefragt. Wir müssen bereit sein, die Weichen für das Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft richtig zu stellen, auch wenn Widerstände dabei zu überwinden sind. Heute werden unsere Reformkonzepte als weit reichend empfunden und kontrovers diskutiert. Aber ich bin überzeugt: Morgen werden diese Ordnungsideen die Grundlage für ein neues gemeinsames Verständnis sein.

3. Gemeinsame Kraft zur Integration

Genau hierin liegt der dritte Grund für den Erfolg der Union: in der Kraft, nach harten Kontroversen neue Gemeinsamkeit zu stiften. Die Gründungsimpulse von CDU wie CSU zielten darauf ab, Brücken zu bauen. Brücken zwischen den Konfessionen, zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, zwischen den landsmannschaftlichen Prägungen. CDU und CSU waren nie Parteien einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht, sie waren von Anfang an im Bewusstsein christlicher Verantwortung eine Union für ganz Deutschland.

Dafür stehen die Gründer der Unionsparteien mit ihren Namen bis heute: Kommunalpolitiker wie der Kölner Konrad Adenauer und der Münchner Karl Scharnagl, christliche Gewerk-

schafter wie Jakob Kaiser aus Berlin und Adam Stegerwald aus Unterfranken, engagierte Frauen wie Helene Weber und Maria Probst, Widerstandskämpfer wie Eugen Gerstenmaier und Josef Müller, der gegen eine Verengung auf einen politischen Katholizismus in der Tradition der Bayerischen Volkspartei kämpfte – sie alle machten den Charakter der Union als die große Volkspartei der Mitte erst möglich.

Dieser Brückenschlag muss immer wieder neu geleistet werden – gerade heute. Wir dürfen niemals vergessen: Integration ist eine zentrale Aufgabe der Union. Deshalb verfolgt unser Regierungsprogramm 2005-2009 zwei Schwerpunkte: Vorfahrt für Arbeit und Zukunft für Familien. Für CDU wie CSU ist alles wichtig, was mehr Menschen in Arbeit bringt und unseren Kindern bessere Zukunftschancen eröffnet. Dazu gilt es aber, Freiräume zu ermöglichen und Leistungsanreize zu setzen – auf dem Arbeitsmarkt, in den Sozialsystemen, im Bildungsbereich und bei den Steuern. Nur so werden wir mehr Wachstum schaffen, nur so werden wir auch wieder mehr Solidarität und Gerechtigkeit leben können.

4. Gemeinsames Bekenntnis zu einem Kompass

Die vierte Stärke der Union liegt in ihrer Gemeinsamkeit in den Grundwerten und Grundüberzeugungen. Die Politik von CDU und CSU hat sich nie als „Abrücken von“ bestimmt, sondern als „Einstehen für“: für das eigene Land, für die europäische Einigung und die transatlantische Partnerschaft, für die Soziale Marktwirtschaft, für Frei-

heit und Verantwortung. Genau diese Grundsatztreue ist auch heute wieder gefragt. Politik muss gerade in Zeiten schnellen Wandels den Menschen Orientierung und Halt geben.

Sagen, was man tun will, und tun, was man sagt – Klarheit und Verlässlichkeit waren schon immer zwei Maximen des politischen Handelns von CDU und CSU. Denn die Union besitzt einen klaren Kompass für ihre Politik: das christliche Menschenbild, das den Einzelnen in seiner Einzigartigkeit und seinem ganzen Potenzial an Entfaltungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt stellt. Daraus speist sich eine Politik, die nah bei den Menschen ist, die ihre Talente und Ideen fördert und die Erneuerung mit Grundsatztreue verbindet. So gelingt es, Veränderung gemeinsam mit den Menschen zu gestalten.

CDU und CSU – gemeinsam dem Wandel Richtung geben

Der gemeinsame politische Erfolg von CDU und CSU fußt seit 60 Jahren auf vier Säulen: der gemeinsamen Verpflichtung auf das Gemeinwohl, dem Mut zur Kontroverse, der Kraft zur Integration und dem Bekenntnis zu einem klaren Kurs. Diesem Gerüst ist es zu verdanken, dass die Union die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 stärker geprägt hat als jede andere demokratische Partei. Nicht zuletzt aus der historischen Leistung unserer Vorgänger ziehen CDU und CSU die Zuversicht, auch künftig als große Volkspartei der Mitte „dem Wandel Richtung zu geben“, wie Edmund Stoiber es einmal formuliert hat.

60 Jahre CSU – Herkunft und Zukunft einer Volkspartei

Edmund Stoiber

In diesen Tagen feiern wir das 60-jährige Bestehen der CSU. Im Herbst 1945 – nur wenige Monate nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft – schlossen sich die Gründer unserer Partei zusammen, um nach der größten Katastrophe der deutschen Geschichte einen Neuanfang zu wagen.

Gerade in der schwierigen Situation, in der Deutschland heute steht, ist ein Rückblick in unsere Geschichte hilfreich. Er gibt uns Orientierung, aber auch Mut und Optimismus für die Gegenwart. 1945 standen die Männer und Frauen der ersten Stunde, die die Voraussetzung für die Gründung und den Erfolg unserer Partei schufen, vor noch größeren Herausforderungen als wir heute. Doch die Gründungsväter und -mütter unserer Partei gaben nicht auf. Sie ließen sich durch Not und Leid nicht entmutigen, sondern stellten sich den Aufgaben.

Bayerische Patrioten der ersten Stunde

Dabei war anfangs keineswegs voraus-zusehen, dass die CSU eine so starke und handlungsfähige politische Partei werden würde, wie sie es heute ist. So stieß unser erster Parteivorsitzender

Josef Müller mit seiner Vorstellung von einer Partei der „offenen Türen“, in der sowohl Katholiken wie Protestanten, ehemalige Zentrumswähler und Libe-rale als auch Gewerkschaftler und Kon-servative willkommen sein sollten, auf heftigen Widerstand in den eigenen Reihen.

Es dauerte, bis sich das Müllersche Konzept durchsetzte – mit Hilfe von kraftvollen Persönlichkeiten wie Fritz Zimmermann, Hanns Seidel, Richard Stücklen und Franz Josef Strauß. Sie schafften einen wahren Neuanfang: Zwar stand die CSU insofern in der Tradition der Bayerischen Volkspartei (BVP), als sie sich ausdrücklich als eigenständige christliche Partei gründete. Aber im Gegensatz zur BVP vor 1933 schlossen sich in der CSU evangelische und katholische Christen zusammen – über die konfessionellen Grenzen hin-weg. Da gegen Hitler „als Träger des geistigen Widerstandes vor allem die aktiven Christen beider Konfessionen aufgestanden“ waren und dem Dikta-tor „die Gleichschaltung der Kirchen“ nicht gelang, sei die Überlegung zwin-gend gewesen, evangelische und katho-lische Christen zur politischen Arbeit zusammen zu führen, sagte Josef Mül-ler später über die Motive der Grün-dungsväter. Der erste Vorsitzende der

CSU selbst hatte nach eigener Aussage den Entschluss, politisch für ein christliches Europa und Vaterland zu wirken, während seiner Haft als Widerstandskämpfer im nationalsozialistischen Konzentrationslager Flossenbürg gefasst.

Die Union aus katholischen und evangelischen Christen war eine fundamentale Neuerung in der Parteigeschichte. Sie überwand den politischen Glaubensstreit von mehr als vier Jahrhunderten und den Parteienhader der Weimarer Republik. Sie war weder eine Links- noch eine Rechtspartei. Sie vertrat keine Klasseninteressen. Sie wurde zur politischen Heimat für konservative, liberale und christlich-soziale Strömungen. Für Junge und Alte, Männer wie Frauen, Arbeitnehmer und Unternehmer, Beamte und Selbstständige, Bauern und Handwerker. Für Unterfranken wie Oberbayern, Oberpfälzer und Schwaben, Niederbayern, Mittel- und Oberfranken. Für alteingesessene Bayern wie für die Heimatvertriebenen. Sie wurde zur Integrationspartei der bürgerlichen Mitte, zur Volkspartei.

Die Unionsidee von damals brauchen wir auch heute und in der Zukunft. Für unser Land, aber auch als Partei. Denn neue Fronten drohen die alten Gegensätze abzulösen. Zu befürchten ist eine Spaltung zwischen Jung und Alt, Ost und West, Singles und Familien und vor allem zwischen Arbeitslosen und Arbeitsplatzbesitzern. Immer mehr Menschen sind aus dem Erwerbsleben ausgeschlossen – in diesem Jahr fast fünf Millionen. Nur noch rund 26 Millionen Menschen in Deutschland haben voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen. Das ist nicht mehr als ein Drittel der Bevölkerung, und es wer-

den stetig weniger. Gerade Familien mit Kindern leben nicht selten auf der Schattenseite der Gesellschaft.

Die demografische Entwicklung droht das Verhältnis der Generationen untereinander zu belasten: Bis 2050 wird die deutsche Bevölkerung voraussichtlich von 80 auf 65 Millionen schrumpfen. Gleichzeitig wird sich der Anteil der über 60-Jährigen auf 40% vergrößern, der Anteil der unter 20-Jährigen auf etwa 15% sinken. Die Folge: Immer weniger junge Menschen sollen für immer mehr ältere Mitbürger finanziell aufkommen. Unsere Sozialsysteme müssen umgebaut, der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt neu gestaltet werden. Denn je ernster die Lage, je weniger zu verteilen ist, desto heftiger werden die Verteilungskämpfe: Zunehmender Wettbewerb in einer globalisierten Welt, Wachstumsschwäche und demografische Entwicklung bergen in ihrem Zusammenspiel ein gewaltiges soziales Konfliktpotenzial, das es für eine Volkspartei wie die unsere immer schwerer macht, den Interessenausgleich zu schaffen.

Die Einbindung aller Bevölkerungsschichten und Altersgruppen, der Leistungsstarken und -schwachen ist in der Vergangenheit immer die Stärke der CSU gewesen. Diese Integrationskraft ist nicht selbstverständlich, sie muss immer wieder neu erarbeitet werden. Deswegen braucht unsere Partei die ständige Erneuerung. Wir müssen Menschen aus allen Schichten und Berufsgruppen mit den unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Hintergründen, ältere Mitbürger, aber vor allem auch die Jugend für die CSU gewinnen. Wir müssen weiterhin am Puls der Gesellschaft bleiben. Wir dürfen soziale Aus-

einandersetzungen nicht verschärfen, sondern müssen Brücken bauen. Es bleibt die Aufgabe der CSU, auch künftig für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu sorgen.

Für ein starkes Bayern

Die CSU hat in ihrer 60-jährigen Geschichte gezeigt, dass sie es versteht, erfolgreich Politik zu machen: im Bund, auf europäischer Ebene und vor allem in unserer Heimat, in Bayern. Vor sechzig Jahren war Bayern ein Agrarstaat, heute sind wir ein Hightech-Standort, der sich in europaweitem Maßstab messen lassen kann. In den Vergleichsstudien – sei es in der Bildungsstudie PISA, im Prognos-Familienatlas oder im Länderranking der Bertelsmann-Stiftung, das die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vergleicht – liegt Bayern regelmäßig vorn: Wir haben das höchste Wirtschaftswachstum, die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller deutschen Länder und mit Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote. Vor 60 Jahren war Bayern landwirtschaftlich geprägt – mit Ausnahme weniger industrieller Kerne beispielsweise in Augsburg, Nürnberg-Fürth-Erlangen oder Schweinfurt. Heute arbeiten Unternehmen der Autoindustrie, des Maschinenbaus und der Elektrotechnik und Chemie im Freistaat. Hightech-Technologie-Firmen aus Luft- und Raumfahrt sind im Freistaat ansässig. In jüngster Zeit spielt die Biotechnologie eine zunehmend wichtige Rolle. Versicherungen, Banken und Medien finden hier einen erstrangigen Standort ebenso wie Software-Produzenten und andere Unternehmen aus der Informations- und Kommunikationstechnik. Deutsche und internationale Unter-

nehmen kommen nach Bayern, Global Players ebenso wie Mittelständler. Über 99% der hiesigen Unternehmen sind dem Mittelstand zuzurechnen, sie stellen über zwei Drittel aller Arbeitsplätze und vier Fünftel aller Lehrstellen. Diese breite Fächerung macht Bayern stark.

Von unserer wirtschaftlichen Aufbauleistung und dem damit verbundenen sozialen Fortschritt profitiert die gesamte bayerische Bevölkerung. Wir haben das beste Bildungssystem in Deutschland. Wir haben mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und dem Landeserziehungsgeld gute Rahmenbedingungen für ein Leben mit Familie und Kindern geschaffen. Wir haben die niedrigste Kriminalität in ganz Deutschland, eine gesunde Umwelt und eine anspruchsvolle Kunst- und Kulturszene mit höchst renommierten Theatern und Orchestern, unschätzbaren Kunstwerken, aber auch gepflegte Traditionen und ein lebendiges Brauchtum. Deshalb ist die Lebenszufriedenheit in Bayern im bundesweiten Vergleich besonders hoch.

Diese Erfolge gründen auf den Leistungen der Menschen und Unternehmen in Bayern. Beigetragen dazu hat aber auch eine zukunftsweisende, innovative Landespolitik, die nur möglich war, weil unsere Partei über Jahrzehnte hinweg immer wieder bei den Wahlen deutliche Mehrheiten für ihre Politik gewinnen konnte. Das gab unserer Politik Kontinuität und Berechenbarkeit über die Legislaturperioden hinweg. Wir wollen Bewährtes erhalten, aber gleichzeitig sind wir offen für die Zukunft, offen für Innovationen und neue wissenschaftliche Entwicklungen, offen für den gesellschaftlichen Wandel. Von

Franz Josef Strauß stammt das Wort: „Konservativ sein heißt an der Spitze des Fortschritts marschieren.“ Die Verbindung von Tradition und Fortschritt war und ist das Markenzeichen der CSU.

- Wir haben von Anfang an auf das Know-how der Menschen gesetzt, den „Rohstoff Geist“. Denn Bildung, Fähigkeiten und Wissen entscheiden mehr denn je über die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Landes. Unter den Ministerpräsidenten Hans Ehard, Alfons Goppel und Franz Josef Strauß wurden die traditionellen Landesuniversitäten in München, Erlangen-Nürnberg und Würzburg erweitert und neue Universitäten in Regensburg, Augsburg, Bayreuth, Passau und Bamberg sowie die katholische Universität Eichstätt gegründet. Max Streibl begann mit dem Aufbau von Fachhochschulen im ganzen Land.
- Wesentlich für den Flächenstaat Bayern war der konsequente Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Straßen ins Grenzland, der großen Verkehrsachsen quer durch Bayern sowie des Main-Donau-Kanals. Durch den anfangs so umstrittenen Franz-Josef-Strauß-Flughafen ist München zum zweiten deutschen Luftkreuz neben Frankfurt geworden. Diese Infrastrukturinvestitionen haben zahlreiche Vorteile – nicht nur für den Standort Bayern, auch für die Menschen in der Region: Tausende von Unternehmen haben sich aufgrund der leistungsfähigen Infrastruktur in Bayern angesiedelt, seit Jahren weist die Region um den Münchner Flughafen die bundesweit geringste Arbeitslosenquote aus. Mit der geplanten dritten Landebahn wer-

den weitere zehntausende Arbeitsplätze geschaffen.

- Wir haben schon in den 60er-Jahren auf alternative Energien zur damals üblichen Kohle gesetzt, um Standortnachteile Bayerns durch geringe Kohlevorkommen auszugleichen und günstige Energiepreise zu sichern. So wurde Anfang der 60er-Jahre das Erdöl-Raffinerie-Zentrum in Ingolstadt in Betrieb genommen. Zunächst waren die Pläne des Bayerischen Wirtschaftsministers Otto Schedl, in Bayern eine leistungsfähige Mineralölindustrie mit Rohöl-Pipeline-Verbindungen zum Mittelmeer aufzubauen, als „groteske Fehlinvestition“ und „bayerischer Schwabenstreich“ belächelt worden. Wenige Jahre später verstummten die Kritiker, das jahrzehntelang preisgünstige Öl hatte die teure Kohle als wichtigste Energiequelle abgelöst. Später nahm Bayern die Möglichkeit wahr, Erdgas aus der Sowjetunion zu beziehen. Zum Energiemix in Bayern gehört unverzichtbar die Kernkraft. Heute fördern wir besonders Wasserkraft, Biomasse- und Fotovoltaik-Projekte. Bayern hält mit weitem Abstand den Spitzenplatz bei der Nutzung von regenerativer Energie in Deutschland. In Pocking entsteht derzeit das größte Solarkraftwerk der Welt. Der pflegliche Umgang mit der Natur hat in Bayern eine lange Tradition. Bereits die Bayerische Verfassung von 1946 stellte „Denkmäler der Natur“ sowie einheimische Tier- und Pflanzenarten unter Schutz. Schon 1970 schuf Alfons Goppel das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. Lange bevor die Grünen als Partei entstanden, war Max Streibl Umweltminister – der erste in ganz Europa.

- Wir haben die Luft- und Raumfahrt nach Bayern geholt, eine Branche, die heute weit über 20.000 Arbeitsplätze bietet – ein Drittel aller Arbeitsplätze der deutschen Luft- und Raumfahrt-industrie insgesamt. In der ganzen Welt steht der Name „Oberpfaffenhofen“ nicht für ein typisches bayesisches Dorf, sondern für das Luft- und Raumfahrtzentrum insgesamt. Heute setzen wir mit der „Offensive Zukunft Bayern“ und der „Hightech-Offensive“ gezielt auf die Förderung von Forschung und Entwicklung. Allein aus Privatisierungserlösen hat der Freistaat über vier Milliarden Euro in die Modernisierung unseres Landes investiert. Der Anteil der Forschungs- und Entwicklungs-Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt liegt in Bayern mit 3% im internationalen Spitzenfeld. Das Ergebnis dieser Politik: 2004 hatte Bayern mit 27,8% den höchsten Anteil an den Patentanmeldungen in Deutschland. Der Anteil der Hightech-Branchen am Umsatz in Bayern liegt mittlerweile mit 65,1% weit über dem Bundesdurchschnitt von 55,1%. Mit dem Forschungsreaktor München II hat Bayern die modernste Neutronenquelle der Welt. Die Weltmarktführer der verschiedensten Branchen sind wegen dieser guten Bedingungen nach Bayern gekommen.
- Die CSU hat stets die Entwicklungsperspektiven des ländlichen Raums im Blick. Durch gezielte Förderung der Infrastruktur ebenso wie gewerblicher Investitionen, Bildungsausgaben und Hightech-Politik hat sie Standortnachteilen entgegen gewirkt – insbesondere im nord- und ostbayerischen Grenzland. Letzteres war nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Eisernen Vorhang von den angestammten Märkten im Osten ab-

geschnitten und in eine Grenzlage gedrängt worden. Auch heute – nach der Deutschen Einheit und dem Zusammenbruch des Kommunismus – befindet es sich wieder durch das Lohn- und Fördergefälle zu den östlichen Nachbarländern in einer schwierigen Wettbewerbssituation. Die ausgewogene Entwicklung aller Landesteile ist der CSU ebenso wie verlässliche Zukunftsperspektiven für die bäuerliche Landwirtschaft eine besondere Verpflichtung.

Ob in der Bildungs- und Forschungs-, in der Umwelt-, Energie- oder Wirtschaftspolitik – stets hat die CSU die Zeichen der Zeit früh erkannt und die Weichen für die Zukunft gestellt, nie aber ist sie mit den Moden und dem Zeitgeist gegangen. Das gilt insbesondere in der Bildungspolitik. Die nivellierende und niveausenkende Gemeinschaftsschulpolitik der 70er- und 80er-Jahre haben wir – gegen viele Widerstände – nie mitgemacht. Nun gibt uns PISA Recht. Nicht immer kann unsere Politik populär sein, aber immer ist es eine Politik für die Zukunft unseres Landes.

Heute zeigt die CSU mit ihrer Haushaltspolitik, dass sie sich weiterhin von dem Grundsatz Franz Josef Strauß' leiten lässt, „zu sagen, worauf es ankommt, und nicht was ankommt“. Wir haben uns bei unserem Ziel, 2006 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden vorzulegen, nicht beirren lassen durch Demonstrationen, nicht durch die Proteste der Lobbyisten und verschiedenen Interessengruppen. Denn wir wissen: Wir müssen den Marsch in den Schuldenstaat stoppen. Wir müssen sparen, damit wir mehr investieren können in die Zukunft, in

Wissenschaft, Forschung und Schulen. Ein „weiter so“ gefährdet die Perspektive unseres Landes. Unsere Kinder und Enkel können die Lasten, die wir ihnen aufbürden, nicht mehr tragen. Für uns ist Nachhaltigkeit ein ganzheitlicher Politikansatz und nicht allein auf die Umweltpolitik verengt. Im Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren findet sie ihren Niederschlag.

Bei den Bundestagswahlen im September ist die Angst der Menschen deutlich geworden, bei Reformen benachteiligt zu werden. Gleichzeitig wissen wir aber, dass wir die Lösung der Probleme unseres Landes nicht länger vertagen dürfen. Fast fünf Millionen Menschen sind arbeitslos, viele seit Jahren. Deutsche Unternehmen müssen sich einem verschärften internationalen Wettbewerb in einer globalisierten Welt stellen. Die Staatsverschuldung der Bundesrepublik hat mittlerweile einen Rekordstand von 1,4 Billionen erreicht. Renten- und Krankenkasse nehmen zu wenig ein, geben aber zu viel aus. Immer weniger junge Menschen müssen für immer mehr ältere Mitbürger finanziell aufkommen. Unsere Zukunft und die unseres Landes steht auf dem Spiel. Deshalb braucht Deutschland eine Politik, die Veränderungen wagt, aber nicht die Solidarität mit den Schwächsten der Gesellschaft vernachlässigt. Deshalb braucht Bayern und Deutschland eine Partei wie die CSU, die Reformen mit sozialer Verantwortung verbindet.

Mutige Entscheidungen für Deutschland und Europa

Seit ihrer Gründung hat sich die CSU nie nur als Partei für Bayern verstan-

den, sondern auch als Partei für ganz Deutschland. Bei allen wichtigen Entscheidungen auf bundespolitischer Ebene hat sie mitgewirkt.

- Gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten hat die CSU gemeinsam mit der CDU die konsequente Anbindung an den Westen, die transatlantische Partnerschaft und die Politik der europäischen Einigung durchgesetzt, von deren Notwendigkeit Josef Müller und Franz Josef Strauß genauso wie Konrad Adenauer zutiefst überzeugt waren. Für die damalige Vision eines einigen, handlungsfähigen Europas tritt die CSU noch heute ein. Ein solches Europa ist nur möglich, wenn wir die europäische Idee, so wie sie Josef Müller, Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß verstanden haben, zu Grunde legen: Wir wollen ein von gemeinsamen Werten und von der christlich-abendländischen Geschichte und Tradition geprägtes Europa, ein Europa der Freiheit und Demokratie, der Menschenrechte und der Bürgernähe. Deshalb sprechen wir uns gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU aus. Ein starkes Europa braucht Grenzen – geografisch und kulturell. Die kommende Diskussion über die Finalität Europas wird die CSU entscheidend mitprägen.
- Heftigen Protest von Links gab es auch gegen den deutschen Verteidigungsbeitrag, der eng mit der Wiedererlangung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verbunden war. Den Aufbau der Bundeswehr und die Einbindung der westdeutschen Armee in die NATO, maßgeblich geleistet von Franz Josef Strauß, hat die CSU damals verfochten, ohne sich durch den Druck der Frie-

densbewegung in den 50er-Jahren beirren zu lassen.

- An dem Anspruch auf die deutsche Wiedervereinigung hielt die CSU fest, als der vermeintliche Zeitgeist die Forderung nach der staatlichen Einheit der deutschen Nation als Revanchismus und als Gefahr für den Frieden in Europa verächtlich machte, als maßgebliche Politiker der SPD das Bekenntnis zur Wiedervereinigung als „Lebenslüge“ denunzierten. Es war der bayerische „Gang nach Karlsruhe“ – die Klage gegen den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag –, der die deutsche Frage offen gehalten hat.
- Seit ihrer Gründung setzt sich die CSU für die Wahrung eines lebendigen Föderalismus ein – zuletzt bei den Bemühungen um eine Föderalismusreform. Im Unterschied zu den meisten anderen Bundesländern blickt Bayern auf eine mehr als ein Jahrtausend dauernde staatliche Kontinuität zurück. Dadurch hat sich eine eigenstaatliche Identität und ein gesundes Selbstbewusstsein entwickelt, das auch die NS-Zeit überdauert hat. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass mit der CSU in Bayern eine eigenständige christlich-bürgerliche Kraft entstanden ist – und eben kein Landesverband der CDU. Deshalb setzt sich die CSU heute noch entschieden gegen übertriebene Zentralisierungsbestrebungen ein.
- Konsequenz war auch das Eintreten der CSU für die Verbindung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, von Markt und sozialer Sicherheit in Ludwig Erhards Sozialer Marktwirtschaft. Sie war im Frankfurter Wirtschaftsrat und anfangs im Bundestag höchst umstritten. Erst als die Soziale Marktwirtschaft zunehmend Wohlstand

und Vollbeschäftigung für Deutschland brachte, ließ die SPD von ihren Planwirtschaftskonzepten ab. Dabei war dieser wirtschaftliche Erfolg alles andere als ein Wunder, sondern Folge der Grundsatzentscheidung für unser auf Freiheit in Verantwortung basierendes Menschenbild. Es traut dem Menschen etwas zu, sichert ihm Spielräume und schafft folgerichtig eine Ordnung, die nicht zwanghaft Freiheit beschränken will, sondern Freiheit als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Arbeit und soziale Sicherheit begreift.

- Ohne Markt und Wettbewerb, ohne freies Unternehmertum und Privateigentum hätte die Union keine so erfolgreiche Sozialpolitik leisten können, wie sie es in ihrer Geschichte gemacht hat. Der Lastenausgleich zwischen Vertriebenen und Alteingesessenen und die umlagefinanzierte Rente in den 50er-Jahren wären ebenso wenig möglich gewesen wie die Einführung von Kindergeld, Sozialhilfe, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und Pflegeversicherung. Unbestritten gilt: Die soziale Stabilität ist ein wichtiger Standortfaktor für Deutschland.
- Die Finanz- und Stabilitätspolitik wurde maßgeblich von der CSU mitbestimmt. Fritz Schäffer schuf die Finanzgrundlagen für das Aufbauwerk der Nachkriegszeit, Franz Josef Strauß gab der Bundesrepublik eine neue Finanzverfassung und das Stabilitätsgesetz. Theo Waigel war Architekt der Europäischen Währung. Er sorgte für den „stabilen Euro“ und setzte den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch, um Regierungen in ganz Europa zur Haushaltsdisziplin anzuhalten. Kein Staat sollte mehr als 3% neue Schulden machen. Diese Marke

hat Theo Waigel trotz der Lasten beim Aufbau Ost in den Jahren der deutschen Einheit immer erreicht. Seit 1998 hat Rot-Grün diese Stabilitätspolitik aufs Spiel gesetzt!

Wie vor 60 Jahren steht Deutschland heute wieder vor großen Herausforderungen, wie vor 60 Jahren beweist die CSU Mut zur Wahrheit statt falscher Illusionen. Wir sind bereit, die Probleme anzupacken. Die CSU wird daher ihren ganzen Einfluss in Berlin geltend machen, um nicht nur Bayern, sondern ganz Deutschland nach vorn zu bringen. Aus den Strukturproblemen Deutschlands, die mit den Krisenmeldungen aus Wirtschaft und Arbeitsmarkt überdeutlich geworden sind, muss endlich eine mutige Reformpolitik den Ausweg weisen!

Politik aus christlicher Verantwortung

Bei ihrer Reformpolitik für Bayern und Deutschland lässt sich die CSU durch klare, vom Christentum geprägte Werte leiten. Sie bewahren uns davor, im Jahresturnus Formeln, Parolen und Metaphern zu wechseln, wie es andere Parteien getan haben und immer noch tun. Sie geben unserer Politik Richtung, Begründung, Perspektiven, Ziel und Zukunftsbild. Sie geben unserer Politik die große Linie. Eine Welt ohne Vision wäre leer, eine Partei ohne Ziele eine Farce, die CSU ohne christliche Werte zukunftslos.

Gerade in der Gegenwart müssen wir uns fragen, was in einer von Zersplitterung und heterogenen Interessen geprägten Gesellschaft gemeinsamen Sinn stiften und Ausgleich schaffen, was in

dieser Phase des Wandels Orientierung und Vertrauen in die Zukunft geben kann. Ich bin fest davon überzeugt: Das christliche Menschenbild trägt nach wie vor. Es hilft uns bei unseren Entscheidungen, vor allem bei den großen Wertefragen in unserer Gesellschaft. Bei den zentralen Fragen von Zentralismus und Föderalismus, von Generationengerechtigkeit und Solidarität, von Freiheit und Eigenverantwortung. Beim Lebensschutz, bei der Präimplantationsdiagnostik, bei der Gentechnik, bei der Entscheidung über Kreuze in den Schulen, in der Familienpolitik.

Wir müssen heute die richtige Balance finden zwischen Innovationsfreudigkeit einerseits und ethisch begründeter Ablehnung falscher wissenschaftlicher Experimente andererseits. Wir müssen die Grundsätze wirtschaftlichen Wettbewerbs, Gewinn und Leistung, zum Ausgleich bringen mit Gemeinsinn und sozialer Verantwortung. Wir wollen Eigenverantwortung fördern, zugleich aber die Fürsorge für andere, die Hilfe für den Schwächeren nicht aus dem Blick verlieren: Diejenigen zu unterstützen, die sich selbst zu helfen nicht in der Lage sind, ist für uns ein Gebot menschlicher Solidarität und christlichen Gemeinsinns. Was der Einzelne dagegen zumutbar selbst leisten kann, muss er auch selbst leisten. Personalität, Subsidiarität und Solidarität, diese Prinzipien aus der christlichen Soziallehre, sind Maßstab für unsere Politik.

Wir müssen und wir werden unseren christlichen Wertekanon lebendig halten – auch oder gerade in einer Zeit, in der die christliche und insbesondere die kirchliche Bindung in der Gesellschaft stark abgenommen hat, andererseits aber immer mehr Menschen nach dem

Sinn der menschlichen Existenz, nach Orientierung und nach Werten fragen und oftmals gerade in der Politik den ideellen Überbau vermissen. Ich bin davon überzeugt: Selbst in einem säkularisierten Umfeld wird es sich auf Dauer als Stärke der CSU erweisen, ihren Kurs an festen Wertepositionen zu bestimmen. Denn aus unseren klaren Werten folgt ein klarer Kurs, der den christlich geprägten Wähler überzeugt, aber auch dem Nicht-Christen eine Politik mit festen Leitlinien bietet.

Kommunalpolitische Verankerung

Für unsere wert- und zukunftsorientierte Politik brauchen wir – so wie in der Vergangenheit – den Rückhalt in der Bevölkerung. 173.000 ehrenamtliche Mitglieder und Mandatsträger hat unsere Partei. Mehr als zehntausend Gemeinderäte, mehr als zweitausend Kreisträte und rund tausend Landräte und Bürgermeister sind direkte Ansprechpartner für die Bürger vor Ort. Sie sorgen für die Verankerung unserer Partei im Volk, in den Verbänden, in den Vereinen, in der Kirche, in der Kommunalpolitik. Sie bringen ihre Ideen ein, sie vertreten die Umsetzung der politischen Entscheidungen, sie sind ganz nah am Menschen. Mit ihren 2.831 Ortsverbänden ist die CSU flächendeckend in ganz Bayern vertreten und verfügt über eine gut funktionierende Kette von der Kommunalpolitik bis hin zur Landes-, Bundes- und Europapolitik. Sie weiß, was die Menschen umtreibt, „wo der Schuh drückt“. Sie spricht die Sprache der Bürger: klar, deutlich und ehrlich. Ihr gelingt es im Gegensatz zu anderen Parteien, gesellschaftliche Strömungen aufzunehmen,

auf Probleme zu reagieren, modern und flexibel zu sein – ein Wissenschaftler hat hierfür den Begriff „Partei der Kümmerer“ geprägt (Andreas Kießling).

Aus dieser Politik resultiert die starke Identität zwischen Bayern und der Partei. Sie findet sich in der Symbolik wieder – in Löwe und Raute im Emblem der CSU, in Plakaten und politischen Veranstaltungen wie dem Aschermittwoch. Sie prägt aber auch das gesamte politische Selbstverständnis der CSU. Bayerische Eigenständigkeit zu pflegen und zu bewahren, sie nicht als antiquiert, sondern als Bereicherung zu sehen – das war schon immer eine Stärke der CSU. Und je mehr die Globalisierung mit ihren Begleiterscheinungen materielle Gewissheit zerstört und Unsicherheit hervorruft und der Terrorismus im Namen des Islam Ängste schürt, desto wichtiger wird die Heimat als Rückzugsmöglichkeit ins Vertraute.

Unsere soziale Verankerung und unsere Volksnähe müssen wir erhalten, gerade angesichts der anstehenden Reformen. Nur wenn wir die täglichen Sorgen und Nöte der Menschen kennen und berücksichtigen, nur wenn wir das Vertrauen der Menschen haben, können wir eine Politik durchsetzen, die nach vorn schaut und Veränderungen anstößt. Auf der „Nähe zum Menschen“ basierten die Erfolge der CSU in der Vergangenheit, auf ihrer sozialen Verankerung basiert ihr Erfolg in der Zukunft.

In ihrer sechzigjährigen Geschichte hat die CSU Bayern geprägt, Politik in Deutschland und Europa gestaltet. Wir haben Mut bewiesen, Ideenreichtum gezeigt, aber auch eine klare Haltung auf Grund unseres Wertefundaments.

Wir haben Kontinuität und Verlässlichkeit bewiesen und so Vertrauen gewonnen. Wir haben in der Bevölkerung eine so breite Unterstützung gefunden und so stabile Mehrheiten über Jahrzehnte hinweg erhalten wie keine andere Partei in Deutschland. Während andere Parteien über sinkende Mitgliederzahlen klagen, gelingt es uns, junge Menschen für unsere Politik zu gewinnen. Wir sind einzigartig in der Parteienlandschaft – und darauf können wir stolz sein. Allerdings wissen wir auch, dass politische Erfolge uns nicht geschenkt werden. Sie müssen immer wieder neu und hart erarbeitet werden.

Auch in sechzig Jahren wollen wir noch die Volkspartei der Mitte sein, die die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat.

- Wichtig für die Zukunft der CSU ist daher, dass wir uns als Partei ständig erneuern – personell und programmatisch. Nur so erhalten wir unsere Kraft, als Volkspartei Politik für das ganze Land und alle seine Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.
- Die CSU hat von Anfang an Wert auf geistige Führung gelegt. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Auch künftig müssen wir richtige Entwick-

lungen erkennen, dürfen aber nicht Moden und Trends unkritisch übernehmen, sondern müssen uns notfalls gegen sie stellen. Geistig führen kann nur eine Partei, die ihre Politik auf ein festes Wertefundament aufbaut. Deshalb ist das christliche Menschenbild für die CSU gerade in einer Zeit des Wandels unverzichtbare Grundlage und Orientierungshilfe für ihre Politik.

- Vor allem aber – und das ist die dritte Voraussetzung für den Erfolg der CSU in der Zukunft – müssen wir weiter den engen Kontakt zu den Menschen pflegen. Erfolgreiche Politik muss „nah“ am Menschen sein, muss sie mitnehmen und sie überzeugen, um ihr Vertrauen und ihre Unterstützung zu erhalten. Ohne ihre gesellschaftliche Verankerung, ohne das Engagement ihrer Mitglieder und Anhänger hätte die CSU nie die Kraft, Politik so erfolgreich in Land und Bund zu gestalten, wie es ihr in den vergangenen sechzig Jahren gelungen ist.

In unserer Geschichte haben wir ein großes Erbe angesammelt. Darauf können wir als Partei stolz sein. Dieses Erbe ist uns Auftrag für die Zukunft.

Vom christlich-bürgerlichen und konservativen Widerstand gegen Hitler zur Gründung von CDU und CSU nach 1945

Horst Möller

I. „Vom Recht zum Widerstand – Dank und Bekenntnis“: So überschrieb der erste Bundespräsident Theodor Heuss die Rede, die er am 19. Juli 1954 in der Freien Universität Berlin hielt. Es handelte sich nicht nur um eine der wichtigsten Reden von Heuss, sondern auch um einen Schlüsseltext über den deutschen Widerstand gegen Hitler, der damals in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung noch keineswegs so populär war wie heute. Die Angehörigen des Widerstands besäßen ein Anrecht, „dass der Dank ihr Opfer als ein Geschenk an die deutsche Zukunft würdigt“. Und Heuss erklärte auch: „Der Dank weiß darum, dass die Erfolglosigkeit ihres Unternehmens dem Symbolcharakter des Opfergangs nichts von seiner Würde raubt: hier wurde in einer Zeit, da die Ehrlosigkeit und der kleine und feige Machtsinn den deutschen Namen besudelt und verschmiert hatten, der eine Wille sichtbar, im Wissen um die Gefährdung des eigenen Lebens den Staat der mörderischen Bosheit zu entreißen und, wenn es erreichbar, das Vaterland vor der Vernichtung zu retten.“

Als Heuss diese Rede hielt, warb er nicht allein um ein gerechtes Verständnis des Widerstands, sondern wollte zugleich die fortwirkende Bedeutung des Widerstands für den neugegründeten demokratischen Staat und seine künftige politische Kultur zeigen.

Der Widerstand hatte zwar keinen unmittelbaren Erfolg, weil Hitler alle der etwa 40 Attentate überlebte und das Regime schließlich nicht durch den Widerstand, sondern die Kriegsniederlage zusammenbrach. Doch auch das Attentat vom 20. Juli 1944 musste unternommen werden, koste es, was es wolle, *coute que coute*: So hat der Generalmajor Henning von Tresckow nach der Überlieferung Fabian von Schlabrendorffs gesagt, bevor er – um andere Widerständler und die eigenen Familienangehörigen zu schützen – nach dem Scheitern des Attentats am 21. Juli 1944 in Polen Selbstmord beging. Und tatsächlich stand damals und steht heute der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur für ein anderes, ein besseres Deutschland. Es handelt sich zunächst also um ein

moralisches Erbe, ein Erbe auch, das allein schon durch die Existenz des Widerstands jede Kollektivschuldthese widerlegt.

Handelt es sich auch um ein politisches Erbe, war es konstruktiv für die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland? Diese Frage ist weniger einfach zu beantworten. Sie muss sowohl die Vielfalt des Widerstands als auch die konkrete Entwicklung nach 1945 in den Blick nehmen. Dabei sollten Kurzschlüsse und Missverständnisse vermieden werden. So übt man heute oftmals Kritik, weil viele Angehörige des Widerstands keine Anhänger einer modernen parteienstaatlichen Demokratie waren. Diese Einschätzung trifft oftmals zu und geht doch fehl: Die Angehörigen des Widerstands waren, wie wir alle, Kinder ihrer eigenen Zeit. Sie hatten folglich teil am Denken dieser Epoche, nicht selten auch an ihren Irrtümern. So waren nicht wenige derjenigen, die 1944 ihr Leben wagten, um das mörderische System zu stürzen, 1933 selbst zunächst Nationalsozialisten, bevor sie den kriminellen Charakter des Regimes erkannten. Vor allem aber waren sie 1930 bis 1933 Zeugen der katastrophalen Auflösung der Weimarer Republik, die erst Voraussetzung für Hitlers Machtergreifung war. Mit anderen Worten: Ihre Erfahrung mit der parteienstaatlichen Demokratie, mit einer freien Marktwirtschaft, mit dem Weimarer Parlamentarismus war negativ. Sie kannten weder die Stabilität noch die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Erfolge, die nach 1949 unseren eigenen Erfahrungsraum prägten. Was wundert es also, dass ihre Pläne für einen Neuaufbau nach Hitlers Sturz nicht die Weimarer Erfahrungen wie-

derholen, sondern gerade die Gründe ausschließen wollten, die in ihren Augen das Scheitern der Demokratie verursacht hatten.

Trotzdem ist ein Kriterium, das auch für den Neuaufbau der Bundesrepublik fundamental war, so unterschiedlich die politischen Ziele und Konzeptionen auch waren, für den sozialdemokratischen, den christlichen, den bürgerlich-konservativen und den militärischen Widerstand gemeinsam: Diese Widerstandskämpfer wollten die ethische Grundlage des Staates erneuern und, nicht weniger entscheidend, damit auch den Rechtsstaat wieder herstellen. Eine, nämlich die quantitativ sogar größte, politische Gruppe im Widerstand fehlt hier, die Kommunisten. So zweifellos Kommunisten zum Widerstand zählten, so wenig wollten sie Rechtsstaat und Demokratie, sie wollten eine ideologiegeleitete Diktatur durch eine andere ersetzen. Auch wenn zahlreichen kommunistischen Widerständlern die Anerkennung für ihren Kampf gegen das NS-Regime nicht versagt werden kann, muss klar sein: Wer eine Diktatur errichten will, kann niemals Vorbild für Rechtsstaat und Demokratie sein. Insofern lag im kommunistischen Widerstand auch keine konstruktive Wegweisung zur Bundesrepublik.

II. Der Widerstand gegen Hitler setzte schon früh ein, ebenso das politische Exil als Form des Widerstands, auch wenn anfangs noch Illusionen über eine nationale Wiedergeburt Deutschlands bestanden. Unmittelbar mit der Etablierung des Regimes begann aber auch die terroristische Unterdrückung: So gab Himmler bereits am 20. März

1933 die Gründung des KZs Dachau bekannt. Zahlreiche weitere KZs und Außenlager folgten, die zunächst nicht für soziale Minderheiten bestimmt waren, sondern sich gegen tatsächliche oder potenzielle Gegner des NS-Regimes richteten. Wenngleich der größere Teil nach kürzerer Haft wieder entlassen worden ist, zeigt doch schon das Jahr 1933, wie das Regime mit denen umzugehen gedachte, die es nicht zu seinen Anhängern zählte. Schon im ersten Jahr der Herrschaft wurden bis zu 100.000 Menschen zeitweilig verhaftet. Die Bedeutung dieser terroristischen Einschüchterung und Bedrohung potenzieller Regimegegner wird heute oft unterschätzt. Zwar waren Verführung, ideologische Verblendung, Fanatismus, Antisemitismus, zunächst Diskriminierung und dann Verfolgung von Minderheiten, schließlich eine insgesamt die Gesellschaft korrumpierende, doch erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik von Beginn an Kennzeichen des Regimes. Die neuen Machthaber verdeutlichten durch diese Verhaftungswelle jedem von 1933, dass jegliche Opposition Freiheit und Leben gefährdete.

Widerstand in einer Diktatur, in einer derart brutalen Diktatur, war alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Auf der anderen Seite ahnten 1933 die wenigsten, dass es dem Regime nicht bloß um eine Revision der von allen politischen Lagern bekämpften Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles (1919) ging, sondern um eine nationalsozialistische Herrschafts- und Großraumordnung mit rassistisch motivierter, brutaler Besatzungspolitik. Die wenigsten ahnten 1933 auch, dass der nationalsozialistische Antisemitismus eine massenmörderische Konsequenz

hatte. Diese Fehleinschätzung erklärt auch, warum sich der Widerstand erst langsam entwickelte und warum die Militäropposition der späten 1930er-Jahre, z.B. um den im August 1938 zurückgetretenen Generalstabschef Ludwig Beck, erst nach dem Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und erst nach den dort erfolgten Massenerschießungen von Zivilisten, vor allem osteuropäischer Juden, ihre Entschlossenheit zum Widerstand, zum Attentat erhielt. Seit Spätsommer 1941 begann Generaloberst Henning von Tresckow diese Militäropposition neu zu formieren. Auch für ihn waren ethische Maßstäbe ausschlaggebend.

Das galt selbstverständlich ebenso für die christlich motivierte Opposition gegen das nationalsozialistische Regime. Sie besaß wie die der anderen Gruppen sowohl die Form des Exils wie der Widerstandsaktivitäten in Deutschland selbst. Das politische Exil aus Deutschland umfasste etwa 30.000 Personen und setzte bereits im Frühjahr 1933 ein. Dazu gehörten in unterschiedlichem Ausmaß alle politischen, von christlichen über sozialdemokratische bis hin zu kommunistischen Richtungen.

Unter den Emigranten befanden sich aus dem politischen Katholizismus die ehemaligen Reichskanzler aus der Zentrumsparterie Heinrich Brüning und Joseph Wirth, der ehemalige Parteivor-sitzende Prälat Ludwig Kaas, der damals jüngste Reichstagsabgeordnete der Zentrumsparterie Johannes Schauff, der vielen tausend Menschen zur Flucht verhalf; unter den Konservativen befand sich u.a. der ehemalige Reichsminister Gottfried Reinhold Treviranus. In Bayern wird man unter den emigrierenden Sozialdemokraten natürlich an

den späteren Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner oder an Waldemar von Knoeringen denken. Auch hier muss gesagt werden: Der Weg ins Exil war ein äußerst dorniger Weg, er war so wenig selbstverständlich wie der Weg in den Widerstand. Ohne Einkommen, oft ohne Kenntnis des Gastlandes, ohne Sprachkenntnis, mit meist nur befristeten Aufenthaltsgenehmigungen, ohne berufliche Chancen, in billigsten Hotels, so sah die Realität für die meisten der insgesamt mehr als 500.000 deutschsprachigen Emigranten aus, die zum Teil durch Dutzende von Staaten weiterziehen mussten.

Heute wird oft beklagt, wie gering die Zahl der Widerständler gegen das nationalsozialistische Regime war. Diese Einschätzung ist auch nicht zu bestreiten. Doch Widerstand in einer Diktatur zu leisten ist immer eine andere Sache. Damals sein Leben und das seiner Angehörigen zu riskieren ist etwas anderes, als heute bequem im Sessel zu sitzen und abstrakt zu fordern, dass man unter Lebensgefahr riskiert, für seine ethischen oder politischen Überzeugungen verhaftet, vertrieben oder gehenkt zu werden. Tatsächlich waren selbst in den unter deutscher Besatzung leidenden Ländern die Angehörigen des Widerstands oder des politischen Exils kleine Minderheiten.

Eine andere Sichtweise: Allein der Volksgerichtshof für das Deutsche Reich hat mehr als 6.000 Anklagen erhoben und neben ca. 5.200 (von über 27.000 Todesurteilen während des Dritten Reiches) eine große Zahl weiterer schwerer Strafen verhängt: Rechnen wir alle Verdächtigten, die zumindest zeitweilig als Oppositionelle oder Widerständler vom Regime verfolgt wurden,

dann liegt die Zahl allein der aus politischen Gründen Verurteilten schätzungsweise bei annähernd 10.000: Sie gehörten i.w.S. zum politischen Widerstand, zu denen die eben erwähnten 30.000 aus politischen Gründen Exilierten hinzukommen, die zum Teil versuchten, vom Ausland her Widerstand zu organisieren.

Aber auch eine andere Zahl ist aussagekräftig und dürfte viele überraschen, die Widerstand und Verfolgung vornehmlich auf der politischen Linken ansiedeln.

So wurden während der nationalsozialistischen Diktatur insgesamt 154 Abgeordnete des Bayerischen Landtags verfolgt, darunter 61 Sozialdemokraten, 57 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, 15 Kommunisten und 21 Abgeordnete anderer politischer Richtungen, darunter bürgerliche Liberale, konservative und bayerische Monarchisten. Die Zahl der oppositionellen Abgeordneten aus der politischen Linken und von Mitte/Rechts bzw. christlich oder föderalistisch motivierten Verfolgten hält sich fast die Waage. Aufgeschlüsselt nach SPD und BVP bedeutet dies einen etwas höheren prozentualen Anteil der SPD, bei der knapp 50 Prozent verfolgt wurden (61 von 123 Abgeordnete), bei der BVP liegt der Anteil bei etwa 40 Prozent (57 von 143). Die BVP war aber nur eine der Parteien, aus der später die CSU entstand. Von den 154 verfolgten bayerischen Abgeordneten, die nach 1945 bzw. 1949 wiederum Abgeordnete im Landtag, im Wirtschaftsrat, im Parlamentarischen Rat oder im Bundestag wurden, gehörten zur CDU/CSU immerhin 15, das waren: Curt Wilhelm Fromm, Georg Gehring, Michael Horlacher, Alois Hundham-

mer, Konrad Kübler, Andreas Kurz, Georg Meixner, Anton Pfeiffer (nach dem Krieg übrigens Staatsminister und Mitgründer des Instituts für Zeitgeschichte), Josef Piechl, Fritz Schäffer, Alois Schlögl, Karl Schmid, Georg Stang, Fritz Strobel, Hans Wutzlhofer. Natürlich besitzt dieser Anteil nur einen begrenzten Aussagewert, weil er lediglich einen Teil der christlichen Oppositionellen umfasst, eben nur die, die vor 1933 bayerische Landtagsabgeordnete waren. Deutlich wird das, wenn wir auf die Unionsfraktion des 1. Bundestags schauen: Von den 142 Christlich-demokratischen bzw. Christlich-sozialen Abgeordneten werden 61 als Verfolgte eingestuft, also 43 Prozent (Adalbert Hess).

Diese wenigen Zahlen beweisen, ein wie großer Teil der späteren christlich-demokratischen Politiker, sofern sie schon vor 1945 bzw. vor 1933 tätig waren, vom NS-Regime als oppositionell oder widerständig eingestuft wurde. Die Zahlen zeigen deutlich, dass die Zuordnung des Widerstands zur politischen Linken nur einen Teil der Realität trifft. Und insgesamt demonstrieren diese Angaben schließlich, wie unsinnig die These von einer bloßen politischen Restauration bzw. der Verdrängung der NS-Vergangenheit durch Elitenkontinuität in den Jahren 1933 bis 1945 und 1949 ist. Vielmehr muss für Unionsparteien und SPD insgesamt sogar von einer bedeutenden demokratischen Elitenkontinuität von vor 1933 und nach 1945 über den Zivilisationsbruch der NS-Diktatur hinweg gesprochen werden.

III. Es war also nur konsequent, wenn ein großer Teil der Christlichen Demokraten ihr Selbstverständnis nach 1945

nicht allein aus dem positiv formulierten christlichen Menschenbild herleitete, sondern auch aus dem „christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime“ (So heißt es noch im Hamburger Grundsatzzprogramm der CDU von 1994). Auf der anderen Seite bestand in allen demokratischen Lagern nach 1945 die nahe liegende Versuchung, ohne historische Brüche eine Ahnenreihe zur Verfassungsordnung und zur politischen Kultur der Bundesrepublik zu konstruieren, die der historischen Realität nicht entspricht. Denn schließlich haben auch die Protagonisten der demokratischen Parteien zum Teil schmerzhafteste Lernprozesse durchlaufen müssen. Dieses Lernen aus der Geschichte musste sogar bei den politisch Unbelasteten die Frage einschließen, warum die Demokratie von Weimar gescheitert ist, warum die damaligen Demokraten zu keiner gemeinsamen Verteidigung gegen den Extremismus von Links und Rechts fanden, warum selbst die meisten Weimarer Demokraten den terroristischen Kern und den brutalen Rassismus der nationalsozialistischen Ideologie verkannt hatten, warum so viele Deutsche dem Regime aus Überzeugung gedient oder aus opportunistischen Motiven mitgemacht hatten, warum schließlich die Zentrumsparterie wie alle anderen Parteien – außer den Sozialdemokraten – dem Ermächtigungsgesetz trotz größter Bedenken am 23. März 1933 zugestimmt hat.

Zu den Lernprozessen der Christlichen Demokraten zählte zudem, dass es trotz Anknüpfung an positive Traditionen von vor 1933 und den Widerstand gegen das NS-Regime nach 1933 gerade kein bloßes Anknüpfen geben konnte: Tatsächlich sind CDU und CSU

1945/46 echte Neugründungen gewesen, und zwar die einzigen wirklichen Neugründungen der Nachkriegsjahre, die von Dauer waren. Von den großen deutschen Parteitraktionen seit dem 19. Jahrhundert blieben nur die sozialdemokratische und die liberale übrig. Den Liberalen gelang sogar eine Einigung ihrer beiden Flügel, des linksliberalen und des nationalliberalen. Der Kommunismus verschwand ebenso von der Bildfläche wie der klassische Konservatismus und auch die nach 1945 nur noch kleineren Parteien wie Zentrum, Bayerische Volkspartei ebenso wie die zeittypischen Neugründungen BHE, WAV und andere.

Die Christlichen Demokraten gründeten, was wirklich eine fundamentale Neuerung in der deutschen Parteigeschichte war, überkonfessionelle Parteien von Katholiken und Protestanten. Beide Parteien, CDU und CSU, trotz eines katholischen Übergewichts, stellten erstmals in der Geschichte des seit dem 16. Jahrhundert bi-konfessionellen Deutschlands, gleichsam eine politische Ökumene her. Diese Parteien haben zwar konservative Demokraten integriert, sind aber nicht allein wegen unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Flügel aus Prinzip „Volksparteien der Mitte“. Das besagt auch, dass sich CDU und CSU anders als das für Teile der Zentrums- und der Bayerischen Volkspartei nach 1919 galt, 1945 vorbehaltlos auf den Boden einer parlamentarischen, demokratischen und republikanischen Verfassungsordnung stellten. Plakativ gesagt: Christliche Demokraten waren seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr wie noch viele Zentrums- und BVP-Politiker nach dem Ersten „Vernunftrepublikaner“, sondern verfassungstreue republikanische De-

mokraten aus Überzeugung. Die CSU von heute hätte niemals wie die BVP von 1925 einen Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt. Und wesentlich ist auch, dass die CSU nicht – wie noch die Weimarer BVP – starke partikularistische Neigungen verspürt, sondern im Rahmen einer positiven deutschen Verfassungstradition föderalistisch orientiert ist.

So fundamental das Erbe von vor 1933 und der Widerstand gegen Hitler für die Christliche Demokratie auch ist, so sehr dieses Erbe den Neuanfang erleichtert hat, so unverzichtbar waren die neuen Wege, die 1945/46 – auch mit der Modifikation von Inhalten – beschritten wurden.

IV. Worin aber bestand dieses spezifische Erbe des Widerstands außer Rechtsstaat und Staatsethik, was waren seine Elemente und Fundamente, wer waren die Personen, die es nach der deutschen Katastrophe wieder aufnahmen, reflektierten und modifizierten?

Ausgangspunkt späterer Opposition war die Resistenz, die bestimmte politisch-kulturelle Milieus am Ende der Weimarer Republik dem Aufstieg des Nationalsozialismus gegenüber stärker immunisiert hatten als andere Bevölkerungsteile: Zu dieser Resistenz gehörten ganz unterschiedliche Werthaltungen, vor allem katholische, politisch in der Zentrums- oder in der Bayerischen Volkspartei beheimatete, dann aber auch sozialdemokratisch-gewerkschaftlich organisierte.

Diese größere Resistenz äußerte sich im Wahlverhalten in den letzten freien Wahlen der Weimarer Republik und

sogar noch bei der Wahl vom 5. März 1933, die bereits unter terroristischen Begleiterscheinungen stattfand. So erreichten die Nationalsozialisten in stark katholisch geprägten Wahlkreisen des Rheinlands und Westfalens Ergebnisse, die weit unter dem Reichsdurchschnitt der NSDAP lagen, der 43,9 Prozent betrug: Im Regierungsbezirk Köln-Aachen kamen die Nationalsozialisten sogar nur auf 30,1 und in Berlin, wo die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Verankerung stark war, nur auf 31,3 Prozent der Stimmen. Noch deutlicher fällt die Differenz bei der vorletzten, völlig freien Reichstagswahl aus, als Hitler noch nicht Reichskanzler war. Am 6. November 1932 erzielte die NSDAP 33,1 Prozent im Reich insgesamt, aber nur 22,5 Prozent in Berlin und 17,4 Prozent in Köln-Aachen. Mit anderen Worten, die größere Resistenz oder gar der Widerstand in der Diktatur besaßen ihre ideellen Wurzeln schon vor 1933. Aus diesen durchaus unterschiedlichen Potenzialen entwickelten sich Traditionen, die nach 1945 erneut ihre Kraft entfalten konnten. Auch wenn das Konkordat der Katholischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Deutschland 1933 und das generelle Verhalten der Kirche partiell zu kritisieren ist, machte sie bei aller Distanz doch schmerzliche Kompromisse, um die Kirche als Institution zu erhalten und den Gläubigen einen gewissen Schutz zu bieten. Aus heutiger Erfahrung war das vielfach illusionär, selbst oppositionelle Pfarrer konnte die Kirche kaum vor der Hinrichtung retten.

Und auch auf protestantischer Seite, wo das Wählerverhalten im Allgemeinen sehr viel anfälliger für die NSDAP war, muss man die Unterschiedlichkeit betonen: Gegen den sog. Deutschen

Christen des Reichsbischofs Müller stand die Bekennende Kirche, in der sich nach 1933 Widerstand gegen das Regime entwickelte und an den nach 1945 angeknüpft werden konnte. Wenngleich Martin Niemöller nicht zu den Christlichen Demokraten stieß und Dietrich Bonhoeffer ermordet wurde, so zählen doch zu den frühen CDU-Gründern bzw. ihrem Umkreis zahlreiche Angehörige aus der Bekennenden Kirche, beispielsweise der spätere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und Konrad Adenauers erster Innenminister Gustav Heinemann, der ja erst 1950 wegen seines grundsätzlichen Pazifismus und Neutralismus die CDU verließ.

Religiöse und ethische Motive waren auch bei diesen evangelischen Christen das ausschlaggebende Motiv für ihre Ablehnung des Nationalsozialismus. Positiv ausgedrückt: Christliches Weltbild, das Postulat der Menschenwürde, die Sicherung von Menschen- und Bürgerrechten, die Wiedereinführung des Rechtsstaats zählten zu den über politische Unterschiede hinweg gültigen Zielen der Widerständler aus diesem Umkreis.

Allerdings verbanden sich solche Motive des Widerstands meist mit anderen Überlegungen, seien es nun humanitäre, die auf den Massenmord an Juden und anderen Zivilisten mit Abscheu reagierten. Das galt beispielsweise seit Herbst 1941 für den sich in der Heeresgruppe Mitte des deutschen Ostheeres organisierenden Widerstand gegen Hitler, zu der im Übrigen auch die Ablehnung von Hitlers militärischer Strategie beitrug. Diese Offiziere teilten auch nicht die deutsche Siegesgewissheit, sondern sahen langfristig die Nie-

derlage als unvermeidlich an. Bei den Geschwistern Scholl und der Weißen Rose insgesamt finden sich ebenso wie im Kreisauer Kreis, der sich auf dem schlesischen Gut des Grafen Hellmuth James von Moltke traf, neben politischen auch christliche und humanitäre Motive des Widerstands.

Bei den frühesten Vorkämpfern des Widerstands ist ein im Rückblick oft unterschätztes Motiv anzutreffen, nämlich die Ablehnung des Zentralismus. Diese überzeugten Föderalisten sahen die Transformation des Staates von einer rechts- und friedenssichernden Form staatlicher Herrschaft in ein bloßes Herrschaftsinstrument der Diktatur ohne sittliche Grundlage voraus. Solche staatsethischen Motive, die sich ebenfalls mit christlichen, aber auch sozialdemokratischen oder liberalen Prinzipien verbinden konnten, finden sich besonders ausgeprägt bei Konservativen wie dem Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, der ebenfalls hingerichtet wurde, oder dem bayerischen Föderalisten Franz Sperr.

Sperr war zunächst Berufsoffizier im Bayerischen Großen Generalstab, er wirkte nach einer Laufbahn als hoher Beamter schließlich als Bayerischer Bevollmächtigter beim Reich. Als der schließlich im deutschnationalen Spektrum angesiedelte Reichskanzler Franz von Papen, nach dem 30. Januar 1933 Hitlers Vizekanzler, schon im Sommer 1932 mit Billigung des Reichspräsidenten von Hindenburg die Axt an die Wurzel des deutschen Föderalismus legte und so dazu beitrug, der nationalsozialistischen Machtergreifung den Weg zu bereiten, protestierte die Bayerische Regierung, geführt vom BVP-Politiker Heinrich Held, entschieden: „Ein

Reichskommissar wird über bayerische Grenzen nicht kommen“, erklärte der Ministerpräsident dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl (DNVP). Held und sein Gesandter Franz Sperr protestierten gegen die Gleichschaltung Preußens und die Amtsenthebung der Preußischen Staatsregierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun am 20. Juli 1932. Wenige Monate später, im Frühjahr 1933, intervenierte Sperr persönlich bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg, dem Reichskanzler Hitler und seinem Innenminister Frick.

Der bayerische Staatsrat und damalige BVP-Vorsitzende Fritz Schäffer – nach 1945 erster bayerischer Ministerpräsident, Mitgründer der CSU und nach 1945 Bundesfinanzminister Konrad Adenauers – erklärte bereits im Juli 1932, Deutschland drohe eine Parteidiktatur. Am 7. Juli 1932 veröffentlichte Schäffer in der „Bayernwacht“ einen Aufruf, in dem es hieß: „Die Bayerische Volkspartei ist nicht gewillt, die Straße den Terrorgelüsten einer durch machtlüsterne Demagogen aufgepeitschte Parteisoldateska auszuliefern (...). Wir wollen, dass Bayern ein Land der Ordnung, der Sicherheit, der Staatsautorität und der politischen Freiheit bleibt.“ Seit dem Preußenschlag vom 20. Juli 1932 entwickelte sich bei Sperr die Überzeugung, Hitler wolle in Deutschland eine „faschistische Diktatur“ errichten und zu diesem Zweck zunächst die durch die Reichsverfassung garantierte politische Eigenstaatlichkeit der Länder beseitigen. Der Kampf für den Föderalismus war nach Einschätzung von Sperr, Held und Fritz Schäffer zugleich der Kampf für die Freiheit und den Rechtsstaat. Auch bei ihnen mischten sich politische mit christlichen Überzeugungen.

Als Sperr alle legalen Mittel, nämlich durch Proteste auf Einhaltung der Verfassung zu pochen, erschöpft hatte, wurde er immer stärker zum Verfechter des Widerstands gegen Hitler. Aus Berlin nach München zurückgekehrt, entfaltete er oppositionelle Aktivitäten. Seit 1934 sammelte er einen Kreis um sich, der das Hitler-Regime ablehnte, darunter den Jesuitenpater Delp und Pater Augustin Rösch. Sie hatten Kontakte zu einer Augsburger Widerstandsgruppe und dem Freiherrn Fugger von Glött, dem Rechtsanwalt Friedrich und dem Eisengroßhändler Ludwig Berz. Auf Grund früherer persönlicher Beziehungen nahm Sperr auch Kontakte zu zwei ehemaligen Reichsministern auf, Otto Geßler und Eduard Hamm. Im Krieg wurde er Kontaktmann zum Kreisauer Kreis und schließlich 1942/43 zu Graf Stauffenberg, dem Attentäter des 20. Juli: Dies wurde ihm zum Verhängnis, zumal Sperr über die Absicht des Attentats informiert war. Beim Bamberger Geheimtreffen mit Stauffenberg fragte ihn dieser am 6. Juni 1944, also sechs Wochen vor dem Attentat, welchen Beitrag das katholische Deutschland zum Neuaufbau Deutschlands nach dem Sturz des NS-Regimes leisten könne. Nach dem 20. Juli wurde auch Sperr verhaftet und am 23. Januar 1945 in Plötzensee hingerichtet, nachdem er im Prozess sogar gegenüber dem einschüchternd schreienden Freisler die Behandlung der Juden durch das NS-Regime kritisiert hatte.

Am christlich orientierten, demokratischen, föderativen und rechtsstaatlichen Wiederbeginn in Westdeutschland konnte Sperr wie die vielen ermordeten Widerstandskämpfer nicht mehr teilnehmen, aber auch für sie gilt:

Diese grundsätzlichen Ziele, die nach 1945 vor allem in der CSU und der CDU verfochten wurden, basierten wesentlich auf Aktivitäten von Widerstandsgruppen und deren Angehörigen, die für den Widerstand gegen die Diktatur ihr Leben hingaben.

V. Wenden wir uns einigen der teilweise schon erwähnten Oppositionellen zu, die nach 1945 dieses Erbe als Verpflichtung empfanden, sei es, dass sie selbst zum Widerstand gehört hatten, sei es, dass sie an ihn anknüpften. Dabei ist nicht zu verkennen, dass es in allen gesellschaftlichen und politischen Lagern, in allen Kirchen durchaus eine vielfache Zahl an Nationalsozialisten als Widerständler gab, umso mehr aber verdienen jene Bewunderung, die sich dem herrschenden Zeitgeist, die sich Terror und Verführung, Karrierechancen und Opportunismus entzogen haben. Auch nach 1945 konnte der Neuaufbau nicht allein auf den quantitativ kleinen Widerstandsgruppen oder Regime-Gegnern beruhen. Entscheidend aber ist, dass der ideelle Neubeginn wesentlich auf der Verbindung rechtsstaatlicher, föderativer, parlamentarischer Traditionen Deutschlands vor 1933, dem Lernprozess aus dem Scheitern der Demokratie sowie der Anerkennung des kriminellen Charakters der Diktatur und des Widerstands gegen sie beruhte. Unter den führenden deutschen Nachkriegspolitikern finden sich tatsächlich nur wenige, die politisch belastet waren, aber viele, die gegenüber dem nationalsozialistischen Regime resistent, oppositionell oder sogar im Widerstand waren.

Das gilt beispielsweise für die Gründergeneration der Unionsparteien:

Konrad Adenauer wurde als Kölner Oberbürgermeister 1933 von den Nationalsozialisten entlassen, hatte vorher als Präsident des Preußischen Staatsrats gegen die nationalsozialistische Gleichschaltung Preußens protestiert und in Köln die Hakenkreuzflaggen abhängen lassen. Obwohl er zurückgezogen lebte, musste er sich zeitweilig im Kloster Maria Laach in der Eifel verstecken und war kurzzeitig verhaftet. Diese überragende Gründerpersönlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, Mitbegründer der CDU Rheinland und ihr Vorsitzender, verbindet wie kein Zweiter die Tradition des politischen Katholizismus vor 1933, die Opposition gegen das Regime und ganz neue Weichenstellungen nach 1945, u.a. in der Gründung einer überkonfessionellen christlichen Partei, die entschiedene Westintegration und schließlich die prinzipienfeste christlich-abendländische Wertorientierung der Bundesrepublik gegen alle deutschen Traditionen des Sonderwegs. Auf der Weißen Liste der Westalliierten stand er oben an.

Sein nordrhein-westfälischer innerparteilicher Widerpart und erster Ministerpräsident von NRW, Karl Arnold, ebenfalls kurzzeitig verhaftet, zählte zu einem in Köln agierenden Widerstandskreis, der auch Pläne für den Neuaufbau entwickelt hatte. Arnolds Verbindungen wurden zum Glück nicht entdeckt. Die Kölner Leitsätze der CDU vom Juni 1945 beruhten im Wesentlichen auf einer Schrift „Was nun?“ des katholischen Sozialethikers Pater Eberhard Welty aus dem Kloster Walberberg bei Köln. Dieser Text fasste Überlegungen und Gespräche dieser Kölner Widerstandsgruppe zwischen 1941 und 1944 zusammen.

Der Initiator der späteren Kartellgesetzgebung, Franz Böhm, zählte zu den Inspiratoren der sozialen Marktwirtschaft und war Mitgründer der CDU Baden. Vor 1940 Professor an der Universität Freiburg, gehörte der Jurist mehreren regimekritischen Zirkeln bzw. Widerstandsgruppen an. Böhm war mutig für verfolgte Juden eingetreten, daraufhin wurde er 1940 suspendiert und ihm die Lehrerlaubnis entzogen. Im Auftrag Adenauers leitete er die deutsche Delegation für die Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel und war von 1953 bis 1965 Bundestagsabgeordneter der CDU. Er war außer an der Kartellgesetzgebung maßgeblich am Bundesentschädigungsgesetz beteiligt.

Im Folgenden wird sich auf die bloße Nennung einiger wichtiger CDU-Politiker, die aus dem Widerstand gegen das NS-Regime ihr politisches Engagement entwickelten oder fortgeführt haben, beschränkt. Neben Adenauer, Arnold, Böhm, dem ersten Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers und seinem Nachfolger Gerstenmaier waren das in Hamburg beispielsweise Erik Blumenfeld, in Berlin der zeitweilige Bürgermeister Ferdinand Friedensburg, der wie Ernst Lemmer aus dem Weimarer Linksliberalismus stammte, der erste Vorsitzende der CDU in der SBZ und spätere Bundesminister Jakob Kaiser, in der Deutschland-, aber auch der Sozialpolitik ein innerparteilicher Widersacher Adenauers, der Bundesinnenminister Robert Lehr, der Staatssekretär im Kanzleramt Otto Lenz, der Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek, der ursprünglich aus dem deutschnationalen Spektrum stammende Hans Schlange-Schöningen, nach dem Krieg Direktor beim Frankfurter Wirtschafts-

rat, der Bundesarbeitsminister Anton Storch, der wegen Hochverrats noch 1945 zum Tode verurteilte, aber nicht mehr hingerichtete spätere Schleswig-Holsteinische Ministerpräsident Theodor Steltzer, die nordrhein-westfälische Kultusministerin Christine Teusch, der bekannte Widerstandskämpfer Paul Graf York von Wartenburg, der die CDU in Berlin mitbegründete sowie eine ganze Reihe weiterer Landesminister, Bundestags- und Landtagsabgeordneter und Kommunalpolitiker. Die Reihe kann ergänzt werden um die christliche Gewerkschaftsführerin Elfriede Nebgen, den zeitweiligen CDU-Vorsitzenden und Landwirtschaftsminister Andreas Hermes, den saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann.

Aufzählungen sind immer tückisch, da man unschwer eine Reihe weiterer Beispiele anführen könnte: Es handelt sich um eine kleine Auswahl aus einer großen Zahl derjenigen, deren Weg aus dem christlichen oder auch konservativen Widerstand nach 1945 zur Christlichen Demokratie führte.

Was für die CDU gilt, gilt ebenso für die CSU: Auch in ihrem Fall führten viele Wege aus dem Widerstand zum ideellen, organisatorischen und personellen Neuaufbau. Neben dem schon erwähnten Fritz Schäffer sind die bekanntesten Beispiele der Parteigründer Josef Müller, der „Ochsensepp“, der Kulturpolitiker und zeitweilige Staatsminister Alois Hundhammer, der Präsident des Bayerischen Landtags Michael Horlacher, der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl, der Staatsminister Anton Pfeiffer. Auch hier handelt es sich lediglich um eine kleine Auswahl, zu

der abschließend einige Bemerkungen folgen.

Josef Müller, der Mitbegründer der CSU, war Jurist und vor 1933 BVP-Mitglied, danach bis zum Krieg juristischer und wirtschaftlicher Berater der Katholischen Kirche. Verschiedentlich verhaftet, wurde er als Offizier im Ersten Weltkrieg 1939 einberufen und war dann bei der Abwehr im Umfeld von Admiral Canaris tätig. Für die Militäropposition verhandelte Müller durch Vermittlung des Vatikans mit der britischen Regierung. Im April wurde er verhaftet und wegen Hochverrats vor dem Reichskriegsgericht angeklagt. Obwohl er freigesprochen wurde, blieb er – zeitweilig im Konzentrationslager – in Haft, bevor ihn 1945 amerikanische Truppen befreiten. Am 17. Dezember wurde er Vorsitzender des Vorläufigen Ausschusses der CSU, am 8. Januar 1946 wurde er vorläufiger Landesvorsitzender und von 1946 bis 1949 war er Landesvorsitzender. Eine ganze Reihe weiterer hoher Mandate und Ämter hatte er danach inne, unter anderem war er 1947 bis 1952 Bayerischer Justizminister und Stellvertretender Ministerpräsident. Der „Ochsensepp“ war einer der herausragenden Politiker aus dem Widerstand, der unter Einsatz seines Lebens versucht hatte, das nationalsozialistische Regime zu stürzen. Trotz mehrjähriger KZ-Haft ungebrochen, verkörperte er sowohl den personellen und organisatorischen Weg zur Christlich Sozialen Union als auch die christliche, humanitäre und rechtsstaatliche Komponente. Hinzu trat selbstverständlich auch bei ihm die föderalistische Grundorientierung in ihrer spezifisch bayerischen Form. Josef Müller stand aber parteigeschichtlich trotzdem für einen

Neuanfang, für eine überkonfessionelle, moderne christliche Volkspartei, deren Charakter dann in seinem Sinn und von ihm gefördert Franz Josef Strauß weiter ausprägte.

Insofern stand Müller innerhalb der CSU für eine andere, zukunftsreichere Richtung als der ebenfalls aus der BVP und ebenfalls aus der Ablehnung des Nationalsozialismus zum Mitbegründer der CSU werdende Alois Hundhammer, der 1900 geboren und folglich zwei Jahre jünger als Müller war. Hundhammer wurde nach einem breit angelegten Studium zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert. Am Ende der Weimarer Republik war er unter anderem Landtagsabgeordneter der BVP und kam 1933 kurzzeitig in Haft. Danach schlug er sich mit Hilfe eines Schuhgeschäfts durch, bevor er von 1939 bis 1945 Soldat wurde. Nach der amerikanischen Gefangenschaft engagierte er sich sofort für die Christlich Soziale Union, nahm eine Reihe wichtiger Mandate wahr und gelangte in hohe Ämter. Zeitweilig war er Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, von 1946 bis 1950 Bayerischer Kultusminister und von 1951 bis 1954 Präsident des Bayerischen Landtags, danach Landwirtschaftsminister und Stellvertretender Ministerpräsident. Er stand bekanntlich für den konservativen und klerikalen Flügel innerhalb der CSU, der im Übrigen noch dezidiert föderalistisch orientiert war als die Mehrheit der Partei.

Wesentlich für den Neuanfang war, dass innerhalb der CSU eine wichtige Weichenstellung der Weimarer Jahre zugleich beibehalten und doch modifiziert wurde. Die BVP war 1919/20 aus dem bayerischen Teil der Zentrums-

partei entstanden und hatte in gewisser Weise einen Sonthofener Weg eingeschlagen: Sie agierte getrennt von der Zentrumspartei, was den politischen Katholizismus deutlich schwächte, insbesondere bei der Reichspräsidentenwahl 1925. Die BVP kandidierte zwar auf Reichsebene, blieb im Reichstag aber eine kleine Partei, die keine Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum einging. Nach 1945 wurde in der CSU nicht allein der überkonfessionelle Weg gewählt, sondern das Bundesengagement deutlich akzentuiert, was zwangsläufig eine Moderierung der föderalistischen Komponente bedeutete. Hinzu kam, dass sich Politiker wie Schäffer nach dem Krieg zunehmend außerhalb der bayerischen Landesgrenzen engagierten. Alle zuletzt genannten (Schäffer, Müller und Hundhammer) waren Mitglieder des Parlamentarischen Rates in Bonn und Schäffer seit 1949 Bundesminister. Auch die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU verstärkte diese bundespolitische Tendenz und steigerte – im Vergleich zur reichspolitischen Genügsamkeit der BVP – die bundespolitische Bedeutung der CSU.

Auch Schäffer war nach 1933 mehrfach verhaftet worden, obwohl man bei ihm und Hundhammer nicht wie bei Joseph Müller von einer ausgesprochenen Widerstandstätigkeit reden kann, so doch von einer eindeutigen Opposition gegen das NS-Regime.

Zusammenfassung

Bei allen hier erwähnten Politikern – und das gilt auch für die nur kurz erwähnten wie Michael Horlacher (der 1933 aller Ämter enthoben, zeitweilig inhaftiert war und 1944 ins KZ

Dachau gebracht wurde) oder Karl Scharnagl (der 1944 verhaftet wurde) – war bemerkenswert: Trotz Inhaftierung hielten sie, zum Teil unter Gefahr für Leib und Leben, unbeirrt an ihren religiösen, humanitären, staatspolitischen Grundüberzeugungen fest, allein dadurch riskierten sie wiederholte Verhaftungen, bei denen eine Entlassung alles andere als gewiss war. Diese Protagonisten des neuen demokratischen Deutschlands brachten nach Kriegsende deshalb nicht allein ihre politische Erfahrung unter der Weimarer Demokratie und der nationalsozialistischen Diktatur in den Neuaufbau von CDU und CSU, den Neuaufbau Bayerns und der Bundesrepublik ein. Vielmehr kam zu dem ideellen Erbe ein unschätzbares moralisches Kapital, ohne welchem die Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie, schließlich die Wiedereingliederung in die christlich-abendländische, die westliche Wertegemein-

schaft nicht gelungen wäre. Dazu trug damals auch die Überzeugung bei, dass über parteipolitische Gegensätze hinweg in Bezug auf die Verteidigung einer rechtsstaatlichen und demokratischen Verfassungsordnung die Gemeinsamkeit der Demokraten unverzichtbar ist. Sie resultierte in der CDU/CSU wie in der SPD aus Opposition und Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur. Der erste Parteivorsitzende der SPD Kurt Schumacher oder sein aus der Emigration zurückkehrender Nachfolger Erich Ollenhauer repräsentierten sie ebenso wie Konrad Adenauer, Josef Müller oder Fritz Schäffer. Allein diese Namen zeigen, wie vielfältig Opposition und Widerstand gegen Hitler waren. Von diesem Erbe zehren wir noch heute, es handelt sich tatsächlich um ein „Geschenk an die deutsche Zukunft“ wie Theodor Heuss vor fünfzig Jahren gesagt hat.

Bayerische Akzente – Zum Gestaltungsanspruch der CSU auf Bundesebene

Heinrich Oberreuter

Bundespolitisch positionierte sich die CSU von Anfang an. In ihrer Gründungsgeschichte vermochten sich die Verfechter der nationalen und interkonfessionellen Option gegen die traditionalistische, radikal-föderalistische durchzusetzen. Damit war die Sonderentwicklung der CSU zu einer autonomen Landespartei „mit besonderem Bundescharakter“¹ frühzeitig vorgezeichnet. Ohnehin war im Rahmen des neuen politisch-strategischen Denkens, in welchem die Parteien (endlich) zu verantwortungsvoll gestaltenden Kräften der parlamentarischen Demokratie werden sollten, kein Platz mehr für verengte Festungsmentalität („Bollwerk Bayern“). Wer mitgestalten und sich nicht erneut historisch überspielen lassen wollte, musste für die neue Partei in dem im Entstehen begriffenen neuen politischen System grundsätzlich eine konkurrenzfähige überregionale Rolle reklamieren. Die gleichzeitige Bewahrung politisch-organisatorischer Selbstständigkeit sicherte zugleich die

regionale Verankerung. Ihren Doppelcharakter hatte die CSU schon gewonnen, bevor es den neuen Staat überhaupt gab.

1. Föderalistische Option und bayerische Identität

Diesen Staat befürwortete sie, auch wenn sie zum Grundgesetz Nein gesagt hat, weil es dem Bundesrat im Gesetzgebungsverfahren keine Gleichberechtigung mit dem Bundestag zubilligte. Gleichwohl ist es ihr Ministerpräsident Hans Ehard gewesen, der sich in die Verfassungsberatungen von allen Länderchefs am intensivsten eingeschaltet und zu dessen Ärger mit der SPD gegen Konrad Adenauer das Bundesratsprinzip durchgesetzt hatte.² Dass der Kanzler sich kurz darauf intensiv bemühte, Ehards späteren Nachfolger Hanns Seidel als Staatssekretär im Bundeskanzleramt zu gewinnen³, belegt, wie wenig fundamentale Gegensätze in der Aus-

gestaltung des Föderalismus und eine konstruktive Rolle in der Bundespolitik einander ausschlossen. Bayern ist vom Beginn der Republik an stärkster Hort des Föderalismus. Innerhalb der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU hat sich die CSU-Landesgruppe in Föderalismusfragen eine Vetoposition vertraglich zusichern lassen⁴, was angesichts der erforderlichen Quoren für Verfassungsänderungen einer Vetoposition gleichkommt. Einer auf zentralstaatlicher Ebene wirksamen autonomen Landespartei kann die Position der Bundesländer nicht gleichgültig sein. Nicht von ungefähr setzte sich die CSU auch seit den 90er-Jahren, nach jahrzehntelanger Modernisierungspolitik gestärkt, für einen leistungsorientierten Wettbewerbsföderalismus in Deutschland ein und ist nach wie vor am Erfolg der vorläufig gescheiterten Föderalismuskommission interessiert. Denn neben ihrem Wahlerfolg ist eine funktionsfähige bundesstaatliche Ordnung eine wichtige Voraussetzung ihres politischen Agierens in Land und Bund.

Zu welchem historischen Erfolg diese frühzeitige Festlegung ihres Doppelcharakters die Partei tragen sollte, konnte zur Gründerzeit niemand vorhersehen. Tatsächlich ist diese Erfolgsgeschichte, so sehr politisch-kulturelle und sozialstrukturelle Gegebenheiten begünstigend gewirkt haben mögen, politisch erarbeitet. Denn die Partei hat gegebene Strukturen nicht traditionalistisch verteidigt, sondern modernisierend fortentwickelt, ohne sich aggressiv gegen Traditionen zu stellen. Damit schuf sie die Fundamente für jene drei Säulen, die nach Franz Josef Strauß ihre „einmalige Stellung“ tragen: die Zusammenführung der bürgerlichen Kräfte, die Entklerikalisierung und

Liberalisierung und die Identifizierung der CSU mit Bayern.⁵ Insgesamt ist dieser Erfolgsweg keineswegs geradlinig verlaufen.

Seit den Sechzigerjahren scheint er jedoch irreversibel, als bürgerliche Kleinparteien in der Bedeutungslosigkeit versunken und die Chancen der SPD auf einen Machtwechsel illusorisch geworden waren. Diese Position stützt sich nicht zuletzt auf die dritte Säule, die Identifikation des Freistaats mit der Partei, für die wiederum beides verantwortlich zeichnet: ihre überwältigende, politische, auch flächendeckend organisatorisch abgestützte Position im Land und ihr sichtbar eigenständiges Agieren im Bund, das von inneren Spannungen nicht frei ist; denn mitunter bestehen Gegensätze zwischen den Akteuren auf Bundes- und Landesebene, die von Interessen- und Rollenkonflikten bestimmt sind. Gleichwohl muss die Partei im Ergebnis dem Motto „Bayern zuerst“ huldigen; denn ihrer ungebrochenen Mehrheit dort verdankt sie ihre Stellung im Bund.

2. Die CSU im Parteiensystem

2.1 Hegemonialstellung in Bayern – dritte Kraft im Bund

Seit 1957 entscheidet die CSU in Bayern die Bundestagswahlen mit absoluten Mehrheiten für sich, abgesehen von dem historischen Einbruch 1998, als sie mit 47,7% ihr schlechtestes Ergebnis seit Gründung der Bundesrepublik erzielte, nachdem sie bei den Landtagswahlen zwei Wochen zuvor noch das übliche glänzende Ergebnis eingefahren hatte. Insgesamt hatte sie trotzdem ihre Hegemonialstellung behauptet

und sich vom Desaster der CDU abgekoppelt. Wo ihre eigenständige Politik im Lande betroffen war, erfuhr sie glänzende Bestätigung. Wo es dagegen um Leistungen und Zukunftskompetenz der Berliner Koalition ging, vermochte sie sich dem bundespolitischen Abwärtstrend nicht zu entziehen, obgleich der Freistaat eine Unionsbastion geblieben und dort nur 3,5%, in Deutschland aber 6,2% verloren gegangen waren. In ihrer Doppelposition hatte die CSU nicht nur die süßen, sondern auch die bitteren Früchte der Mitverantwortung zu schmecken bekommen. Ihr immer wieder erhobener Anspruch, die Unionslinie nachhaltig mitzugestalten, ist daher nicht nur Ausdruck von eigenständigen, sondern auch von existenziellen Interessen. Aus der Perspektive von CDU-Landesverbänden, die weder die Chancen noch die Risiken einer derartigen Doppelrolle kennen, mag das gelegentlich schwer zu verstehen sein.

Sogar in der Schwächung von 1998 verteidigte die CSU ihren dritten Rang im Parteiensystem vor FDP, Grünen und PDS, den sie mehrheitlich seit 1957 einnimmt und selbst nach der grundlegenden Veränderung der Verhältnisse nach der Wiedervereinigung vorläufig zu befestigen scheint. Zwischen 1957 und 1990 erzielte die CSU mit ihren bayerischen Stimmen im Bund durchgehend einen Anteil von etwa 10%, seit 1990 etwa 7%, bei der Ausnahmewahl 2002 durch den Stoiber-Effekt wieder 9%. Politik und Publizistik neigen dazu, diese Stärke im Bundeswählermarkt und die daraus resultierende Selbsteinschätzung der Bayern zu unterschätzen. Zudem stabilisieren diese mit ihrem Anteil ganz erheblich die Position der Gesamtunion.

Bundestagswahlen:

Anteil der CSU im Bund in %

	CSU	CDU/CSU
1949	5,8	31,0
1953	8,8	45,2
1957	10,5	50,2
1961	9,6	45,3
1965	9,6	47,6
1969	9,5	46,1
1972	9,7	44,9
1976	10,6	48,6
1980	10,3	44,5
1983	10,6	48,8
1987	9,8	44,3
1990	7,1	43,8
1994	7,3	41,5
1998	6,7	35,1
2002	9,0	38,5

Quelle: Bundeswahlleiter

Zusammengefasst ergeben sich drei wesentliche Folgerungen für die Kräfteverhältnisse im Parteiensystem, von denen bisher seit dessen Konsolidierung in den 60er-Jahren Abweichungen nur in Ausnahmefällen zu verzeichnen sind. Dabei muss offen bleiben, welche Auswirkungen künftig ostdeutsche Sonderentwicklungen und die neuen Zersparungstendenzen der Linken haben werden.

- Die Mehrheits- und Regierungsfähigkeit der Union hängt numerisch vom Stimmenpaket der CSU ab, die in ihren Gestaltungschancen zugleich aber auch auf den Ergebnissen der CDU beruht.
- Die mit wichtigen Rechten und Positionen im parlamentarischen Verfahren verbundene Stellung der CDU/CSU als stärkste Bundestagsfraktion kommt erst durch die Addition der CSU-Mandate zu Stande.

- Die CSU ist zumeist drittstärkste Bundestagspartei nach SPD und CDU, vor allen anderen überregionalen Kleinparteien.

2.2 Konkurrierende Kooperation im Unionsverbund

Dieses numerische Gewicht muss in Macht und Einfluss politisch erst umgesetzt werden, abhängig von Kompetenz, Durchsetzungsfähigkeit und Personalkonstellation. Die politische Münze, die aus Wahlergebnissen geschlagen werden kann, ist daher nicht zur Gänze liquide, kann es in einem partnerschaftlichen Parteienverbund gar nicht sein, in dem Nutzenmaximierung nur durch beiderseitigen Respekt originärer Interessen und durch Optimierungsstrategien zu erreichen ist. Auch eine autonome Landespartei kann im Bund nicht nur Landesinteressen vertreten. Umgekehrt ist aber auch von deren bundespolitischem Partner Rücksichtnahme statt Majoritätsdenken einzufordern. Idealtypisch hat die CSU beide Erfahrungen gemacht. Speziell in Regierungskonstellationen vermochte sie vom Aktionsbonus und Erfolg der von ihr mitgetragenen Bundesregierungen zu profitieren und ist, wo es ihn gab, ohne den Kanzler zu stellen, selbst auch Nutznießerin eines Kanzlerbonus geworden. Von einem Malus blieb sie umgekehrt ebenso wenig verschont. Grenzen ihrer Kritik- und Korrekturfähigkeit musste sie dann zur Kenntnis nehmen, wenn Landes- und Bundesinteressen in Kollision gerieten und eigene Exponenten als wichtige Rollenträger in der Bundesregierung agierten. Andererseits fiel ihr in depressiven Krisen der größeren Schwesterpartei im Unionslager die

Rolle der Wortführerin zu wie z.B. nach der Schlappe von 1998, als die CDU in ihrem Wahlgebiet nicht einmal 30% erreicht hatte, durch Affären tief erschüttert und die Fortführung der Oppositionsarbeit im Grunde von bayerischen Kompetenzen und Initiativen abhängig gewesen ist.⁶ In Folge dieser Situation, in welcher der bayerische Ministerpräsident als der eigentliche Oppositionsführer galt, fiel Edmund Stoiber dann 2002 die Kanzlerkandidatur zu.

Folgt man Franz Josef Strauß⁷, so liegt seit zwei Jahrzehnten der wichtigste Unterschied zwischen den beiden Schwesterparteien in der Klarheit der politischen Führung. Die speziell in der CDU strittigen Themenfelder, die er benannte, scheinen einem Themenkatalog des Wahlkampfes von 2005 entlehnt: Arbeit, Soziales, Steuern. Die Vielfalt der Arbeitsgemeinschaften und die Abwesenheit klarer Kursvorgaben führe zu einem dissonanten, die Bevölkerung verwirrenden Meinungsbild: eine erstaunliche Kontinuität. Hat es die CSU kraft ihrer regionalen Konzentration strukturell leichter? Man wird es kaum leugnen können. Andererseits scheint sie ihre Schlagkraft auch dadurch gewonnen zu haben, dass die durchaus vorhandene Vielfalt der Meinungen zusammengeführt, gebündelt und politisch wirksam umgesetzt worden ist. Stichwort: Geschlossenheit. Die CSU ist seit Jahrzehnten charismatische Führung gewohnt, die sich vom Moderieren unterschiedlicher Strömungen scharf unterscheidet.

Schon zu Straußens Zeit war die Partei kein Monolith, wie er anlässlich des Milliardenkredits für die DDR erfahren musste. Stoiber ist mit seinem rigoro-

sen Sparkurs nach der Landtagswahl 2003 und bei der Gesundheitspolitik 2004 ebenfalls auf erhebliche Widerstände gestoßen. Anscheinend verzichtet die Partei im Ernst weder auf Diskussion noch auf Führung. Deswegen hat sie das Vakuum nach Strauß nicht ertragen. Wenn jüngst die kompetitive Kooperation unterschiedlicher Machtzentren – Partei, Staatsregierung, Landesgruppe, Landtagsfraktion – als zentrale Erfolgsbedingung der CSU bezeichnet worden ist, die ihre Erneuerungsfähigkeit und Geschlossenheit zugleich sichere,⁸ dann ist die weit verbreitete Annahme falsch, die Partei beziehe ihre äußere Kraft aus innerer Lethargie. Je schwächer die Führungskraft in der Schwesterpartei ausgeprägt ist, desto stärker entwickelt sich der bundespolitische Mitsteuerungsanspruch aus München. In der Doppelrolle ist dieser Prozess angelegt, der das Selbstverständnis der Partei nicht ins rein Bundespolitische verlagern muss. Doppelrollen haben es an sich, situationsbedingt und -angemessen unterschiedlich und abwechselnd interpretiert werden zu können. Zusätzlich verstärkt die Fernsehdemokratie die politische Personalisierung und lässt einer autonomen Partei im Rahmen eines Kooperationsverbunds, der durchaus wettbewerbsorientiert bleibt, grundsätzlich nicht die Wahl, von vornherein unter Hinweis auf Größenordnungen auf Spitzenämter zu verzichten. Die konkurrierende Kooperation der Schwesterparteien wird sich auch in Zukunft entfalten.

2.3 Gestaltungsverantwortung

In allen unionsgeführten Bundesregierungen von 1949-1969 und von 1983-

1998 war die CSU stark und meist überproportional vertreten. Auf Regierungsbildung und Regierungsprogramme hat sie erheblichen Einfluss ausgeübt. Dass ihr Post-, Bundesrats- und Landwirtschaftsministerium mit gewisser Regelmäßigkeit zufielen, entspringt der Tradition. Dennoch waren über die Zeiten auch in diesen Ressorts wichtige Strukturveränderungen – sozialer Wandel in der Landwirtschaft und Europäisierung der Agrarpolitik, Privatisierung der Post – zu bewältigen.

Bundespolitisch von besonderer Bedeutung ist die Besetzung klassischer oder auch neuer Politikfelder in besonders herausfordernden Situationen. So führte die CSU das Finanzressort in drei schwierigen Phasen: beim Aufbau des neuen Staates (Fritz Schäffer), bei der Wiedervereinigung (Theo Waigel) und bei der Bewältigung der ersten, als tief greifend empfundenen Konjunktur-einbrüche, die sich zudem mit einer in das Bund-Länder-Verhältnis einschneidenden Finanzreform verbanden (Franz Josef Strauß). Die Partei stellte den Innenminister, der die Diskussion um die Notstandsverfassung weit vorantrieb (Hermann Höcherl) und jenen, der die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus in seiner späteren Phase zu führen hatte (Friedrich Zimmermann)⁹. Innovatorische Leistungen waren z.B. zu erbringen bei der Aufstellung der Bundeswehr und ihrer Eingliederung in den demokratischen Staat (Franz Josef Strauß) sowie beim Versuch, zeitgeschichtlich bedingte Forschungslücken in der Kerntechnik zu schließen und internationalen Anschluss zu gewinnen (Franz Josef Strauß, Siegfried Balke). Später stellte sich die Aufgabe der Reform des Sozialstaates und des Gesundheitssystems (Horst Seehofer).

Politischer Einfluss erschöpft sich freilich nicht in solchen institutionellen und historischen Zuordnungen. Die CSU hat sich zu keinem Zeitpunkt in ihrem Mitgestaltungswillen ressortspezifisch einengen lassen. Derartiges „Zuständigkeitsdenken“ wäre das Ende jedes umfassenden politischen Anspruchs. Weder in einer Fraktionsgemeinschaft noch in einer Koalition könnte es legitimerweise eingefordert werden. Die bundespolitische Rolle einer autonomen Landespartei erzwingt eigenständige bundespolitische Aussagen, wenn sie substanziell und glaubwürdig bleiben soll, wobei die regionale Begrenzung der Parteiorganisation und -mitgliedschaft durchaus Vorteile für die Ausprägung von Geschlossenheit und Profil bietet.

3. Politische Führung und normative Orientierung

Von diesen Chancen pflegte die CSU stets Gebrauch zu machen, keineswegs erst durch Franz Josef Strauß, so sehr sich in diesem Politiker strukturelle und persönliche Potenzen durchdrungen haben mögen. Eine Partei, die sich in ihren Grundwertorientierungen (z.B. §218), ihrem Selbstverständnis (z.B. Innere Sicherheit, Deutschlandpolitik vor 1988) oder ihren außen- und sicherheitspolitischen Überzeugungen herausgefordert sieht und darauf aus Inkompetenz oder aus Fraktions- oder Koalitionsdisziplin nicht antwortete, hätte sich aufgegeben. Die CSU hat zumeist versucht, sich durchzusetzen, ohne dabei stets zuerst nach Opportunität, Erfolgsaussicht und Popularität zu fragen: politische Führung, die das Risiko der Folgebereitschaft der Wählerschaft bei essenziellen Themen nicht

scheut und ebenso wenig Konflikte mit politischen Partnern – von Gegnern ganz zu schweigen. Ein Beispiel ist der einsame Gang nach Karlsruhe wegen des Grundvertrags.

Im Urteil des Verfassungsgerichtes wurden wesentliche Klarstellungen erzielt.¹⁰ Danach war der Grundvertrag nicht schlechthin mit dem Grundgesetz vereinbar, sondern nur in der sich aus dem Richterspruch ergebenden Auslegung. Karlsruhe hielt an „Gesamtdeutschland“, Wiedervereinigungsgebot und an der deutschen Staatsbürgerschaft für alle Deutschen, also auch für DDR-Bürger, fest und schob der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR einen Riegel vor. Damit wurden prinzipiell Chancen offen gehalten. Als sie sich Jahre später praktisch ergaben, lag das Instrumentarium zur Realisierung bereit.

In der themenverschleißenden, kurzatmigen und opportunistischen Fernsehdemokratie ist es riskant, nach dem Motto zu handeln, nicht was ankomme solle politisch vertreten werden, sondern worauf es ankomme. Natürlich gilt auch für die CSU dieses Motto nicht ausnahmslos. Aber sie folgt erkennbar deutlicher als andere Parteien normativen Orientierungen. Bei allem Pragmatismus, an dem gesellschaftlicher Wandel keineswegs vorübergegangen ist, blieb sie im Kern doch auch aus Überzeugung Programmpartei, die Grundsatzarbeit nicht scheut. Nicht zuletzt Edmund Stoiber hat daran als Vorsitzender der Grundsatzkommission zu Beginn der 90er-Jahre sein innerparteiliches Profil geschärft. Im Vorwort des fünften Grundsatzprogramms von 1993 heißt es deutlich, bei allem Wandel und aller Auseinandersetzung mit

den geistigen Strömungen der Zeit bestünde für die Partei kein Anlass, „Standort, Orientierung und Richtung ihrer Politik grundlegend zu verändern“¹¹. Damit wird prinzipiell nichts weniger formuliert als die Priorität wertorientierter politischer Steuerung. Daraus entsteht eine Verlässlichkeit, wie sie kein Zeitgeistsurfen zu vermitteln vermag. Für Grundsatztreue sind jedoch gelegentlich am Wählermarkt auch Preise zu entrichten. So hat die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zur Begrenzung des Schwangerschaftsabbruchs eine Zeit lang die jüngeren Frauen der Partei entfremdet. Sie hat darauf keine Rücksicht genommen.

Bei aller Grundsatztreue gibt es keinen programmatischen Stillstand. Das Grundsatzprogramm von 1993 wird gleichsam permanent überprüft. Die soziale Marktwirtschaft soll nicht neu definiert, sondern ihre Prinzipien sollen konsequent auf neue Herausforderungen angewendet werden. Alois Glück propagiert die „aktive Bürgergesellschaft“, die durch Partizipation, Chancengerechtigkeit und gegenseitige Solidarität gekennzeichnet sein soll.¹² Anleihen an den Kommunitarismus und an englische und amerikanische Vordenker des „dritten Weges“ sind unübersehbar. Selbstständigkeit und Selbstverantwortung in der Wissensgesellschaft scheinen mittlerweile zu verallgemeinerungsfähigen Eckpunkten der generellen Programmdiskussion zu werden. Sie finden sich selbst zu Anfang des Wahlprogramms der Union 2005 wieder.

Dennoch ist das Profil der Schwesterpartei nicht gleich geschärft. Gesellschaftspolitische Erneuerung, die auf

parteiorganisatorisch längst eingefasste minoritäre Milieus abzielt, dürfte nicht nur manchen Grundsätzen widersprechen, sondern auch die eigene Anhängerschaft irritieren – ohne bei der Zielgruppe Akzeptanz und Glaubwürdigkeit zu finden.

Solange der eigene programmatische Kern noch etwas gilt, muss sich auch eine Volkspartei damit abfinden, dass eine oder andere Milieu, die eine oder andere soziale Gruppe nicht oder weniger gut zu erreichen. Keine Partei, die einen politischen Anspruch erhebt, kann zur Dienstleistungs- oder Lifestyle-Agentur degenerieren, die heute diesem und morgen jenem zu Willen ist – eine C-Partei schon gar nicht. In dieser vielfach widersprüchlichen Gesellschaft gibt es seit langem Bedürfnisse nach Orientierung und Werten. Manch beklagte materialistische und säkularisierende Tendenz mag ihre Ursache in politischen Sprachlosigkeiten haben, die „modernisierenden“ Sinnstiftern das Feld freigeben.

Andererseits sind natürlich die gesellschaftlichen Orientierungen und akzeptierten Geltungsgründe nicht mehr identisch mit jenen in der Gründerphase der Republik und ihres Parteiensystems – nicht zu reden vom Veränderungspotenzial durch die Integration der Länder zwischen Elbe und Oder.

In einer sich zunehmend entchristlichenden Gesellschaft wird es für Parteien mutig, sich christlich zu nennen. Aber sie müssen sich dennoch nicht entmutigen lassen, zu verdeutlichen, was dieser Maßstab nicht nur für Bioethik, Genforschung und Lebensschutz, sondern auch für Familien-,

Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Erziehungspolitik bedeutet – und nicht zuletzt für das Bild vom Menschen und sein Verhältnis zu Politik, Staat und Gesellschaft. Denn weithin bedarf es

angesichts unserer historischen Erfahrungen keiner Glaubensakte, um die Plausibilität dieses Maßstabs einzusehen und mit ihm wenigstens Gültigkeiten zu begründen.

Anmerkungen

- ¹ Mintzel, Alf: Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S.80. Ders.: Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg, Gewinner und Verlierer, Passau 1998.
- ² Morsey, Rudolf: Zwischen Bayern und der Bundesrepublik. Die politische Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard 1946-1949, in: Juristen-Zeitung 36/1981, S.366f.
- ³ Löffler, Bernhard: Wirtschaftspolitische Konzeption und Praxis Hanns Seidels, in: Alfred Bayer/Manfred Baumgärtel (Hrsg.), Weltanschauung und politisches Handeln. Hanns Seidel zum 100. Geburtstag, München 2001, S.56.
- ⁴ Mintzel, Alf: Geschichte, S.345ff. Ders.: Die Rolle der CSU-Landesgruppe im politischen Kräftespiel der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Studien Sonderheft 1/1989, S.113-134; Kießling, Andreas: Die CSU. Machterhaltung und Machterneuerung, Wiesbaden 2004, S.135ff.
- ⁵ Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S.530.
- ⁶ Oberreuter, Heinrich: Speerspitze der Opposition – die Rolle der CSU seit 1998, in: Tilman Mayer/Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.), Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, München 2002, S.89-101.
- ⁷ Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, S.521f.
- ⁸ Kießling, Andreas: Die CSU, S.337ff.
- ⁹ Glos, Michael (Hrsg.): Festschrift zum 80. Geburtstag von Friedrich Zimmermann, München 2005.
- ¹⁰ Blumenwitz, Dieter: Der Beitrag der CSU zur staatlichen Einheit Deutschlands, in: Politische Studien Sonderheft 5/2000, S.55-67.
- ¹¹ Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union in Bayern, München 1993, S.10.
- ¹² Glück, Alois: Verantwortung übernehmen. Mit der aktiven Bürgergesellschaft wird Deutschland leistungsfähiger und menschlicher, Stuttgart/München 2000.

Die Wurzeln und geistigen Grundlagen der CSU

Interview mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden der CSU und Bundesminister a.D. Dr. Theo Waigel

Renate Höpfinger

Renate Höpfinger: Die Unionsparteien CDU und CSU werden heuer 60 Jahre alt. In vielen Veranstaltungen wird landauf und landab der Unionsgründungen gedacht und dabei auch an deren Wurzeln und Grundlegung erinnert. Vor wenigen Wochen forderte der Kölner Kardinal Joachim Meisner die Unionsparteien auf, das „C“ aus ihrem Namen zu streichen, weil er die christlichen Grundwerte bei ihnen vermisste – so sein Vorwurf. Außerdem erreiche in unserer säkularisierten Gesellschaft eine christliche Volkspartei keine Mehrheiten mehr. Die Unionsparteien stehen erneut unmittelbar vor einer wichtigen Wahl. Hat Kardinal Meisner Recht mit seinem Hinweis, dass eine Partei, die sich auf christliche Werte beruft, keine Mehrheiten mehr erreichen kann? Und halten Sie den Vorwurf für gerechtfertigt, dass die Unionsparteien im politischen Alltag die Nähe zu den viel beschworenen genuin christlichen Grundwerten (häufig) vermissen lassen?

Theo Waigel: Die Aussagen von Kardinal Meisner werden durch Wiederholungen nicht origineller. Kein Kardinal, auch nicht Kardinal Meisner, hat ein Monopol auf die Definition dessen, was christlich ist. Da halte ich mich lieber an Papst Benedikt XVI. und das, was er früher als Kardinal und Theologieprofessor zu dem Thema theologisch anspruchsvoll gesagt hat. Wenn Kardinal Meisner zum Ausdruck bringt, dass es ja immer schwerer werde, mit dem „C“ Mehrheiten zu gewinnen, dann gilt das doch auch für die Kirchen. Insofern finde ich seine Aussage unlogisch und inkonsequent. Auch wenn die Kirche keine Mehrheit darstellt, wird sie doch nie von ihrem Anspruch, weltbewegend zu sein und die Botschaft Gottes zu verkünden, abgehen. Und wenn wir manchmal in der „C-Familie“ nicht so miteinander umgehen, wie es das „C“ gebietet, dann müssen wir die Kritik akzeptieren und versuchen, die Dinge zu verbessern. Aber so etwas findet ja sogar unter Kardinälen und unter

Bischöfen statt. Insofern sind wir da in einer ganz guten christlichen Gesellschaft.

Ich teile die Meinung von Kardinal Meisner nicht. Ich rate CDU und CSU, mit einer solchen Aussage offensiv umzugehen und Kardinal Meisner zu antworten, dass wir nicht im Traum daran denken, das, was 1945 in den Namen gekommen ist, aufzugeben. Denn es würde auch eine Schwächung der Kirchen bedeuten, wenn es keine Partei mehr gäbe, die dieses fordernde „C“ in ihrem Namen hätte. Wir sind nicht Kirchenpartei, wir sind nicht verlängerter Arm der Kirchen und die Kirchen sind nicht verlängerter Arm der C-Parteien. Wie sind voneinander unabhängig. Wir stammen beide aus unterschiedlichen Welten, haben unterschiedliche Aufträge, aber wir sind aufeinander angewiesen. Ich glaube auch, dass die C-Parteien einiges dazu beitragen können, um als Gesprächspartner der Kirchen das, was die Kirchen in die Gesellschaft und in die Welt zu sagen haben, umzusetzen und Sprachrohr zu sein.

Renate Höpfinger: Wen außer den C-Parteien gäbe es denn, der in der Politik diese Rolle als Sprachrohr sonst erfüllen könnte?

Theo Waigel: Es gäbe sonst nur Einzelne, der eine oder andere in einer konservativen oder liberalen Partei. Auch Liberale wie Thomas Dehler haben sich als Katholiken oder Protestanten verstanden. Und natürlich gibt es gläubige Sozialdemokraten und gläubige Grüne. Aber wenn ich dann auf der anderen Seite wieder sehe, wie Vertreter dieser Parteien sich so wenig von den Kirchen sagen lassen und sie für überflüssig halten, dann wäre dies in

CDU und CSU nicht möglich. Wer die Kirchen für überflüssig hält, hat in einer C-Partei nichts zu suchen.

Mir hat vor einigen Monaten ein Artikel von Professor Held in der FAZ sehr gut gefallen. Er wies darauf hin, dass das „C“ und damit CDU und CSU einer Primäridee entspringen und nicht einer Sekundäridee. Liberalismus, Sozialismus, Ökologie sind Sekundärideen, die aus dieser Welt kommen, während das „C“ aus der Verantwortung vor Gott und daraus resultierend der Verantwortung vor dem Nächsten kommt. Das ist eine gewichtige und schwer wiegende ideenpolitische Begründung des politischen Handelns. Das unterscheidet CDU und CSU von anderen Parteien. Und das gibt ihnen auch die Chance, unabhängig zu sein von Zeitströmungen, von dem Auf und Ab liberaler, sozialer und sonstiger Bewegungen wie der Ökologie. Das ist etwas, was wir nicht vergessen dürfen, und das hat die Gründungsmitglieder in erster Linie bewegt.

Renate Höpfinger: Die Gründung der Unionsparteien CDU und CSU vor 60 Jahren, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, war eine Antwort auf die NS-Diktatur. Ihrem Selbstverständnis nach sehen die Unionsparteien ihre „ideelle Gründung“ in den Zusammenkünften und Zirkeln des christlich motivierten Widerstandes und in den Gefängnissen des Dritten Reiches. Wer waren diese Menschen? Was bewog sie zum Widerstand? Was waren ihre Antriebskräfte, was ihre Ziele?

Theo Waigel: Ich habe mich mit diesen Fragen intensiv beschäftigt, in den letzten zehn Jahren noch vermehrt. Es ist in der Tat unglaublich, was Männer

und Frauen aus der Zeit des Widerstandes für die Zeit nach 1945 mitgebracht haben. Dies gilt in der CSU in erster Linie für Dr. Josef Müller, den Ochsenpfepp, dessen Leben und dessen Widerstandskraft viel zu wenig gewürdigt werden, auch von der CSU. Ich habe ihn noch persönlich erlebt, auf Parteitage in den Sechzigerjahren. Er war ein Mann mit seinen Schwächen, aber was er in der Zeit des Dritten Reichs im Widerstand geleistet hat, bei 15 Gestapoverhören niemanden verraten, zwei Mal unter dem Galgen gestanden, zusammengeschlagen und keine Sekunde aufgegeben, andere noch geschützt, das ist eine unglaubliche Leistung! Sein Buch „Bis zur letzten Konsequenz“ müsste wiederaufgelegt und jedem Mandatsträger der CSU zur Pflichtlektüre gemacht werden.

Ich habe mich mit seinem Leben, seinen Kontakten zum Vatikan und seinem Verhältnis zu Papst Pius XII. nach dem Krieg beschäftigt. Seitdem würde ich auch seine kleineren Schwächen, die er in der Politik gezeigt hat, milder sehen. Er war wohl der Tapferste, jedenfalls so weit ich das sehen kann. Sofort nach der Befreiung hat er einen Kreis um sich geschart, den Mittwochskreis, wo Franz Josef Strauß, Hans Weiß, Fritz Zimmermann, aber auch Josef Baumgartner, Franz Heubl und andere CSU-Gründer zugegen waren.

Jemandem, dem ich bei der CDU meinen höchsten Respekt erweisen möchte, ist Andreas Hermes. Ich habe ihn erlebt, als er 1955 in Ursberg bei der Beerdigung von Dr. Fridolin Rothermel für den Bauernverband gesprochen hat. Erst später habe ich die Geschichte von ihm genauer kennen gelernt. Im KZ knapp dem Tod entgangen, von den

Russen befreit, schlugen ihm diese ein Tauschgeschäft vor. Sie boten ihm an, seinen Sohn aus der Kriegsgefangenschaft in Sibirien nach Berlin zu holen, wenn er dafür den Enteignungen in Ostdeutschland zustimme. Sie sagten, der Sohn sei schon da, sei nur ein paar Kilometer entfernt von ihm. Darauf antwortete Andreas Hermes: „Ich hab noch nie ein Knie vor Diktaturen gebeugt, und ich tue das auch hier nicht.“ Daraufhin wurde der Sohn wieder fünf Jahre nach Sibirien zurückgebracht und kam mehr tot als lebendig zurück. Der Sohn schrieb dann dem Vater einen Brief: „Vater, es ist zwar bitter für mich, aber ich respektiere deine Gewissensentscheidung. Du musst dich an deinem Gewissen orientieren.“ Aus einer solchen Geisteshaltung erwachsen Wurzeln und ein großes Erbe für CDU wie für CSU.

Und die anderen Namen, die auch alle bittere Erfahrungen machen mussten: Konrad Adenauer, der verfolgt wurde, Alois Hundhammer, der in Dachau war, Ludwig Erhard, der eine Denkschrift über die Neuordnung Deutschlands verfasste, Fritz Schäffer, Fürst Fugger aus meiner Heimat, der 1933 Joseph Bernhart anlässlich seines mutigen Artikels in einer Münchner Zeitung besuchte, in dem er sich gegen die Nazis wandte und der mit knapper Not dem Tod entging. Aber auch Menschen wie Dr. Fridolin Rothermel, Landtags- und Reichstagsabgeordneter, der in Schutzhaft genommen wurde und dem als promoviertem Volkswirt zwölf Jahre seines Lebens gestohlen wurden. Alle diese Männer und Frauen haben weltanschaulich Widerstand geleistet und sich in der Stunde der Not trotz des Berges von Leichen, der über den Menschen lag, als Not-Wender gezeigt

und damit das Notwendige getan. Sie taten dies nicht aus Ehrgeiz und nicht, um etwas zu werden, sondern um ihre Mitmenschen aus der Not und Lethargie wieder herauszuführen.

Das ist ein großartiges Erbe, das CSU und CDU verwalten, wobei ich auf das Erbe anderer wie der Sozialdemokraten mit großem Respekt verweise. Wir nehmen da nicht für uns in Anspruch, dass wir die Besseren sind. Was ein Mann wie Otto Wels 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gesagt hat „Das Leben könnt ihr uns nehmen, die Ehre aber nicht“, das ist ein bewegender Satz, den ich mit Ehrerbietung in vielen Reden zitiere.

Renate Höpfinger: Der Widerstand gegen das NS-Regime gab nach 1945 die Kraft, eine neue christliche Volkspartei zu gründen und in der hoffnungslos erscheinenden Nachkriegszeit die politischen Selbstbehauptungskräfte zu aktivieren. Die Unionsgründer einte der Wille zu einem christlichen Neuanfang im Geiste der christlichen Botschaft. Ein „Weg der Wiedergeburt“ wurde angestrebt, der Schluss machen sollte mit den politischen und geistigen Ursachen, die zu dessen Entstehung geführt hatten. In keiner der anderen Parteien, die nach 1945 wieder erstanden, war der Gedanke der geistlichen und sittlichen Erneuerung so lebendig wie in der Union. Wie sahen die Ideen und Konzepte aus? Was war das Neuartige an dieser Parteiformation?

Theo Waigel: Das „C“, das die allermeisten bewegt hat, gab kein politisches Lehrbuch ab. Der christliche Sozialismus, den einige in der CDU vertreten haben, war natürlich in sich

ein Gegensatz, denn Christentum und Sozialismus passen nicht zusammen. Sozialismus ist eine Ideologie, und das Christentum passt nicht mit Ideologien zusammen. Das „C“ gab eine Idee, gab Grundwerte vor, das „C“ verpflichtete zu Toleranz, das „C“ bedeutete Transzendenz und damit Verantwortung nicht nur in dieser Welt, sondern einer anderen Welt gegenüber. Es ist damals gelungen – und das war eine großartige Leistung der Frauen und Männer der ersten Stunde –, sowohl in die Bayerische Verfassung als auch in das Grundgesetz die Verantwortung vor Gott zu bringen. Das haben nicht nur die Politiker von CDU und CSU erreicht, sondern auch die Politiker der SPD und der FDP waren bereit, dies zu akzeptieren, vielleicht aus dem Gedanken heraus, dass wir eine übergreifende Idee brauchen. Und wie immer ich nun den Gott definiere, aber nur aus einer übergreifenden letzten Ordnung heraus lässt sich verhindern, dass eine solche Unordnung noch einmal geschieht.

Zur Frage des Parteikonzepts: Wichtig war – und das war wiederum vor allem das Verdienst von Dr. Josef Müller, später von Franz Josef Strauß und anderen –, die CSU nicht zur Konfessionspartei werden zu lassen, aus dem Elfenbeinturm hinauszugehen, keinen Ständestaat anzustreben, keine Bauernpartei, keine Bayernpartei, nicht eine Partei, die ein Monopol auf etwas besaß, sondern eine breite Volkspartei, in der vom Arbeiter über den Landwirt bis zum Fabrikbesitzer, vom gläubigen Christen über den humanen Agnostiker jeder dabei sein konnte und dabei sein durfte, der die Zielsetzungen, die aus dem „C“ heraus entstanden, akzeptieren konnte.

Renate Höpfinger: Die meisten Unionsgründer wollten keine der konfessionellen Parteien der Weimarer Republik wiederbeleben! Welche Bedeutung hatte der Gedanke der Überkonfessionalität? Das Ziel einer überkonfessionellen Partei war zumindest in Grundzügen auch schon in der Bayerischen Volkspartei angelegt, wurde aber dort nicht ernsthaft oder nachdrücklich verfolgt.

Theo Waigel: Das war ganz wichtig, um aus der Auseinandersetzung, die im Grunde fast noch bis auf die Bismarck-Zeit zurückgeht, herauszukommen. Ich sage es ganz offen, die Katholiken sind erst durch Luther richtig frei geworden. Der Satz von Luther „Der Christenmensch ist ein freier Herr aller Ding und niemandem untertan. Und der Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Ding und jedermann untertan“, ist eine Aussage, die Freiheit und Verpflichtung herrlich ausdrückt. Auch beim Grundsatzprogramm 1976 haben wir überlegt, was ist der Grund. Das ist die Verantwortung vor Gott und die daraus resultierende Verantwortung und Achtung vor dem Nächsten. Das ist die Primäridee, von der ich am Anfang sprach und die CDU und CSU wieder stärker diskutieren, herausarbeiten sollten, weil sie auch in einer säkularisierten Gesellschaft durchaus attraktiv ist und weil sie auch dem Agnostiker und Nichtchristen oder auch dem schwankenden Christen plausibel sein kann als letzte Begründung für Politik.

Die Unionsgründer wussten natürlich auch, welche Fehler sie vor 1933 gemacht hatten, auch welche Fehler die Bayerische Volkspartei gemacht hatte. Einige haben das stärker verinnerlicht,

andere weniger. Josef Müller und seinen Freunden war klar, sie müssen etwas Neues wagen, sie können nicht mehr nur dort weiter machen, wo sie 1933 aufgehört hatten. Dagegen wollten Fritz Schäffer, Alois Hundhammer und viele aus dem bauerlichen Flügel die Bayerische Volkspartei fortführen. Das wäre mit Sicherheit der falsche Weg gewesen. Damit wären wir in Bayern in die Irre gegangen, damit wäre die CSU isoliert gewesen. Es musste etwas Neues entstehen. Das war auch deshalb notwendig, weil die interkonfessionelle Idee in den Fünfziger- und Sechzigerjahren voll zum Tragen gekommen ist.

Renate Höpfinger: Auffällig ist die Spontaneität, mit der die Unionsgründungen unabhängig von Absprachen unmittelbar nach Kriegsende nahezu gleichzeitig in verschiedenen lokalen Zentren wie Köln, Berlin, München und Würzburg erfolgten. Lag die Gründung der Unionsparteien quasi in der Luft? Hätte es Alternativen gegeben? Und wie hätten diese aussehen können?

Theo Waigel: Die Idee war nach Kriegsende da, sie ist aber auch gereift. Die Frauen und Männer haben von 1933 bis 1945 viel nachgedacht. Sie hatten eine erzwungene Nachdenkphase, die schlimmste im KZ, andere im Exil oder wie Fridolin Rothermel auf dem Bauernhof. Sie hatten viel Zeit nachzudenken und zu überlegen, wo fangen wir wieder an. Das war, wie man heute sagen würde, ein sehr konzentriertes Denken, spontan auf der einen Seite, aber auch ein Nachdenkprozess, der gereift war und der dann zu einer fruchtbaren Entfaltung kam. Das erklärt auch die Spontaneität – sie hatten ja wenig

Möglichkeit miteinander zu kommunizieren. In der Tat zeugt dies davon, die Notwendigkeit war begriffen worden, unabhängig davon, ob man zusammen war oder nicht.

Das gilt übrigens auch für den philosophisch-theologischen Bereich. Wenn ich mir vorstelle, Joseph Bernhart oder Theodor Haecker waren von Gessertshausen bis Türkheim Luftlinie 20 km entfernt und wussten nicht, dass sie nebeneinander lebten. Und auch andere große Denker im kirchlichen Bereich, die noch Erinnerung und Erfahrung in der Weimarer Zeit hatten, sagten: „Macht um Gottes Willen nicht das Gleiche noch einmal, streitet euch nicht wieder zwischen Zentrum und BVP, wo man verschiedene Reichspräsidenten unterstützt hat mit verheerenden Konsequenzen“. Auch die Theologen der damaligen Zeit, aus beiden Kirchen, gingen alle in diese Richtung.

Renate Höpfinger: Das Alte war diskreditiert, das Neue lag in der Luft. Hätte es überhaupt noch Alternativen gegeben?

Theo Waigel: Ja doch. Eine ganz einfache Erwägung: Man hätte die Bayerische Volkspartei wieder begründen können, dann hätte man ihr Vermögen zurück bekommen.

Renate Höpfinger: Das wollte man doch aus anderen, gerade genannten Gründen nicht!

Theo Waigel: Andere Parteien – die SPD und die Kommunistische Partei haben zu Recht beansprucht, dass sie entschädigt wurden für das, was ihnen weggenommen wurde. Es wäre für

eine neue Partei schon besser gewesen, wenn sie mit einer finanziellen Starthilfe in die Auseinandersetzungen von 1946/1949 oder 1953 gegangen wäre. Hier haben CDU und CSU bewusst abgeschlossen, auch nicht rekurriert auf frühere Leistungen – das Zentrum konnte auch auf beachtliche Zeiten zurück schauen, hatte starke Politiker, deren man sich wirklich nicht schämen musste! Man wusste, dass uns die Parteienzersplitterung im konfessionellen und im konservativen Bereich nicht weiter bringt.

Renate Höpfinger: Für den politischen Neubeginn in der Union waren überwiegend christliche Demokraten verantwortlich, die ihre politische Prägung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erhalten hatten und bereits politisch aktiv waren, nicht selten in führenden Positionen, bevor ihre Tätigkeit durch die Nationalsozialisten beendet wurde. Einige wollten ihre Vorstellungen in der neuen Partei nur wenig modifiziert fortsetzen, was zu erbitterten Richtungskämpfen führte und vor allem mit der Neugründung der Bayernpartei für die CSU sehr gefährlich wurde. Wie sehen Sie diesen Richtungsstreit? Wann war er beendet? Wann hatte sich das neue Parteikonzept auch bei den Anhängern einer Wiederbelebung der Bayerischen Volkspartei durchgesetzt?

Theo Waigel: Die Bayernpartei war nicht nur in Ober- und Niederbayern stark. Auch in Gegenden wie Schwaben hatte sie beachtliche Bastionen zu verzeichnen. Manche davon kamen dann später zu uns. Entstanden ist die Bayernpartei im Grunde aus persönlichen Konflikten. Weil Baumgartner bestimmte persönliche Ziele im Bauern-

verband wie auch im Wirtschaftsrat nicht verwirklichen konnte, ist er zur Bayernpartei, die bereits existierte, gestoßen. Er war ein Volkstribun. Eine Rolle spielte auch das „Bauernbündlerische“, das aus der Zeit von Dr. Heim stammt! Ich weiß von meinem Vater, dass er am Anfang von der CSU gar nicht begeistert war. Ihm behagte das Bauernbündlerische, das Freidenkerische mehr als das Klerikale. Er wollte keine Partei, in der die Prälaten das Sagen haben. Ihm hat schon nicht gepasst, dass der erste Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag ein Prälat war.

Die Not der Menschen reichte tief in die Politik hinein. Die Heimatvertriebenen schufen mit dem BHE ihre eigene Interessenpartei; darauf reagierten wiederum die Eingesessenen. Nicht jeder war bereit zu teilen. Der Ausgleich zwischen den Entrechteten und denen, die noch etwas besaßen, der Lastenausgleich war eine großartige Leistung, aber er vollzog sich nicht reibungslos. Das ergab eine explosive Mischung, es war nicht alles friedlich in der Nachkriegszeit. Zudem leistete sich die CSU überflüssigerweise die Auseinandersetzung zwischen dem Ochsenpapp und seinen Gegnern, was zu der dramatischen Landesversammlung 1949 in Straubing führte. Das alles wirkte abschreckend auf die Menschen. Und da darf man sich nicht wundern, wenn man plötzlich von über 50% auf 27,4% absinkt.

Renate Höpfinger: Es kann aber doch innerhalb einer derart breit angelegten Sammlungsbewegung gar nicht ausbleiben, dass zwischen den Mitgliedern, die aus so verschiedenen Richtungen kommen, um die neue

Richtung gestritten wird. Das Gift kam doch vor allem durch die persönlichen Konflikte in diesen Richtungsstreit hinein.

Theo Waigel: Die einzelnen Kontrahenten gingen schon merkwürdig miteinander um, zum Teil offen, zum Teil aber auch unverständlich, und nicht immer besonders christlich. Und das hat abgeschreckt und hat zu dem fatalen Wahlergebnis geführt. Dass die CSU sich aber daraus erholt hat, ist eine große Leistung.

Renate Höpfinger: Wem war die Befriedung der Partei zu verdanken? Wie kam sie zu Stande?

Theo Waigel: Da nenne ich einmal Hans Ehard, den ausgewogenen, klugen, gebildeten, dem Streit abholden Mann, den Grandseigneur der Politik. Aber mit seinem Namen ist auch 1954 der Verlust der Macht verbunden. Aus dieser, für die CSU völlig ungewöhnlichen Situation hat Hanns Seidel die Partei befreit. Es war eine beachtliche Leistung von Hanns Seidel, als kluger, überzeugender Oppositionsführer die damalige Regierung, bestehend aus SPD, FDP, Bayernpartei und BHE, in ihrer Widersprüchlichkeit anzugreifen, aber auch zu zeigen, wie es besser gemacht werden könnte. Und in diese Zeit fällt auch die Tätigkeit von Franz Josef Strauß. Der war zwar 1949 zusammen mit dem Ochsenpapp in die Zwickmühle geraten, aber Hans Ehard hatte die Stärke von Franz Josef Strauß erkannt und ihn gestützt. Franz Josef Strauß hat immer mit Erfolg für die Entkonfessionalisierung der Partei gekämpft. Es war Hanns Seidel, der diesen Kampf begann, der uns mit seinen Artikeln und Büchern wie „Weltan-

schauung und Politik“ geistige Nahrung Mitte und Ende der Fünfzigerjahre geliefert und uns in eine moderne Zeit hinein geführt hat. Seine Begründung, auch wer keiner Kirche angehört, kann in der CSU Mitglied werden, war schon ungewöhnlich. Diese Öffnung war wichtig. Er hat den manchmal ungestümen Franz Josef Strauß geschickt auf den richtigen Pfad gelenkt.

Hanns Seidel, wie vorher Hans Ehard, haben ihren Schwerpunkt in der bayerischen Politik gesehen. Damals gab es in dem rückständigen Agrarstaat auch viel zu tun. Ihn in eine moderne Industriegesellschaft zu überführen, war eine riesige Herausforderung und Leistung, die diese beiden, und nach ihnen Alfons Goppel, erfolgreich angegangen sind. Es kamen aber noch ein paar ganz wichtige Politiker hinzu. Man sollte Rudolf Eberhard nicht unterschätzen, der zunächst als Landrat, dann als Finanzminister seinen Part geleistet hat. Man hat erkannt, wir brauchen die Protestanten unabdingbar für das Profil der CSU. Ich will das gar nicht opportunistisch sagen, auch um mehrheitsfähig zu sein in ganz Bayern. Wir hätten in Franken nicht die Spur einer Chance gehabt, wenn wir nur mit altbayerischen Katholiken aufgetreten wären. Insofern war es von großer Wichtigkeit, die Entkonfessionalisierung der Partei herbeizuführen und sie auf ein christliches Fundament zu stellen und klar zu sagen, wir sind weder verlängerter Arm der Kirchen noch sind die Kirchen von uns abhängig.

Renate Höpfinger: Waren dann die Erfolge der Partei dafür ausschlaggebend, dass Leute wie Alois Hundhammer und Fritz Schäffer auf diesen Kurs der Partei eingeschwenkt sind?

Theo Waigel: Sie haben diesen Kurs in den Fünfzigerjahren akzeptiert, sie haben eingelenkt, das ist die eine Seite der Medaille. Dann sind aber viele Junge nachgekommen, die noch mit 15, 16 Jahren in den Krieg gezwungen worden waren, Vertriebene, die in der Partei mitarbeiten wollten, aber nicht mehr in einer konfessionell orientierten. Das war dann der Punkt, an dem die CSU eine liberalere Partei wurde und wo sie in Bayern in Bereichen wie Mittelfranken Wählerstimmen gewann und Ideologien ablegte. Das war nicht mehr die Partei, die sich jeden Tag vom Kardinal die Maxime abholt, wie man in den nächsten Wochen regiert, sondern sie war eine offene und moderne Partei geworden.

Renate Höpfinger: Sie haben mehrfach den dezidiert konfessionellen Charakter der CSU bis 1949 betont. Josef Müller hat aber doch gerade das Gegenteil propagiert und seine Gegenspieler haben sich ja auch nicht durchgesetzt.

Theo Waigel: Das ist wahr. Und Josef Müllers Niederlage 1949 beruhte natürlich auf persönlichen Fehlern. Aber bis zu dem Zeitpunkt war die andere Richtung schon stark. Das bauerliche Element war weit überproportional vertreten. Andere Bereiche haben dagegen gefehlt. Der Zugang ins protestantische Milieu, in Franken ins Reichsstädtische hinein, da waren wir am Anfang schwach vertreten. Das konnte man erst durch die neue, moderne Linie verbessern.

Renate Höpfinger: Im Zusammenhang mit dem Richtungsstreit wurde bereits angesprochen, dass die Bayernpartei der CSU sehr gefährlich wurde. Sie haben die Wahlergebnisse erwähnt! Die CSU

hat diese Klippe gemeistert. Wie würden Sie die Auseinandersetzung mit der Bayernpartei, ihr Aufkommen und ihr Verschwinden einschätzen? Die CSU hat es geschafft, die Vertreter und Anhänger der Bayernpartei zu integrieren, sie hat es mit dem BHE geschafft. Und diese Entwicklung setzte sich später ja mit dem Diktum von Franz Josef Strauß fort, dass es rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe.

Theo Waigel: Das war schon ein böser Bruderstreit, der weh getan hat. Und in manchen Bereichen ganz besonders. In Niederbayern waren die Wahlkämpfe 1950, 1954 und 1958 gnadenlos. Die Bayernpartei ist eher aus persönlichen Gründen entstanden, die vermeidbar gewesen wären, wo die CSU ganz sicher auch Fehler gemacht hat. Ohne Baumgartner wäre die Bayernpartei nicht zu dem geworden, was sie war. Man hätte in dieser Zeit einen solchen Bruderstreit nicht entstehen lassen dürfen. Aber er ist entstanden, vielleicht auch, weil die CSU auf Grund der ersten Wahlergebnisse überheblich geworden war. Das hat dann 1949 zum ersten Schock geführt, als die Bayernpartei 17 Direktmandate erreichte. In erster Linie sorgte Franz Josef Strauß dafür, dass die Bayernpartei nicht größer wurde, indem er strikt ablehnte, dass Adenauer die Bayernpartei 1949 in die Koalition aufnahm. Dem hätte das vielleicht ganz gut getan, um seine Mehrheit zu erweitern.

Und dann wurden natürlich konsequent die Grenzen der Bayernpartei aufgezeigt. Dazu haben Strauß, Zimmermann, Seidel, Eberhard und andere ihren Teil geleistet, auch 1954 bis 1957 in der Opposition. Die Bayern-

partei hat sich ihr eigenes Grab geschaufelt. Es war halt nicht sehr glaubhaft, mit dem BHE zusammen eine Koalition einzugehen, nachdem man vorher in jeder Versammlung über die Flüchtlinge gelästert hatte, und umgekehrt. Das war keine belastbare Zusammenarbeit.

Renate Höpfinger: Sehen Sie in Bezug auf die Entkonfessionalisierung der Partei einen Zusammenhang mit den starken Säkularisierungstendenzen, von denen unsere Gesellschaft seit der Mitte des 20. Jahrhunderts geprägt wurde?

Theo Waigel: Die Mündigkeit der Laien in der Kirche hatte sich verstärkt. Es kam das Zweite Vatikanische Konzil mit der Selbstverantwortung des Laien in der Kirche. Das alles hat auch in der CSU zu einer Diskussion geführt. Die CSU hat ihre geistigen Wurzeln nie aufgegeben, war aber doch zu pragmatischen Lösungen bereit.

Renate Höpfinger: Welche Faktoren, Ereignisse und Entwicklungen wurden für das Fundament und die Grundsätze der CSU in der Folge wichtig? Worauf hatte die Partei zu reagieren? Was veränderte sie und ihr Selbstverständnis? Mit welchen Mitteln reagierte sie darauf?

Theo Waigel: Im regionalen Bereich hat die CSU eine erfolgreiche regionale Strukturpolitik betrieben. Das war das Verdienst von Politikern wie Hanns Seidel, Rudolf Eberhard, dem früheren Ministerialdirektor Professor Barbarino, Otto Schedl und Anton Jaumann. Dazu kam das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, nachdem der Kalte Krieg entflammt war und die Sowjetunion

eine reale Gefahr für uns darstellte. Die Aufstände in Ostberlin, Warschau, Budapest und Prag, der Bau der Mauer, zeigten die Erschütterung und das labile Kräfteverhältnis in Europa. Darum waren Westintegration und Europa so wichtige politische Ziele, denn sie dienten neben der Identität dem Selbstschutz. Diese Politik hat sicherlich dazu geführt, dass die CSU eine ungewöhnlich erfolgreiche Partei wurde. Das haben die Menschen akzeptiert, den Wiederaufbau in Bayern, die Integration der Heimatvertriebenen, die Entwicklung zu einem modernen Wirtschafts- und Industriestaat, ohne dass die Bauern dabei untergegangen sind. Das war schon eine beispielhafte erfolgreiche Politik. An der Spitze Ministerpräsidenten, die hohes Ansehen hatten, in der Bundespolitik ebenfalls Politiker mit großem Einfluss wie Fritz Schäffer als Finanzminister, der die Finanzierung der Wiederbewaffnung ohne größere Friktionen schultern konnte, Franz Josef Strauß als ein überzeugender Verteidigungsminister und Finanzminister, das alles hat eine Rolle gespielt. Auf der einen Seite gab es den ideologischen Überbau und auf der anderen Seite den pragmatischen Unterbau für die tägliche Politik.

Renate Höpfinger: Auch wenn sich die grundlegenden Werte und Fundamente der Partei nicht veränderten, musste doch die Programmatik an die Erfordernisse der Zeit angepasst werden. Es entstanden Defizite, die CSU sah sich Anfang der 70er-Jahre abgehängt von den Debatten.

Sie waren 15 Jahre lang, von 1973 bis 1988, Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission. Welche Funktion erfüllt ein Grundsatzprogramm bzw.

eine entsprechende Kommission? Ist sie das entscheidende, ausschließliche Gremium für die Diskussion und Weiterentwicklung der grundsätzlichen Fragen? Werden hier die Fundamente der Partei neu gelegt und das geistige Navigationssystem neu justiert? Wo findet dies sonst noch statt?

Wie waren Ihre persönlichen Erfahrungen? Wie kamen Sie überhaupt zu dieser Funktion? Was war Ihr Auftrag, Ihre Aufgaben? Was konnten Sie an dieser Stelle leisten bzw. was kann und soll eine Grundsatzkommission nicht leisten?

Theo Waigel: Grundwerte ändern sich nicht, aber ihre Akzeptanz. Wie ich die Botschaft an die Menschen bringe, das ändert sich in den Kirchen, und das ändert sich natürlich auch in der Politik. Mit den Wahlplakaten und den Broschüren von 1949 und 1953, obwohl sie nicht falsch waren, könnten wir heute auf die Menschen nicht mehr zugehen. Der moderne Mensch, der aufgeklärte Mensch verlangt eine andere Antwort als 1945 oder 1946. Wir brauchen uns der Grundsatzprogramme von 1946 bis 1968 nicht zu schämen. Da steht nichts Falsches drin, auch nicht 1968, als zum ersten Mal der Begriff entstand, die CSU sei auch eine konservative Partei. Das gab damals die größte Auseinandersetzung auf dem Parteitag. Natürlich sind wir auch eine konservative Partei.

Nun hatten wir 1972 Bundestagswahlen, erreichten in ganz Deutschland 45%, aber das war zu wenig, in Bayern 55%, das war glänzend, aber es hat nicht ausgereicht. Natürlich hat das Franz Josef Strauß umgetrieben. Was ist der Grund, warum schaffen wir das

im Moment nicht? Darum dann auch später die Diskussion: Brauchen wir eine andere Parteienkonstellation? Verständlich, von der Analyse her grundsätzlich richtig, obwohl ich anderer Meinung als Franz Josef Strauß war. Dann die Frage: Spielen wir in der geistigen, theoretischen Auseinandersetzung noch eine Rolle? Sind wir Ansprechpartner? Adaptieren wir das, was in der modernen Welt diskutiert wird? Daraus entstand die Frage: Brauchen wir ein neues Grundsatzprogramm? Franz Josef Strauß war am Anfang eher skeptisch eingestellt und wollte nicht so schnell, nach nur vier oder fünf Jahren, ein neues Grundsatzprogramm. Denn es wäre ja sofort die Frage entstanden: Brauchen wir neue Grundsätze? Natürlich nicht! Aber er wusste, man muss sich der Diskussion stellen. Und da war Strauß im Grunde ein Intellektueller. Er war ein Mann, der viel las, ein Mensch, der sich mit den Dingen auseinander setzte. Er hätte diese Rolle übrigens noch viel stärker spielen können. Aber da hat ihn bisweilen die Lust an der Polemik überrollt. Er sprach auf Marktplätzen Tausende von Menschen an. Wenn sie denen aber einen philosophischen, zeithistorischen Vortrag halten, dann laufen die Leute davon. Er war der begabteste Mann auf öffentlichen Plätzen nach 1945. Es gibt keinen zweiten, der das so beherrscht hätte. Sein Metier war nicht das Fernsehen, sein Metier waren die großen Hallen und die Plätze. Er war auch der Mann, der nachdachte, ein gläubiger, aber liberaler Katholik, der um die Auseinandersetzung mit der modernen Zeit wusste. Und er erkannte, dass uns 1972 etwas abhanden gekommen war: das Gespräch mit der geistigen Welt. Es herrschte eine Diskrepanz zu vielen Kulturschaffenden, es gab Probleme im

Arbeitnehmerbereich, und besonders spürbar war, dass junge Leute und Frauen nicht mehr so stark auf unserer Seite standen. Das war relativ wenig sichtbar in Bayern, aber deutlich im Gesamtbild der Union. Und da wundere ich mich heute noch über den Mut von Strauß. Als Vorsitzender der Jungen Union hatte ich vorher mit ihm manchen Streit ausgetragen. Ich war nicht sein Kandidat, ich kam aus der Jaumann-Ecke. Deshalb war er auch nicht begeistert, als ich Landesvorsitzender der Jungen Union wurde, hat aber akzeptiert, dass ich in den Bundestag kam. Ich habe ihn dann zu einem ersten Grundsatzseminar der Jungen Union nach Bad Tölz eingeladen. Dorthin hatten wir uns nach Neujahr eine ganze Woche lang zurückgezogen und über Grundsatzfragen des Denkens, der politischen Philosophie, der Bildung und Ähnliches mehr diskutiert. Wir holten uns Referenten aus ganz Deutschland, und am Schluss hatten wir eine Diskussion mit Strauß. Diese Diskussion mit ihm war gar nicht einfach, denn einige Teilnehmer gingen mit ihm nicht so höflich um, wie man eigentlich mit einem Parteivorsitzenden verfährt. Ich dachte, er schmeißt alles hin, aber er hat diese kritische Diskussion mit uns konstruktiv geführt! Und am Schluss sagte er: „Übrigens, Theodor Waigel, da ist viel Blech geredet worden, aber es waren auch ein paar Goldkörner darunter.“

Ein paar Monate danach sagte er im Landesvorstand: „Ich bin dafür, dass wir eine neue Grundsatzkommission installieren, und überlegen, was müsste man neu ansprechen.“ Ich traute meinen Ohren nicht, als er fortfuhr: „Vorschlagen würde ich dafür Theo Waigel.“ Ich war baff erstaunt und

habe mir das ganz ehrlich am Anfang nicht zugetraut. Ich sagte, ich würde gerne mitarbeiten, empfände es als eine hohe Ehre und nannte ihm ein paar Leute, Franz Heubl, Fritz Pirkel und andere, die ich für erfahrener und besser geeignet hielt als mich. Er meinte: „Ja, die können alle mitarbeiten, da hab ich nichts dagegen. Aber ich bin dafür, dass Sie es machen.“ Im Nachhinein geht mir die Strategie schon auf. Erstens dachte er sich wohl, wenn er den Vorsitzenden der Jungen Union dazu ernenne, dann zeige das, dass er für die junge Generation etwas übrig habe. Zweitens: Würde ich es schaffen, dann hätte er mich vorgeschlagen. Und würde ich es nicht schaffen, dann müsste ich für den Rest meines Lebens den Mund halten. Und drittens: Er hat das Machtgefüge der CSU unter und neben sich nicht durcheinander gebracht. Hätte er damals Franz Heubl genommen, Max Streibl oder Fritz Pirkel, hätte jeder den nächsten Ministerpräsidenten oder den nächsten Parteivorsitzenden darin gesehen.

In der Jungen Union hatte ich niemanden zur Verfügung, der mir hätte helfen können. Es war, das sage ich ganz deutlich, die Hanns-Seidel-Stiftung, die mir damals geholfen hat, das wissenschaftliche Umfeld zu erarbeiten. Wir begannen mit der Arbeit, gründeten Untergruppen, eine für Grundsatzfragen im engeren Sinne, mit Anton Jaumann. Das war ein tolles Arbeiten, denn es ist Jaumann und mir gelungen, bekannte Theologen und Philosophen der Zeit zu Diskussionen, Beiträgen und Vorträgen heranzuziehen. Damals war schon Eugen Biser bei uns, ebenso die wichtigsten Vertreter der protestantischen Fakultät in München. Es ist so-

gar gelungen, Professor Lorenz zu uns zu holen.

Franz Heubl bearbeitete die Außenpolitik. Er hat damals in Bonn Vertreter der Außenpolitik, aus der Wissenschaft, aus der Publizistik zusammengeholt und das Kapitel erarbeitet. Hans Maier hat ein fabelhaft formuliertes Kapitel zu Bildung und Wissenschaft geliefert. Peter Schmidhuber hat die Wirtschaft konzipiert, Fritz Pirkel das Soziale, Max Streibl Umweltpolitik. Und ich habe selber noch versucht, Jugend und Gesellschaft einzubringen. Ein selbstständiges Thema war noch Frauen und Politik. Wir arbeiteten in Untergruppen, sammelten die Ergebnisse in Werkstattberichten, in gemeinsamen Tagungen an verschiedenen Orten, oft in München. Keinem der Beteiligten, obwohl sie zum Teil Minister oder Staatssekretäre waren, keinem war die Arbeit zu viel. Sie haben mich als den Jüngsten als Vorsitzenden akzeptiert. So haben wir bis 1976 gearbeitet, dann war das Programm fertig. Ich habe zwei Köpfe der Sprache, den Literaturkritiker Paul Konrad Kurz und Wilfried Scharnagl, damals noch junger Redakteur beim Bayernkurier, gebeten, es sprachlich zu überarbeiten, und das war ganz dringend notwendig. Es ist ein kompaktes, modernes Programm entstanden, das wir auf einem Sonderparteitag 1976 verabschiedet haben. Auf mein damaliges Redekonzept schrieb mir Strauß „höchste Anerkennung, Respekt und Dank“. Das verwahre ich natürlich heute noch!

Wir haben damals in dieser Umbruchzeit, es war eine Umbruchzeit, viele Geister gewonnen. Die Arbeit wurde fortgesetzt, die Arbeit der Grundsatz-

kommission war nicht beendet, wir haben die Leute weiter zu uns eingeladen. Daraus ist ein produktiver Dialog entstanden, den ich später als Vorsitzender der Landesgruppe in Kreuth erweitert habe. Wir haben Gäste wie Reiner Kunze, Martin Walser, Joachim Gauck oder zuletzt Wolf Biermann eingeladen und ich glaube, dass das der CSU sehr gut getan hat, und zwar nach beiden Richtungen hin. Diese Gäste stellten plötzlich fest, dass man mit uns reden kann, dass wir nicht so sind wie im „Spiegel“ dargestellt. Und umgekehrt habe ich unsere Freunde gebeten, sich auch einmal ganz andere Argumente anzuhören. Daraus ist ein Dialog entstanden, der für die ganze CSU sehr fruchtbar war.

Renate Höpfinger: Das Bedürfnis nach einem Grundsatzprogramm war nach Ihrer Schilderung bei Strauß angesiedelt und bei Teilen der Jungen Union, weniger beim Rest der Partei. Die Grundsatzdiskussion ist demnach eine Art Selbstläufer geworden?

Theo Waigel: Strauß war sich am Anfang noch nicht sicher, wo das landen soll. Ich habe ihn regelmäßig informiert, und er hat gemerkt, das ist in guten Händen, wir sind auf einem guten Weg. Als das Programm im Entwurf fertig war, sollte es an einem Montag im Landesvorstand diskutiert werden. Strauß kam herein, grantig, und bemerkte: „Sie haben mir vielleicht ein Wochenende beschert!“ Ich dachte: „Um Gottes Willen, was ist denn wieder schief gelaufen? Wer hat ihn denn wieder geärgert?“ Er sagte nur: „Ich musste das Programm lesen.“ Er gehörte zu den wenigen, die das ganze Programm gelesen haben. Und sogar jede grammatikalische Form oder ein Kom-

ma hatte er vermerkt. Er hat sich für diese Diskussion immer die Zeit genommen. Ich habe ihn kennen gelernt als einen Mann, mit dem man vieles diskutieren kann. Das hat unser Verhältnis sehr geprägt. Er hat dann das Werk wohlgefällig betrachtet und sich auf einem Parteitag sehr positiv geäußert.

Renate Höpfinger: Sie haben geschildert, wer alles an der Erarbeitung des Programms mitgewirkt hat. Wie verbreitet war denn die Diskussion? Wer außer Historikern und Politikwissenschaftlern liest ein Programm überhaupt? Wer in der Partei befasst sich damit?

Theo Waigel: Man muss die Erarbeitung des Programms auf eine breite Ebene stellen. Wenn man nur ein paar Interessierte nimmt und hier und da einen Kurs über das neue Grundsatzprogramm anbietet, möglichst zentral in München oder in Kreuth, da kommen nur wenige Interessierte und einige Außenseiter, sonst niemand. Es mussten natürlich alle Mitglieder der Grundsatzkommission im ganzen Land präsent sein. Aber das hat nicht gereicht. In jedem Bezirksverband haben wir noch einmal eine eigene Grundsatzkommission eröffnet, die von uns alles Material bekommen hat und dies auch diskutierte. Da musste jedes Mal einer von uns dort auch für Diskussionen zur Verfügung stehen. Diese Verantwortlichen wiederum waren bereit, in den Kreisverbänden und Ortsverbänden die Diskussion zu führen. Ich bin jahrelang durchs ganze Land gezogen und habe Diskussionen und Vorträge dazu gehalten. Und dann haben wir immer wieder Werkstattberichte gemacht, einzelne Kapitel ver-

sandt, zur Diskussion aufgefordert, um Rückmeldungen gebeten. Das hat dazu geführt, dass wir eine Beschäftigung auch mit einzelnen Kapiteln des Grundsatzprogramms erreichten und sich fast die Hälfte der Partei an der Diskussion beteiligte.

Renate Höpfinger: Strauß als Parteivorsitzender hat die Anregung zur Grundsatzdiskussion gegeben, Sie als Vorsitzender der Grundsatzkommission haben sie organisiert und durchgeführt. Sie waren später selbst zehn Jahre lang Parteivorsitzender der CSU. In dieser Funktion bestimmten Sie den Kurs der Partei entscheidend mit. Welchen Einfluss hat dieses Amt auf die Fundierung der Partei? Wie ist das Wechselspiel zwischen Vorsitzendem der Grundsatzkommission und dem Parteivorsitzenden? Sie hatten ja nacheinander beide Rollen inne. Als Sie eine Grundsatzkommission einsetzen, geschah dies erneut in einer Umbruchszeit?

Theo Waigel: Zwischenzeitlich waren mehr als zehn Jahre vergangen. 1988/89 war schon ein Wetterleuchten spürbar. Wir wussten noch nicht, was geschieht, aber dass etwas in Bewegung kam, das war spürbar. Ich glaube nicht, dass man auf die Dauer mit pragmatischen Entscheidungen gewinnen kann. Wahlen verliert man nicht am Wahltag, sondern wenn man fünf bis zehn Jahre vorher die geistige Diskussion nicht bewältigt hat, die Fragen der Zeit nicht aufgegriffen hat und auf die dringenden Probleme der Menschen keine Antwort gegeben hat. Und zwar nicht nur auf die materiellen, sondern auch auf die immateriellen. Und noch einmal zurück zu 1946. Damals herrschte ja nicht nur die materielle Not, son-

dern die geistige Not. Und eine geistige Not kann auch später wieder entstehen, auch in Zeiten des materiellen Überflusses. Deshalb hielt ich es für wichtig, die Arbeit fortzusetzen. Und ich war mir im Klaren, dass ich dies auf Dauer nicht gleichzeitig als Parteivorsitzender tun konnte, das hätte mich überfordert, zumal dann später auch noch die Arbeit als Bundesfinanzminister hinzukam.

Es war dann mein Vorschlag, weil ich bewusst die Partei integrieren wollte und auch jene, die sich nach dem Tod von Franz Josef Strauß außerhalb der Parteihierarchie befanden, mit einbinden wollte. Dazu gehörte Edmund Stoiber. Und darum habe ich ihn zum Vorsitzenden der Grundsatzkommission vorgeschlagen, weil ich annahm, dass er sich mit derartigen Fragen beschäftigte. Er musste früher schon im neu gegründeten Umweltministerium neue Gedanken entwickeln. Ich habe innerhalb der Partei ein nicht vorgesehenes Gremium gegründet, mit dem Parteivorsitzenden, seinen Stellvertretern, den Fraktionsvorsitzenden und ganz bewusst mit Edmund Stoiber und Gerold Tandler, weil ich sie als wichtige Politiker der Zeit zuvor auch in die Zeit danach integrieren wollte.

Renate Höpfinger: Als Inhaber des Amtes oder der Funktion Parteivorsitzender kann man also den Kurs der Partei schon sehr maßgeblich bestimmen?

Theo Waigel: Ja, das glaube ich schon, wobei der Parteivorsitzende natürlich auch selbst einen Beitrag dazu leisten muss. Wenn ich Strauß zu einer Grundsatztagung gebeten habe, dann war er dazu immer bereit und hat stets ein

interessantes Referat geliefert. Auch heute muss ein Parteivorsitzender oder eine Parteivorsitzende immer wieder in der Lage sein, ein geistiges Fundament zu skizzieren und darzustellen. Die Partei zu ermuntern und zur Diskussion aufzufordern, das ist eine ganz wichtige Aufgabe eines Parteivorsitzenden.

Renate Höpfinger: Wie definieren Sie das christliche Politikverständnis der CSU heute?

Theo Waigel: Das „C“ ist eine wichtige Komponente des Politikverständnisses. Ich definiere die CSU als eine liberale Partei, d.h. offen für neue Ideen, als eine konservative Partei, die um ein tragendes, dauerhaftes Werte- und Ordnungssystem weiß, als eine soziale Partei, und zwar solidarisch allen Menschen gegenüber, nicht nur einer Gruppe und nicht nur einer Klasse. Und ich definiere das „C“ als übergreifende Idee, die Motiv und Grenze der Politik darstellt. Motiv, Primäridee heißt: Verantwortung vor Gott – und Engagement und Liebe zum Nächsten. Aber auch die Grenze der Politik, da Politik keine letzten Antworten geben kann, sondern nur vorletzte. Wenn man um die letzte Verantwortung über diese Welt und über dieses Leben hinaus weiß, dann ergibt sich daraus auch die Grenze für das, was man in der Politik machen darf und wo man sich zurücknehmen soll. In einer beliebig gewordenen Zeit ist es Kompass, Gegenpol zur Volatilität der Politik, unverzichtbarer Kompass für CDU und CSU.

Renate Höpfinger: Wie kann die CSU künftig ihre Mehrheiten gewinnen, wenn die Säkularisierung der Gesellschaft noch weiter voranschreitet,

wenn wachsende Bevölkerungsteile und damit auch Wählerschichten kirchenfern, konfessionslos sind oder sich zu nicht christlichen Glaubensgemeinschaften bekennen? Soll sich die CSU vor dem Hintergrund der wachsenden muslimischen Gesellschaftsteile auch für Nichtchristen öffnen, zumal der sprichwörtliche „türkische Gemüsehändler an der Ecke“ von der Sozialstruktur usw. gut in die CSU passen würde?

Theo Waigel: Ich sehe hier überhaupt keine Gegensätze. Aus dem „C“ leitet sich ja eine natürliche Ordnung, eine vernünftige Ordnung ab, der auch der Kirchenferne oder der Agnostiker zustimmen kann. Im Gegenteil: Der starke Zustrom zu kirchlichen Schulen oder zu klösterlichen Internaten nicht nur aus kirchentreuen Familien zeigt mit aller Deutlichkeit, dass dies durchaus hinein passt in eine moderne Zeit. Man sieht ja auch mit aller Deutlichkeit, wie in Amerika und anderen Ländern Präsidentschaftskandidaten mit einer überzeugten christlichen Haltung eine Mehrheit finden über kirchennahe Bevölkerungskreise hinaus. Man darf das nicht missionarisch gegen die Menschen tun, sondern wenn man überzeugt ist von einer Idee und diese Idee auch zum Leitmaßstab seines Handelns macht, ohne dass man damit irgendjemanden diskriminiert. Insofern halte ich das für eine ganz moderne Idee in unserer Zeit und die verdanken wir denen, die das 1945 begonnen haben.

Renate Höpfinger: Damit haben Sie fast schon meine nächste Frage beantwortet: Können die Unionsparteien ihr Erbe ungebrochen weiterführen? Gilt das, was 1945 grundgelegt wurde, im-

mer noch? Oder muss heute, und wenn ja, in welcher Weise, das geistige Fundament der Unionsparteien neu gelegt werden?

Theo Waigel: Man muss die Sprache übersetzen, der Jugend unvoreingenommen gegenüber treten, die Jugend nehmen, wie sie ist. Das ist eine andere Jugend als 1945! Aber so viel braver war die Jugend 1945 auch nicht. Dass wir heute eine junge Generation, unsere Kinder ganz anders ansprechen müssen, dass sie mit uns ganz anders sprechen, ist richtig. Doch bevor wir uns darüber beklagen, muss man fragen, warum ist das so. Jugend ist durch unser Verhalten geprägt, reflektiert unser eigenes Verhalten. Wenn uns das nicht passt, müssen wir schauen, was wir selbst falsch gemacht haben.

Renate Höpfinger: Nicht das geistige Fundament muss sich also ändern, sondern die Sprache muss angepasst werden. Müsste dann nicht der Partei-name auch geändert und angepasst

werden? Schreckt das Christliche und Soziale im Namen nicht vielleicht ab?

Theo Waigel: Nein, im Gegenteil. Wenn es gelungen ist, in Sachsen und in anderen neuen Bundesländern Mehrheiten zu gewinnen, obwohl dort nur 20 oder 25% eingeschriebene Christen leben, dann zeigt dies, das „C“ schreckt nicht ab. Es kommt an, wenn wir es als Grundprinzip ernst nehmen und ehrlich umsetzen. Das Soziale muss man in unserer Zeit neu denken, und alles Neue muss man sozial denken. Das erfordert modernes soziales Denken in einer globalen Zeit. In einer so volatilen Zeit wie der unseren bedarf es eines archimedischen Punktes für diese Welt. Das ist die Primärdeide einer aus christlicher Verantwortung heraus gestalteten Politik. Sie ist attraktiv, weil sie sich der Freiheit, der unteilbaren Würde des Menschen, dem Frieden in der Welt und dem Schutz der Schöpfung verpflichtet fühlt.

Renate Höpfinger: Herr Dr. Waigel, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Glanz und Elend einer Weltorganisation – 60 Jahre Vereinte Nationen*

Peter J. Opitz

1. Einführung

Der Zeitpunkt für die Behandlung dieses Themas hätte kaum besser gewählt sein können, ist er doch in doppelter Hinsicht von Bedeutung: Erstens, wurde vor 60 Jahren, am 26. Juni 1945, die Charta der Vereinten Nationen (im Folgenden „VN“) unterzeichnet, die in der Millenniums-Erklärung der VN vom 8. September 2000 von den Staats- und Regierungschefs der 191 Staaten, die sich inzwischen ihrer Geltung unterworfen haben, „als unverzichtbare Grundlage einer friedlicheren, in größerem Wohlstand lebenden, gerechteren Welt“ (A/54/2000) bezeichnet wurde. Zweitens, weil derzeit die Bemühungen um eine Reform dieser Charta, die gelegentlich als die größte Reform seit der Gründung der VN bezeichnet wurde, in ihre kritische Phase eintreten. Damit dürfte sich auch bald zeigen, ob sich die großen Hoffnungen der deutschen Außenpolitik, soweit sie die Weltorganisation betreffen, erfüllen werden, konkret, ob das wiedervereinigte Deutschland den erstrebten ständigen

Sitz im Sicherheitsrat erhalten wird. Wäre dies der Fall und würde auch Japan einen solchen ständigen Sitz erhalten, so wäre dies auch in anderer Hinsicht eine Zäsur. Denn mit ihm wären jene Art. 53 und 107 der VN-Charta endgültig hinfällig, die sich auf die so genannten „Feindstaaten“ des Zweiten Weltkrieges beziehen und notfalls auch militärische Maßnahmen gegen sie erlauben, ohne damit gegen die Bestimmungen der Charta zu verstoßen. Gerade diese beiden Artikel, für deren Streichung auch Generalsekretär Kofi Annan in seinem jüngsten Reformpapier eintrat, erinnern daran, dass die Weltorganisation sich aus einer Kriegsalianz gegen Deutschland und Japan entwickelte, um dann in den nächsten Jahrzehnten zur größten Friedensorganisation der Geschichte zu werden.

Im Folgenden sollen zwei Komplexe behandelt werden:

- Bezug auf den 60. Jahrestag der Gründung der VN und die Entwicklung dieser Weltorganisation

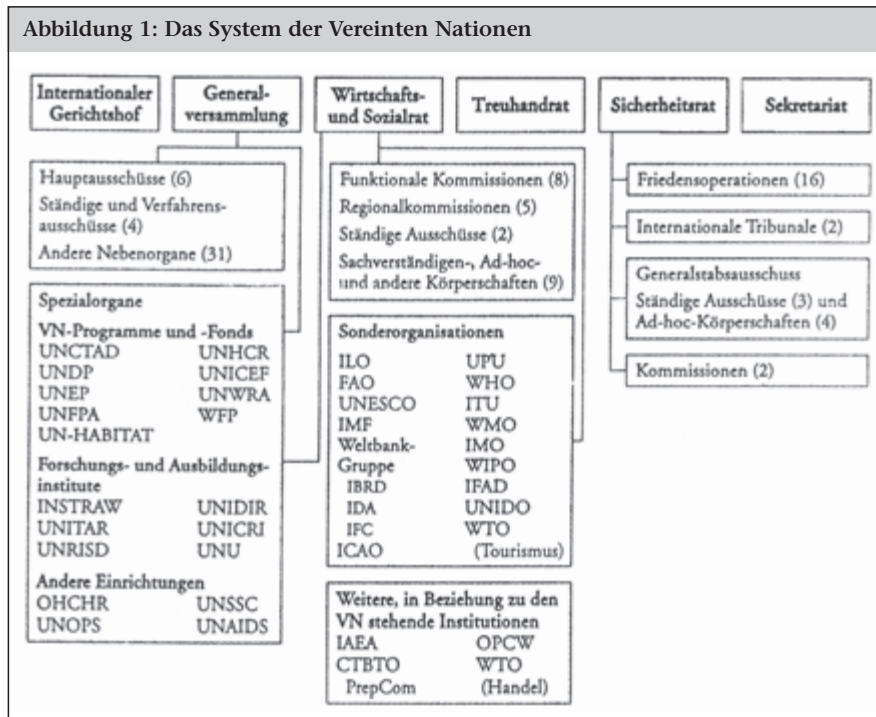
- und die derzeit diskutierte Reform-Agenda, deren Umsetzung nicht nur über die Akzeptanz der Weltorganisation entscheiden wird, sondern à la longue auch über deren Zukunft. Denn kommt es zu keiner Reform, oder fällt diese in wesentlichen Punkten unzureichend aus, dann wird die Akzeptanz der VN als internationales Steuerungs- und Strategieinstrument abnehmen und parallel dazu neue bessere Netzwerke aufgebaut werden müssen. In diesem Sinne äußerte sich im April 2005 die amerikanische Außenministerin C. Rice: „Es ist kein

Geheimnis, dass die UN nicht als vitale Kraft der internationalen Politik überleben können, wenn sie nicht reformiert werden.“

2. Rückblick auf 60 Jahre

Ein Rückblick auf 60 Jahre Vereinte Nationen kann sich natürlich nicht auf das ganze breite Spektrum der Aktivitäten der Weltorganisation beziehen, sondern muss sich auf einige ihrer zentralen Tätigkeitsbereiche beschränken, nachfolgend drei.

Abbildung 1: Das System der Vereinten Nationen



nach Hüfner, Klaus: Das System der Vereinten Nationen, in: APuZ 22/2005, S.12.

2.1 Weltfrieden und internationale Sicherheit

Zu ihnen gehört zuerst und vor allem die in der Präambel der VN-Charta angesprochene Hauptzielsetzung der VN, „künftige Geschlechter vor der Geisel des Krieges zu bewahren“ – und zwar durch kollektive Maßnahmen, auf friedliche Weise und unter Beachtung des Völkerrechts. Gerade bei diesem Bereich zeigt sich am deutlichsten das „Elend“ der Weltorganisation. Zwar kam es in den vergangenen sechs Jahrzehnten nicht zu einem dritten Weltkrieg, doch dürfte dies weniger ein Verdienst der UNO gewesen sein als eine Folge des Gleichgewichts des Schreckens zwischen den „Supermächten“ und ihren Verbündeten. Dafür aber kam es während des Ost-West-Konflikts zu über 200 Kriegen, die in ihrer Wirkung – ca. 50 Millionen Tote, 80 Millionen Verletzte und mehrere 100 Millionen Vertriebene – einem dritten Weltkrieg nur wenig nachstehen. Inzwischen ist die Zahl der Kriege auf 216 gestiegen.

Nicht minder desaströs ist die Bilanz der Bereiche „Abrüstung und Rüstungsregelung“. Zwar beauftragt die VN-Charta in Art. 26 den Sicherheitsrat (im Folgenden „SR“), dafür Sorge zu tragen, „dass von den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen möglichst wenig für Rüstungszwecke abgezweigt wird“. Doch dieser Auftrag konnte weder verhindern, dass sich die Ausgaben, die seit 1945 weltweit für Rüstung und Militär ausgegeben wurden, auf unvorstellbare Summen von vielen Billionen Dollar belaufen, noch, dass die Zerstörungskraft der in dieser Zeit entwickelten Waffen immer weiter gesteigert wurde und inzwischen ausreicht,

um die Menschheit auszulöschen und den Erdball für lange Zeit oder immer unbewohnbar zu machen. Inzwischen hat sich auch die Hoffnung, dass diese Aufrüstung mit dem Ende des Ost-West-Konflikts aufhören würde, als haltlos erwiesen. In vielen Teilen der Welt, insbesondere in den USA, sind die Rüstungsausgaben wieder deutlich im Steigen begriffen. 2004 betrugen sie laut dem neuen SIPRI-Jahrbuch weltweit 1.05 Billionen US\$ (844 Mrd. €); davon belief sich der Anteil der USA auf 47%. Bei einem Anstieg global um 2,4% pro Jahr und um 6% seit 2002 sind bald wieder die Margen des Kalten Krieges erreicht.

Auch die Dämme, die gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen errichtet wurden, drohen zu bersten. So dürften nach Indien, Pakistan und Nordkorea bald weitere Staaten über A-, B- oder C-Waffen verfügen und damit aller Voraussicht nach einen neuen Rüstungswettlauf auslösen. Experten schließen nicht aus, dass es in 15 Jahren bis zu 20 Atomwaffenstaaten geben wird. Eine Entwicklung, die auch deshalb mit unkalkulierbaren Risiken verbunden wäre, als damit auch die Zugriffsmöglichkeiten terroristischer Gruppen auf nukleare Waffen gefährlich zunehmen würden.

An all diesen Entwicklungen irritiert vor allem, dass gerade die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, also jene Mächte, denen die Charta neben besonderen Rechten die „Hauptverantwortung“ für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit auferlegt, nicht Vorbilder, sondern Vorreiter sind.

Die Ursachen für dieses Versagen der Vereinten Nationen in ihrem wichtigsten Tätigkeitsbereich sind bekannt. Sie sind struktureller und mentaler Art, wobei sich die strukturellen Ursachen letztlich auf die mentalen zurückführen lassen. Mit strukturellen Ursachen sind Strukturen gemeint, die schon von den Gründervätern der Vereinten Nationen mit Billigung der Mehrzahl der Mitglieder der Weltorganisation bewusst in die Charta eingebaut wurden, obwohl von Anfang an erkennbar war, dass sie die friedensstiftende Tätigkeit der UNO erheblich behindern und einschränken würden wie z.B. das Souveränitätsprinzip und das Veto-Recht der ständigen Ratsmitglieder.

Souveränitätsprinzip

Das Souveränitätsprinzip, verankert vor allem in Art. 2.7 der VN-Charta, besagt, dass aus der Charta „eine Befugnis der VN zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden“ kann. Die einzige Ausnahme dieser Regel bilden Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrates nach Kap. VII der VN-Charta. Angesichts der zunächst engen Auslegung des Begriffs „innere Angelegenheiten“ hieß das, dass sich die Zuständigkeit der Weltorganisation bei Maßnahmen kollektiver Sicherheit in der Regel auf internationale Konflikte beschränkt, das Eingreifen in interne Konflikte da-

gegen untersagt ist, sofern von ihnen keine Bedrohung der internationalen Sicherheit ausgeht. Berücksichtigt man nun, dass es sich bei 179 der insgesamt 216 Kriege, die es weltweit zwischen 1945 und 2005 gab, um Bürgerkriege handelte, also interne Konflikte, wird deutlich, warum allein schon aus rechtlichen Gründen die Weltorganisation so häufig zur Untätigkeit verdammt ist. Berücksichtigt man ferner, dass es unterhalb des Begriffs „Bürgerkriege“ zahlreiche spontane und systematische Übergriffe von Regierungen und Regimen gegen Teile der Bevölkerungen ihrer eigenen Länder gibt, etwa gegen ethnische und religiöse Minderheiten, gegen Oppositionelle und Dissidenten, die diskriminiert, drangsaliert oder gar massakriert werden, so wird der Kreis der Angelegenheiten, bei denen die Weltorganisation nicht eingreifen darf, noch um vieles größer. Eine Verbesserung der Lage könnte eine flexiblere Auslegung des Souveränitätsprinzips bringen, doch eine solche stößt bei der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Mitglieder auf Widerstand. Bei den Groß- und Mittelmächten sowieso, aber auch bei den kleinen Staaten, insbesondere bei vielen Ländern des Südens, die im Souveränitätsprinzip einen Schutz vor Eingriffen und Bevormundungen größerer Staaten sehen. Dennoch, zu den großen Aufgaben einer Charta-Reform würde zum einen die Entwicklung eines zeitgemäßen Verständnisses von Souveränität gehören und zum anderen die Schaffung von Verfahren, die korrespondierend die damit entstehenden Gefahren eines Missbrauchs verhindern.

Kriege und gewaltsame Konflikte 1945-2005 nach Typen

Kriegstyp/ Region	A	B	C	D	AB	AC	AD	BC	BD	ABC	ABCD	Gesamt
Afrika	19	16	4	8	9	3	2	2	1	1	1	66
Asien	11	17	14	2	5	4		2				55
(Ex-)UdSSR	2	9	0									11
Europa	5	5	0		1			3	1			15
Lateinamerika	23	1	5									29
Naher Osten	7	11	14	1	6					1		40
Insgesamt	67	58	37	11	21	7	2	7	2	2	1	216

(A) Antiregime-Kriege; (B) Innerstaatliche Religions-, Sezessions- und Stammeskriege; (C) Zwischenstaatliche Grenzkriege; (D) Entkolonisierungskriege.

Regionale Verteilung der 1990-2005 geführten Kriege und gewaltsame Konflikte

Region	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05
Afrika	15	16	14	13	13	12	10	11	14	14	14	12	12	9	9	10
Asien	16	17	14	12	9	9	8	10	10	11	11	10	11	13	13	13
(Ex-)UdSSR	2	3	8	5	5	2	2	1	1	2	2	2	1	1	1	1
Europa	1	3	4	3	3	3	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0
Lateinamerika	8	6	6	5	5	6	5	3	2	2	2	2	2	2	2	2
Naher Osten	6	7	6	7	5	5	4	4	5	5	5	4	1	2	2	2
Insgesamt	48	52	52	45	41	37	29	29	33	35	34	31	27	27	27	28

Quelle: Ferdowski, Mir A.: eigene Berechnungen und Aktualisierung auf der Grundlage der Kriege Listen, in: Gantzel, Klaus Jürgen/Schwinghammer, Torsten: Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg, 1945 bis 1992, Münster 1995. Arbeitsgemeinschaft Kriegeursachenforschung (AKUF): Das Kriegsgeschehen 2001, herausgegeben von Wolfgang Schreiber, Opladen 2002 sowie derselbe: Das Kriegsgeschehen 2002, Opladen 2003 und 2004.

Veto-Recht

Der zweite große, in die Charta eingebaute strukturelle Schwachpunkt, der die Funktionsfähigkeit der VN wesentlich beeinträchtigt, ist das im Art. 27.3 angelegte Veto-Recht. Jedes ständige Mitglied kann Beschlüsse des SR durch ein Veto verhindern, und zwar ohne jede Angabe von Gründen. In der Praxis heißt das, dass alle Konflikte, in denen Interessen eines ständigen Mitglieds oder die seiner Verbündeten involviert sind, einer Regelung durch den SR entzogen werden können und de facto

auch entzogen werden. Während des Kalten Krieges hat dies wesentlich zur Blockade dieses für die internationale Sicherheit hauptverantwortlichen Organs der VN beigetragen. Dies fand ihren äußeren Ausdruck in 232 Vetos zwischen 1945 und 1989; erst nach 1989 sank die Zahl der Vetos deutlich. Doch die tatsächlich eingelegten Vetos bilden natürlich nur die Spitze des Eisberges. Denn zahlreiche Streitfälle werden erst gar nicht zur Abstimmung vorgelegt, wenn schon im Vorfeld absehbar ist, dass ein ständiges Mitglied ein Veto einlegen würde. Jüngstes Bei-

spiel war der Verzicht Washingtons auf die Einbringung einer weiteren Resolution zur Autorisierung des geplanten Angriffs auf den Irak, nachdem Frankreich und Russland für diesen Fall ein Veto angekündigt hatten. Umgekehrt verzichteten die Kriegsgegner auf eine Verurteilung der USA im SR, denn ein solcher Antrag wäre an einem Veto Washingtons und Londons gescheitert.

Die Kritik am Veto-Recht ist ebenso verbreitet wie berechtigt. Allerdings wird dabei zumeist übersehen, dass das Veto-Recht das kleinere von zwei Übeln darstellt. So gehört, wie die Geschichte des Völkerbundes gezeigt hat, zu den Voraussetzungen für das Funktionieren des Systems kollektiver Sicherheit die Beteiligung aller Großmächte. Deren zentrale Bedingung war jedoch 1945 die Zubilligung eines Veto-Rechts. Ohne dieses Recht wären weder die Sowjetunion noch die USA den Vereinten Nationen beigetreten, und ohne diese beiden Mächte hätte es keine Weltorganisation gegeben. An dieser Einstellung hat sich, wie die gegenwärtige Reformdebatte zeigt, bis heute nichts geändert. Wie das Souveränitätsprinzip ist somit auch das Veto-Recht von konstitutiver Bedeutung und steht deshalb wie jenes auch bei der Reform der Weltorganisation letztlich nicht zur Disposition. Was zur Debatte gestellt werden müsste, ist dagegen erstens die Frage nach dem Umfang eines solchen Rechts. So müssten Maßnahmen einer vorsichtigen Einschränkung zentraler Gegenstand von Reformvorschlägen sein sowie zweitens die Gefahren einer Ausweitung des Kreises der Veto-Mächte. Eine solche Ausweitung muss auf jeden Fall vermieden werden, da sie die Handlungsfähigkeit des Rates noch weiter einschränken würde.

Die eingeschränkte Handlungsfähigkeit

Eine weitere Schwachstelle liegt in der eingeschränkten Handlungsfähigkeit des SR. Der Rat verfügt nicht über die erforderlichen Mittel, um notfalls schnell und militärisch effizient gegen einen Aggressor vorgehen zu können. Solche Mittel waren in Art. 43 der VN-Charta zwar vorgesehen, demzufolge die Mitglieder mit dem SR Sonderabkommen schließen, die vorsehen, dass sie ihm „auf dessen Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung stellen“. Doch der Artikel wurde nie implementiert und ungeachtet der Mahnung mehrerer Generalsekretäre spricht nichts dafür, dass es in der Zukunft zum Abschluss solcher Verträge kommen könnte. Wir stehen somit vor dem Paradox, dass die VN bzw. der SR zwar über das Monopol auf legitime Gewaltausübung verfügt, nicht aber über die dazu erforderlichen Mittel. Salopp gesprochen: Der SR ist letztlich ein zahnloser Tiger. Um seinen Beschlüssen Geltung zu verschaffen, muss er Mitglieder „mit Zähnen“ finden und sie mit der Umsetzung seiner Beschlüsse beauftragen. Die Schwachpunkte dieser Regelung liegen auf der Hand: Findet er keine Mitglieder, die interessiert und fähig sind, für ihn zu handeln, also keine „coalition of the willing“, und ist auch keine der Regionalorganisationen gemäß Kap. VIII der VN-Charta zur Übernahme eines solchen Mandats bereit oder in der Lage, dann ist ein militärisches Eingreifen kaum möglich. Und da Staaten im Allgemeinen nur dann bereit sind, für den SR zu handeln, wenn eigene Interessen auf dem Spiel stehen, und es derzeit kaum handlungsfähige Regionalorganisationen gibt, bleiben zahlreiche Konflikte ungelöst.

Zwischenbilanz

Die Zwischenbilanz, die sich aus allem ergibt, ist ernüchternd. Eine internationale Organisation, deren führende Mitglieder ihren wichtigsten Sicherheitsmechanismus jederzeit folgenlos blockieren können, die über keinerlei eigene Zwangsmittel verfügt, um ihre Beschlüsse notfalls gewaltsam durchsetzen zu können, ist strukturell nicht in der Lage, weder den Frieden zwischen den Nationen zu sichern noch die Sicherheit der Völker und Menschen. Die fatale Folge dieser strukturellen Defizite ist, dass die Staaten gut beraten sind, auch weiterhin selbst für ihre Sicherheit zu sorgen, sei es durch den Aufbau entsprechender Rüstungen (was die hohen Rüstungsausgaben erklärt), sei es durch den Abschluss schlagkräftiger Militärbündnisse, was wiederum die Daseinsberechtigung der UNO untergräbt, die man dann bestenfalls noch zur völkerrechtlichen Legitimierung von Militäraktionen benötigt.

Dass es diese strukturellen Defizite gibt und dass sie bislang noch nicht behoben wurden, ist kein Zufall, sondern gewollt. Damit sind wir bei den erwähnten mentalen Ursachen, die die Schwäche der Vereinten Nationen begründen. Wir leben noch immer im Zeitalter des Nationalstaats, ungeachtet fortschreitender Globalisierung und mit ihr einhergehender internationaler Verflechtungen und Abhängigkeiten. Das Primat der nationalen Eigeninteressen ist noch immer ungebrochen, und die VN sind für viele ihrer Mitglieder insoweit interessant, wie sie sich für diese nationalen Eigeninteressen instrumentalisieren lassen. Das gilt vor allem für die Regierungen, und letztlich

ist die VN eine Organisation, in der vor allem die Regierungen vertreten sind ungeachtet der die Präambel der Charta einleitenden Worte „Wir, die Völker der Vereinten Nationen (...)“. Es gilt aber auch für die Bevölkerungen der meisten Mitgliedsstaaten. Auch sie stehen größeren finanziellen oder gar menschlichen Opfern zur Herstellung des Weltfriedens im Allgemeinen reserviert bis ablehnend gegenüber. Wir reden viel von „globaler Verantwortung“, und ein solches Gefühl ist in den vergangenen Jahren ohne Zweifel weltweit gewachsen. Aber es ist noch immer weit davon entfernt, zur leitenden Maxime der großen Mächte oder größerer Teile der Weltbevölkerung zu werden.

Wenn sich diese Schattenseiten inzwischen ein wenig aufgehellt haben und etwas „Glanz“ sichtbar wird, so ist dies vor allem die Folge eines in der Charta selbst gar nicht vorgesehenen Instrumentariums, das als Reaktion auf diese strukturellen Defizite im Verlauf der vergangenen fünf Jahrzehnte entwickelt und in der Praxis erprobt wurde. Gemeint sind die VN-Friedenstruppen, für die die VN 1988 den Friedensnobelpreis erhielten.

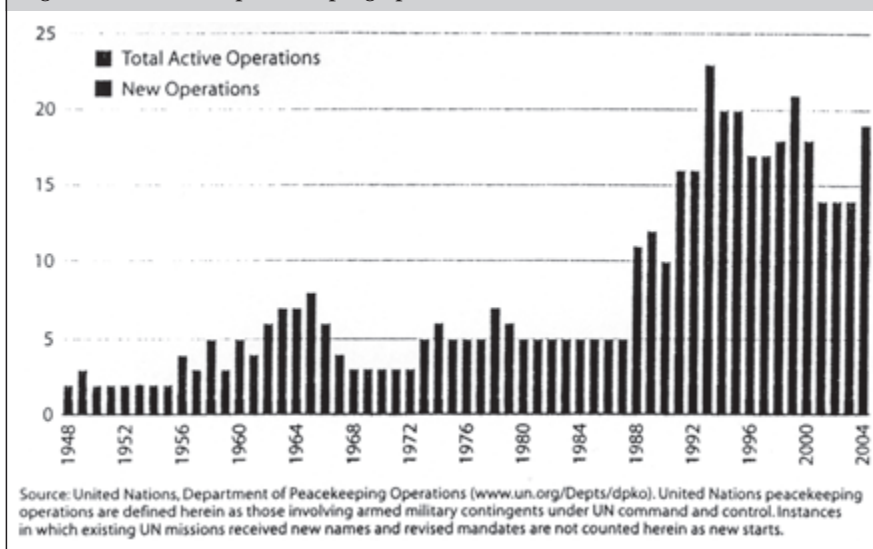
VN-Friedenstruppen

Schon Anfang der 50er-Jahre hatten Bemühungen eingesetzt, die Blockaden, zu denen das Veto-Recht im sich verschärfenden Ost-West-Konflikt geführt hatte, aufzulockern und eine gewisse Handlungsfähigkeit des SR bei jenen Konflikten zu gewinnen, bei denen keine vitalen Interessen einer der beiden Seiten auf dem Spiel standen bzw. an deren Lösung beide ein Interesse hat-

ten. Sie liefen zunächst darauf hinaus, für bestimmte internationale Konflikte Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine weitere Eskalation verhindern und es zugleich den Konfliktparteien mit Hilfe der UNO ermöglichen sollten, ohne Gesichtsverlust die militärischen Aktivitäten auszusetzen und sich ohne Zwang und ohne Zeitdruck auf völlig freiwilliger Basis um eine friedliche Streitbeilegung zu bemühen. Das Angebot der VN bestand in der Entsendung so genannter „Blauhelme“, also von VN-Mitgliedern freiwillig gestellten Truppen, die zwischen den Kon-

fliktparteien standen und von diesen ausgehandelte Waffenstillstände überwachten. Zentrale Einsatzprinzipien sind: Einverständnis der Konfliktparteien, Unparteilichkeit der „Blauhelme“ sowie Anwendung von Gewalt nur zur Selbstverteidigung. Geburtsstunde und erster Anwendungsfall war die Suez-Krise von 1956, als es zur Aufstellung der ersten United Nations Emergency Force (UNEF 1) kam, um die Beendigung der Feindseligkeiten zu überwachen. Ein weiteres Beispiel ist der Einsatz auf Zypern, der 1964 begann und bis heute andauert.

Figure 1: Number of peacekeeping operations, 1948-2004



in: *Survival*, Vol. 46, Nr. 4, Winter 2004/05.

Dieser so genannten „ersten Generation“ von ‚peace keeping‘-Operationen folgten seitdem drei weitere. Ende der 80er-Jahre eine „zweite Generation“, die sich um die Befriedung innerstaatlicher Konflikte bemühte, u.a. durch die Gewährleistung freier Wahlen, die Demobilisierung von Guerillas und die Rückführung von Flüchtlingen (Namibia, Zentralamerika, Kambodscha). Eine neue wichtige Komponente war nun der Einsatz von Polizei (CIVPOL) und zivilem Personal. Eine „dritte Generation“ entstand nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, mit Einsätzen in zerfallenen und von Bürgerkriegen zerrissenen Staaten zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Linderung humanitärer Katastrophen, wobei zur Durchsetzung des Mandats sogar der Einsatz militärischer Gewalt erlaubt war (Somalia, Bosnien-Herzegowina, Liberia, Haiti); man sprach deshalb von robustem ‚peace keeping‘. Und schließlich entstand noch eine „vierte Generation“, die derzeit letzte und vom Ansatz her anspruchsvollste. Bei ihr geht es um den Wiederaufbau gänzlich zerstörter Staaten, also um so etwas wie ‚state-‘ bzw. ‚nationbuilding‘. In ihr verbinden sich militärische mit der vorübergehenden Übernahme politisch und wirtschaftlich exekutiver Aufgaben zu einer ‚post conflict reconstruction‘ (Kosovo, Osttimor, Afghanistan).

Zwischen 1945 und 2005 gab es 64 solcher ‚peace keeping-operations‘, davon 13 vor 1989, die überwiegende Mehrzahl von 51 aber erst seit 1989. Derzeit sind es weltweit 18 Missionen, an denen ca. 80.000 Blauhelme sowie Tausende Polizisten und zivile Experten beteiligt sind. Im Juni 2004 wurden 2,8 Milliarden US-\$ für Blauhelm-Einsätze bewilligt. Im August 2000 legte eine

international hochrangig besetzte Kommission unter der Leitung des ehemaligen algerischen Außenministers Brahimi auf der Grundlage von nun 50-jähriger Erfahrung ein umfassendes Konzept zu den ‚peace keeping‘-Missionen vor, von dessen Umsetzung man eine weitere Verbesserung des Instrumentariums der ‚peace keeping-operations‘ verspricht. Dieses Konzept ist Teil des laufenden Reformprozesses.

Neuinterpretation des Souveränitätsprinzips

Während mit dem Instrument der ‚peace keeping-operations‘, mit dessen Hilfe die Vereinten Nationen an vielen Stellen der Welt Flagge zeigen können, eine Reihe beeindruckender Erfolge erzielt wurde, befinden sich die Arbeiten an einer zeitgemäßen Neuinterpretation des Souveränitätsprinzips noch immer im Anfangsstadium. Doch auch hier sind Fortschritte unübersehbar, und sie zeigen sich sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis.

Nachdem im vergangenen Jahrzehnt die Generalsekretäre der VN immer wieder vor einer Verabsolutierung des Souveränitätsprinzips gewarnt und zu einer zeitgemäßen Neuinterpretation aufgefordert hatten, legte 2002 eine hochrangig besetzte internationale Kommission, die Axworthy-Kommission, einen vielbeachteten Bericht vor, in dem eine solche Neuinterpretation im Einzelnen beschrieben und begründet wird. Der Bericht führt den bezeichnenden Titel „The Responsibility to Protect“. Er erinnert zum einen daran, dass Staatssouveränität nicht nur Rechte beinhaltet, sondern auch Verpflichtungen, wobei die vornehmste

Pflicht der Schutz der Bevölkerung durch den Staat ist. Und er formuliert, auf diesem ersten Prinzip aufbauend und es gleichzeitig ergänzend, ein zweites Prinzip, das lautet: Wenn eine Bevölkerung schwer wiegenden Schaden erleidet, sei es in Folge von Bürgerkrieg, Aufruhr, Unterdrückung oder Staatsversagen, der betreffende Staat aber nicht fähig oder nicht willens ist, ein Ende herbeizuführen oder das Unrecht abzuwenden, dann weicht der Grundsatz der Nicht-Intervention der internationalen Verpflichtung, Schutz zu gewähren. Ebenso wie der Brahimi-Bericht, der mehr operativer Natur ist, ist auch der Axworthy-Bericht ein wichtiger Beitrag der Vereinten Nationen zur Schaffung einer humaneren Welt. Ob die die Weltorganisation tragenden Mächte bereit sind, dieser „Verantwortung zum Schutz“ auch gerecht zu werden, werden die kommenden Jahre zeigen. Dass sie das tun, fordert auch Kofi Annan in seinem jüngsten Bericht, in dem es heißt: „Ich bin der Überzeugung, dass wir uns die Schutzverantwortung zu Eigen machen und entsprechend handeln müssen, wenn dies notwendig ist.“ (Ziffer 135)

Wie schwer sich der SR in der Praxis mit dieser Verpflichtung tut, zeigte sich beispielhaft bei der Darfur-Krise. Erst nachdem 300.000 Menschen umgebracht und nahezu eine Million aus ihren Heimatgebieten vertrieben worden waren, beschloss der SR Sanktionen gegen die Verantwortlichen für die Vertreibung und Menschenrechtsverletzungen in Darfur. Ferner bestimmte die Resolution 1593 (2005), dass sich die Verdächtigen für Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit im Sudan vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verantworten müssen, der

Anfang April 2005 seine Ermittlungen offiziell aufnahm. Es war im Übrigen die erste Ratsresolution, mit der der Internationale Strafgerichtshof mit einer solchen Strafverfolgung beauftragt wurde. Wenn sich der SR, wie schon 1993 in Ruanda, so auch in dieser Krise, in der der Tatbestand des Genozid erfüllt ist, schwer tut, so hat dies wieder sehr wesentlich mit den Interessenlagen einiger ständiger Mitglieder zu tun, etwa mit den Ölinteressen der VR China im Sudan, aber auch mit dem Anti-Terror-Kampf der USA, zu dem sie die Hilfe Karthums benötigen.

Leistungsbilanz der VN

Die Leistungsbilanz der VN im Kernbereich Weltfrieden und internationale Sicherheit fällt gemischt aus. Während mit den ‚peace-operations‘ inzwischen ein Instrument vorliegt, das es dem SR ermöglicht, eine Vielzahl der kleineren Konflikte einzudämmen bzw. zu entschärfen – immer vorausgesetzt, der politische Wille dazu ist vorhanden –, sind den Handlungsmöglichkeiten des Rats bei Konflikten, in denen Mittelmächte oder gar ständige Ratsmitglieder involviert sind, enge Grenzen gesetzt. Hier bleibt letztlich nur die Möglichkeit, über Verhandlungen im Rat oder über den Generalsekretär Kompromisse zu finden, die einen offenen bewaffneten Konflikt vermeiden helfen. Misslingt dies und ist eine Großmacht zur Anwendung militärischer Gewalt entschlossen wie im Irak-Konflikt von 2003, so ist der Rat letztlich machtlos. Dies der Weltorganisation als Schwäche anzulasten, ist angesichts der aufgezeigten strukturellen Defizite unfair und unsinnig. Der eigentliche Adressat ist der das Völker-

recht und die Autorität der VN missachtende Aggressor. Andererseits zeigt jedoch die Tatsache, dass die Bush-Administration bis heute darauf besteht, ihre Militäraktion im Irak sei durch die Ratsresolution 1441 gedeckt gewesen, wie wichtig eine solche Legitimation durch den Rat inzwischen ist.

Für die Fähigkeit des SR, Verhandlungslösungen zu erreichen, wäre eine Stärkung seiner Autorität nützlich, und ein Mittel dazu ist zweifellos die Erhöhung seiner Repräsentativität und damit seiner Legitimität durch die Erweiterung der Zahl der Ständigen Mitglieder durch Staaten aus den bislang unzureichend repräsentierten Weltregionen. Andererseits garantiert auch eine verbesserte Repräsentativität keine höhere Handlungsfähigkeit. Erfahrungsgemäß ist häufig eher das Gegenteil der Fall.

Wenn im Mittelpunkt sowohl der Völkerbundsatzung wie auch der VN-Charta der Weltfrieden und die Gewährleistung internationaler Sicherheit stehen, so ist dies vor allem eine Folge der Weltkriege. Doch zwischen 1919 und 1945 lag mehr als nur ein weiterer Weltkrieg. Dazwischen lag auch die Erfahrung mit totalitären Diktatoren, deren Regime durch Konzentrationslager, Völkermord und Massenvertreibungen geprägt waren. Und zwischen ihnen lag ferner die Erstarkung der Unabhängigkeitsbewegungen in den riesigen Kolonialreichen der europäischen Mächte in Asien und Afrika, mit Millionen entrechteter, häufig de facto versklavter Menschen. Beide Themen waren schon 1941 in die Atlantik-Charta eingegangen, in der die wichtigsten Ziele der angestrebten Nachkriegsordnung aufgeführt worden waren. Und beide

mussten auch in einer Charta, in deren Mittelpunkt die Wahrung des Weltfriedens stand, in angemessener Weise berücksichtigt werden. Das heißt: Zu den Zielsetzungen der Charta mussten auch die Schaffung eines internationalen Menschenrechtsschutzes gehören sowie die Befreiung der kolonisierten Völker.

Wenn beides in ihr nur am Rande angesprochen wurde, so war dies nicht zuletzt auf den Widerstand der Großmächte zurückzuführen. So hatten die vom Krieg geschwächten europäischen Kolonialmächte nicht das geringste Interesse an der Auflösung ihrer profitablen Kolonien, deren Rohstoffe und Märkte sie mehr benötigten als je zuvor. Und ebenso wenig waren sie bereit, den Kolonialvölkern jene Menschenrechte zu gewähren, die in den Menschenrechtserklärungen Frankreichs und der USA aufgeführt waren. Letzteres galt im Übrigen auch für die USA, in deren Südstaaten noch immer Millionen farbiger Amerikaner grundlegende Menschen- und Bürgerrechte verweigert wurden. Und es galt noch mehr für die Sowjetunion, die zu jener Zeit einem großen Völkergespinnst ähnelte. Die große Mauer, hinter die sich all diese Mächte zurückziehen konnten, war das Souveränitätsprinzip, d.h. die Nichteinmischung in „innere Angelegenheiten“. Es waren deshalb auch nicht die Regierungen der Großmächte, die in San Francisco die Einbeziehung von Menschenrechtsschutz und Selbstbestimmungsrecht in die Charta durchsetzten, sondern amerikanische und britische Menschenrechtsbewegungen sowie einige Staaten des Südens. Im Rückblick zeigt sich, dass gerade auf diesen beiden Gebieten wesentliche Leistungen der VN liegen.

2.2 Internationaler Menschenrechtsschutz

Das gilt insbesondere für den Bereich der Menschenrechte und des Internationalen Menschenrechtsschutzes. Letzterer ist inzwischen nicht nur zu einem zentralen eigenständigen Handlungsfeld der VN geworden, sondern ist in Form der „humanitären Intervention“ sowie der Internationalen Strafgerichtshöfe auch wichtige Verbindungen mit dem Bereich der kollektiven Sicherheit eingegangen. Wenn gelegentlich von einer „anthropozentrischen Wende“ gesprochen wird, die sich in den VN vollzogen hat, so ist vor allem diese Entwicklung gemeint.

Die Aktivitäten der VN auf diesem Gebiet lassen sich in vier große Felder aufteilen:

- Ein erstes Feld bildet die Anerkennung der Universalität der Menschenrechte. Sie begann mit der Allgemeinen Menschenrechtserklärung am 10. Dezember 1948, und sie erreichte eine wichtige Bestätigung 1993 auf der Zweiten Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien, auf der China und verschiedene islamische Staaten dabei scheiterten, diese Universalität in Frage zu stellen. Mit der Universalität verfügen wir über eine normative Grundlage für so etwas wie die Entwicklung eines die Völker und Kulturen verbindenden Weltethos.
- Ein zweites Feld bildet die Einbeziehung der in dieser Allgemeinen Erklärung aufgeführten Menschenrechte in völkerrechtliche Verträge, in denen sich die Staaten zum Schutz und zur Förderung dieser Rechte verpflichten. Wie dicht dieses Netz der vertraglichen Verpflichtungen inzwi-

schen ist, zeigt die Tatsache, dass es Anfang des 21. Jahrhunderts mehr als 60 Verträge gab, deren wichtigste von der überwiegenden Mehrzahl der Staaten der Welt unterzeichnet und ratifiziert worden sind. Bei diesen wichtigsten handelt es sich um die Antirassismuskonvention von 1969, um die beiden Menschenrechtspakte von 1976, um die Frauenrechtskonvention von 1981, um die Anti-Folter-Konvention von 1987 und um die Kinderkonvention von 1990. Die Chronologie lässt erkennen, dass schon bald nach Gründung der VN ein Prozess einsetzte, in dessen Verlauf dieses dichte Netz von Menschenrechtsschutzverträgen geknüpft wurde.

- Ein drittes Feld bildet die internationale Kontrolle der Umsetzung der vertraglichen Verpflichtungen in nationales Recht und ihre Umsetzung durch die Politik. Hier beginnen nun die Probleme. So konstatiert Kofi Annan in seinem jüngsten Bericht: „Nirgendwo ist die Kluft zwischen Rhetorik und Realität – zwischen Worten und Taten – so tief und so tödlich wie auf dem Gebiet des humanitären Völkerrechts.“ (Ziffer 134) So legen zwar die meisten Staaten den Vertragsüberwachungsgremien regelmäßig Berichte vor, in denen sie über ihre Maßnahmen bei der Umsetzung dieser Verträge in nationales Recht und Politik berichten, und diese Jahresberichte sind bei den wichtigsten Konventionen auch obligatorisch. Allerdings sind die Kompetenzen der Überwachungsgremien, die Richtigkeit dieser Berichte und damit die Befolgung der Verträge zu überwachen, sehr begrenzt. Das gilt auch für das im Dezember 1993 geschaffene Amt des Hohen Kommissars für Men-

schenrechte und für die jährlich in Genf tagende Menschenrechtskommission (Art. 68) und ihre Debatten über die Menschenrechtssituation in den verschiedenen Ländern, deren Resolutionen ebenfalls nur empfehlenden Charakter haben.

- Noch schlechter bestellt ist es um das vierte Feld, die juristische Untersuchung und Ahndung schwerer Menschenrechtsverletzungen. Allerdings gibt es auch hier inzwischen Ansätze, auf schwere Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. So hat der SR zum einen die Möglichkeit, massive Menschenrechtsverletzungen und sie begleitende „humanitäre Katastrophen“ durch so genannte „humanitäre Interventionen“ zu unterbinden. Dies geschieht, zwar nur selten, doch es geschieht, und es könnte häufiger geschehen, wenn die Staaten bereit wären, die dazu erforderlichen Mittel aufzubringen. Das andere Instrument sind vom SR eingesetzte internationale Gerichtshöfe, die in bestimmten Gebieten innerhalb bestimmter Zeiträume begangene Menschenrechtsverletzungen juristisch verfolgen und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen; die wichtigsten sind die für die Kriegshandlungen im ehemaligen Jugoslawien und Ruanda zuständigen Gerichte. Trotz einiger Defizite gehört der Aufbau eines Internationalen Menschenrechtsschutzes in der Bilanz der VN zu ihren größten Positiva. Auch hier liegen Glanz und Elend eng beieinander. Zum Glanz gehört das Feld der Normensetzung, zum Elend die geringen Kompetenzen bei der Durchsetzung der Rechte und bei der Ahndung von Verstößen. Ähnlich wie die Zahl der kriegesischen Konflikte von den Vereinten Nationen nicht signifikant eingedämmt werden

konnte, sind auch die weltweit begangenen Menschenrechtsverletzungen nur sehr schwach rückläufig wie die Berichte der diversen Menschenrechtsorganisationen zeigen.

2.3 Entkolonisierung

Eng beieinander liegen Glanz und Elend der VN auch bei der Entkolonisierung. Der Glanz liegt hier vor allem auf deren völkerrechtlichen und institutionellen Begleitung in den 50er- und 60er-Jahren. Obwohl es die Kolonialmächte 1945 verstanden hatten, den Begriff der „Unabhängigkeit“ ebenso aus der Charta herauszuhalten wie den der „Kolonien“ – das Kapitel XI der VN-Charta ist lediglich eine „Erklärung über Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung“ und spricht nur von „self-government“ –, gelangen in nur wenigen Jahren wichtige völkerrechtliche und institutionelle Weichenstellungen für die Entkolonisierung. Ansatzpunkt dafür war das in den Zielsetzungen der Charta enthaltene „Prinzip der Selbstbestimmung der Völker“, das von einer Koalition von Drittweltstaaten und sozialistischen Staaten in der Generalversammlung in nur wenigen Jahren zu einem „Recht auf Selbstbestimmung“ aufgewertet wurde.

Meilenstein auf diesem Wege war die „Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker“ (Res. 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960, die so genannte „Entkolonisierungs-Charta“. Sie befand in Punkt 2 kategorisch: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung“, um daran anschließend in einer Art Legaldefinition festzustellen: „Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über

ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung“. Seit 1966 bzw. 1976 steht dieses „Recht auf Selbstbestimmung“ auch an der Spitze der beiden Menschenrechtspakte. Dabei brachte die Verwendung des deklaratorischen Präsens „Alle Völker haben (...)“ zum Ausdruck, dass sich dieses Recht nicht nur auf Kolonialgebiete bezieht, sondern auf alle Völker. Wenn die Zahl der in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten Anfang der 60er-Jahre schnell stieg, so war dies allerdings nicht nur eine Frage dieser völkerrechtlichen Weichenstellungen, sondern vor allem eine Folge des Ost-West-Konflikts und des zunehmenden Gewichts der Staaten der Dritten Welt in den VN. Mit ihnen wurde die UNO erst zur Weltorganisation. Zählte sie 1945 erst 51 Mitglieder, so war deren Zahl 1960 auf 100, 1970 auf 127 angestiegen, um schließlich mit der letzten großen Entkolonisierungswelle 1989 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf 188 zu klettern.

Das Elend des Entkolonialisierungsprogrammes wurde erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sichtbar und konfrontiert uns seit einigen Jahren mit einem Phänomen, das die Staatengemeinschaft voraussichtlich noch geraume Zeit beschäftigen wird, nämlich dem der so genannten „failed states“. Gemeint sind Staaten ohne funktionierende Regierungsmacht, ohne leistungsfähige Wirtschaft, dominiert von um Macht und Ressourcen kämpfenden Warlords, gespalten in einander feindlich gegenüberstehende ethnische und religiöse Bevölkerungsgruppen und geprägt von Vertreibungen und Genozid. Der Genozid in

Ruanda 1994 war eine erste traumatische Erfahrung; geprägt durch ein eklatantes Versagen des SR, der sich, obwohl über das dortige Geschehen unterrichtet, aus der Verantwortung stahl. Kongo und Darfur sind die derzeit jüngsten Beispiele. Die Verantwortung für das Geschehen mag vor allem bei den einheimischen Eliten liegen, bei den Nachbarstaaten und bei Großmächten, bei den Dritte Welt-Organisationen, aber sie liegt eben auch bei den VN, die den Entkolonisierungsprozess auf Druck all dieser Akteure zu schnell durchführten und dabei zu wenig die Lebensfähigkeit der in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten in Rechnung stellten, die zumeist innerhalb der Grenzen der alten Kolonialgebiete entstanden waren und damit, da jene ohne Augenmaß auf ethnisch oder religiöse Lebensräume entstanden waren, riesige Konfliktpotenziale enthielten. Es war somit nur eine Frage der Zeit, bis viele von ihnen auf Grund der inneren Konflikte implodierten und deren Teileinheiten unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht staatliche Unabhängigkeit anstrebten. Das galt insbesondere für viele Länder Afrikas und Asiens, aber auch für die Teilrepubliken der jugoslawischen Republik und für die ehemalige Sowjetunion, deren südliche Peripherie sich in einen Krisengürtel verwandelt hat, der von den neuen zentralasiatischen Republiken bis in die Kaukasus-Region reicht.

Damit aber ist den VN eine neue gewaltige Aufgabe erwachsen, von der nicht absehbar ist, wann sie beendet sein wird, vor allem aber, ob ihr die Weltorganisation überhaupt gewachsen ist, nämlich konstruktiv eine Reihe neuer Nationenbildungsprozesse zu

begleiten und zu gestalten. Dazu gehört zunächst einmal die Vermittlung und Überwachung von Friedensprozessen, sodann die Demobilisierung von Milizen und Guerillas und ihre Wiedereingliederung ins Wirtschaftsleben sowie schließlich die Entstehung demokratisch legitimierter Regierungen. Dazu gehört ferner die Schaffung funktionierender Minderheitensysteme (1992 Minderheitenschutz-Deklaration) und nicht zuletzt eine Neufassung des Selbstbestimmungsrechts. Gefordert ist dessen Umwandlung in das, was man völkerrechtlich „innere Selbstbestimmung“ nennt, insbesondere auf der Basis pragmatischer Autonomieregelungen und föderativer Strukturen. Denn eine weitere Aufsplitterung der Staatenwelt in Dutzende von Mikrostaaten liegt weder im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft noch in dem der betroffenen Staaten. Das Gegenteil ist der Fall, nämlich die Förderung größerer lebensfähiger Föderationen. Wie schwierig es ist, die beiden konfligierenden Charta-Ziele, nämlich Schutz der territorialen Unversehrtheit souveräner Staaten und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, miteinander in Einklang zu bringen, zeigt in Europa das Kosovo-Problem, das 2005 einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden soll, ohne dass eine solche Lösung bislang in Sicht wäre. Bis heute stehen sich die Forderungen der Kosovaren auf Unabhängigkeit und das Angebot Serbiens auf Gewährung weitgehender Autonomie unversöhnt gegenüber.

3. Reform-Agenda

Die VN entwickelten sich im Verlauf der vergangenen sechs Jahrzehnte zum Zentrum eines sehr viel weiteren, über-

aus komplexen und selbst für Experten kaum noch überschaubaren Systems zum „VN-System“. Wesentliche Elemente in dieser weiteren VN-Galaxy sind zum einen die so genannten 19 Spezialorgane der Generalversammlung (im Folgenden „GV“), darunter UNCTAD, UNICEF, UNHCR sowie 17 weitgehend autonome Sonderorganisationen wie FAO, ILO, UNESCO, WHO, vor allem aber die drei Bretton-Woods-Organisationen. In eine Bilanz der VN muss diese Entwicklung in doppelter Weise eingehen, zum einen als Beleg dafür, dass die VN kein starres und statisches Gebilde sind, sondern ein überaus dynamisches und vitales System, das auf die Herausforderungen einer sich wandelnden, inzwischen immer stärker globalisierenden Welt flexibel und kreativ reagiert. Zum anderen, weil gerade viele dieser Institutionen und Organisationen, die zumeist im Schatten der Weltöffentlichkeit arbeiten, im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, humanitären und ökologischen Bereich zu höchst aktiven und effektiven internationalen Akteuren geworden sind, deren Leistungen etwa bei der Entschärfung diverser Dritte Welt-Probleme gar nicht hoch genug bewertet werden können. Eine Reihe von ihnen wurde in den vergangenen Jahrzehnten mit Friedensnobelpreisen ausgezeichnet: 1954 und 1981 das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR); 1965 das Kinderwerk UNICEF; 1969 die Internationale Arbeitsorganisation (ILO); 1988 die UN-Friedenstruppen. Und im Jahr 2001 – zum 100. Jahr seines Bestehens – ging der Preis erstmals zu einer Hälfte an die Vereinten Nationen als Organisation und zur anderen an ihren derzeitigen Generalsekretär Kofi Annan. Diese eindrucksvolle Kette von Auszeichnungen

belegt, dass die Arbeit der VN für den Weltfrieden neben unübersehbaren Defiziten auch deutlich sichtbare positive Beiträge aufweist.

Ungeachtet dieser Erfolge in den einzelnen Bereichen sei nicht verschwiegen, dass die Bemühungen der VN um eine Weltwirtschaftsordnung, die die Armut von weltweit derzeit 23,7% der Weltbevölkerung beseitigt und Prozesse nachhaltiger Entwicklung in den armen Regionen einleitet, bislang gescheitert sind. Sie mussten scheitern, weil die Auffassungen in Nord und Süd darüber, wie eine solche Weltwirtschaftsordnung aussehen müsste, die dieses Ziel erreicht, weit auseinander gehen. Und sie mussten auch deshalb scheitern, weil die VN weder in ihrer ursprünglichen Zielsetzung noch in ihrer derzeitigen organisatorischen Struktur in der Lage wären, dieses Ziel durchzusetzen. Die Forderungen aber, sie für diese Aufgabe fit zu machen, wie sie in den 90er-Jahren von einer Reihe hochrangiger Kommissionen und internationaler Konferenzen erhoben wurden, blieben ohne Echo. Es steht zu befürchten, dass den Empfehlungen der internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey/Mexiko 18. bis 22. März 2002 und des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg/Südafrika (26. August bis 4. September 2002) dasselbe Schicksal bevorsteht.

Die Vorschläge über eine Reform der VN werden im Zentrum der Debatten des im September 2005 stattfindenden Gipfels der Staats- und Regierungschefs sowie der 60. Generalversammlung stehen. Nach einem ersten Reformpaket in seinem Bericht von 1997 „Erneuerung der Vereinten Nationen: Ein Re-

formprogramm“ (A/51/950) und einem zweiten Paket von 2002 „Stärkung der Vereinten Nationen: Eine Agenda für weitere Veränderungen“ (A/57/387) hat GS Kofi Annan nun am 21. März 2005 sein drittes Reformpaket mit dem Titel „In größerer Freiheit. Auf dem Wege zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte für alle“ vorgelegt. Grundlage dieses Papiers sind die Berichte zweier Expertenkommissionen, die Kofi Annan nach dem Millenniums-Gipfel 2000 eingesetzt hatte. Angestrebt wird „Freiheit von Mangel“, „Freiheit von Furcht“ und „Freiheit, in Würde zu leben“. Dabei dürfte der Anklang an Franklin D. Roosevelts „Four Freedoms“ kein Zufall sein, sondern ein Zugeständnis an die USA, ohne deren Mitarbeit eine Verwirklichung dieser Reform kaum durchführbar ist. Reduziert man das Reformpapier auf seinen Kerngehalt, so sind ein halbes Dutzend zentraler Punkte erkennbar.

3.1 Die Erweiterung des Sicherheitsrates

Die Notwendigkeit einer solchen Erweiterung steht außer Frage, spiegelt doch der Rat in seiner derzeitigen Zusammensetzung eher das internationale Machtgefüge von 1945 als das von 2005. Unzureichende Repräsentativität droht jedoch, auf die Dauer Autorität und Legitimität der Weltorganisation zu unterminieren. Und ohne diese kann die UNO die ihr zugewiesenen Aufgaben nicht erfüllen. Eine Anpassung an die Realitäten der heutigen Welt ist somit geboten und somit eine Erweiterung des SR, die jedoch so vorzunehmen ist, dass die Handlungsfähigkeit des Rates nicht beeinträchtigt wird. Dieses verbietet vor allem die

Erhöhung der Zahl ständiger, mit Veto-Recht ausgestatteter Ratsmitglieder.

Der Vorschlag Kofi Annans in Einklang mit den Kommissions-Empfehlungen sieht eine Erweiterung von bisher 15 auf 24 Mitglieder vor und stellt dazu zwei Modelle zur Auswahl. Modell A sieht eine Erweiterung des Rates um drei nicht-ständige sowie um sechs ständige Mitglieder vor, wobei offen bleibt, ob mit oder ohne Veto-Recht. Das Modell B spricht sich für eine Erweiterung des Rates um neun nicht-ständige Mitglieder aus, davon acht mit vierjähriger Amtszeit und mit der Mög-

lichkeit der sofortigen und unbegrenzten Wiederwahl. Der Vorzug dieser Variante ist, dass durch das in diesem Vorschlag enthaltene Rotationsprinzip auch mehr kleinere Mächte für längere Amtszeiten in den SR gewählt werden könnten, insbesondere ein für europäische Staaten interessanter Aspekt. Für Modell A kämpft die so genannte „Viererbände“ – Deutschland, Japan, Indien, Brasilien –, Mittelmächte also, denen wohl nicht zu Unrecht der Wunsch nach einer Statuserhöhung nachgesagt wird. Für Modell B setzt sich eine Gruppe kleinerer Staaten ein, geführt von Italien, Pakistan und Mexiko.

Sicherheitsratsreform

Modell A					
Region	Zahl der Staaten	Ständige Sitze (wie bisher)	Vorgeschlagene neue Ständige Sitze	Vorgeschlagene Sitze mit (nicht er- neuerbarer) zwei- jähriger Amtszeit	Gesamt
Afrika	53	0	2	4	6
Asien und Pazifik	56	1	2	3	6
Europa	47	3	1	2	6
Amerika	35	1	1	4	6
Gesamt Modell A	191	5	6	13	24
Modell B					
Region	Zahl der Staaten	Ständige Sitze (wie bisher)	Vorgeschlagene Sitze mit (nicht er- neuerbarer) vier- jähriger Amtszeit	Vorgeschlagene Sitze mit (nicht er- neuerbarer) zwei- jähriger Amtszeit	Gesamt
Afrika	53	0	2	4	6
Asien und Pazifik	56	1	2	3	6
Europa	47	3	2	1	6
Amerika	35	1	2	3	6
Gesamt Modell B	191	5	8	11	24

Quelle: Eine sichere Welt: Unsere gemeinsame Verantwortung, Bericht der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel, in: Vereinte Nationen 1/2005 (A/59/565).

Ob sich eine der beiden Gruppen im Herbst 2005 durchsetzen wird, ist noch offen. Sicher ist nur, sie benötigen dazu in der GV eine Zweidrittelmehrheit, d.h. die Zustimmung von 128 Staaten. Wird diese erreicht, so muss der Beschluss von einer Zweidrittelmehrheit aller Parlamente ratifiziert werden, einschließlich aller ständigen Ratsmitglieder. Beides ist unsicher. Eine Zweidrittelmehrheit für Modell A ist derzeit noch denkbar. Eine Ratifizierung durch alle fünf Veto-Mächte ist dagegen wenig wahrscheinlich, nachdem sich inzwischen schon zwei ständige Mitglieder gegen die Vorschläge des GS ausgesprochen haben. So warnte als erstes ständiges Mitglied China vor der vorgeschlagenen Erweiterung mit dem Hinweis auf eine Gefahr der Spaltung des Rates. Vor allem aber schloss Peking definitiv eine Aufnahme Japans als ständiges Mitglied aus. Das war nach den heftigen antijapanischen Ausschreitungen in einigen chinesischen Städten im Frühjahr 2005 keine Überraschung mehr. Peking will keine zweite asiatische Macht als ständiges Mitglied und schon gar nicht den ehemaligen Kriegsgegner und das eng mit den USA zusammen arbeitende Japan.

Wenig überraschend war auch die etwas später zu Protokoll gegebene Ablehnung der USA durch den Außenstaatssekretär Nikolas Burnes. Mit Hinweis auf die gefährdete Effizienz des Rates bei einer Erweiterung von 15 auf 24 Sitze sowie auf die damit verbundene Unruhe in verschiedenen Weltregionen – würden sich doch einige Staaten zurückgesetzt fühlen –, tritt Washington nur für eine Aufstockung auf 19 bis höchstens 20 Mitglieder ein, nämlich um zwei ständige Mitglieder ohne Veto-Recht, von denen eines

Japan, das andere ein Land des Südens sein sollte, sowie um zwei bis drei weitere nicht-ständige Mitglieder. Da aber China die Aufnahme Japans blockiert, wird vermutlich alles beim Alten bleiben oder als eine Art kleinster Kompromiss die Aufnahme zweier Südstaaten als ständige Mitglieder ohne Veto-Recht. Nicht umgesetzt werden wohl schließlich auch die unter Experten diskutierten strukturellen Reformen wie die Schaffung von mehr Transparenz, mehr Rechenschaftspflichtigkeit darüber, ob der Rat der ihm zugewiesenen Hauptverantwortung für den Weltfrieden gerecht geworden ist, sowie eine vorsichtige Einschränkung des Veto-Rechts. Es ist zu befürchten, dass der SR weiterhin als ein gefährlicher Anachronismus erhalten bleibt.

3.2 Eine umfassende Antiterrorkonvention

Auf der Grundlage einer neuen Terrorismus-Definition gilt jede Handlung als Terrorismus, „die den Tod oder eine schwere Körperverletzung von Zivilpersonen oder Nichtkombatanten herbeiführen soll.“ Eine solche Konvention dürfte zwar die Zustimmung der USA, Russlands, Chinas und großer Teile der westlichen Welt finden, ob ihr aber auch die arabischen Staaten zustimmen werden, ist offen.

3.3 Ein Abkommen zur Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages von Massenvernichtungswaffen

Um der Gefahr zu begegnen, dass Staaten unter dem Deckmantel ziviler Nutzung (die nach Art. IV erlaubt ist) Technologien zur Urananreicherung oder

Plutoniumabtrennung entwickeln, ist ein neuer Vertrag vorgesehen, nach welchem Staaten auf die eigenständige Urananreicherung und nukleare Wiederaufbereitung verzichten und im Gegenzug von der internationalen Gemeinschaft, unter Leitung der Internationalen Atomenergiebehörde, spaltbares Material für ihre Kernkraftwerke erhalten. Das ist letztlich das Modell, über das die EU mit dem Iran verhandelt. In diesen Verhandlungen findet die Probe aufs Exempel statt. Das Scheitern der letzten Überprüfungskonferenz signalisiert allerdings, dass die davon betroffenen Staaten nur dann zu einem solchen Abkommen bereit wären, wenn im Gegenzug auch die fünf offiziellen Kernwaffenstaaten ihren ebenfalls im Nichtverbreitungsvertrag niedergelegten Verpflichtungen zur nuklearen Abrüstung (Art. VI) mehr nachkommen, als dies bislang geschieht. Und dies wiederum ist wenig wahrscheinlich.

3.4 Eine Klarstellung des Rechts auf Selbstverteidigung eines Staates im Falle eines bewaffneten Angriffs, bis der SR geeignete Maßnahmen getroffen hat

Der betreffende Artikel 51 der VN-Charta ist durch den Angriff der USA auf den Irak sowie die Bush-Doktrin in eine hochkontroverse Diskussion geraten. Dabei geht es im Kern um das Problem, ob präventive Gewaltanwendung gegen – wie es die USA anstreben – eine latente und in der Zukunft liegende Bedrohung durch Art. 51 der VN-Charta gedeckt ist, was von der Kommission eindeutig verneint worden war. Ihr zufolge muss der Art. 51 weder umgeschrieben noch neu interpretiert

werden. Kofi Annan seinerseits schlägt in Einklang mit den Empfehlungen der Kommission eine Resolution des SR mit Grundätzen vor, die die Zulässigkeit von Präventivschlägen verbindlich regeln. Ob sich Präsident Bush und der amerikanische Kongress in der Auslegung des Selbstverteidigungsrechts internationalen Grundsätzen unterwerfen werden, ist allerdings mehr als fraglich. Hier droht Dissens.

3.5 Menschenrechtsschutz

Dazu schlägt Kofi Annan vor, zum einen das Hochkommissariat für Menschenrechte in die ganze Bandbreite der Tätigkeiten der VN einzubeziehen und ihm die zur adäquaten Wahrnehmung seiner Aufgaben entsprechenden finanziellen Ressourcen zuzuweisen. (Ziffer 145) Gewichtiger ist jedoch sein Vorschlag, die derzeit aus 53 Mitgliedern bestehende Menschenrechtskommission durch einen kleineren, ständig tagenden Menschenrechtsrat zu ersetzen, dessen Mitglieder von der GV unter Zugrundelegung höchster Menschenrechtsstandards gewählt werden. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Ob dadurch allerdings wirklich verhindert werden kann, dass in Zukunft in Menschenrechtsfragen diskreditierte Länder wie der Sudan, Zimbabwe oder Libyen in den Rat gewählt werden, ist fraglich. Und noch fraglicher ist, ob eine bloß institutionelle Regelung den Menschenrechtsschutz wirklich verbessern wird. Sinnvoller wäre es, das Amt des Hochkommissars für Menschenrechte deutlich aufzuwerten und den SR zu „humanitären Interventionen“ bei schweren Menschenrechtsverletzungen zu verpflichten.

3.6 Bereich Entwicklung

Hier geht es vor allem um die auf dem Millenniums-Gipfel 2000 beschlossenen acht Ziele, darunter die Halbierung der Armut, Grundschulausbildung für alle, signifikante Reduzierung der Kindersterblichkeit bis 2015. Um dies alles zu erreichen, ist eine doppelte Verpflichtung vorgesehen. Von Seiten der Industrieländer die Erhöhung ihrer Leistungen für Entwicklungshilfe auf 0,7% ihres BSP, von den Entwicklungsländern ‚good governance‘, vor allem entschlossener Bekämpfung der Korruption. Solche Verpflichtungserklärungen wird es von beiden Seiten geben. Leider steht zu befürchten, dass sie ebenso folgenlos bleiben werden wie in der Vergangenheit. So wurde die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des BSP schon 1970 zum 25. Jahrestag der VN beschlossen (A/Res/2626(XXV)). Die Zwischenbilanz des im Februar 2005 vorgestellten Sachs-Reports *Investing in Development*, der zu den wichtigsten Grundlagen der Millennium+5 Konferenz der VN im September 2005 gehört, klingt nicht sonderlich hoffnungsvoll. (siehe hierzu Tabelle auf S. 83)

Allerdings: Wenn in Sachen Entwicklung alles beim Alten bliebe, würde sich die Teufelsspirale weiter drehen. Denn ohne eine grundlegende Verbesserung der Lage vieler Länder des Südens werden Bürgerkriege, Völkermord, Massenvertreibung und Terrorismus, internationale Kriminalität und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen weitergehen, ungeachtet einiger neuer Konventionen und Resolutionen und auch ungeachtet der Erweiterung des Rates um einige status-

hungrige Mittelmächte, die letztlich auch ohne ständigen Sitz mehr für den Weltfrieden und die Beseitigung der extremen Armut tun könnten und sollten.

Der Eindruck, den die Vorschläge Kofi Annans hinterlassen, ist somit ambivalent. Er gefällt und er enttäuscht zugleich. Er gefällt durch seine pragmatische Bescheidenheit auf das Machbare und er enttäuscht, weil das Machbare nicht ausreichen wird, die Effizienz der UNO wirklich zu verbessern, zumal absehbar ist, dass auch vieles von dem, was an sich machbar wäre, am mangelnden guten Willen zahlreicher Regierungen in Nord und Süd scheitern wird.

4. Fazit

Am 4. Juli 1918 erklärte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der maßgeblich an der Gründung des Völkerbundes beteiligt war, in einer Rede in Mount Vernon: „Was wir suchen, ist die Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierungen und getragen von der organisierten Meinung der Menschheit.“ Darum geht es letztlich im Kern auch heute. Der Völkerbund ist an dieser Aufgabe gescheitert und löste sich am 18. April 1946 selbst auf. Die VN sind auf diesem Wege schon sehr viel weiter gekommen, sowohl und vor allem als „Gestalter“ des Völkerrechts wie auch als dessen „Garant“. Ungeachtet der Rückschläge, die es bei der Rechtssetzung und -durchsetzung gab und auch in Zukunft noch geben wird, wollen wir nicht in einen Zustand der Anarchie und blanker Machtpolitik zurückfallen,

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) und ihre Zielvorgaben

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Zielvorgabe 2: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

Zielvorgabe 3: Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen können

Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen

Zielvorgabe 4: Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

Zielvorgabe 5: Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Zielvorgabe 6: Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 7: Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Zielvorgabe 8: Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Zielvorgabe 9: Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Zielvorgabe 10: Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben;

Erweiterung des WSSD (World Summit on Sustainable Development) in Johannesburg: Bis 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die keinen Zugang zu sanitärer Basisversorgung haben

Zielvorgabe 11: Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12: Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nicht diskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln (umfasst die Verpflichtung auf eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung, die Entwicklung und die Armutsreduzierung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene)

Zielvorgabe 13: Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen (umfasst einen zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hoch verschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind)

Zielvorgabe 14: Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Insel-Entwicklungsländer Rechnung tragen

Zielvorgabe 15: Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

Zielvorgabe 16: In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen

Zielvorgabe 17: In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen erschwingliche unentbehrlich Arzneimittel in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Zielvorgabe 18: In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Quelle: UN (Vereinte Nationen).

in dem die Mächtigen dieser Welt diktieren, was Recht ist. Es gibt keine Alternative, als auf diesem Weg weiterzugehen. Wir sollten allerdings keine überzogenen Erwartungen haben. Die VN sind keine Weltregierung, dazu fehlt ihnen sowohl das Mandat wie auch die Macht und die Mittel. Die VN sind vielmehr ein Angebot an die Staaten der Welt, um die etwas problematische Bezeichnung „Völkergemeinschaft“ oder „Staaten-gemeinschaft“ zu vermeiden, für kooperatives Handeln nach den Regeln des Völkerrechts zur Schaffung einer friedlicheren und humaneren Welt. Solange allerdings die Regierungen der Welt, die diese Weltorganisation tragen und aus deren Delegierten sich ihre Organe zusammensetzen, dieses Angebot zu kooperativem verantwortlichem Handeln nicht nutzen, d.h. solange sie gefassten Beschlüssen nicht folgen oder diese sogar blockieren, solange sie inkompetente, korrupte oder den VN ablehnend ge-

genüberstehende Vertreter in die Gremien schicken, solange sie versuchen, die UNO zu instrumentalisieren oder zu marginalisieren, solange sie die Zahlung der vereinbarten Beiträge verzögern oder gar verweigern und solange sie längst überfällige Reformen vertagen und verhindern, kann die Weltorganisation ihre Ziele nicht erreichen und ihre Grundsätze nicht verwirklichen. Die Glaubwürdigkeitskrise der VN ist zumeist eine Glaubwürdigkeitskrise der Regierungen. Weniger die UNO sind das Problem als die Regierungen, die sie tragen, und eine Reform der UNO wird und kann letztlich nur dann gelingen, wenn es zuvor zu einer Reform des Denkens in der Politik der Regierungen kommt, die sie tragen. Und da diese noch aussteht und wohl noch eine Zeit lang ausstehen wird, sollte man auch keine überzogenen Erwartungen hinsichtlich der bevorstehenden Reformschritte bei der Organisation der VN haben.

Anmerkung

* Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um den leicht gekürzten und bearbeiteten Text eines Vortrags, den der Autor am 22. Juni 2005 im Konferenzzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung hielt. Auf Anmerkungen wurde aus Platzgründen verzichtet.

Regionalkultur und Religion als innenpolitische Bestimmungs- faktoren amerikanischer Außenpolitik am Beispiel George W. Bush

Christian Hacke

1. Einleitung

Zu den innenpolitischen Grundlagen der Außenpolitik der USA gehört auch der Einfluss unterschiedlicher Regionalfaktoren.¹ Unterschiedliche Traditionen, Kulturen und Wertvorstellungen zwischen den Regionen der USA haben außenpolitischen Grundsatzdebatten in der Geschichte der USA oft besondere Prägnanz hinzugefügt. So gibt es zwischen dem Norden und dem Süden Unterschiede in der politischen Kultur: Die Südstaatler neigten traditionell zu militärischer Intervention, während im Norden bzw. im Nordosten militärische Zurückhaltung bevorzugt wird. Folglich entwickelte sich die Tradition des außenpolitischen Isolationismus in den Neuengland-Staaten unter besonderem Einfluss der protestantischen weißen Eliten (WASP), die dann ihren Einfluss in Richtung Mitt-

leren Westen ausdehnten und liberal-demokratisch wie auch ökonomisch begründeten. Sie plädierten schon im 19. Jahrhundert gegen den Krieg mit Mexiko und waren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts grundsätzlich pazifistisch eingestellt. Charles Beard personifiziert diese Haltung intellektuell, Henry Cabot Lodge, der republikanische Widersacher von Präsident Woodrow Wilson, sowie William E. Borah und Robert LaFollette stehen für diesen politischen Isolationismus. Senator Arthur Vandenberg wiederum repräsentiert die isolationistische Kultur zu Beginn des Kalten Krieges in den 40er-Jahren des 20. Jahrhunderts und zugleich die Hinwendung zu einer neuen außenpolitischen Gemeinsamkeit zwischen Republikanern und Demokraten im Zeichen von Interventionismus und Eindämmung des Kommunismus.

Traditionell befürworten vor allem die Republikaner – besonders im Süden und Westen – außenpolitische Intervention mit militärischen Mitteln. Die Gründe für diese und andere Unterschiede und Gegensätze zwischen einem interventionistischen Süden und isolationistischen Norden bzw. Nordosten liegen nach Auffassung von Michael Lind² in der Tatsache, dass sich die Amerikaner im Selbstverständnis als Einwandererland weniger einer einheitlichen amerikanischen Gesamtkultur verpflichtet fühlen, sondern sich zuerst den Regionalkulturen anpassen.

2. Die drei Leitkulturen

Michael Lind unterscheidet grundsätzlich drei Kulturen:

- Die sogenannte „Yankee-Kultur“, die sich von Neuengland in Richtung Westen ausgebreitet hat,
- eine „Quäker-Kultur“ mit dem Ursprung in Pennsylvania und
- eine „Kavaliers-Kultur“, die von den Küstenländern des Südens ausging.³

Ist die sogenannte Yankee-Kultur traditionell stark isolationistisch-pazifistisch-industriell geprägt, so gilt dies für die „Kavalierskultur“ des Südens weniger, wie schon Alexis de Tocqueville bemerkte: „Die Energie, die der Nordstaatler darauf verwendet, Gewinne zu machen, verwendet sein Nachbar im Süden auf Liebhabereien wie Jagen, Fischen und militärische Übungen. Er liebt körperliche Strapazen und ist vertraut mit Waffen. Von früh auf setzt er sein Leben im Kampf Mann gegen Mann aufs Spiel.“⁴ Diese „martialische“ Südstaatenkultur schlägt sich auch in

der Anzahl der Militärakademien nieder. Ebenso ist die Befürwortung der Todesstrafe im Süden höher als im Norden bzw. Nord-Osten. Vor allem gibt es im Norden und Süden gegensätzliche Vorstellungen über den Einsatz militärischer Mittel und über Amerikas Rolle in der Welt. So stammt die Idee von der globalen Mission der USA („Manifest Destiny“) aus dem Nord-Osten als säkularisierte Form der calvinistischen Utopie eines perfekten puritanischen Gemeinwesens, das in der Neuen Welt in Distanz zu den korrumpierenden Einflüssen Europas errichtet werden soll.

Diese utopische Tradition bezieht sich auf Werte, die im Süden lange auf Abwehr stießen wie Sklavenbefreiung, Alkoholverbot, Tierschutz, Pazifismus und Stimmrecht für Frauen. Noch heute sind die Lebensformen der Südstaatler bisweilen lässiger, lebensfroher und martialischer als im Norden und Mittleren Westen. Es waren die Südstaatler, die 1812 begeistert gegen England in den Krieg eintraten, nicht zuletzt um die Ehre der Nation, die durch die Briten verletzt worden war, zu retten. Michael Lind schreibt hierzu: „Südstaatler waren 1798 mit dem gleichen Enthusiasmus dabei, England zu helfen und gegen Frankreich anzutreten, wie sie in den Jahren 1812-1814 dabei waren, gegen Großbritannien zu kämpfen und den Franzosen zu helfen. Es gab Krieg in der Welt und die Südstaatler wollten mitkämpfen; gegen wen, das war dann zweitrangig.“⁵ So gesehen lässt sich erklären, warum die „Tauben“ mit der größten Friedensliebe im Senat und Repräsentantenhaus bei den liberalen Demokraten und vor allem im Nordosten des Landes leben, während

die sogenannten „Falken“ in der amerikanischen Geschichte vorzugsweise im Süden der USA und dort in republikanischen Häusern siedeln.

Diese Trennung zwischen liberal-pazifistisch-antimilitärisch eingestellten Amerikanern der nördlichen bzw. nordöstlichen Staaten und konservativ-heroisch eingestellten Bewohnern des Südens mit Hang zur militärischen Intervention, ist fast so alt wie die amerikanische Republik. Beide Lager hatten ihre Anhänger jeweils in beiden Parteien. Auch heute gibt es „Falken“ bei den Demokraten und Isolationisten bei den Republikanern, doch befürworten Republikaner im Süden eine entschiedene Außen- und Sicherheitspolitik mit Interventionsbereitschaft. Demokraten hingegen setzen sich entsprechend ihrer Wurzeln in Neuengland und in den nördlichen Nachbarstaaten eher für Kürzungen der Verteidigungsausgaben ein und warnen vor Militärinterventionen. So gibt es eine Jahrhunderte alte, antimilitärisch ausgerichtete Tradition des Nichteingreifens in den Vereinigten Staaten, deren Zentrum Neuengland ist. Dazu gehören das Gebiet der großen Seen, der Mittlere Westen, die nördlichen Prärien und der pazifische Nordwesten, soweit er von den Neuengländern besiedelt wurde. Als im 20. Jahrhundert europäische Katholiken einwanderten und der Einfluss der protestantischen Yankees in den Neuenglandstaaten selbst abschwächte, verschob sich das Epizentrum der politischen Kultur der Ostküste weiter nach Westen – in den Mittleren Westen und den äußersten Westen. Über Generationen zog sich der Streit zwischen der Großregion Neuengland mit ihren isolationisti-

schen Grundvorstellungen und den militärischen Eingriffen zugeneigten Interventionisten der südlichen Küstenländer hin.

3. Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Interessenlagen

Zu diesen unterschiedlichen Sichtweisen und Einstellungen in der Außen- und Sicherheitspolitik kommen unterschiedliche wirtschaftliche Interessenlagen. Die Staaten im südlichen Sonnengürtel treten traditionell für freien Handel ein, während der industrielle Norden und Nordosten, weniger vom Export abhängig, sich isolationistisch abschotten konnte. Wenn die amerikanische Wirtschaft boomt, bleiben diese Interessen und Wertekonflikte wirtschaftlich gesehen verborgen, doch im Zuge von Rezession oder sicherheitspolitischer Bedrohung nimmt die Polarisierung zwischen nördlichen Isolationisten und südlichen Interventionisten zu. Es gibt im Augenblick keine Anzeichen dafür, dass sich die unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Regionen Amerikas über die Außenpolitik des Landes kurzfristig annähern. Folglich gibt es heute auch regional differenzierte außenpolitische Vorstellungen, die miteinander rivalisieren. Dieser fortdauernde Zwiespalt zeigt sich sowohl bei den außenpolitischen Konzepten wie auch bei den Institutionen in Washington und nicht zuletzt bei den Parteien. Die Südstaatler sind überproportional stark auf der militärischen Führungsebene und in der Republikanischen Partei vertreten. Deshalb haben sie die Tendenz, Mittel und Ziele der amerikanischen Außen-

politik anders zu gewichten als die Nordstaatler, die wiederum in den Universitäten, in der Demokratischen Partei und den Medien überstark vertreten sind.

Diese Polarisierung zeigt sich besonders mit Blick auf die kontroverse Bewertung der Außenpolitik von Präsident George W. Bush. Das Projekt der nationalen Raketenabwehr, der Krieg gegen den Terror und nicht zuletzt der Krieg im Irak machen deutlich, dass nicht nur militärstrategische Überlegungen zählen, sondern ebenso wirtschaftliche Interessen, die von den Republikanern im Süden und im Westen der USA forciert und prononciert geäußert werden. Diesem militärisch-industriellen Komplex fühlt sich Präsident Bush besonders verpflichtet. Deshalb stehen auch heute vereinfacht ausgedrückt zwei große Regionalkulturen im Wettstreit um die amerikanische Außenpolitik: Die südlichen und westlichen „Falken“ gegenüber den nordöstlichen „Tauben“.⁶

Der Einfluss einer spezifischen kulturellen Eigendynamik einer Region auf das politische Handeln eines Präsidenten war noch nie so augenfällig wie bei Präsident George W. Bush: Religiöser Fundamentalismus der konservativ-protestantischen weißen Südstaatler, ein Lebensstil des ländlichen Laissez-Faire, das Vertrauen auf freie Märkte und liberalen Welthandel, die martialisches Pose, militärische Intervention, die Orientierung an Feindbildern und eine starke Abneigung gegenüber politischen Utopien, ebenso aber auch ein starker Glaube an religiöse Sendung prägen sein Weltbild.

4. In God We Trust: Die grundsätzliche Bedeutung der Religion für die Außenpolitik der USA

Schon Alexis de Tocqueville zeigte sich nach seiner Reise durch die USA 1831/1832 vom Liberalismus der USA beeindruckt: Freiheit, Schutz des Eigentums, Individualismus, begrenzte Staatsgewalt und ein dynamischer Wirtschaftsgeist beförderten den Liberalismus zum herausragenden Kennzeichen und Traditionsmuster. Im Unterschied zum europäischen Liberalismus musste sich der amerikanische nicht gegen Feudalismus und Absolutismus durchsetzen. Auch deshalb entwickelte sich kein politischer Sozialismus in den USA. Vielmehr entstand der amerikanische Liberalismus aus dem doppelten Erbe von religiösem Puritanismus und klassischem Republikanismus und fand seine konstitutionelle Form in der amerikanischen Verfassung von 1789/91. Jeffersons Theorie einer klassenlosen Gesellschaft, in der sich politische Freiheit, demokratische Beteiligung und ökonomische Selbstständigkeit mit der Aussicht auf wirtschaftliche Prosperität verbinden, wurde zum liberalen Versprechen des amerikanischen Traumes. „Amerikanismus“⁷, verstanden als Sonderweg und entsprechendes Sonderbewusstsein, bezieht sich auf mehrere Dimensionen: Vor allem ist die Distanz zu Europa hervorzuheben. Im Gegensatz zur europäischen Geistesgeschichte und zur europäischen Politik des Absolutismus erscheint der „Amerikanismus“ als Reflex des neuartigen Ringens zwischen Liberalismus und Konservatismus auf nordamerikanischem Boden. „Amerikanismus“ wurde zur Zivilreligion, ist mehr als My-

thos oder Legendenbildung der Gründungszeit, mehr als die Rhetorik des göttlichen Auserwähltseins, sondern vor allem eine identitätsstiftende Weltanschauung, die das Selbstverständnis und das Weltbild der Amerikaner umfasst.

Eine Fassade des sogenannten „Amerikanismus“ betont bis heute das Neue: Eine neue moderne Gesellschaft, die erste neue Nation, neue Grenzen und vor allem das neue religiöse Moment: Religionsfreiheit als Voraussetzung für alle staatsbürgerlichen Freiheiten. So glichen die USA am Anfang einem bunten religiösen Flickenteppich.⁸ Dieses liberal-religiöse Selbstverständnis wurde politisch erstmals von Präsident Woodrow Wilson zu Beginn des 20. Jahrhunderts in globalem Anspruch mit dem Ziel formuliert, „die Welt sicher für die Demokratie zu machen“. Folgerichtig begründete der „Medienzar“ Henry Luce in der Zeitschrift *Life* am 17.2.1941 das „Amerikanische Jahrhundert“ als Konsequenz der neuen Weltführungsrolle. Jetzt wurde Liberalismus, religiös grundiert, zum selbstbewussten Selbstverständnis, das den Kampf mit den totalitären Mächten zur Wahrung der Freiheit weltweit aufnehmen musste. Auch in diesem Sinne verstehen sich die USA bis heute zur Weltmacht verdammt.⁹

Gerade in Phasen totalitärer Bedrohung wird dieser Selbstbehauptungswille mit der Sonderrolle der USA synergetisch verbunden. Dabei hat es in der Geschichte der USA immer wieder Phasen des religiösen Enthusiasmus und Bekenntums gegeben, die sich mit weltlichen und politisch-pragmatischen Epochen ablösen. Im Unterschied zu den europäischen Demokratien leitet

das liberale Amerika in der Tradition der „Federalists“ im Zuge des 20. Jahrhunderts, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, seine neue ordnungspolitische Legitimation also vom religiösen Sendungsbewusstsein und vom liberal-demokratischen Selbstverständnis ab. „Amerika macht nur Sinn mit einem tiefen Glauben an Gott“, so Präsident Eisenhower. Freiheit, vor allem religiös verstanden als Abwehrrecht gegen absolute Herrscher, die sich in Europa auf Staatskirchen stützten, wurde zur Religionsfreiheit und in den USA zum Fundament der Meinungsfreiheit und damit zum Schlüssel aller Bürgerrechte.¹⁰ Die USA haben im Rahmen dieses freiheitlichen Selbstverständnisses zugleich eine auffallend religiöse Kultur und Gesellschaft hervorgebracht, mit spezifischen Auswirkungen für die Politik. Andererseits haben die USA früher, nachhaltiger und schärfer als alle Nationen auf deutliche Trennung zwischen Religion und Politik gepocht. Religiosität bezieht sich also erstens auf die Trennung zwischen Kirche und Staat und zweitens auf eine besonders ausgeprägte religiöse Grundhaltung der Amerikaner, auf einen Glauben an Gott, auf bestimmte überzeitliche Prinzipien, die für das Christentum charakteristisch, aber nicht auf dieses beschränkt sind. In diesem Sinne kann man das Diktum von Dwight Eisenhower verstehen, dass die amerikanische Nation ohne Sinn sei, wenn sie nicht in einem tief empfundenen religiösen Glauben verankert ist, egal um welchen es sich dabei handele.¹¹

Religion spielt im öffentlichen und im politischen Leben in der Geschichte der USA eine wichtige Rolle, unterliegt jedoch kulturellen Wandlungen und Phasen unterschiedlicher Intensität.

Das religiöse Erbe aus der Kolonial- und Gründerzeit wurde vor allem in Zeiten der überragenden Wirkung der liberalen Tradition ausgeblendet. Aber die amerikanische politische Kultur, auch in ihrer Auswirkung auf die Außenpolitik, besitzt Amalgamcharakter, in die liberale, aber auch puritanische und andere religiöse, republikanische und kommunitäre, kapitalistische und rassistische Elemente eingegangen sind. Die dunklen Seiten von Amerika, Sklaverei, Indianerverfolgung, kapitalistische Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit und undemokratische Praktiken und Allianzen werden dabei weitgehend ausgeblendet. Vielmehr dominiert eine harmonisierende Traditionsauffassung, in der Liberalismus, Religion, Markt und Kapital zusammen ein Selbstverständnis fördern, das schon von Alexis de Tocqueville als unkritischer Patriotismus apostrophiert wurde.¹²

Freiheit und Religion gehörten von Anfang an zusammen. Dieser quasi religiöse „Rausch der Freiheit“ erfüllte die Neuankömmlinge, die Siedler, die in Amerika das neue Jerusalem, das tausendjährige Reich der Heiligen zu entdecken glaubten. Dieser Glaube an den besonderen Bund Gottes mit seinem neuen auserwählten Volk steht am Anfang des amerikanischen Sendungsbewusstseins und bildet den Kern der amerikanischen Zivilreligion. Auch Woodrow Wilson hat als gläubiger Presbyterianer das amerikanische Engagement im Ersten Weltkrieg durch religiös motivierte Prinzipien erhöht. Der Kriegseintritt wurde als notwendige Maßnahme für eine gerechte Weltordnung interpretiert, für die sich die USA aufgrund ihres Missionsgedankens einsetzen. Wilson hoffte auf einen neu-

en Covenant, einen Völkerbund im Weltmaßstab, in dem die Völker durch die Selbstverpflichtung auf die amerikanischen Werte zum Frieden finden würden. Auch für Woodrow Wilson stand die religiös motivierte Auserwähltheit der USA außer Frage.¹³

Auch die Übernahme des Bildes vom Volk Israel, das, im Angesicht des gelobten Landes, den Schwur wechselseitiger Treue erneuert und sich auf den Weg durch das Meer oder wie z.B. Präsident Clinton formulierte, über eine Brücke in ein neues Jahrhundert macht, ist und bleibt fester Topos der Rhetorik amerikanischer Präsidenten.¹⁴ John Winthrop prägte in seiner Predigt das Bild vom Bund, den das amerikanische Volk als „city upon the hill“ mit seinem Gott geschlossen hat und das dem amerikanischen Selbstverständnis eine heilsgeschichtliche Interpretation gibt.

5. Der Niedergang der USA als liberaler Hegemon?

Doch dominierte lange eine klassisch liberale Einstellung, basierend auf den Werten von Individualismus, Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Eigentum. Die Hegemonie dieser liberalen politischen Kultur erstreckte sich auf alle Bevölkerungsteile und betonte den Wert von Kapitalismus, Unternehmertum, Wettbewerb und individueller Leistungsethik. Auf der anderen Seite dieser Medaille standen Misstrauen gegen zentralstaatliche Machtkonzentration in Washington, Ablehnung von Wohlfahrtsstaat und Sozialprogrammen. Dieses liberale Weltbild, aus dem 19. Jahrhundert entstammend, prägt die USA heute noch, hat aber seine

Dominanz verloren. Die liberale Hegemonie dominierte und siegte im Kampf gegen die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts, gegenüber Nationalsozialismus, Kommunismus und japanischem Weltmachtsanspruch. Konsequenterweise siegte Harry Truman als Vertreter dieses erfolgreichen nationalen Liberalismus in den Präsidentschaftswahlen 1948 über seine Konkurrenten, den links-liberalen Henry Wallace, den konservativen Thomas Dewey und über den rassistischen Strom Thurmand. Doch die liberale Tradition von F.D. Roosevelt bis Lyndon B. Johnson im Zeichen von kraftvollem, aber pragmatischem Internationalismus scheint Vergangenheit.¹⁵

Seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums von 1989/90 ist erst im Zuge des 11. September 2001 in Form des internationalen Terrorismus eine neue Bedrohung aufgetaucht, die die politischen und geistigen Kräfte der USA erneut mobilisiert; nicht aber mehr in einem antitotalitär-liberalen Selbstverständnis, das seinerzeit zu weltweiten Allianzen führte, Freunde schuf und damit die totalitären Mächte zum Einsturz brachte.

Die USA sind zwar immer noch eine ‚opportunity society‘, während Europa sich primär als ‚security society‘ versteht. Auch haben soziale und Rassenunruhen, Wirtschaftsflauten, Arbeitslosigkeit und Armut den liberalen Vorbildcharakter der USA vorübergehend beeinträchtigen können. Doch seit Mitte der 80er-Jahre und dann im Zuge der 90er-Jahre stiegen Unzufriedenheit und Vertrauensverlust an, weil politische Probleme Unzufriedenheit über Institutionen und Politiker anfachten. Präsident Clinton verkörperte

vielen den Gesamteindruck, dass vor allem moralisch-puritanische Grundsätze vernachlässigt wurden.

Kein Wunder, dass in den USA gegen Ende der 90er-Jahre eine Erneuerung von politischem Anstand und gesellschaftlicher Sittsamkeit über die Wiederbewertung des religiösen Moments angestrebt wurde. Diese Krise hatte auch außenpolitische Implikationen. Präsident Clinton reduzierte Führung auf Globalisierung und diese wiederum auf das Ökonomische, wert- und sinnbezogene Leitideen wie vormals die der Eindämmung des Kommunismus fehlten und führten zu einem moralischen Vakuum.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Krieg gegen den Terror seit dem 11. September 2001 lediglich als Anlass für die folgende Revolutionierung der Außenpolitik unter Präsident Bush, doch die Ursachen für den Umschwung reichen weiter zurück: Christliche Rechte und Neokonservative forcierten den Niedergang des Liberalismus. Sie warfen bereits in den 90er-Jahren der Regierung Clinton vor, sie gefährde Amerikas Stärke und Führung und vermindere vor allem die außenpolitische Handlungsfreiheit. Mit ähnlichen Argumenten hatten übrigens rechte Republikaner schon in den 50er-Jahren die Politik der Eindämmung kommunistischer Macht von Präsident Truman und in den 70er-Jahren die Entspannungspolitik von Präsident Nixon kritisiert. Seit den 70er-Jahren forderte die politische und christliche Rechte zunehmend unduldsam die Erneuerung und Ausweitung von Amerikas Führung in der Welt, gerade nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums.¹⁶

6. Die außenpolitische Programmatik der christlichen und neokonservativen Rechten

Die außenpolitische Programmatik der christlichen und neokonservativen Rechten ähnelt einer Mischung aus „Bibel und Edmund Burke“,¹⁷ denn sie beruft sich auf religiöse Grundvorstellungen und versteht die amerikanische Außenpolitik als von Gott und Vorsehung dazu bestimmt, Amerikas Einfluss in der Welt schrittweise auszudehnen: Zuerst über den nordamerikanischen Kontinent, wobei die „Politik der Offenen Tür“ den fernen Osten befreite, dann die Kubaner und die Philippinos von spanischer Unterdrückung erlöste und im Zuge des Ersten Weltkrieges die westlichen Demokratien vor den Hunnen errettete. Im Zweiten Weltkrieg wurden die faschistischen Achsenmächte und Japan niedergedrückt, im Kalten Krieg wurde die Welt dank Amerikas Führungsrolle vor dem Kommunismus bewahrt, 1990 das Sowjetimperium besiegt und jetzt muss der Kampf gegen Terror und religiösen Fundamentalismus zur Sicherheit von Freiheit und Demokratie geführt werden.

Es war Präsident Ronald Reagan, der im Kalten Krieg den Kampf gegen das Reich des Bösen zunehmend religiös auflud. Er verschärfte die Systemkonkurrenz wie schon Außenminister John Foster Dulles zu Beginn der 50er-Jahre die Strategie der massiven Vergeltung und eine Politik des „roll back“ zu verwirklichen suchte. Prononcierter religiöser Glaube und militante Neigungen werden zu Unrecht nur Bush zugeschrieben, sie sind Teil der Südstaaten-, aber auch Teil der Ostküstenkultur. Doch Bushs Wahl zum Präsidenten

setzt auch einen geopolitischen Trend innerhalb der USA fort, der mit Ronald Reagan begann. Der schrittweise Rückzug des Einflusses der liberalen Ostküstenkultur auf die USA und der sukzessiv wachsende Einfluss einer konservativ-republikanischen Denkhaltung, unter Präsident Reagan zunächst im Westen konzentriert, haben seit der Präsidentschaft von G.W. Bush über den Süden hinaus die gesamten USA erfasst. Dieser Trend konnte in den 90er-Jahren nur vorübergehend durch Bill Clinton gestoppt werden. Doch schon vor dem 11. September 2001 gewann das konservative außenpolitische Programm im Zeichen „von militärischer Stärke und moralischer Klarheit“¹⁸ von G.W. Bush bundesweiten Einfluss. Dieser zwischen hegemonial und imperial oszillierende selbstbewusste, ja aggressive Internationalismus wurde programmatisch schon im Zuge der 90er-Jahre von den sogenannten Neokonservativen entwickelt. Schon die „defense planning guidance“ von 1992 unter der Federführung von Paul Wolfowitz, dem stellvertretenden Verteidigungsminister der Regierung Bush sen., verweist auf wesentliche Merkmale: Betonte militärische Überlegenheit mit dem Ziel absoluter Sicherheit, politische und strategische Unabhängigkeit, Unilateralismus und Absage an institutionelle multilaterale Einrichtungen, Absage an Eindämmung und Einführung einer präventiven Militärdoktrin gegen sog. Schurkenstaaten, vor allem in Verbindung mit der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen. Für die neokonservativen Republikaner ging es schon in den 90er-Jahren nicht um die Frage, ob, sondern lediglich, wie die USA intensiver, schlagkräftiger und nachhaltiger die Weltpolitik bestimmen könnten. Dabei deutete sich, von der

Öffentlichkeit zunächst weitgehend unbemerkt, ein Riss innerhalb der Republikanischen Partei an. Auf der einen Seite dominierte noch der pragmatische Realismus, der die Außenpolitik von Präsident Bush sen. prägte und den Außenminister James Baker, Sicherheitsberater Brent Scowcroft und General Colin Powell vertraten. Auf der anderen Seite begannen die neokonservativen Strategen ihre parteiinterne Machtposition Schritt für Schritt auszubauen. Zusammen mit der christlichen Rechten entstand der „Herzland-Konservatismus“, vorwiegend im mittleren Westen der USA beheimatet, der für eine Außenpolitik der freien Hand, Unilateralismus, Konzentration auf die eigene Stärke und militärische Überlegenheit plädiert. Diesen „konservativen Imperialisten“ geht es vor allem um nationale Sicherheit. Ihnen ist die Vorherrschaft der USA mit missionarischem Auftrag zur Verwirklichung von Demokratie und die Überwindung der Diktaturen der Schurkenstaaten vorrangig.

Die verschiedenen politischen Schattierungen von Neokonservativen sind nicht immer leicht voneinander abzugrenzen, doch setzen sie sich alle vom klassischen republikanischen Pragmatismus und von der realistischen Welt-sicht ab, wie sie etwa die Präsidenten Nixon, Ford und Bush senior entwickelten. Nach Maßgabe der Wählerstimmen wurde George W. Bush 2000 ein Minderheitenpräsident. Lediglich von den religiösen Fundamentalisten und den Neokonservativen erhielt er ein klares Mandat. Erst im Zuge des 11. September 2001 verleiht das neue Feindbild, der internationale islamische Terrorismus, als Ersatz für das kommunistische Feindbild im Kalten Krieg

nun der christlichen Rechten neuen Sinn.

7. Die Wirkung von Regional-kultur und religiöser Rechte auf die Außenpolitik von Präsident George W. Bush

In dieser Tradition ist ein militant aufgeladener religiöser und selbstgerechter Internationalismus rechtsrepublikanischer Provinienz richtungsweisend geworden. Folglich wurde die Präsidentschaft von G. W. Bush zu einer besonders glaubensorientierten Administration in der amerikanischen Geschichte. Bushs erste Amtshandlung war die Einrichtung des Büros für „Glaubensorientierte und gemeindenahе Initiativen“ im Weißen Haus. Der Widerstand gegen die Stammzellenforschung von G.W. Bush ist hierfür typisch. Sie verspricht erfolgreiche Therapien bei Alzheimer, Diabetes, Parkinson und Aids. Doch die Evangelikalen kritisieren diese Forschung, Präsident Bush ebenfalls. Ebenso beunruhigend ist der Missbrauch der Kirchen zu politischen Zwecken. Einem Bericht der „New York Times“ zufolge wurden die Gläubigen zur Auflistung „konservativer Kirchen“ und ihrer Mitglieder aufgefordert.¹⁹

Hier liegt ein weiteres Charakteristikum des revolutionären Anspruchs der Präsidentschaft Bush. Seine betonte Religiosität war nicht zwingend, denn die Gründerväter haben Gott in der Verfassung nicht erwähnt. Präsident George Washington galt im Übrigen als nur wenig gottesfürchtig.²⁰ Auch Thomas Jefferson, nicht ganz zu Unrecht als Atheist bezeichnet, verachtete organisierte Religiosität und gab im

Übrigen eine bereinigte Version des Neuen Testaments heraus, aus dem die Wunder gestrichen wurden. James Madison, Mitglied der Episkopalkirche, plädierte für Religionsfreiheit, so auch als Autor des „Virginia-Statuts“ über die Religionsfreiheit. Im 19. Jahrhundert sprachen die Präsidenten zwar regelmäßig von Gott und erbaten seinen Segen, aber Religion nahm keinen beherrschenden Platz in ihrem Leben ein. Präsident Lincoln bildete eine Ausnahme. Er war in der Tat gottesfürchtig. Vor allem benutzten die früheren amerikanischen Präsidenten die Religion nicht zur Mobilisierung von Wählern: „Lieber lasse ich mich besiegen, als aus meiner Religion Kapital zu schlagen“, so Präsident James A. Garfield.

Erst einige Präsidenten des 20. Jahrhunderts gaben sich betont gläubig: Woodrow Wilson ließ keinen Zweifel, dass Gott die Vereinigten Staaten auf eine weltpolitische Mission gesandt hat und vor allem ihn selbst zur Erlösung der Menschheit erkoren hat. Auch Jimmy Carter war wie G.W. Bush ein Wiedergeborener. Ronald Reagan hatte zwar unter den Evangelikalen viele begeisterte Anhänger, war aber kein regelmäßiger Kirchgänger. Doch unter seiner Präsidentschaft gewannen die Neokonservativen und die religiösen Fundamentalisten an Einfluss. Doch seine Lässigkeit und sein pragmatischer Republikanismus hielt sie in Schach.

Weder Woodrow Wilson, noch Jimmy Carter, noch Ronald Reagan modellierten ihre Politik derart religiös wie Präsident G.W. Bush. Erst die „Versüdlichung“ der Republikanischen Partei und der Aufstieg der Evangelikalen als politische Kraft haben die amerikanische Politik nachhaltig verändert, seit-

dem die religiöse Rechte ein Bündnis mit den konservativen Katholiken z.B. in Sachen Abtreibung geschlossen und sich mit konservativen Juden mit Blick auf „Erez Israel“ verbündet haben. An der religiösen Aufrichtigkeit von Präsident Bush gibt es keinen Zweifel. Er wäre heute nicht Präsident, wenn die religiöse Erfahrung seinem Leben nicht Disziplin und neuen Sinn gegeben hätte. Doch sie geht in diesem Fall über das Persönliche hinaus. Seitdem, so Bob Woodward, sah „der Präsident seine Mission und die des Landes im Licht eines göttlichen Masterplans“.

Unter allen amerikanischen Präsidenten war es allein Abraham Lincoln, der mit ähnlich scharfem religiösen Bewusstsein wie Bush jun. Politik machte. Doch im Gegensatz zu Bush war sich Lincoln der unüberbrückbaren Distanz zwischen Gott und dem fehlbaren sterblichen Menschen schmerzlich bewusst und hätte die Behauptung, man kenne Gottes Wille, als Sünde verstanden. Der große amerikanische Theologe und außenpolitische Realist des 20. Jahrhunderts Reinhold Niebuhr erklärte zu Lincolns Religiosität: „Diese Kombination aus moralischer Bestimmtheit mit religiösem Bewusstsein und Urteil ist das perfekte Modell einer schwierigen Balance zwischen der Loyalität gegenüber den moralischen Werten einer freien Zivilisation und dem religiösen Leitbild jenseits aller Auseinandersetzungen – (...) Wir anderen sind, wie alle gottesfürchtigen Menschen zu allen Zeiten, nie gegen die Versuchung gefeit, Gott zur Heiligsprechung all dessen, was wir am sehnlichsten wünschen, zu missbrauchen.“²¹ Es bleibt zu bezweifeln, ob G.W. Bush diese Bescheidenheit teilt, denn sein konservativ-religiöses Ver-

ständnis von Politik wirkt selbstsicher, ja selbstgerecht. Bush und seine Neokonservativen gehen zwar von liberalen Überlegungen aus, ziehen aber aus der Wertschätzung von Menschenrechten und Demokratie die Legitimation, beides gegebenenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Diese neue Logik der Unipolarität, der machtpolitischen Einzigartigkeit und vor allem die bislang unbekannte militärische Überlegenheit haben viele moralische und machtpolitische Hemmungen und Schranken aufgehoben.²²

Als neokonservativ kann man also eine Außenpolitik umschreiben, die vor allem die absolute Handlungsfreiheit und absolute Sicherheit der USA ins Zentrum stellt. Sie ist nicht nur in der amerikanischen Geschichte tief verwurzelt, sondern bestimmt auch gegenwärtig die Außenpolitik von Präsident Bush auf prägnante Weise, seitdem sich Neokonservative und christliche Rechte im Kreuzzug gegen den Terrorismus gefunden haben. Neokonservative bezeichnen sich selbst gerne als Verantwortungsethiker mit idealistischen Zielen. Demokratisierung, Verbreitung der Menschenrechte, freie Märkte und liberalen Handel als Ziele leiten sie aus dem amerikanischen Wertekanon ab. Oft wird bei ihnen ein militanter Glaube an die Machbarkeit bzw. Durchsetzung ihrer Ziele in der Internationalen Politik sichtbar. Heute, im Zeichen einer unipolaren Welt glauben die Konservativen zusammen mit der christlichen Rechten an die Idee eines neuen amerikanischen Imperiums. Tatsächlich war und ist kein Land in der Geschichte der Welt heute allen übrigen Ländern so gewaltig überlegen wie die USA. Sie vergleichen die heutige Stellung der USA deshalb bevorzugt

mit der Römischen Republik nach dem Zweiten Punischen Krieg.

Zeitgeschichtlich gesehen stehen neokonservative Denker, besonders jüdischer Provinienz, unter dem Eindruck des Holocaust. Daniel Bell und Irving Kristol standen ursprünglich politisch links, wanderten aber unter dem Eindruck des Vietnamkrieges ins konservative Lager und kritisierten schließlich Linksliberale und Linke als antiamerikanisch. Zeitgeschichtlich ausgehend vom Holocaust werden vor allem drei Faktoren, die Hitlers Aufstieg begünstigt haben, kritisiert und auf die heutige Zeit übertragen: Die Dekadenz des Liberalismus in den USA, eine Politik des Nachgebens, der militärischen Schwäche und die Gefahr des Isolationismus. Schon in den 70er-Jahren kritisierten Neokonservative wie Verteidigungsminister Schlesinger die Entspannungspolitik von Präsident Nixon mit der Sowjetunion als Appeasement und scheuten vor dem Vergleich mit der Politik des britischen Premierministers Chamberlain 1938 in München nicht zurück.

Nachdrücklich fordern Neokonservative heute von der Regierung Bush, Diktaturen zu stürzen, die Welt zu demokratisieren und geostrategisch Amerikas Interessen weltweit zu sichern. Diese religiös aufgeladene neokonservative Sicht der Welt hat im Zuge des 11. September zu einem kompromisslosen, militanten Patriotismus in den USA geführt, zu einer manichäischen Weltansicht und zu einer militant-religiösen Definition nationaler Interessen mit weltweitem Anspruch im wiedererweckten Glauben an die Auserwähltheit, Überlegenheit und weltpolitische Mission der USA.

8. Schlussfolgerungen

Als Präsident, der mit der Bibel aufsteht und früh zu Bett geht, mag Präsident Bush für seine Anhänger unerschütterliche Entschlossenheit verkörpern, seine Kritiker hingegen leiten hiervon Engstirnigkeit ab. Vielmehr sind Lernfähigkeit, Klugheit und Instinkt für politische Führung gefordert. Präsident Bushs persönlich-politische Disposition lässt diese Eigenschaften nicht sonderlich ausgeprägt hervortreten. Auch deshalb eignet er sich kaum als einigende Symbolfigur, die gerade in der heutigen Weltpolitik so notwendig wäre. Bei ihm wird vielmehr der Einfluss einer spezifischen amerikanischen Südstaatenkultur augenfällig: eine konservativ-protestantische Religiosität, ein ländlicher Lebensstil des *Laisser Faire*, das Vertrauen auf freie Märkte und liberalen Welthandel, die martialische Pose, Neigung zur militärischen Intervention und ein starker Glaube an die religiös-politische Sendung der USA in der Welt. Ronald Reagan verkörpert unter diesen Gesichtspunkten Bushs Vorbild. Jener nahm Elemente des Südstaatenkonservatismus auf und erweiterte diesen nach Westen und machte ihn in Kalifornien als Gouverneur heimisch.²³ War Barry Goldwater für die elitär intellektuellen Konservativen noch inakzeptabel, so wurde Ronald Reagan zum neuen Vorbild, auch der populistischen neuen Rechten und der christlichen Rechten.

Folglich verbindet „der texanische Konservatismus eines George W. Bushs die Religiosität des 17. Jahrhunderts, die Wirtschaft des 18. Jahrhunderts und den Imperialismus des 19. Jahrhunderts.“²⁴ Amerikas gläubiger, traditionsbewusster Süden formt heute Ame-

rikas Werte, Politik und Kultur.²⁵ Umgekehrt verlieren die liberalen, traditionell demokratisch wählenden Bundesstaaten im Nordosten seit Jahren an Einfluss. Gewinner ist das republikanische Amerika im Süden und Südwesten, wie die Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2004 erneut gezeigt haben. Noch vor 40 Jahren kontrollierten die Demokraten den Kongress und bestimmten die politische Tagesordnung. Heute, zu Beginn der zweiten Amtsperiode haben die Republikaner im Senat und Repräsentantenhaus die Mehrheit. G.W. Bush, selbst ins Ostküstenestablishment hineingeboren, entschied sich für eine Karriere in Texas und personifiziert heute die Vorherrschaft dieser revolutionär-visionären und selbstgerechten, konservativ-christlichen Grundhaltung. John Kerry konnte als realistischer, pragmatischer und intellektueller Liberaler diesen Trend nicht stoppen.

George W. Bush hat offensichtlich die texanische Südstaatenkultur und die konservativ religiöse Grundeinstellung des amerikanischen Südens stärker verinnerlicht als sein Vater George Herbert Walker Bush. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Bush-Präsidenten liegt daher „in dem geschmeidigen, diplomatisch-geschickten, internationalistisch denkenden Senior aus dem Nordosten und dem Macho, dem überheblichen im Süden geborenen protestantischen Sohn, kulturell ein echter Texaner,“²⁶ der sich und die amerikanische Nation als göttlich Ausgewählte einer historischen Mission sieht, einer neuen Vision von Manifest Destiny: Die Freiheit und die Sicherheit zurück zu gewinnen, die am 11. September durch die islamischen Terroristen verloren ging. Dabei verstört

vor allem die künstliche Verknüpfung von religiös-überhöhtem Moralismus, aggressivem Militarismus und ein machthäisches Weltbild nach dem Motto: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“

Weißer Südstaatler unterstützten schon im 18. Jahrhundert eifriger als die Nordstaatler amerikanische Kriege fern der Heimat.²⁷ Neokonservative Überzeugungen allein und Religiosität sind also historisch gewachsene Elemente amerikanischer Außenpolitik. Das Revolutionäre bei Präsident Bush liegt in der synergetischen Wirkung. Damit hat Bush Washington seiner weltläufigen liberalen Tradition und Identität beraubt und zum Zentrum einer militanten Südstaatenkultur ausgebaut. Ein sehr verspäteter Sieg der Dixies!

Die Bedeutung der Religion für die Politik und die Außenpolitik der USA lässt sich also wie folgt zusammenfassen:

- Religiöser Pluralismus gehört zur politischen Tradition der USA. Die Aufladung der politischen Sprache mit religiösen Gehalten, der religiöse Appell an nationales Sendungsbewusstsein kann sowohl mit politisch konservativen wie auch liberalen Werten angefüllt werden.
- Je nach außen- und innenpolitischer Konstellation haben die USA im Zuge von Kontinuität und Wandel diesen religiösen Pluralismus ständig neu austariert. In der gegenwärtigen Phase scheint die Verbindung zwischen politischem Liberalismus und Religiosität eher brüchig, während neokonservative Denkhaltungen und christlicher Fundamentalismus derzeit dominieren.
- Bei der starken Bedeutung von allgemeiner Religiosität für Politik und

öffentliches Leben in den USA wird früher oder später Abneigung erkennbar, einer bestimmten Auffassung von Religiosität dominanten Einfluss auf politische Prozesse zuzugestehen, weil dann religiöse und politische Minderheitenmeinungen eingeschränkt werden.

- Politisierte Religion, religiöse Politik, Konflikte zwischen Glaubensrichtungen und Konflikte zwischen politischen Ausrichtungen, all diese Prozesse, auch in ihrer Vermischung sind für Amerikaner selbstverständlich. Doch der Verfassungszusatz, eine freiheitsraubende Staatsreligion zu verhindern, ist Sicherheit genug, dass die gegenwärtige politisch-religiöse Konstellation unter Präsident Bush nur eine vorübergehende sein wird. Während ein guter Teil der westlichen Sinnkrise darauf zurückzuführen ist, dass die Religion gerade in Europa durch den Prozess der Säkularisierung verdrängt wird, bleibt die Religion entscheidender Faktor für Stärke und Selbstbehauptung der amerikanischen Nation.
- Erfolgreicher religiöser Lobbyismus, wie bei der christlichen Rechten derzeit mit Blick auf die Regierung Bush zu konstatieren ist, bildet die Ausnahme. Das zweite Beispiel erfolgreichen religiösen Lobbyismus ist der jüdische, vielleicht der wirkungsvollste Lobbyismus in den USA schlechthin. England mag sich seiner historischen Sonderbeziehungen gegenüber den USA rühmen, doch Israel ist seit der Staatsgründung 1948 der engste und verlässlichste Bündnispartner der USA. Dies lässt sich nicht allein durch die mächtige und einflussreiche jüdische Lobby in den USA erklären, auch nicht mit den amerikanischen Interessen im Mitt-

leren Osten, die dann vielmehr das Bündnis mit ölreichen arabischen Staaten ins Auge fassen müssten. Das amerikanisch-israelische Bündnis ruht auf tiefen Fundamenten, die sich „der außenpolitischen Vernunft und ihrer wissenschaftlichen Grundierung entziehen“.²⁸ Beiden Staatsgründungen lagen verwandte biblische Motive zugrunde: Die Puritaner hofften in der Wildnis von Nordamerika ein neues Jerusalem zu errichten. Diese religiöse Erwartung wurde dann auf Israel projiziert und wurde zur Voraussetzung von fast bedingungsloser Solidarität amerikanischer fundamental-christlicher Gruppen mit dem heutigen Israel. Beide Staaten speisen sich auch aus einem kollektiven Selbstbewusstsein, dass die Geschichte, ja dass Gott auf ihrer Seite und damit letztlich auch für sie und gegen den Rest der Welt sei. Diese Überzeugung vom auserwählten Volk teilen Amerikaner und Israelis.

- Eine weitere Form außenpolitischer Interessenvertretung durch religiöse Organisationen ist die der Nicht-regierungsorganisationen „NGOs“, die international mit Hilfsprogrammen tätig sind wie z.B. Care, die ihren religiösen Ursprung nicht immer deutlich machen. Andere Hilfsorganisationen wie z.B. World Vision sind dagegen ihren evangelikalischen Wurzeln verpflichtet. Ohne World Vision hätte z.B. Präsident Clinton keine Hilfeleistungen an das Hunger leidende Nordkorea vom Kongress bewilligt bekommen.²⁹ Diese Organisationen mobilisieren das aus dem Glauben gespeiste Engagement für ein humanitäres Engagement, wobei der Gedanke der christlichen Nation hierdurch vorbildlichen Charakter erhält.

Es besteht allerdings kein Anlass, das kirchlich religiöse Leben in den USA und seine Bedeutung für die Politik zu idealisieren. Auch der von Präsident Bush ausgerufene „Kreuzzug“ gegen Al Qaida ist ein fragwürdiges Beispiel für ein religiös aufgeladenes manichäisches Weltbild. Auch haben die Kirchen in den USA ihre eigenen Probleme. Doch hüllt sich die amerikanische Nation nicht nur patriotisch in die Flagge, sondern Religion gilt grundsätzlich als Humus und Kraftquelle der Gesellschaft.

Doch steht hinter der selbstbewussten säkularen Einstellung der Europäer nicht auch Unkenntnis und Intoleranz? Angesichts der wissenschaftlichen Fortschrittsgläubigkeit erscheint uns alles erlaubt und notwendig, ja in einem neuen säkularen Sinne moralisch. Es gibt offensichtlich kaum mehr Werte, die losgelöst vom Fortschrittsdenken existieren können. Diese Überheblichkeit gegenüber religiös-moralischen Werten kann zu Orientierungslosigkeit, moralischer Beliebigkeit, ja zur Selbstzerstörung führen. Diese Gefahr droht Gesellschaften wie in Europa, die offensichtlich die Religion immer weniger als Kraftquelle, sondern als Anachronismus verstehen. Mut zu neuer und größerer Verantwortung der Gläubigen auch mit Blick auf die Politik erscheint nicht anachronistisch, sondern dringlich. Hier kann Europa von Amerika lernen, ohne dass dabei Europa in eine religiöse Fundamentalismusfalle geraten muss.³⁰

Heute zeigen sich die USA weniger als sanfter Hegemon, sondern der Krieg gegen den internationalen Terror wird unter religiös aufgeladenem und selbstgerechtem Vorzeichen geführt. Hinzu kommt, dass die neue, alles übertref-

fende Machtüberlegenheit die Regierung Bush verführt hat, im Kampf gegen den Terror sogar einen Angriffskrieg wie gegen den Irak zu beginnen – ohne ausreichende Beweismittel, ohne Bedrohung der nationalen Sicherheit und vor allem ohne Zustimmung der Weltöffentlichkeit und ohne Beistand überzeugter Freunde.

In der ersten Amtsperiode wirkte die betonte Religiosität nicht nur in Bushs Außenpolitik selbstgerecht, vielmehr erscheint die gesamte politische Kultur der USA zunehmend illiberal. Dabei vergrößern die religiös-politischen Ziele und Interessen der Regierung Bush auch die Gegensätze innerhalb der USA, so dass man heute fast von zwei gegensätzlichen politischen Kulturen in den USA sprechen kann. Doch beide Kulturen eint der Glaube an die USA als demokratisches Vorbild und beide zelebrieren, wenn auch auf unterschiedliche Weise, die Bedeutung der Religiosität für die Politik. Die zwischen Liberalismus und Konservatismus changierenden religiösen Wertvorstellungen beziehen sich vor allem auf Familie, Freiheit, Eigenverantwortlichkeit, Eigentum, freies Unternehmertum und nicht zuletzt auf Amerikas Führung in der Welt.

Doch zeigen sich zu Beginn der zweiten Amtszeit auch die Grenzen dieser beiden innenpolitischen Bestimmungs-

faktoren. Militärische Macht, prononcierte Religiosität und martialische Südstaatenkultur scheinen in den Hintergrund zu rücken. „Ich verwende das Wort Macht im weiteren Sinne. Denn noch wichtiger als militärische und auch wirtschaftliche Macht ist die Macht der Ideen, die Macht des Mitgefühls und die Macht der Hoffnung“, so Condoleezza Rice in Paris. In diesem Sinne entwickelt Präsident Bush derzeit eine weltpolitische Charmeoffensive und führt den neuen Primat der Diplomatie so gekonnt und geschmeidig vor, wie es die Europäer allenfalls von einem Präsidenten Kerry erwartet hätten. George W. Bush versteht seine Außenpolitik jetzt primär im Zeichen demokratischer Vorsehung. Von der samtenen Revolution 1989 zur purpurnen Revolution im Irak sieht Präsident Bush die USA als leuchtendes Vorbild für Demokratie und Freiheit. Er stellt sich ganz in die idealistische Tradition. Als Theodor Wilson erinnert er daran, wer an Amerikas Seite für Freiheit kraftvoll und opferbereit eintritt. Diplomatisches Geschick verweist zu Beginn der zweiten Amtszeit auf Anzeichen einer gemäßigten Außenpolitik. Vielleicht kehrt mit Außenministerin Condoleezza Rice ein Stück Realismus in die amerikanische Außenpolitik zurück und drängt damit die neokonservativ-utopisch-idealistische Ausrichtung der ersten Amtszeit in den Hintergrund.

Anmerkungen

¹ „There is no more enduring, no more influential force in our history than the formation and interplay of the different regions of the United States“, Frederick Jackson Turner, zit. nach Trubowitz, Peter: *Defining the National Interest, Conflict and Change in American Foreign Policy*, Chicago/London 1998, S.87.

² Lind, Michael: *Vietnam. The Necessary War*, New York 1999.

³ Vgl. Lind, Michael: *Civil War by Other Means*, in: *Foreign Affairs*, Sept./Okt. 1999, S.123-142, S.135f.

⁴ Tocqueville de, Alexis, zit. nach: Lind, M.: *Civil War*, S.136.

⁵ Ebd., S.139.

- ⁶ Vgl. hierzu grundsätzlich Trubowitz, P.: *Defining the National Interest*; Lind, Michael: *The Next American Nation. The New Nationalism and the Fourth American Revolution*, New York 1996.
- ⁷ Vgl. beispielsweise McCarthy, Kathleen D.: *American Creed, Philanthropy and the Rise of Civil Society, 1700-1865*, Chicago 2003.
- ⁸ Vgl. Prätorius, Rainer: *In God We Trust: Religion und Politik in den USA*, München 2003, S.34.
- ⁹ Hacke, Christian: *Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von John F. Kennedy bis George W. Bush*, 3. Aufl., München 2005.
- ¹⁰ Vgl. Prätorius, R.: *In God We Trust*, S.10.
- ¹¹ Vgl. Hutcheson, Richard G.: *God in the White House. How Religion Has Changed the Modern Presidency*, New York/London 1989, S.52.
- ¹² Vgl. Vorländer, Hans: *Hegemonialer Liberalismus. Politisches Denken und politische Kultur in den USA 1776-1920*, Frankfurt/New York 1997.
- ¹³ Vgl. Prätorius, R.: *In God We Trust*, S.79.
- ¹⁴ Vgl. Vorländer, Hans: *Politische Kultur*, in: *Länderbericht USA*, Band 357, S.280f.
- ¹⁵ Vgl. Lind, Michael: *Up From Conservatism. Why the Right is Wrong for America*, New York 1996, S.261.
- ¹⁶ Vgl. Ammann, Nancy: *North American Protestant Fundamentalism*, in: Martin Marty/Scott Appleby (Hrsg.), *The Fundamentalism Project*, Band 1, Chicago/London 1991, S.1-65; vgl. hierzu auch: Minkenberg, Michael: *Neokonservatismus und Neue Rechte in den USA*, Baden-Baden 1990.
- ¹⁷ Vgl. Lowi, Theodore: *American Impasse. The Ideological Dimension at Eras End*, in: Michael Minkenberg/Herbert Dittgen (Hrsg.), *The American Impasse. US Domestic and Foreign Policy after the Cold War*, Pittsburgh 1996, S.6.
- ¹⁸ So das Statement of Principles des neokonservativen „Project for the New American Century“: <http://www.newamericancentury.org/statementofprinciples.htm>
- ¹⁹ Vgl. Kirkpatrick, David D.: *Bush Appeal to Churches Seeking Help Raises Doubts*, in: *New York Times*, 2.7.2004, S.A15.
- ²⁰ Vgl. hierzu und im Folgenden Schlesinger jr., Arthur: *Gottesfürchtig ist das nicht. Nie haben amerikanische Präsidenten so sehr mit Religion Politik gemacht wie G.W. Bush*, in: *Die Welt*, 30.10.2004, S.9.
- ²¹ Ebd.
- ²² Vgl. Dean, John: *Das Ende der Demokratie. Die Geheimpolitik des George W. Bush*, Berlin 2004.
- ²³ Greven, Thomas: *Republikaner, Anatomie einer amerikanischen Partei*, München 2004, S.103.
- ²⁴ Lind, Michael: *Made in Texas: George W. Bush and the Southern Takeover of American Politics*, New York 2004, S.183.
- ²⁵ Applebome, Peter: *Dixie Rising. How the South Is Shaping American Values, Politics and Culture*, Washington D.C.1997.
- ²⁶ Lind, M.: *Made in Texas*, S.145.
- ²⁷ Ebd., S.142.
- ²⁸ So Krippendorff, Ekkehart: *Die Vereinigten Staaten und Israel. Projektionsflächen für Hoffnung und Hass*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, August 2002, S.943.
- ²⁹ Vgl. Prätorius, R.: *In God We Trust*, S.170.
- ³⁰ Vgl. hierzu Lucas, Hans Dieter: *Vater unser vor dem Rodeo*, *Rheinischer Merkur*, 3.11.2004, S.12.

Die Glaubwürdigkeit der „dpa“ sichern

Andreas Feser

„Schauen Sie sich an, welche Regionalzeitungen in Deutschland noch mit eigener redaktioneller Komplettleistung arbeiten können, wie viele bis aufs Lokale abgemagert sind“, forderte Bundeswirtschaftsminister Clement die Kritiker seiner Gesetzentwürfe zur Lockerung der Pressefusionskontrolle auf.¹ Und der vor kurzem verstorbene SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz assistierte: „Viele der kleineren Blätter (...) könnten bei der nächsten Krise so verschlankt werden, dass sie nur noch aus dem Internet gezogene Nachrichten in vorgefertigte Gefäße füllen würden.“² Die Nachrichtenlieferung der großen Agenturen könne dann nicht mehr hinterfragt werden. So wenig überzeugend solche Argumente für erleichterte Verlagssfusionen sind – denn „zunehmende Marktmacht zieht eine Gefährdung der Presse- und Meinungsvielfalt nach sich“³, eine freie Presse lässt sich nur über den Wettbewerb möglichst vieler wirtschaftlich nicht miteinander verflochtener Verlage sichern – so bedeutsam ist der Hinweis auf den Einfluss der

Agenturen. Damit ist die Frage gestellt: Wem gehört eigentlich „dpa“, die im Land mit den meisten Agenturen in der Landessprache⁴ trotz gelegentlicher Kritik an ihrer Schwerfälligkeit⁵ mit Abstand meistgenutzte⁶ und für ihre Kompetenz in den Redaktionen ihrer Hauptkunden, den Tageszeitungen⁷, hochgeschätzte⁸ Presseagentur? Konkurrent „ddp“ hat nach der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens im Herbst 2004 einen neuen Investor gefunden.⁹ „AP“, „reuters“ und „AFP“ sind deutsche Töchter ausländischer Agenturen.¹⁰

Die 1949 als Zusammenschluss der Pressedienste¹¹ aus den drei westlichen Besatzungszonen¹² gegründete „Deutsche Presseagentur“ befindet sich, so lässt sich auf den ersten Blick beruhigt feststellen, von Anfang an zu 100% in Streubesitz. Kaum eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat einen so großen Gesellschafterkreis. Die aktuelle Gesellschafterliste zählt 200 Geschäftsanteile, von denen 191 belegt sind.¹³ Abgestimmt wird mit Mehrheit – ohne

Sonderregeln wie etwa Einstimmigkeitserfordernisse.¹⁴ Die Geschäftsanteile geben Einfluss im Verhältnis ihrer Größe. Die Satzung begrenzt für jeden Gesellschafter den Anteil an dem insgesamt 15.837.620 € umfassenden Gesellschaftskapital auf höchstens 1,5%. Die für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zugelassenen Ausnahmen (höchstens 15% pro Sender, insgesamt höchstens 25%) werden nicht voll ausgeschöpft – ZDF, NDR und WDR sind mit je 4,05% beteiligt.¹⁵ Eine Grauzone ergibt sich allerdings, wenn rechtlich selbstständige Verlage wirtschaftlich eine Einheit bilden. In diesen Fällen und bei der Fusion von Zeitungen kann es dazu kommen, dass Gesellschaftsanteile von mehr als 1,5% einer einheitlichen Führung unterworfen sind.¹⁶

Überraschend ist allerdings die Tatsache, dass sich unter den Gesellschaftern der „dpa“ zwei Partei-Unternehmen und einige wenige, sehr unausgewogen ausgewählte gesellschaftliche Organisationen finden. Bedenklich sind die Größenverhältnisse, die sich dabei zeigen:

– 11 Geschäftsanteile gehören dem DGB und sieben der acht Einzelgewerkschaften:¹⁷ IG Metall, Transnet, IGBAU, NGG, GEW und über Titel von Vorläuferorganisationen ver.di und IG BCE. Auf diesem Weg haben Verbandsblätter wie die „DGB-Publikationen“, „HBV-Ausblick“ und „HBV-Berater“, „GdED inform“, „Der Grundstein“, „Metall“, „Erziehung und Wissenschaft“, „DAG journal“, „Spektrum“, „DAG“, „Einigkeit“, „Gewerkschaftspost“, „ÖTV-Magazin“, „Kontrapunkt“ einen Platz in einer Reihe mit

den Größen der Zeitungsbranche gefunden. Die gewerkschaftlichen Anteilseigner stellen mit insgesamt 784.720 € oder 4,95% im Gesellschafterkreis der „dpa“ einen großen Stimmenblock.

Gewerkschaften in der dpa

„dpa“-Geschäftsanteil ¹⁸		
Nr.	Eigentümer	Wert
043	DGB	57.600
045	(ehem.) HBV	12.000
056	Sauer, Transnet-GdED	19.200
058	Wiesehügel, IG BAU	150.000
059	Peters, IG Metall	195.000
060	Dr. Stange, GEW	19.200
078	(ehem.) DAG	75.000
083	NGG	29.920
092	Treuhandverwaltung der Nachfolge des Verbandes der Fabrik- arbeiter Deutschlands	150.000
176	(ehem.) ÖTV	19.200
177	(ehem.) IG Medien	57.600
Gesamt:		784.720

– Ein Geschäftsanteil im Wert von 14.400 € (0,09%) wird mit Hinweis auf die „Mitteilungen des BDI“ von der „Industrie-Förderung GmbH“ des Bundesverbandes der deutschen Industrie gehalten.¹⁹ Der BDA, der ZDH und andere wichtige Dachverbände der Wirtschaft sind im Gesellschafterkreis der „dpa“ ebenso wenig vertreten wie beispielsweise die großen Sozialverbände. Auch die Kirchen, die allerdings eigene Presseagenturen betreiben, gehören nicht zu den „dpa“-Gesellschaftern.

– Die „Union-Betriebs-GmbH“, in deren Verlag die Mitgliederzeitschrift der CDU erscheint und die der CDU gehört, ist mit 15.600 € (0,1%) und der

Titelnennung „Deutsches Monatsblatt“ in der Liste der Gesellschaftsanteile verzeichnet.²⁰

– Für die Medienholding der SPD, die „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH“, wird mit der Erläuterung „allgemein Druck und Verlag“ ein Anteil von 215.020 € (1,35%) ausgewiesen.²¹

Eine Vertretung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure mit kleinen Anteilen im Kreis der Eigentümer einer Nachrichtenagentur muss nicht von vorneherein etwas Schlechtes sein – im Gegenteil. Eine plurale Eigentümerstruktur ist für eine moderne Nachrichtenagentur ein guter Ansatz, die Vielfalt der Gesellschaft widerzuspiegeln. Voraussetzung ist allerdings, dass wichtige gesellschaftliche Kräfte dabei auch einigermaßen repräsentativ vertreten sind. Unter diesem Blickwinkel weist die geschilderte Situation bei der „dpa“ allerdings erhebliche Defizite auf.

Der Eindruck einer Schieflage verstärkt sich noch, wenn man die Beteiligung

der 21 Zeitungsverlage und Privatradioveranstalter an der „dpa“ in Betracht zieht, an denen ihrerseits die SPD über ihre Medienholding „DDVG“ mehr oder weniger große Anteile hält. Je nach dem methodischen Ansatz, den jeweiligen Geschäftsanteil insgesamt oder nur anteilig entsprechend der der SPD zuzurechnenden Beteiligung in Ansatz zu bringen, ergibt sich ein von der SPD beeinflussbarer Kapitalanteil an der „dpa“ zwischen 5,29% und 12,60%.²² Die auffälligen Unterschiede bei der Beteiligungspolitik unterschiedlicher Verlage und Unternehmensgruppen verstärken den Verdacht, dass mit den Gesellschaftsanteilen der Firmen mit SPD-Beteiligung in der „dpa“ gezielt auf ein politisches Einflusspotenzial spekuliert wird:

– Kaum einer der Gesellschafter der „dpa“ kommt aus den neuen Ländern. Zwei Ausnahmen sind die Privatradiosender „Hit-Radio“ aus Dresden und Halle²³ – an beiden hält die „DDVG“ indirekt eine kleine Beteiligung²⁴.

Die SPD in der „dpa“				
„dpa“-Geschäftsanteil ²⁵				
Nr.	Eigentümer	Wert	SPD-Beteiligung	
011	Hoehl-Druck / Hersfelder Zeitung ²⁶	21.600	3,00%	648
015	Nordbayerischer Kurier, Bayreuth ²⁷	48.000	29,90%	14.352
025	Presse-Druck für Neue Westf., Bielefeld	150.000	100,00%	150.000
033	Schweiger & Pick/Cellesche Zeitung ²⁸	15.000	5,10%	765
034	Neue Presse, Coburg	222.000	30,00%	66.600
036	Cuxhavener Nachrichten	79.200	50,00%	39.600
042	Antenne Sachsen / Hit-Radio, Dresden	12.700	1,50%	190
052	Westfälische Rundschau, Dortmund ²⁹	30.000	13,10%	3.930
063	Frankfurter Rundschau	150.000	90,00%	135.000
070	Enke/Aller-Zeitung, Gifhorn ³⁰	71.320	20,39%	14.542
072	Göttinger Tageblatt ³¹	70.350	20,18%	14.201
074	Antenne Hörfunk/Hit-Radio, Halle	12.700	3,85%	488
077	DDVG ³²	215.020	100,00%	215.020
085	Deister- und Weser-Zeitung, Hameln ³³	46.200	1,08%	499
088	Antenne Nieders./Hit-Radio, Hannover ³⁴	12.700	2,14%	271
089	Peiner Allgemeine ³⁵	225.000	20,39%	45.878
090	F&F NW-Deutshl./radio ffn, Hannover ³⁶	75.000	1,85%	1.388
091	Madsack/Hannoversche Allgemeine ³⁷	225.000	20,39%	45.878
100	Frankenpost, Hof	225.000	35,00%	78.750
118	Bing Verl./Waldeckische Landeszeitung ³⁸	30.000	20,39%	6.117
133	Hitzeroth/Oberhess. Presse, Marburg ³⁹	43.200	10,40%	4.492
149	Radio NRW, Oberhausen ⁴⁰	15.000	2,00%	300
Gesamt:		1.994.990	838.909	

– Die „Neue Westfälische“ ist nicht mit ihrer Verlagsgesellschaft im Kreis der „dpa“-Gesellschafter vertreten, sondern mit der „Presse-Druck-GmbH“⁴¹, die zum Kreis der SPD-Unternehmen gehört⁴² und für die Partei die Mehrheitsbeteiligung an Verlag⁴³ und Druckerei⁴⁴ der Bielefelder Zeitung hält.

– Die „Cuxhavener Nachrichten“, eine kleine Zeitung (Auflage: 13.000⁴⁵) mit unmittelbarer Beteiligung der „DDVG“ (50% des Kommanditkapitals)⁴⁶, hält an „dpa“ einen Geschäftsanteil im Wert von 79.200 €⁴⁷ – das ist mehr als die Beteiligung von größeren

Blättern wie dem „Westfälischen Anzeiger“ aus Hamm mit 22.500 € (Auflage: 163.000)⁴⁸ oder dem „Straubinger Tagblatt“ mit 30.000 € (Auflage: 131.000)⁴⁹.

– Die „Neue Presse“ aus Coburg und die „Frankenpost“ aus Hof, zwei mittelgroße Regionalzeitungen (Auflagen von 30.000 und 60.000) mit unmittelbarer Beteiligung der „DDVG“ (30%⁵⁰ beziehungsweise 35%⁵¹) halten mit 222.000 € und 225.000 €⁵² größere „dpa“-Anteile als alle anderen vergleichbaren Regionalzeitungen, auch wenn diese eine erheblich größere Auflage haben.

– Die Madsack-Verlagsgruppe, deren Zeitungen insgesamt eine Auflage von rund 500.000 erreichen, hält mit allen Titeln an „dpa“ Anteile von rund 500.000 €⁵³ – der Springer-Verlag, dessen Blätter täglich rund die zehnfache Auflage haben, hält „dpa“-Geschäftsanteile, die zusammen nur unwesentlich größer sind⁵⁴. Auch die anderen großen Verlagsgruppen – wie etwa die Südwest-Verlagsgruppe, Holtzbrinck und Gruner und Jahr/Bertelsmann – halten in der Summe aller Zeitungen, an denen sie beteiligt sind, jeweils rund 3% bis 4% der „dpa“-Geschäftsanteile⁵⁵.

Die Prozesse der Nachrichtenauswahl entscheiden über die vermittelte Wirklichkeit und stellen Öffentlichkeit her. Die Nachrichtenagenturen spielen dabei eine zentrale Rolle.⁵⁶ Die Forschung hat drei Gruppen von Einflussfaktoren identifiziert, die auf die Auswahlentscheidungen einwirken: Das sind zum Ersten die klassischen Nachrichtenfaktoren.⁵⁷ Abhängig sind die Auswahlentscheidungen zum Zweiten von der Marktsituation – vom Budget der Agentur bis hin zu den Erwartungen ihrer Kunden. Bedeutsam ist zum Dritten die Binnenstruktur der Agentur – von der Hierarchie bis zu den persönlichen Präferenzen der Journalisten. Besonders bedeutsam ist die Rolle der Schichtleiter.⁵⁸ Zur dritten Gruppe der Binnenfaktoren kann auch die Rücksichtnahme auf Anteilseigner gehören. Spannungen zwischen persönlichen Überzeugungen und dem für die

Glaubwürdigkeit einer Nachrichtenagentur unverzichtbaren Vertrauen in die Unvoreingenommenheit der Berichterstattung wurden bei der „dpa“ schon vor 50 Jahren in einem exemplarischen Fall ausgetragen: Chefredakteur und SPD-Mitglied Fritz Sänger musste vom Aufsichtsrat im Herbst 1958 an den überparteilichen Status der Agentur erinnert werden und schied zum 01.06.1959 aus.⁵⁹ Angesichts der Vielzahl der beeinflussenden Faktoren ist es im Regelfall allerdings nicht möglich, einzelne Entscheidungen bestimmten Einflussfaktoren ursächlich zuzuordnen.⁶⁰

Die Öffentlichkeit, die Nutzer der Medien und die Redaktionen, die Dienstleistungen einer Nachrichtenagentur verarbeiten, müssen in die übermittelten Daten und Berichte ihr Vertrauen setzen können. Gegen das Bemühen der dpa um Objektivität⁶¹ darf nicht die Saat des Zweifels gesät werden können. Die beschriebene Schieflage im Eigentümerkreis der „dpa“ muss korrigiert werden. Zwei denkbare Wege zu diesem Ziel sind: Die SPD unterwirft die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile einer über jeden Verdacht der parteipolitischen Einflussnahme erhabenen Treuhandschaft – am besten gemeinsam mit der CDU. Oder die anderen Parteien und große gesellschaftliche Gruppen können sich am Gesellschaftskapital der „dpa“ so beteiligen, dass dies in der Relation zu den Beteiligungen von SPD und Gewerkschaften angemessen ist.

Anmerkungen

- ¹ Clement, Wolfgang: Da kann einem Angst und Bange werden, SZ 26.5.2004 – Interviewpartner des Bundesministers für Wirtschaft: Hans-Jürgen Jakobs, Klaus Ott.
- ² Glotz, Peter: Wenn sich Qualität nicht rechnet, Der Tagesspiegel, 4.7.2004.
- ³ Böge, Ulf: Dann sind wir in einer anderen Welt, FAZ, 11.02.2004 – Interviewpartner des Präsidenten des Bundeskartellamts: Werner Mussler, Holger Steltzner.
- ⁴ Ebeling, Dieter: Die Position von dpa im Nachrichtenmarkt, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Nachrichtenagenturen im Wettbewerb. Ursachen-Faktoren-Perspektiven, Konstanz 1997, S.25ff., S.27.
- ⁵ Brechtel, Detlef: Kampf um die News, in: Journalist. Das deutsche Medienmagazin, 4/2002, S.32ff., S.33.
- ⁶ Hallerberg, Christian: Platzhirsch bleibt die dpa, in: Institut der deutschen Wirtschaft, Medienspiegel 8/2003.
- ⁷ Schuller, Sandra: Agenturjournalismus, Berlin 2003, S.54.
- ⁸ Institut der dt. Wirtschaft: Nachrichten aus der Politik am stärksten gefragt, in: Medienspiegel 10/2004.
- ⁹ „ddp Deutscher Depeschendienst GmbH“ – Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, HRB 95362, Gesellschafterliste – Matthias Kurp, ddp an Finanzinvestoren verkauft/Arques übernimmt Agenturgeschäft und investiert Millionenbeträge, in: www.medienmaerkte.de, Beitrag vom 08.11.2004.
- ¹⁰ Schuller, S.: Agenturjournalismus, S.114.
- ¹¹ Wilke, Jürgen: Nachrichtenagenturen, in: Ders., Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S.469ff., S.473.
- ¹² Dovifat, Emil: Zeitungslehre, I.Band, Berlin 3./1955, S.68.
- ¹³ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005.
- ¹⁴ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschaftsvertrag, Akten Bl.21ff.
- ¹⁵ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Anteile Nr.079, 115, 131.
- ¹⁶ He, Jianming: Die Nachrichtenagenturen in Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Frankfurt am Main et.al. 1996, S.246.
- ¹⁷ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005.
- ¹⁸ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nummer wie angegeben.
- ¹⁹ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nr.017.
- ²⁰ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nr.165.
- ²¹ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nr.077.
- ²² Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005.
- ²³ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005; Nrn.042, 074.
- ²⁴ Angabe der „Verlagsgesellschaft Madsack“: <http://www.madsack.de/content/unternehmen/hoerfunk.html>.
- ²⁵ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nummern wie angegeben.
- ²⁶ Hoehl Druck GmbH & Co Hersfelder Zeitung KG, Amtsgericht Bad Hersfeld, HRA 4, RA Bl.2.
- ²⁷ Nordbayerischer Kurier GmbH & Co Zeitungsverlag KG, Amtsgericht Bayreuth, HRA 734, RA Bl.1/Druckhaus Bayreuth Verlagsgesellschaft mbH, Amtsgericht Bayreuth, HRB 34, Gesellschafterliste.
- ²⁸ Cellesche Zeitung Schweiger & Pick Verlag Pfungsten KG, Amtsgericht Celle, HRA 2432, RA Bl.2.
- ²⁹ Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co KG, Amtsgericht Dortmund, HRA 4739, RA Bl. 1/Westfälische Verlagsgesellschaft mbH, Amtsgericht Hamburg, HRB 81559, Gesellschafterliste.
- ³⁰ Böckelmann, Frank: Wem gehören die Zeitungen, Konstanz 2000, S.233.
- ³¹ Göttinger Tageblatt GmbH & Co KG, Amtsgericht Göttingen, HRA 1575, RA Bl.1.
- ³² Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, HRB 83297, Gesellschafterliste.
- ³³ Deister- und Weserzeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co KG, Amtsgericht Hameln, HRA 1707, RA Bl.2.
- ³⁴ Angabe der „Verlagsgesellschaft Madsack“: <http://www.madsack.de/content/unternehmen/hoerfunk.html>.
- ³⁵ Böckelmann, F.: Wem gehören die Zeitungen, S.233.
- ³⁶ Angabe der „Verlagsgesellschaft Madsack“: <http://www.madsack.de/content/unternehmen/hoerfunk.html>.
- ³⁷ Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co KG, Amtsgericht Hannover, HRA 23210, RA Bl. 8.
- ³⁸ Wilhelm Bing Druckerei und Verlag GmbH, Amtsgericht Korbach, HRB 205, Gesellschafterliste.
- ³⁹ Hitzeroth Druck + Medien GmbH & Co

- KG, Amtsgericht Marburg, HRA 2208, RA Bl.1.
- ⁴⁰ radio NRW GmbH, Amtsgericht Oberhausen, HRB 1998, Akten Bl. 285 / Pressefunk Nordrhein-Westfalen GmbH & Co KG, Amtsgericht Düsseldorf, HRA 10818, RA Bl. 1.
- ⁴¹ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nr.025.
- ⁴² Amtsgericht Bielefeld, HRB 7126, Akten Bl. 318.
- ⁴³ Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co KG, Amtsgericht Bielefeld, HRA 10753, RA Bl.1.
- ⁴⁴ J.D.Küster Nachf. + Presse-Druck GmbH & Co KG, Amtsgericht Bielefeld, HRA 10825, RA Bl.1.
- ⁴⁵ Auflagenangaben für Blätter mit SPD-Beteiligung nach Schütz, Walter J.: Sozialdemokratische Zeitungen, Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte, Sonderdruck aus 6/2004, S.129ff., S.151ff.
- ⁴⁶ Verlagsgesellschaft. Cuxhaven mbH & Co Cuxhavener Nachrichten KG, Amtsgericht Cuxhaven, HRA 588, RA Bl.1.
- ⁴⁷ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nr.036.
- ⁴⁸ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nr.086-Auflagenangabe IVW 4-02.
- ⁴⁹ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nr.175-Auflagenangabe IVW 4-02.
- ⁵⁰ Amtsgericht Coburg, HRB 82, Akten Bl.393.
- ⁵¹ Frankenpost wieder beim SV, SZ 06.04.2005.
- ⁵² Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nrn.034, 100.
- ⁵³ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nrn.070, 072, 089, 091.
- ⁵⁴ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005, Nrn.022, 023, 124.
- ⁵⁵ Amtsgericht Hamburg, HRB 68431, Gesellschafterliste vom 11.02.2005.
- ⁵⁶ Wilke, Jürgen/Rosenberger, Bernhard: Die Nachrichtenmacher. Zu Strukturen und Arbeitsweisen von Nachrichtenagenturen am Beispiel von AP und dpa, Köln 1991, S.13.
- ⁵⁷ Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Freiburg 1976, S.29ff., S.94ff.
- ⁵⁸ Wilke, J./Rosenberger, B.: Die Nachrichtenmacher, S.103, S.137.
- ⁵⁹ Wilke, J.: Nachrichtenagenturen, S.469ff., S.478.
- ⁶⁰ Wilke, J./Rosenberger, B.: Die Nachrichtenmacher, S.199.
- ⁶¹ Ebeling, D.: Die Position von dpa, S.25ff., S.33.

Europas Antworten auf innerstaatliche Konflikte*

Klaus Brummer

1. Einleitung

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts hat sich die globale Sicherheitspolitik grundlegend verändert. Neue Gefahren und Bedrohungen für die internationale Ordnung sind in den Vordergrund getreten. Zu diesen zählen nicht nur der internationale Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder Regionalkonflikte. Ein weiteres Sicherheitsrisiko, das oftmals in enger Verbindung mit den bereits genannten Bedrohungen steht, sind innerstaatliche Konflikte. Diese umfassen gewaltsame bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen innerhalb eines Landes, die unterschiedlichen Motiven entspringen können (z.B. ethnische oder religiöse Auseinandersetzungen, Autonomie- oder Sezessionsbewegungen, Kampf um Rohstoffe).

Die von innerstaatlichen Konflikten ausgehenden Bedrohungen sind vielfältig. Innerstaatliche Konflikte können beispielsweise nicht nur Folge von Staatsscheitern sein, sondern umgekehrt auch zum Scheitern von Staaten führen. Laut dem „Failed States Index“ leben derzeit zwei Milliarden Menschen

in Ländern, die entweder schon gescheitert („failed“) sind oder am Rande des Scheiterns stehen („failing“).¹ Gescheiterte oder scheiternde Staaten ihrerseits können zu Zufluchtsorten von Terroristen werden oder zum Aktions- und Transitland für die Organisierte Kriminalität. Sollten kollabierende Staaten wiederum über hoch entwickelte Waffensysteme einschließlich ABC-Waffen verfügen, besteht die Gefahr, dass diese in die Hände von Terroristen fallen. Nicht auszuschließen ist ferner ein „spill over“ der von einem innerstaatlichen Krieg ausgehenden Instabilität auf Nachbarländer, wodurch eine gesamte Region in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Die Aufzählung ließe sich fortführen.

Dass derlei Entwicklungen begegnet werden muss, ist offensichtlich und wird auch von Seiten der Europäischen Union (EU) erkannt. Nicht zufällig führt die im Dezember 2003 von den europäischen Staats- und Regierungschefs angenommene Europäische Sicherheitsstrategie die mit innerstaatlichen Konflikten wie geschildert eng verbundenen Aspekte Staatsscheitern und regionale Konflikte als zwei der

fünf Hauptbedrohungen der Sicherheit Europas an.² Jenseits des Deklaratorischen vollzieht die EU auch in der Praxis einen Wandel, um sich diesen Herausforderungen zu stellen. Offenkundigste Belege hierfür sind die im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) seit 2003 durchgeführten Missionen der Union, etwa in Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und im Kongo.

Ziel dieses Beitrags ist es jedoch nicht, die verschiedenen ESVP-Missionen darzustellen.³ Vielmehr werden die grundsätzlichen Fähigkeiten der EU zur Bearbeitung innerstaatlicher Konflikte untersucht, und zwar in den hierfür maßgeblichen Bereichen Militär, Politik und Wirtschaft. Zur Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen bedarf es einer nennenswerten militärischen Komponente, die eng mit der Politik verbunden ist. Zudem ist die politische Dimension im Zusammenspiel mit wirtschaftlichen Aspekten zentral für die Überwindung der Konfliktursachen oder wenigstens für eine langfristige Stabilisierung. Nur beim Einsatz aller Komponenten wird eine effektive Konfliktbearbeitung möglich.⁴

2. Militär

Mit den geschilderten Veränderungen der sicherheitspolitischen Herausforderungen wandelten sich die Anforderungen an das Militär. Auch wenn zwischenstaatliche Kriege für die Zukunft nicht auszuschließen sind, die maßgebliche Aufgabe des Militärs besteht nicht länger in der Landesverteidigung, verstanden als Abwehr des Angriffs anderer Staaten. Dominierend sind heute wie auch in absehbarer Zukunft Ak-

tivitäten in den Bereichen Friedensschaffung, Friedenssicherung, Stabilisierung und Wiederaufbau in von inneren Konflikten heimgesuchten Staaten und dies zum Teil weit jenseits Europas. Entsprechend müssen für diese Aufgaben personelle Fähigkeiten geschaffen werden. Um deren Einsatz zu ermöglichen, braucht es zudem die passenden materiellen Kapazitäten (u.a. strategischer Transport, Aufklärung) wie auch Strukturen zur Einsatzplanung und -führung.⁵

Seitens der EU leitete man bereits diverse in diese Richtung gehende Maßnahmen ein – an deren Umsetzung hakt es freilich noch in mehrfacher Hinsicht. Was die Schaffung von Truppen anbelangt, ist zunächst die Europäische Schnelle Eingreiftruppe („European Rapid Reaction Force“, ERRF) zu nennen. Die ERRF geht auf das Helsinki-Planziel („Helsinki Headline Goal“) von 1999 zurück. In diesem hielten die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten fest, bis zum Jahr 2003 über Truppen von ca. 60.000 Mann verfügen zu wollen, die schnell verlegt (innerhalb von 60 Tagen) und dann auch einsatzfähig gehalten werden könnten.

Die ERRF hat das gesamte Spektrum der Petersberg-Aufgaben abzudecken. Sie soll also dazu in der Lage sein, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben wie auch Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, inklusive friedensschaffender Maßnahmen, durchzuführen. Im Mai 2003 erklärten die EU-Verteidigungsminister die Union zur Erfüllung der Petersberg-Aufgaben bereit. Ob die EU tatsächlich hierzu fähig war – und heute ist –, muss allerdings hinterfragt

werden. Nicht von ungefähr fügten die Verteidigungsminister ihrer Bereitschaftserklärung hinzu, dass es „Einschränkungen und Zwänge durch anerkannte Defizite“⁶ gebe.

Geschaffen wurden außerdem so genannte „battle groups“. Deren auf eine Initiative von Frankreich, Großbritannien und Deutschland zurückgehende Einrichtung, die im Zusammenhang mit dem im Juni 2004 angenommenen neuen Planziel („Headline Goal 2010“) zu sehen ist, wurde Ende November 2004 beschlossen. Nach der derzeitigen Planung sollen insgesamt 13, jeweils ca. 1500 Mann starke ‚battle groups‘ gebildet werden. Zweck der hoch spezialisierten, noch schneller als die ERRF vor Ort einsatzbereiten (zehn Tage nach Beschlussfassung im Rat) und in der Regel auf der Grundlage eines UN-Mandats agierenden Verbände ist es, kurze eigenständige Missionen oder vorbereitende Tätigkeiten für sich ihnen anschließende UN-Missionen zu leisten.

Zu beachten ist hierbei, dass im Rahmen der NATO in Form der NATO Response Force (NRF) mit den ‚battle groups‘ vergleichbare Verbände entwickelt werden. Problematisch ist dies deshalb, weil sich die in den Mitgliedstaaten der Organisationen zur Verfügung stehenden, die hochgesteckten Anforderungen von ‚battle groups‘ bzw. NRF erfüllenden Verbände mit sich mehr oder minder duplizierenden Prozessen nicht gleichsam ebenfalls verdoppeln. Überschneidungen und Konkurrenzkämpfe infolge der „Doppelhütigkeit“ der Truppen scheinen vorprogrammiert, zumal bislang nicht geklärt wurde, welche Organisation das primäre Zugriffsrecht hat.

Daneben kam es im Rahmen der ESVP zum Aufbau ziviler Fähigkeiten, die vor allem für Stabilisierungsmaßnahmen unmittelbar nach dem Ende der Gewalthandlungen wie auch längerfristig für Wiederaufbaumaßnahmen von größter Bedeutung sind. Im Juni 2000 legten die Staats- und Regierungschefs auf dem Europäischen Rat von Feira die vier Kernbereiche des zivilen Krisenmanagements der EU fest. Dies sind Polizei, Rechtsstaatlichkeit, Zivilverwaltung und Bevölkerungsschutz. Als weitere Aufgabengebiete kamen später die Durchführung von Überwachungsmissionen und die Unterstützung der EU-Sonderbeauftragten etwa in Menschenrechtsfragen oder bei der Reform des Sicherheitssektors hinzu.⁷

Die bisherigen Entwicklungen beim Aufbau von Kräften in diesen Bereichen sind beachtlich. Deutlich wurde das zuletzt auf der „Beitragskonferenz zu den zivilen Fähigkeiten“ im November 2004, wo die von den Mitgliedstaaten zugesagten Kräfte aufgeführt wurden. Demnach wiesen die Mitgliedstaaten – unter deutlicher Überbietung der vom Europäischen Rat festgelegten Zielvorgaben – 5761 Kräfte im Bereich Polizei, 631 für Rechtsstaatlichkeit, 562 für Zivilverwaltung, 4988 für Bevölkerungsschutz, 505 für Überwachungsmissionen sowie 391 für die Unterstützung der EU-Sonderbeauftragten zu.⁸

Auf dem Papier verfügt die EU somit bereits über ein nennenswertes Reservoir an Kräften. Weiter vorangetrieben werden soll der bedarfsorientierte Aufbau der zivilen Fähigkeiten durch das im Dezember 2004 angenommene zivile Planziel („Civilian Headline Goal 2008“). Entscheidend wird künftig freilich sein, dass die Mitgliedstaaten ihren

Zusagen auch Taten folgen lassen. Sollte dem so sein, kommt es ferner auf die tatsächliche Einsatzfähigkeit der Kräfte (z.B. bezüglich deren Entsendefähigkeit) wie auch auf die passgenaue Zusammensetzung der Missionen an. Die Bearbeitung eines jeden Konflikts erfordert eine andere Strategie und somit auch andere Expertise. Die Herausforderung besteht folglich darin, im Rahmen von integrierten Kontingenten aus dem zugesagten Arsenal an Fachleuten die jeweils passende Kombination zusammen zu stellen.

Eine Brücke zwischen den militärischen und zivilen Kräften ist die „European Gendarmerie Force“ (EGF). Die paramilitärische EGF geht auf eine Initiative Frankreichs zurück. Sie wurde im September 2004 geschaffen, umfasst ca. 800 Mann⁹ und soll innerhalb von 30 Tagen entsendefähig sein. Unmittelbar nach einer Militäroperation kommt der Herstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit größte Bedeutung zu. Indem sie sowohl militärische wie auch zivile Fähigkeiten in ihrem Vorgehen vereint, kann die EGF hierzu einen gewichtigen Beitrag leisten.

Eine Besonderheit der EGF besteht darin, dass sie zwar von der EU für Missionen eingesetzt werden kann, jedoch nicht in deren institutionellen Rahmen integriert ist. Die EGF ist vielmehr eine multinationale Einheit, die auch für die UNO oder die NATO eingesetzt werden kann. Die Fortentwicklung der grundsätzlich allen EU-Mitgliedstaaten offen stehenden EGF wird insgesamt dadurch eingeschränkt, dass es in einigen Staaten (z.B. Deutschland) eine strikte Trennung zwischen Militär und Polizei gibt und folglich der Aufbau von für die EGF geeigne-

ten Kräften zumindest derzeit nicht möglich ist.

Während man trotz der vorhandenen Schwächen oder ungelösten Fragen bei der Schaffung von den, gegenüber heutigen Herausforderungen gewappneten personellen Kräften zweifelsohne Fortschritte erzielt hat, nehmen sich die Entwicklungen beim Gerät bescheidener aus. Programme und Prozesse gibt es mehrere, zum Beispiel das schon erwähnte „Headline Goal 2010“ oder den „European Capabilities Action Plan“ vom November 2001. Die Fähigkeitslücken bestehen jedoch weiter fort, unter anderem beim strategischen Transport und im nachrichtendienstlichen Bereich.¹⁰ So ist die Auflage immer neuer Programme gerade als Eingeständnis der weiterhin unzureichenden Fortschritte zu bewerten. Inwieweit die – als institutionalisierte Konsequenz dieser europäischen Schwäche – im Juli 2004 geschaffene Europäische Verteidigungsagentur Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten.

Unterfüttert werden musste der geschilderte Aufbau von Truppen und Material durch die Entwicklung von Planungs- und Führungskapazitäten. Zwar verfügt die EU noch immer nicht über ein militärisches Hauptquartier. Hieran änderte auch die im Jahr Frühjahr 2003 unter dem Schlagwort „Tervuren“, dem möglichen Sitz eines EU-Hauptquartiers, ausgetragene Debatte nichts.

Zur Durchführung einer Operation stehen der EU zwei Wege offen. Zum einen kann sie auf Strukturen der NATO zurückgreifen, sofern sich diese nicht an einer Operation beteiligen will oder kann. Ermöglicht wird dies durch das

im März 2003 in Kraft getretene „Berlin-Plus-Abkommen“ zwischen EU und NATO, welches als Sammelbegriff mehrere Vereinbarungen zwischen den beiden Organisationen umfasst. Im Abkommen werden unter anderem die Modalitäten geregelt, nach denen die EU bei der Durchführung einer Operation auf Mittel und Fähigkeiten sowie auf Planungskapazitäten der NATO zugreifen kann.¹¹ Um diese Option besser umsetzen zu können, wurde eine „EU-Planungszelle“ im Rahmen von SHAPE (Supreme Headquarters Allied Powers Europe) geschaffen wie auch umgekehrt Verbindungselemente von SHAPE beim Europäischen Militärstab (EUMS) angesiedelt wurden. Anwendung fand bzw. findet das Berlin-Plus-Abkommen bei den Militärmissionen „Concordia“ in Mazedonien und „Althea“ in Bosnien-Herzegowina.

Ein verfolgenswerter Gedanke in diesem Kontext ist, ob man das Berlin-Plus-Abkommen nicht dahingehend weiterentwickeln sollte, auch der NATO Zugriff auf die Fähigkeiten der EU zu ermöglichen – und zwar vor allem auf diejenigen für Stabilisierungsmaßnahmen nach einem Konflikt.¹² Vorausgesetzt, man kann sich innerhalb der NATO überhaupt über die Schaffung solcher Fähigkeiten verständigen, ließen sich so weitere Dopplungen wie bei den ‚battle groups‘/NRF verhindern. Was es jedoch unbedingt zu vermeiden gilt, ist eine mit diesen Zugriffsmöglichkeiten potenziell einhergehende Arbeitsteilung nach dem Muster, dass die USA für das Militärische zuständig ist und die Europäer anschließend für die Folgenbewältigung.

Alternativ kann die EU ihre Missionen auch ohne Rückgriff auf NATO-Kapa-

zitäten durchführen. Die primäre Option hierfür sind Hauptquartiere der Mitgliedstaaten, die man für ESVP-Missionen multinationalisieren könnte. Genutzt wurde diese Option bei der Militärmission „Artemis“ im Kongo, wo Frankreich als „framework nation“ agierte. Sollte sich wiederum kein nationales Hauptquartier finden, ließe sich auch auf den EUMS zurückgreifen, in welchem dann die, gegebenenfalls personell verstärkte, „zivil-militärische Zelle“ für die Entwicklung von Kapazitäten zur Planung und Führung einer autonomen EU-Mission verantwortlich wäre. Die dadurch vorübergehend vorhandenen EU-eigenen Kapazitäten wären jedoch kein permanentes Hauptquartier, sondern dienten nur als Operationszentrum für die jeweilige Mission.

Die bisherigen ESVP-Missionen zeigen, dass die EU auch ohne ein eigenes Hauptquartier operieren kann. Bis heute waren die Militärmissionen allerdings von eher geringem Umfang. Die größte Mission ist „Althea“ mit 7000 Soldaten. Wenn es jedoch zu autonom von der EU geführten Einsätzen in deutlich größerem Maßstab kommt, etwa zur Verwendung der wie erwähnt 60.000 Mann umfassenden ERF, werden die innerhalb der EU gegenwärtig vorhandenen Kapazitäten an ihre Grenzen stoßen. Über kurz oder lang wird sich die Frage eines eigenen EU-Hauptquartiers deshalb wieder stellen.

3. Politik

Auf der politischen Ebene sind folgende Aspekte von besonderer Relevanz für eine erfolgreiche Konfliktbearbeitung: der Zugang der externen Partei zum

Konflikt, die Fähigkeit, schnell zu Entscheidungen zu kommen sowie die Unterstützung durch weitere Akteure wie auch der Bevölkerung.

Hinsichtlich der Zugangsmöglichkeiten zu einem Konflikt verfügt die EU über diverse positive Anlagen. An erster Stelle ist hier ihre hohe Legitimation zu nennen, und dies (zumindest gegenwärtig) auch und vor allem im Vergleich zu den USA. Die maßgebliche Basis hierfür ist die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration, mittels derer man in vergleichsweise kurzer Zeit die kriegsbeladene Vergangenheit hinter sich ließ und in eine friedensgeprägte und wirtschaftlich prosperierende Zukunft schritt. Nicht von ungefähr finden sich heute auf nahezu allen Kontinenten Organisationen, die sich bei ihren Aktivitäten zur Wohlstandsschaffung und Friedenssicherung auf die EU berufen. Man denke an die Afrikanische Union oder an Mercosur. Das auf der eigenen Geschichte gründende Ansehen der EU öffnet ihr Türen zur Bearbeitung von innerstaatlichen Konflikten, die ihr andernfalls verschlossen wären.

Hinzu kommt, dass die EU über ihre Mitgliedstaaten und deren koloniale Vergangenheit auf vielfältige Weise global vernetzt ist. Ergebnis dessen ist eine Vertrautheit oder zumindest eine im Vergleich zu anderen global agierenden Akteuren größere Kenntnis der Eliten, Kulturen, etc. in den von Konflikten heimgesuchten Staaten, vor allem in Afrika. Die koloniale Vergangenheit kann sich freilich auch als problematisch erweisen. Grund hierfür könnten frühere Verfehlungen der ehemaligen Kolonialherren sein, wie auch insgesamt das Engagement der

EU als Versuch der Einmischung der ehemaligen Kolonialmacht gewertet werden könnte. Aufgabe der EU ist es demnach, die vorhandene Expertise für die eigenen Aktivitäten zur Bearbeitung innerstaatlicher Konflikte zu nutzen, ohne dabei alte Wunden aufzureißen.

Neben der Geschichte beruht das Ansehen der EU auch auf den jüngsten praktischen Erfolgen. Das Paradebeispiel ist der Balkan. Trotz der weiterhin vorhandenen Probleme in der Region steht außer Zweifel, dass die Einsätze der EU – die Polizei- und Militärmissionen in Mazedonien („Concordia“ und „Proxima“) und in Bosnien-Herzegowina (EUPM und „Althea“) – einen Unterschied zum Positiven machten und machen. Weitere EU-Missionen auf dem Balkan – vor allem im Kosovo – sind nicht auszuschließen.

Wichtig ist ferner, dass sich die Bekundungen der EU zur Übernahme globaler Mitverantwortung zusehends auch in der geographischen Bandbreite der ESVP-Missionen widerspiegeln. Abgesehen von „Althea“ rückten zuletzt außereuropäische Einsätze verstärkt in den Blickpunkt. Hierzu zählen die Mission zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak (Eujust Lex), die Polizeimission EUPOL Kinshasa und die Mission zur Reform des Sicherheitssektors (EUSEC RD Congo) im Kongo wie auch die Unterstützungsaktivitäten für die Afrikanische Union in Darfur/Sudan. Inwieweit die EU hier positiv Einfluss nehmen kann, bleibt abzuwarten. Wo man außerhalb Europas bereits Ergebnisse erzielt hat, war im Kongo bei der Militärmission „Artemis“ (von Juni bis September 2003), die zu einer allerdings nur vorübergehenden Beruhigung der Lage in der Provinz

Ituri führte. Hier zeigt sich die Notwendigkeit von probaten Exit-Strategien, welche auch stets die Nachhaltigkeit der geschaffenen Situation mit zu bedenken haben.

Während sich somit die Fähigkeit der EU, sich als Akteur bei einer Konfliktbearbeitung zu etablieren, aus verschiedenen Quellen speist und insgesamt positiv bewertet werden kann, fällt das Fazit bezüglich der schnellen Entscheidungsfindung deutlich schlechter aus. Bislang werden alle maßgeblichen Entscheidungen im Bereich der ESVP einstimmig getroffen. So er denn jemals kommt, wird auch der Verfassungsvertrag hieran nichts ändern. Beschlüsse, welche die Zustimmung von heute 25 und bald 25+ Staaten erfordern, sind einer raschen Entscheidungsfindung mehr als abträglich. Lange Abstimmungsschleifen sind für gewöhnlich die Folge. Ein positives Signal in dieser Hinsicht gab es jedoch Ende Mai 2005. Die EU-Verteidigungsminister beschlossen, Entscheidungen zur Entsendung einer ‚battle group‘ innerhalb von fünf Tagen treffen zu wollen.

Prinzipiell böten sich für die künftige Entwicklung der ESVP zwei Auswege aus der „Falle Einstimmigkeit“: Der Übergang zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit oder eine differenzierte Integration innerhalb des institutionellen Rahmens der EU. Der Vertrag von Nizza sieht für die ESVP weder das eine noch das andere vor. Der Verfassungsvertrag wiederum brächte wie angeführt ebenfalls keine nennenswerten Schritte hin zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen. Was der Verfassungsvertrag allerdings vorsieht, ist die Ausweitung der Optionen

für eine differenzierte Integration in Fragen der ESVP. Für die Konfliktbearbeitung durch die EU sind vor allem die ständige strukturierte Zusammenarbeit sowie die Übertragung einer Mission an Mitgliedstaaten der Union wichtig. Eine weitere Neuerung wäre die im Vertrag vorgesehene Erweiterung und Spezifizierung der Petersberg-Aufgaben, wodurch das Handlungsgebiet der EU vergrößert würde. Von Bedeutung vor allem für die Außendarstellung der Union wären außerdem der Europäische Außenminister und der Europäische Auswärtige Dienst. Durch den Verfassungsvertrag oder auf alternativen Wegen wie etwa einer vom Rat angenommenen Gemeinsamen Aktion. Für die Fähigkeiten der EU zur Beilegung innerstaatlicher Konflikte wäre es von Bedeutung, wenn diese Bestimmungen kämen.

Um erfolgreich Konflikte bearbeiten zu können, muss die EU ferner Partner für ihre Aktivitäten finden. Oft bemühte Schlagwörter in diesem Kontext sind „strategische Partnerschaften“ und „effektiver Multilateralismus“. Die hinter den Wendungen stehende Substanz ist jedoch in den meisten Fällen gering. So sind bislang die wenigsten Partnerschaften strategisch – inwieweit es sich überhaupt um Partnerschaften handelt, ließe sich ebenfalls diskutieren. Man denke an das Zusammenspiel der EU mit Russland und China.¹³ Dennoch führt langfristig am Aufbau von wirklich strategischen und zuvorderst interessengeleiteten Verbindungen vor allem zu den maßgeblichen staatlichen Akteuren (u.a. USA, China, Russland, Indien) kein Weg vorbei.

Ebenso wichtig – und durch die fehlgeschlagenen Referenden in Frankreich

und den Niederlanden abermals bestätigt – ist schließlich, dass auch die Bevölkerung Europas vom Sinn und Zweck europäischer Sicherheitsaktivitäten überzeugt wird. Entsprechend muss deutlich gemacht werden, dass ESVP-Missionen in mitunter fernab gelegenen Ländern zusätzlich zu den Leistungen vor Ort in den Konfliktgebieten auch dem Schutz der Sicherheit wie auch den Interessen Europas dienen und dadurch unmittelbar dem Wohle der Bürger. Um die Bevölkerung zu gewinnen, bedarf es unter anderem einer größeren Transparenz der europäischen Entscheidungsprozesse wie auch einer besseren Informationspolitik durch die europäischen und nationalen Eliten.

4. Wirtschaft

Um eine langfristige Wirkung zu entfalten, müssen militärische und politische Maßnahmen zur Bearbeitung eines Konflikts durch Aktivitäten im Wirtschaftsbereich abgesichert werden. Der wirtschaftliche Wiederaufbau eines Konfliktgebiets und die damit im Idealfall einhergehende Einleitung eines ökonomischen Aufschwungs dienen der Stabilisierung eines Landes und dadurch auch der prospektiven Konfliktprävention.

Dass die EU im Wirtschaftsbereich große Fähigkeiten besitzt, steht außer Frage. Zu denken ist beispielsweise an die starke Stellung der Union innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO). Die Übernahme des Chefpostens der WTO durch den früheren Handelskommissar der EU, Pascal Lamy, tat dem Einfluss der Union sicher keinen Abbruch. Außerdem verfügt die EU über ein erhebliches Gewicht im Be-

reich der Entwicklungspolitik. Von hervorgehobener Bedeutung sind die im „Cotonou-Abkommen“ geregelten Beziehungen zu mehr als 70 Staaten Asiens, der Karibik und des Pazifiks (sog. „AKP-Staaten“). Kern der Zusammenarbeit ist, die wirtschaftliche Entwicklung der AKP-Staaten zu fördern. Die Verpflichtungen werden jedoch zusehends zweigleisig gesehen. Für ihr Engagement fordert die EU heute von ihren Partnern die Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung sowie zuletzt auch ein Engagement bei der Bekämpfung von Proliferation.

Nicht zu vergessen ist schließlich, dass die EU im Verbund mit ihren Mitgliedstaaten der mit Abstand größte Geber von Entwicklungshilfe (55% aller Mittel weltweit)¹⁴ ist. Im Jahr 2004 stellten die EU-Staaten knapp 43 Milliarden US-Dollar bereit. Die USA brachten es auf 19 Milliarden US-Dollar, Japan auf 8,9 Milliarden, Norwegen auf 2,2 Milliarden und die Schweiz auf 1,4 Milliarden.¹⁵

Das positive Bild wird allerdings durch mehrere Faktoren getrübt. Zu nennen sind beispielsweise die fortbestehenden Handelsbarrieren im Agrarbereich und somit gerade in jenem Feld, in dem die zumeist landwirtschaftlich geprägten Krisenländer ihre größten bzw. einzigen wirtschaftlichen Partizipationschancen auf dem Weltmarkt hätten. Eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik ist somit nicht nur wegen deren zu hinterfragenden Beiträgen für die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Europas notwendig, sondern auch aus entwicklungspolitischer Sicht und aus der Perspektive der Konfliktbearbeitung.

Außerdem ließen sich die von der EU und ihren Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten Mittel zur Entwicklungshilfe sowohl deutlich steigern wie auch wirksamer vergeben. Im Jahr 2004 erreichten mit Luxemburg, Dänemark, Schweden und den Niederlanden nur vier EU-Staaten das seit Dekaden international fixierte Ziel, jährlich 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) in die Entwicklungshilfe fließen zu lassen.¹⁶ Effektiver und effizienter eingesetzt würde das Geld wiederum werden, wenn nicht jeder Mitgliedstaat eigenständig und ohne größere Abstimmung mit den anderen EU-Staaten seine Gelder vergäbe – mit damit verbundenen Mehrkosten als zwangsläufige Folge.¹⁷

Auf Seiten der EU scheint man mittlerweile gewillt, diese Defizite offensiv anzugehen. Ende Mai 2005 einigte man sich beispielsweise auf einen ambitionierten Stufenplan, der die Verdoppelung der von den EU-Staaten bereitgestellten Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2015 vorsieht. Laut diesem Plan sollen die Entwicklungshilfeausgaben der 25 EU-Staaten bis zum Jahr 2010 zunächst 0,56% und bis 2015 dann 0,7% BNE erreichen.¹⁸ Außerdem regte die Kommission Mitte Juli 2005 die grundsätzliche Überprüfung der Entwicklungshilfepolitik der EU-Staaten an mit dem Ziel, durch eine bessere Kooperation zwischen den Staaten wie auch zwischen den Staaten und der Kommission zu einem wirksameren Einsatz der Mittel zu gelangen.¹⁹

5. Wie fähig ist die EU?

Die Fähigkeiten der EU zur Bearbeitung innerstaatlicher Konflikte sind durch-

wachsen. Auf der Habenseite stehen beispielsweise die Entwicklung hochmobiler Verbände zur Beendigung von Gewalthandlungen oder die Existenz einer Vielzahl von zivilen Experten zur Stabilisierung von Konfliktgebieten. Ebenso positiv sind die Ausstrahlungseffekte des europäischen Integrationsprozesses, welche der EU ein hohes Ansehen als Akteur verleihen. Wichtig sind ferner die wirtschaftlichen Potenziale der EU, unter anderem bei der Entwicklungshilfe.

Diesen positiven Aspekten stehen mehrere Mängel gegenüber. Die zumindest theoretisch schnelle Einsatzfähigkeit der Verbände droht durch fehlende Kapazitäten für deren Transport in Konfliktregionen konterkariert zu werden. Um die Handlungsfähigkeit der EU mit 25+ Mitgliedern zu verbessern, bedarf es generell an Möglichkeiten für ein differenziertes Vorgehen im Bereich der ESVP. Der Vertrag von Nizza sieht derlei allerdings nicht vor; der Verfassungsvertrag täte dies, wird vielleicht jedoch nicht in Kraft treten. Im Wirtschaftsbereich sind ebenfalls Verbesserungen möglich, beispielsweise mit Blick auf die Absenkung bzw. Abschaffung von Importbarrieren für Agrarprodukte.

So gut verschiedene Ansätze bereits sein mögen, ein Mehr an Europa im Sicherheitsbereich – in erster Linie verstanden als gemeinsames zwischenstaatliches Handeln auf europäischer Ebene – ist notwendig. Einzelne Staaten sind nicht länger dazu in der Lage, sich den gegenwärtigen Sicherheitsbedrohungen unilateral entgegen zu stellen. Gefragt sind vielmehr gemeinsame europäische Antworten auf gemeinsame Herausforderungen wie eben auf innerstaatliche

Konflikte und die oftmals damit einhergehenden Phänomene Staatsscheitern und Regionalkonflikte.

Kommt die EU zu Erfolgen bei der Bearbeitung von Konflikten, würde sich nicht nur die Sicherheit Europas erhöhen. Darüber hinaus offenbarte sich dann auch der Mehrwert Europas, der in den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden vor allem mit Blick auf die Fragen Wirtschaft und Soziales hinterfragt wurde. Erfolge der EU bei der Beilegung von Konflikten könnten somit die Verbundenheit der Bürger zum europäischen Integrationsprojekt steigern

helfen. Identitäten bzw. Zugehörigkeitsgefühle bilden sich schließlich nicht zuletzt über Positiverlebnisse.

Um solche im Bereich der Sicherheitspolitik zu erzielen, bedarf es weiterer Anstrengungen zum Aufbau der notwendigen Fähigkeiten auf der europäischen Ebene wie auch innerhalb der Mitgliedstaaten. Neben den angeführten Einzelmaßnahmen scheint dabei auch ein grundlegender Einstellungswandel in Reihen der oftmals noch in – den heutigen Herausforderungen nicht länger angemessenen – nationalen Kategorien denkenden politischen Eliten notwendig.

Anmerkungen

- * Dieser Artikel entstand im Rahmen des Projekts „Europas Weltpolitische Mitverantwortung“ der Bertelsmann Stiftung.
- ¹ Der „Failed States Index“ wurde durch Foreign Policy und dem Fund for Peace erstellt, abrufbar unter www.foreignpolicy.com. Siehe auch Batt, Judy/ Lynch, Dov: What is a ‚Failing State‘, and when is it a security threat? Think Piece for the EU-ISS Seminar „Failing States and the EU’s security agenda“, Paris, 8.11.2004.
- ² Europäische Sicherheitsstrategie, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12.12.2003.
- ³ Siehe Lindstrom, Gustav: Im Einsatzgebiet: ESVP-Operationen, in: Nicole Gnesotto (Hrsg.), Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die ersten fünf Jahre (1999-2004), Paris 2004, S.131-153.
- ⁴ Vgl. Brummer, Klaus: Konfliktbearbeitung durch internationale Organisationen, Wiesbaden 2005, Kap.4.
- ⁵ Siehe Lindley-French, Julian: A Chronology of European Security and Defence 1945-2005, Genf 2005; Schmitt, Burkard: Europas Fähigkeiten – wie viele Divisionen?, in: N. Gnesotto, Die Sicherheitspolitik, S.105-130.
- ⁶ Vgl. 2509. Tagung des Rats Außenbezie-

hungen, Brüssel, 19./20.5.2003.

- ⁷ Vgl. Rummel, Reinhardt: Wie zivil ist die ESVP?, in: SWP-Aktuell 10, Berlin 2003.
- ⁸ Vgl. Civilian Capabilities Commitment Conference: Ministerial Declaration, Brüssel, 22.11.2004.
- ⁹ Diese kommen aus den fünf EGF-Gründerstaaten Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal und Spanien.
- ¹⁰ Vgl. Capability Improvement Chart I/2005, Brüssel, o.D.
- ¹¹ Vgl. http://www.nato.int/shape/news/2003/shape_eu/se030822a.htm (Stand: 28.6.2005).
- ¹² Vgl. Binnendijk, Hans et al: A New Military Framework for Nato, in: Defense Horizons, May 2005, S.14-15.
- ¹³ Vgl. Brummer, Klaus: Strategien für eine effektivere europäische Außenpolitik, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 2/2005, S.142-145.
- ¹⁴ Die Kommission verwaltet davon 20%. Vgl. IP/05/902, Brüssel, 13.7.2005.
- ¹⁵ Vgl. www.oecd.org.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ Vgl. Brüne, Stefan: Braucht Europa nationale Entwicklungsministerien?, in: Internationale Politik, 11-12/2004, S.33-39.
- ¹⁸ Vgl. FAZ, 25.5.2005, S.7.
- ¹⁹ Vgl. IP/05/902, Brüssel, 13.7.2005.

Aus dem „Chaos“ und aus der „Krise“: Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel und ihr Beginn vor vierzig Jahren

**Rezensionsessay über Asher Ben-Natan:
Brücken bauen – aber nicht vergessen.
Als erster Botschafter Israels in der
Bundesrepublik (1965-1969), Droste Verlag,
Düsseldorf 2005.**

Peter L. Münch-Heubner

So wenig heute vor dem Hintergrund des Holocaust von einer „Normalität“ in den Beziehungen des jüdischen Staates zu Deutschland gesprochen werden darf, so wenig ‚normal‘ waren auch jene Umstände, aus denen heraus sie sich vor vierzig Jahren auf diplomatischer Ebene entwickelt haben. Der erste Botschafteraustausch zwischen beiden Staaten war so nicht nur historisch vorbelastet, schwer wogen auf ihm auch jene Verwirrungen und „Pannen“, von denen der Historiker Michael Wolffsohn spricht und von denen auch Asher Ben-Natan zu berichten weiß. Ben-Natan war Israels erster Botschafter in Bonn. Seine Erinnerungen (Asher Ben-Natan: Brücken bauen – aber nicht vergessen. Als erster Botschafter Israels

in der Bunderepublik (1965-1969) Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2005), die nun anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme eben dieser diplomatischen Beziehungen erschienen sind, zeigen, dass dieses Kapitel damals kein politisches Glanzstück, sondern das Endprodukt einer „Krise“ der deutschen Außen- und Nahostpolitik gewesen ist. Peinlich genug war dies nach den Ereignissen der Shoa. Doch verantwortlich für diese „Krise“ war nicht Bonn allein. Diesen Sachverhalt verschweigt Ben-Natan und seine Memoiren reihen sich in diesem einen Punkt ein in die bislang in der Literatur zu den deutsch-israelischen Beziehungen gängigen Sichtweisen. Andererseits aber hält er sich noch höflich zurück, schildert zwar

die israelische Kritik an der deutschen Politik in jenen Tagen, doch er lässt erkennen, dass er sie nicht gänzlich für gerechtfertigt hält. Er tut dies wohl auch aus verständlichen Motiven heraus, denn der deutschen Seite ermangete es damals durchaus nicht an gutem Willen Israel gegenüber, was die eben nicht nur finanziellen Aufbauhilfen für den jüdischen Staat anbetraf. So waren es die geheimen deutschen Waffenlieferungen an Israel, deren Bekanntwerden im November 1964 die Bonner Diplomatie so sehr ins Stolpern gebracht hatte. Doch eben die Tatsache, dass die Waffenhilfe bis zu diesem Zeitpunkt geheimgehalten werden musste, deutet schon auf jene komplexen und komplizierten Hintergründe hin, die damals für so viel Missstimmung, Irrungen und Wirrungen sorgten. Geheimgehalten werden musste sie vor allen Dingen im Hinblick auf die Beziehungen Deutschlands zu den arabischen Staaten. Doch waren es wirklich nur jene „rein wirtschaftlichen Interessen“ in der arabischen Welt, die die deutsche Außenpolitik dann dazu brachten „dem arabischen Druck nachzugeben“ und die Lieferungen einzustellen, wie Ben-Natan (S.48) schreibt?

1. Die deutsche Nahostpolitik in der Zwickmühle der Deutschlandpolitik

Die Hallstein-Doktrin, derzufolge alle Staaten, die die damalige DDR anerkannten, mit Sanktionen aus Bonn zu rechnen hatten erwies sich im Kontext der deutschen Nahostpolitik in den 60er-Jahren als ein selbst ausgelegter Fallstrick, in der man sich verding, ja diese Doktrin nahm dieser Nahostpolitik jeglichen Handlungsspielraum.

Denn diese Drohung erwies sich im Nahen Osten als Boomerang, nur allzugut verstand es z.B. Nasser in Ägypten, den ‚Spieß‘ einfach ‚umzudrehen‘, und die deutsche Politik mit der Drohung eben einer solchen Anerkennung zu erpressen. Doch war diese Misere der deutschen Außenpolitik zu diesem Zeitpunkt nicht nur eine ‚hausgemachte‘ deutsche allein.

Als Erhard sich unter dem Eindruck der von seiten Nassers an Walter Ulbricht ergangenen Einladung zu einem Staatsbesuch dafür entschied, die Waffenlieferungen an Israel einzustellen, war die Reaktion im jüdischen Staat überdeutlich oder wie Ben-Natan (S.48) schreibt, „entsprechend“. „Westdeutschland wurde“, wie der Autor nachdrücklich betont, „nicht zu Unrecht beschuldigt, aus rein wirtschaftlichen Interessen dem arabischen Druck nachzugeben.“ Diese Klage über einen ‚ökonomischen Opportunismus‘ wurde später zu einer Art ‚Leitmotiv‘ in den Beziehungen des jüdischen Staates zur Europäischen Gemeinschaft. Doch 1964/65 traf sie durchaus nicht den Kern des damaligen Problems.

Ben-Natan schreibt weiter, dass „Deutschland“ auf dem Höhepunkt der Krise in Israel „vielen wieder als bedrohlich und antisemitisch“ erschien. Er spricht auch von der „Kritik der USA an diesem Vertragsbruch.“ Zu alledem waren die Verstimmungen über die Einstellung der Militärhilfe ja zu der bereits seit 1963 schwelenden Krise um die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten hinzugekommen, die dort an Nassers Raketenprogramm gearbeitet hatten. Diese Wissenschaftler hatten, wie Ben-Natan (S.45) betont „bereits in Peenemünde an einem ver-

gleichbaren Projekt gearbeitet“ und nicht nur in Israel „wurde die Bundesrepublik beschuldigt – und sei es nur indirekt (...) –, erneut an der möglichen Vernichtung von Juden beteiligt zu sein (S.46).“

Dass die deutschen Raketenexperten Ägypten schließlich wieder verließen, nicht etwa, weil die Bonner Diplomatie hier, wie viele jüdische Organisationen das gefordert hatten, Schritte in diese Richtung eingeleitet hätte, sondern weil das „Programm (...) ein glatter Fehlschlag gewesen“ (S.46) war, scheint Ben-Natan der deutschen Politik anzukreiden. Sicher war Ludwig Erhard nicht der stärkste unter den deutschen Nachkriegskanzlern und er war auch kein Meister der Außenpolitik. So war „die Regierung Erhard“ für den Historiker Michael Wolffsohn in dieser Zeit „nur noch mit dem Reparieren von Pannen, nicht aber mit der Gestaltung ihrer eigenen Nahostpolitik beschäftigt“ und der Bundeskanzler selber war ein Regierungschef, „der eher Zick-Zack steuerte als Richtlinien bestimmte, (...)“.¹ Doch diesen Zick-Zack-Kurs steuerte die deutsche Nahostpolitik auch deswegen, weil sie ‚Seitenwind‘ bekommen hatte, und dies vor allen Dingen aus dem eigenen Lager der westlichen Verbündeten.

2. Die deutsche Nahostpolitik im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes

Als die deutsch-ägyptischen Beziehungen in der Folge des Ulbricht-Besuches schon kurz vor ihrem Ende standen, waren es die Botschafter der USA, Großbritannien und Frankreichs, die im März 1965 noch im Bundeskanzleramt

vorstellig wurden, um von Ludwig Erhard eine „gemäßigtere“ Linie Nasser gegenüber einzufordern. Deutschland solle jeden Schritt vermeiden, der es aus der arabischen Welt quasi ‚hinauskatapultieren‘ könnte.² Dies scheint jenem Bild von der US-Politik zu widersprechen, das Asher Ben-Natan seinem Leser am Beispiel der Washingtoner Reaktionen auf die Entscheidung Erhards zur Einstellung der Waffenlieferungen an Israel vermittelt. Tatsächlich aber hat das State Department „überrascht“ und „verärgert“ auf die diesbezügliche Ankündigung aus dem Kanzleramt reagiert.³

Zumindest ebenso „verärgert“ und vor allen Dingen wortwörtlich „enttäuscht“ reagierte darauf wiederum aber auch das offizielle Bonn. Regierungssprecher von Hase bedauerte, dass Deutschland in einer so wichtigen Frage von seinem wichtigsten Verbündeten im Regen stehen gelassen worden sei. Heinrich von Knappstein, der deutsche Botschafter in Washington, wünschte sich anlässlich eines Zusammentreffens mit US-Außenminister Dean Rusk ein größeres Maß an „diplomatischer Unterstützung“ durch die USA, als dies bis zu diesem Zeitpunkt der Fall gewesen war.⁴ Nur drei Tage zuvor hatte sich Bundeskanzler Erhard selbst beinahe ‚flehentlich‘ mit der Bitte an die Verbündeten gewandt „(...) dass auch die drei westlichen Alliierten zu uns stehen und mit uns eine gemeinsame und klare Sprache sprechen.“⁵

Das von Michael Wolffsohn beschriebene „Chaos“ der Erhardschen Nahostpolitik war nicht nur ein von ihr selbst geschaffenes, sondern auch eines, das seinen Ursprung in Washington hatte. Als dann am Ende die Entschei-

derung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen am Ende dieses Wirrwarr stand, hatte in Bonn endlich eine klare Linie die Oberhand gewonnen – auch über die Interessen der von Erhard angesprochenen „Alliierten“.

Bis heute hält sich in vielen Publikationen der ‚Mythos‘, dass Deutschland „auch angesichts des zunehmenden politischen Drucks der USA, Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen“ angeboten habe.⁶ Asher Ben-Natan zitiert in seinen Ausführungen den damaligen Fraktionsvorsitzenden der Union, Rainer Barzel, als Zeugen für seinen Blick auf die damaligen Geschehnisse herbei, wenn er schreibt, Barzel habe nach seiner Rückkehr von einer Reise in die USA dem Bundeskanzler eben diese „scharfe Kritik der USA“ vor Augen geführt und damit zu verstehen gegeben, dass dem „internationalen Ansehen der Bundesrepublik“ bei Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem jüdischen Staat Schaden drohe (S.48). Barzel jedoch schilderte Erhard gegenüber keineswegs die offizielle US-Position. Er war in Washington mit den führenden Repräsentanten amerikanisch-jüdischer Organisationen zusammengetroffen. Mit offiziellen Stellen in der amerikanischen Hauptstadt verhandelt hatte indes Kurt Birrenbach, der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Verhandlungen mit Israel. In seinen Gesprächen in Washington hatte er die „Eindrücke“ gewonnen, dass eine übereilte Aufnahme diplomatischer deutsch-israelischer Beziehungen im State Department nicht als optimale Lösung angesehen wurde. Stattdessen arbeitete Birrenbach nach diesen Unterredungen, die ihn auch in das Pentagon und das Weiße Haus geführt hatten, an einer „Zwi-

schenlösung“, dergestalt etwa, „(...) Israel die Errichtung eines Generalkonsulats anzubieten, mit der Maßgabe, dass dieses nach einer zeitlich vorher zu fixierenden Zeitspanne in eine Botschaft umgewandelt werden sollte.“⁷

In den weiteren Gesprächen zwischen Bundeskanzler Erhard, Rainer Barzel und Kurt Birrenbach obsiegten dann, wie Birrenbach schon vor drei Jahrzehnten selbst festgestellt hat, die beiden ersteren mit ihren Standpunkten. Für Barzel und Erhard standen „der moralische Ausgangspunkt und der Wunsch, jetzt zu einer klaren Entscheidung zu kommen, im Vordergrund“.⁸ Als Ludwig Erhards Entscheidung gefallen war, stieß sie bei den westlichen Verbündeten auf wenig Gegenliebe. Wieder wurden deren Botschafter im Kanzleramt vorstellig. Wieder warnten sie vor einem Schritt, der dazu angetan sein könnte, das „delikate“ Gleichgewicht im Nahen Osten zu gefährden.⁹

Diese Widerstände hatte schon Konrad Adenauer vergegenwärtigen müssen, als er noch kurz vor seinem Rücktritt 1963 an einen ebensolchen Schritt gedacht hatte, wie er dann von Erhard vollzogen wurde. Nach Konsultationen mit den ‚Verbündeten‘ hatte er allerdings von seinem Vorhaben wieder ablassen müssen. Ohne jedoch einen ‚konkreten Namen‘ nennen zu wollen, hatte sich Adenauer Felix Shinnar, dem damaligen Leiter der Israel-Mission in Köln – die im Zuge der Wiedergutmachung eingerichtet worden war – gegenüber gemäß Shinnars Erinnerungen wie folgt geäußert: „Der Versuch der vorbeugenden Absicherung gegen die unerwünschte Reaktion der Araber sei negativ verlaufen. Eine der konsultierten

westlichen Großmächte hätte zwar nicht abgeraten, aber doch so weitgehende Befürchtungen über die Folgen der zu erwartenden arabischen Reaktion geäußert, dass er mit diesem Schritt eine außerordentliche Verantwortung auf sich nehmen würde.“¹⁰

Doch welches Interesse hatten die ‚westlichen Alliierten‘ an einer Nicht-Aufnahme dieser Beziehungen, deren Knüpfung doch, wie Igal Avidan meint, eine eben von diesen Alliierten an die deutsche Politik gestellte Vorbedingung für die Gleichbehandlung Deutschlands als einem „gewandelten Staat“¹¹ gewesen sei. Die Hintergründe dieses anscheinend voller Widersprüche steckenden politischen Verhaltens beleuchtet der Historiker Wolffsohn: „Seit Mitte der 50er-Jahre war der Einfluss der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der arabischen Welt gesunken. Damit der Westen nicht völlig aus dem Nahen Osten verdrängt würde, bekneten diese Staaten die Bundesrepublik geradezu, intakte Beziehungen zur arabischen Welt aufrechtzuerhalten und diese nicht durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel aufs Spiel zu setzen. Bonn sei aufgrund der traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft bestens geeignet, die Interessen des Westens in der Region zu vertreten.“¹² Diese Politik fand ihre Erklärung im Kontext des Ost-West-Konfliktes und in dem Versuch, den sowjetischen Einfluss im Nahen Osten zurück- und einzudämmen. Hintangestellt wurden dabei auch israelische Interessen und Wünsche. Konkret hatten dies Israel und die jüdischen Organisationen schon im Falle der deutschen Raketenexperten in Ägypten in Erfahrung bringen müssen.

Denn es waren nicht nur – wie Ben-Natan schreibt – deutsche Passivität und Inaktivität, die eine solche Tätigkeit ermöglichten. Dafür mitverantwortlich war auch eine willentliche US-amerikanische Passivität in dieser Frage. Als sich im April 1963 der jüdische Kongressabgeordnete Leonard Farbstein in dieser Angelegenheit an Averell Harriman, damals unter Präsident Kennedy Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten, wandte, bekam er zur Antwort, dass Washington Nazi-Wissenschaftler in Ägypten lieber seien als sowjetische.

Würden diese Wissenschaftler abgezogen, wie Farbstein das wolle, wären negative Konsequenzen für das Gleichgewicht zwischen Ost und West im Orient zu befürchten, denn: „Likewise it is by no means clear that they would not be replaced by Soviet-bloc personnel equally qualified in such work, again forcing the U.A.R. (Vereinigte Arabische Republik, Anm. d. Verf.) into greater reliance on the U.S.S.R.“.¹³

Auf US-amerikanische Hilfe konnte die israelische Seite in dieser sowohl für den jüdischen Staat als auch für Deutschland unangenehmen Angelegenheit nicht zählen. Und es war auch kein Druck aus Washington, der die Bundesregierung dazu gebracht hatte, Israel nun die Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen anzubieten. Ben-Natan kritisiert David Ben-Gurions „Pragmatismus“ und „Zurückhaltung“ z.B. gerade in der Frage der Raketenexperten und er meint, gerade der israelische Regierungschef habe hier mit zu wenig Rücksicht auf die „Gefühle und Erinnerungen der Holocaust-Überlebenden“ reagiert. (S.46).

Doch wenn Ben-Gurion hier „Zurückhaltung“ übte, dann tat er dies vielleicht auch, weil er sich an den „Pragmatismus“ des Möglichen und des Machbaren gerade im Hinblick auf die Haltung der USA gehalten hat. Ben-Natan selbst erwähnt ja zumindest an einer Stelle jene ‚Hürde‘, die z.B. beim Abschluss des Geheimabkommens über die deutschen Waffenlieferungen im März 1960 in New York zu überwinden war bzw. welche man auch schlicht zu umgehen versuchte. So sei es beinahe zu einem „Eklat“ gekommen, weil die „Waffenlieferungen getarnt werden mussten“ und so „nachts amerikanische Hubschrauber auf israelische Schiffe verfrachtet wurden, ohne die Amerikaner zu informieren. Als die Sache durchsickerte, protestierten die Amerikaner beim deutschen Verteidigungsminister, da sie dem Handel nicht zugestimmt hatten.“ (S.42)

Auch Franz Josef Strauß, der damals als Verteidigungsminister maßgeblich am Zustandekommen dieses Geheimabkommens beteiligt gewesen war, erinnerte sich so in einem von Michael Wolffsohn angeführten Dokument noch sieben Jahre später vor dem Landesvorstand der CSU nur allzu gut daran, dass damals „die Amerikaner die ersten (gewesen)“ waren, „die dagegen protestierten (...) mit der Begründung, das schaffe nur Unruhe (...)“.¹⁴ Nur ein Jahr später allerdings sah das dann anders aus, dann „sagten“, wie Strauß im Juni 1967 in München dem CSU-Vorstand erzählte, „die Amerikaner (...): Sie müssen jetzt weiterliefern, wir bewerten die Lage doch anders.“¹⁵

Auch Ben-Natan erwähnt (S.42), dass Washington im weiteren Verlauf der Waffen-Affäre von der ursprünglich ein-

genommenen Haltung abrückte und diese Militärhilfe sogar noch forciert sehen wollte quasi als „eine Kompensation für amerikanische Waffenlieferungen an Jordanien“.

3. Die „Krise“ der deutschen Nahostpolitik als Folge der Krise der westlichen Orientpolitik

Vom ‚Störfaktor‘ war die Bonner Israel-Politik nun zum ‚Ausputzer‘ US-amerikanischer Nahost-Strategien geworden. Neben einem anderen, nicht auf dem Krisen-Schauplatz Nahost anzutreffenden Faktor – Vietnam nämlich, wo sich die USA nun militärisch engagiert hatten und so an anderer Stelle ‚Entlastung‘ brauchten¹⁶ – war es aber vor allen Dingen Charles de Gaulle gewesen, der diese Kurskorrektur in den US-Strategien bewirkt hatte. Denn bis zu Beginn der 60er-Jahre war Frankreich eben dieser ‚Ausputzer‘ in der Region gewesen. Im Rahmen der in Washington konzipierten ‚Arbeitsteilung‘ zwischen den Westmächten im Orient war Paris die Rolle des Sicherheitsgaranten für Israel zugefallen. Im arabischen Lager hoffte man so, selbst ‚freie Hand‘ behalten zu können. Durch den Suez-Feldzug 1956 und das militärische Vorgehen gegen den damaligen ägyptischen Staatspräsidenten Nasser sowie durch den Algerien-Krieg im arabischen Lager weitgehend diskreditiert, hatte Frankreich nach Einschätzung der Geostrategen im Weißen Haus und im Pentagon in der islamischen Welt eh nichts mehr zu verlieren. Frankreich profitierte auf der anderen Seite von dieser Zusammenarbeit lange Zeit auf militärischem Gebiet. Doch als General de Gaulle die Außen- und Nahostpolitik

seines Landes in neue Bahnen lenkte und mit seiner „politique arabe“ eben in den arabischen Staaten verlorenes Terrain wiedergutmachen wollte, ‚störte‘ nun er die Washingtoner Strategien.¹⁷ Die Bonner Militärhilfe, die zuvor hier ‚gestört‘ hatte, kam nun gerade recht und nach dem Willen Präsident Johnsons sollte die Bundesrepublik Deutschland jetzt sogar „(...) die Waffenexporte an Israel (...) erhöhen und auch Panzer (...) liefern.“¹⁸

Dieses Vorgehen aber war ein eher hilfloser Versuch, den sich bereits mit der „politique arabe“ de Gaulles abzeichnenden Einsturz des Kartenhauses der westlichen Arbeitsteilung in Nahost hinauszuzögern. Und dieser Einsturz sollte die Bonner Nahostpolitik beinahe unter sich begraben. Nur weil Washington noch nicht bereit war, selbst Israel mit Waffenlieferungen zu unterstützen, sollte Bonn dies tun, gleichzeitig aber für den Westen im arabischen Lager den ‚Fuß in der Tür‘ behalten. Die deutsche Nahostpolitik wurde so in ein Dilemma, in einen damals schier unaufhebbar scheinenden Widerspruch hineinmanövriert, an dem sie im Jahre 1965 zu scheitern drohte. Wer für das Bekanntwerden des deutsch-israelischen Geheimabkommens verantwortlich zeichnete, wer jener Informant war, der der New York Times die diesbezüglichen Informationen zuspelte ist – anders als seit kurzem im Falle Watergate – bis heute unbekannt. Es kursieren nur Vermutungen und Gerüchte.

Die Veröffentlichungen vom November 1964 waren von weitreichenden Folgen auf der Ebene der internationalen Politik, die bis in die Deutschland-Politik hineinreichten. Der arabische

Protest gegen das nunmehr nicht mehr geheime Geheimabkommen öffnete Walter Ulbricht, öffnete der DDR und nach ihr der UdSSR arabische Türen. Die Hallstein-Doktrin und mit ihr der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik waren über Nacht dahin.

Die Signale, die die westlichen Verbündeten auf dem Höhepunkt dieser Krise in die Bundeshauptstadt ausgesendet hatten, blieben auch zu diesem Zeitpunkt so widersprüchlich, wie es das Gesamtkonzept der innerwestlichen Arbeitsteilung längst geworden war. Als die Felle längst davon zu schwimmen drohten, ließ man Bundeskanzler Erhard von Washington aus noch wissen, dass „die Bundesregierung (...) selbstverständlich frei“ sei, „alles zu tun, was ihr zweckmäßig erscheine, nur würde es für die westliche Welt wichtig sein, dass die Bundesrepublik nicht aus der gefährdeten Zone des Nahen Ostens als Faktor der Mäßigung ausgeschaltet würde.“¹⁹

Bonn schien sich dann an solche Vorgaben zunächst halten zu wollen, als es die Einstellung der Waffenhilfe an Israel ankündigte. Doch auch dies stieß – wie zuvor gesehen – auf den heftigsten Protest der Johnson-Administration. Die Antwort auf die Frage nach den Ursachen der Krise der deutschen Nahostpolitik 1963-65, dürfte maßgeblich in Washington zu finden sein.

4. Die „Krise“ und die „Chance“

Aus all diesem Wirrwarr heraus setzte die Bundesregierung, setzten Ludwig Erhard und Rainer Barzel dann zu einem moralischen ‚Befreiungsschlag‘

an, als sie – und dies wiederum entgegen dem Willen der westlichen Verbündeten – Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anboten. Die „Krise“ wurde damit, wie Asher Ben-Natan wieder richtig feststellt, als „Chance“ begriffen (S.47), die genutzt wurde beim Aufbau bilateraler Beziehungen, die seither immer als „Sonderbeziehungen“ angesehen werden. Auch vierzig Jahre nach diesen Vorkommnissen wehrt sich Ben-Natan dagegen, heute von einer „Normalisierung“ derselben zu sprechen. Dem würde auch der gegenwärtige deutsche Botschafter in Tel Aviv zustimmen, der vor dem Hintergrund der Vergangenheit „vor dieser Begrifflichkeit“ warnt, denn „„Normal‘ – der Norm entsprechend –, anders ausgedrückt: vorschriftsmäßig oder gewöhnlich, üblich oder durchschnittlich, können die deutsch-israelischen Beziehungen nicht sein.“²⁰

Der „erste Botschafter Israels in der Bundesrepublik“, der in seinem Buch einen lesenswerten Einblick in seine Kontakte zur deutschen Politik, zu

deutschen Politikern gibt, schließt seine rückblickenden Betrachtungen mit einem kritischen Seitenblick auf aktuelle Entwicklungen. Kritisch betrachtet er „seit 2000 eine Zunahme der antiisraelischen Stimmung und auch des Antiamerikanismus“ (S.155), warnt davor, dass bei aller womöglich angebrachten Kritik an israelischer Politik „die Grenze zwischen Antisemitismus und Antizionismus (...) fließend“ sei (S.157) und er verwahrt sich gegen aktuelle „Versuche der Aufrechnung deutscher Toter des Zweiten Weltkriegs mit jüdischen Opfern der Shoa.“ (S.157)

Trotzdem bleibe er ein „Optimist“, der glaubt, dass die Anstrengungen, die vor vierzig Jahren zur Eröffnung eines neuen Kapitels in den Beziehungen der beiden Völker zueinander sich gelohnt haben und dass die damalige „Krise“ damit der Ausgangspunkt für eine neue und konstruktive Entwicklung war. Mit Blick auch auf jene Tage, in denen „die erste Brücke nach Deutschland“ gebaut wurde, glaubt er feststellen zu können: „(...) die Brücke trägt noch immer.“ (S.158)

Anmerkungen

¹ Wolffsohn, Michael: Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen, München 1994, S.35.

² Allies urge Bonn to stay in Cairo, in: The New York Times, 7.3.1965.

³ U.S. favoured arms sale to Israel, says spokesman, in: The Jerusalem Post, 19.2.1965.

⁴ Bonn regrets U.S. lagged in backing stand on Mideast, in: The New York Times, 20.2.1965.

⁵ Erhard appelliert an Westmächte, in: Süddeutsche Zeitung, 17.2.1965.

⁶ Avidan, Igal: „Auch die dunkelste Nacht endet mit einer Morgendämmerung“ – Die Feuerprobe der deutschen Demokratie, in: Das Parlament, 11.4.2005.

⁷ Birrenbach, Kurt: Die Aufnahme der

diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel, in: Karl Hohmann, u.a. (Hrsg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, 1972, S.371.

⁸ Ebda, S.372.

⁹ Bonn will seek formal tie, in: The New York Times, 8.3.1965.

¹⁰ Shinnar, Felix E.: Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951-1966, Tübingen 1967, S.125.

¹¹ Avidan, I.: „Auch die dunkelste Nacht endet mit einer Morgendämmerung“.

¹² Wolffsohn, M.: Ewige Schuld?, S.30.

¹³ Cairo arms work is assayed by U.S., in: The New York Times, 12.4.1963.

¹⁴ Zitiert bei Wolffsohn, M.: *Ewige Schuld?*, S.139.

¹⁵ Ebda.

¹⁶ Vgl. dazu: U.S. and Germany Reaffirm Agreement on East-West Problems; Joint communique released on June 12 at the conclusion of talks between President Johnson and Chancellor Ludwig Erhard of the Federal Republic of Germany, in: The Department of State bulletin, June 29, 1964, S.993f.

¹⁷ Zu den französisch-israelischen Bezie-

hungen in dieser Zeit und zur Wende de Gaulles siehe: Crosbie, Sylvia Kowitz: *A Tacit Alliance. France and Israel from Suez to the Six Day War*, Princeton 1974.

¹⁸ Wolffsohn, M.: *Ewige Schuld?*, S.33.

¹⁹ Birrenbach, K.: *Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen*, S.370f.

²⁰ Dreßler, Rudolf: *Gesicherte Existenz Israels – Teil der deutschen Staatsräson*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 15/2005, S.5.

Das aktuelle Buch

Schwarz, Hans-Peter: Republik ohne Kompass – Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik. München: Propyläen, 2005, 352 Seiten, € 20,00.

Passend zur innen- und außenpolitischen Zeitenwende – in Deutschland und nach der französischen Ablehnung der EU-Verfassung – legt Adenauer-Biograf Hans-Peter Schwarz eine kompakte Studie zur deutschen Außenpolitik vor. Schwarz, der selber der realistischen Schule der internationalen Politik entstammt, verknüpft in gewohnt souveräner Weise internationale und innerstaatliche Politikdeterminanten, die die deutsche Position in Europa und der Welt verstehbar werden lassen.

Im Sinne Churchills beginnt Schwarz damit, die außenpolitischen Bezugskreise der deutschen Nation unter Helmut Kohl zu definieren. Diese diagnostiziert er im vereinten Europa, der Stärkung der transatlantischen Gemeinschaft, einer Integration der MOE-Staaten in Europa und der Herstellung einer entspannten Beziehung zu Russland.

Schwarz zeigt auf, wie die über ein halbes Jahrhundert gewachsenen Bezugskreise der deutschen Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts ins Wanken geraten sind. Die Ursachen dafür sind in einem unruhiger gewordenen internationalen Umfeld zu suchen, aber auch in falschen Prioritätensetzungen der rot-grünen Regierung. Zwei Verhaltensstrategien der Schröder/Fischer-Achse stören Schwarz besonders: die brusche Art des Umgangs mit den USA im Irak-Konflikt, obwohl er die Politik der Bush-Administration keinesfalls gutheißt, und das starke Anlehnen an Frankreich und andere Großmächte, die in ihrer Strategie zur Herstellung einer multipolaren Welt Deutschland in ein gefährliches Fahrwasser treiben könnten.

Schwarz zeigt, dass der deutsch-französische Versuch der Etablierung eines Kerneuropas nicht geeignet ist, um den Kontinent zu einen. Er verweist auf die politischen und ökonomischen Erfolge Europas der letzten sechzig Jahre und warnt vor einer Überdehnung der Kompetenzen Brüssels. Der Nationalstaat lebe und konstituiere weiterhin die EU. Und

Europa sei schließlich ein von den USA erzwungenes Erfolgsrezept, welches nicht autonom als (sozial konstruiertes) Erfolgsrezept sui generis interpretiert werden dürfe.

Schwarz glaubt, dass die Mehrzahl der europäischen Staaten ihre nationale Identität bewahren will. Dies wird deutlich in dem letzten Kapitel, in welchem Schwarz – unter Bezugnahme auf Friedrich Meinecke – eine postmoderne Staatsräson für Deutschland formuliert.



Vorher aber zeigt der Historiker, dass der „deutsche Patient“ erst wieder gesunden müsse, um einen großen internationalen Einfluss auszuüben. Die lahmen- de Konjunktur sei ein Klotz am Bein der deutschen Europa- und Bündnispolitik.

Schwarz ist politischer Realist, der fordert, dass eine Nation ihre Ziele nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen formulieren müsse. Er vermisst in der unvermeidlichen deutschen

Out-of-Area-Praxis eine konsistente Linie. Deutschlands Außenpolitik reagiere auf spontane Impulse und Bedürfnisse, sei aber nicht geleitet von einer langfristigen Strategie. Aus den Auslandsaufgaben könnten Niederlagen oder kostenträchtige Daueraufgaben werden, die die deutschen Fähigkeiten überreizten. Während der deutsche Militäreinsatz auf dem Balkan nachvollziehbar sei, so drohe im Fernen Osten der Tanz auf einem Pulverfass, das Schwarz an das Serbien von 1914 erinnert. Er plädiert für ein Moratorium in Bezug auf Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Schwarzs Abhandlung schließt mit einem Höhepunkt. Der subtile Analytiker zeigt, dass der deutsche Traum von einer Selbstauflösung Deutschlands in einem Großeuropa von den europäischen Partnerstaaten nicht geteilt wird. Diese glaubten weiter an die in Deutschland weithin für antiquiert gehaltene Staatsräson. Auf S. 275 sagt er: „Die Hoffnung hat getrogen, den veralteten Kompass ‚Staatsräson‘ durch ein ganz neuartiges, noch ungetestetes, hochkompliziertes supranationales Navigationssystem zu ersetzen.“

So mahnt Schwarz, Deutschland müsse seine eigene Staatsräson wieder entdecken, die selbstverständlich maßgeblich aus integrati-

ven Elementen bestünde. In Abgrenzung zur rot-grünen Bundesregierung stellt er die Reihenfolge der deutschen Kerninteressen um, ohne sie völlig zu revidieren, aber er macht sie explizit und damit nachvollziehbar.

An erster Stelle fordert Schwarz die Restauration des transatlantischen Bündnisses. Der diplomatischen (multipolaren) Allianz mit Frankreich, Russland und China erteilt er eine klare Absage und verweist darauf, dass Deutschlands außenpolitische Stabilisierung eng mit dem Eingreifen der USA nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden ist. Aber auch jenseits aller historischer Sentimentalitäten sei es ein Akt politischer Dummheit, sich die einzige Supermacht zum Gegner zu machen.

Zweitens plädiert Schwarz für eine angemessene deutsche Europapolitik. Dabei müssten die Deutschen einen wesentlichen Anteil am Aufbau einer „EU-Räson“ leisten. Nicht unbegrenzte Erweiterung und eine klare Finalität seien das Ziel, wenn Europa Zukunft haben wolle: „Il n'y a que le provisoire, qui dure.“

Dass Deutschland drittens „Weltpolitik mit Maß und Ziel“ betreiben müsse, darauf deutet Schwarz hin und zeigt, dass schon die alte Bundesrepublik weltpolitische Akzente gesetzt habe. Man darf nur an die Bonner Ostpolitik erinnern. Die Bundeswehr ist keine Armee der Territorialverteidigung mehr, son-

dern eine Interventionsarmee. Deren Zielvorgaben und Ausrüstungsbedingungen wie deren politischen Ziele müssten deutlicher formuliert werden, allein schon zur Herstellung und Sicherung einer glaubwürdigen Bündnisfähigkeit. Zusätzlich warnt Schwarz vor einer energiepolitischen Abhängigkeit von Russland und plädiert für eine strategische Diversifikation in diesem Bereich.

Eine vierte Komponente der Staatsräson besteht aus der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Landes. Mit zunehmendem Reichtum, so der neoklassische Realist Fareed Zakaria, gelangt eine Nation zu mehr Einfluss und Ansehen. Um die hehren friedenspolitischen Ziele verwirklichen zu können, muss Deutschland sein eigenes Haus in Ordnung bringen.

Schwarz kann selber keine völlig konsistente und widerspruchsfreie Staatsräson vermitteln, aber ihm gebührt das Verdienst, darauf verwiesen zu haben, dass das Denken von der Staatsräson nicht obsolet ist. Multilateralismus steht im Dienst der Staatsräson, nicht umgekehrt. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu einem neuen Kompass für die deutsche Republik. Es ist zu wünschen, dass ein breites Publikum diesem Nachfolgewerk zu „Die Zentralmacht Europas“, das der Autor eine Dekade zuvor publizierte, seine Aufmerksamkeit widmet.

Christoph Rohde

Buchbesprechungen

Christian Hacke: Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush. Berlin: Ullstein Verlag, 3. Aufl., 2005, 752 Seiten, € 9,95.

Mit dieser aktualisierten und erweiterten Auflage seines klassischen Einführungsbandes in die amerikanische Außenpolitik seit J.F. Kennedy legt der an der Universität Bonn lehrende Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Christian Hacke ein Studie vor, die Beachtung verdient, weil sie zu Diskussionen über die zukünftige Rolle der USA im internationalen System des 21. Jahrhunderts anregt.

Hacke, als profunder Kenner amerikanischer Außenpolitik nach dem 2. Weltkrieg einem breiten Publikum hinlänglich bekannt, blickt mit verhaltenem Optimismus auf die zukünftige Entwicklung amerikanischer Außenpolitik unter der Bedingung systemweiter Unipolarität. Dies ist jedoch nicht der einzige Punkt, an dem sich Hacke vom Mainstream der Internationalen Politik abhebt (und es wird später noch darauf zurückzukommen sein, wie Hacke seinen Optimismus begründet). Er bettet die jüngsten Entwicklungen in der U.S.-Außenpolitik in die Geschichte amerikanischer Außenpolitik ein und ist somit in der Lage, die weit verbreitete und falsche Auffassung von der Einzigartigkeit der amerikanischen Außenpolitik unter George W. Bush zu entkräften. In diesem Buch folgt Hacke nicht der Meinung jener, die die Ursache der exzessiven amerikanischen Machtausübung reduktionistisch dadurch erklären wollen, dass die Neocons in Washington das Ruder an sich gerissen haben, sondern er bettet die Erklärung dieser Politik in den historischen Verlauf amerikanischer Weltmachtspolitik seit den 60er-Jahren ein und ist dadurch in der Lage, Kontinuitätstendenzen aufzuzeigen, die bei der Diskussion um die Amtsführung des 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten oftmals zu Gunsten einer eher manichäischen Interpretation dieser Politik übersehen werden. Hackes Buch lässt sich durchaus als der Versuch lesen, die ‚long durée‘ (Braudel) aufzuzeigen (S.708-717), die sich in der U.S.-Außenpolitik finden lassen. Durch diese Einbettung unterscheidet sich der vorliegende Band wohl tuend von anderen Studien zur amerikanischen Außenpolitik seit 2001, die den deutschen Büchermarkt in den letzten Jahren überschwemmt haben.

Kehren wir an dieser Stelle zu dem bereits erwähnten Optimismus von Hacke zurück. Wie wird dieser begründet? Hacke stützt sich in

seinem Optimismus im Wesentlichen auf zwei Argumente. Zum einen widerspricht es der Geschichte und der Natur der amerikanischen Außenpolitik, die gegenwärtige militärische und politische Stärke zur Verfolgung einer imperialen Politik auszunutzen und zum Zweiten fehlt es in der amerikanischen Bevölkerung auf Dauer an Unterstützung einer Politik, die auf Partner und Verbündete keine Rücksicht nimmt und die Einbindung der USA in internationale und regionale Organisationen ignoriert (S.732-739).

Mit dieser Argumentation reiht sich Christian Hacke ein in die Schar jener, die aus grundsätzlich demokratietheoretischen Argumentationen ein Abdriften der USA in eine imperiale Politik für wenig wahrscheinlich halten. Diese Analyse bildet die Ausgangslage für die verhalten positive Einschätzung des Verfassers hinsichtlich der Auswirkungen des unipolaren Momentums der aktuellen internationalen Politik. Unter der Voraussetzung, dass die von Hacke identifizierten Selbstbeschränkungskräfte der amerikanischen Demokratie funktionieren werden, sieht er, im Gegensatz zu anderen Autoren der realistisch/neorealistischen Schule, durchaus die Möglichkeit, dass ein „gütiger Imperator“ oder, wie Hacke es nennt, „sanfter Hegemon“ durchaus a) mehr Stabilität und Sicherheit im Internationalen System produzieren kann, und b) die exzeptionelle Stellung der USA im heutigen System von anderen Staaten nicht nur als legitim, sondern auch als wünschenswert erachtet wird.

Allerdings kann eine solche Entwicklung, so Hacke, nur dann stattfinden, wenn sie eingebettet ist in eine zivilisatorisch attraktive Lebensweise (S.737). Da der American way of life jedoch außerhalb des transatlantischen Raumes oftmals eher als Bedrohung denn als erlangenswerter Zustand wahrgenommen wird, gilt es für die USA zum Vorreiter demokratischer und wirtschaftlicher Reformen, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, zu werden und eine führende Rolle bei der Bekämpfung globaler Herausforderungen einzunehmen (S.743). Sollte dies nicht der Fall sein, so blieben die USA zwar weiterhin Weltmacht, sie riskieren jedoch, dass sie – um Hackes Buchtitel zu paraphrasieren – als verdamnte Weltmacht wahrgenommen werden würden.

Insgesamt kann man festhalten, dass Hacke mit dieser erweiterten Auflage seines USA

Buches das geliefert hat, was man von ihm erwartet, nämlich zum einen eine erste Analyse der Bush-Präsidentschaft erweiterte Fassung seines Klassikers, zum anderen eine Analyse amerikanischer Außenpolitik, die, und dies hat die vorliegende Rezension versucht deutlich zu machen, quer zu den landläufigen Erklärungsansätzen amerikanischer Außenpolitik (insbesondere von George W. Bush) liegt.

Das Buch spitzt zu und regt zum Denken und Debattieren an. Und es bleibt dabei dennoch das, was es auch früher war: eine gelungene Einführung in die Außenpolitik der USA von Kennedy bis heute, der man nur viele Leser wünschen kann.

Carlo Masala

Balcar, Jaromír: Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972. München: R. Oldenbourg Verlag, 2004, 584 Seiten, € 39,80.

Mit dem vorliegenden Werk erscheint bereits der fünfte Titel der im Jahr 2001 eröffneten, auf sieben Bände ausgelegten Reihe „Bayern im Bund“, mit der das Institut für Zeitgeschichte den rasanten sozialen, ökonomischen und kulturellen Wandel der Fünfziger-, Sechziger- und frühen Siebzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts in Bayern darstellen und zugleich regionale Unterschiede dieses Prozesses beleuchten will.

Dem sehr allgemein gewählten Titel von Jaromír Balcars Dissertation, die, angeregt und gefördert vom Institut für Zeitgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, bei Hans Günter Hockerts entstand, lässt sich nicht entnehmen, inwiefern sich diese Studie von den bisher erschienenen Bänden inhaltlich unterscheidet.

Wer dies wissen will, muss wenigstens einen Blick ins Inhaltsverzeichnis, besser aber in die Einleitung werfen. Dort erläutert der Autor präzise die Zielsetzung seiner Arbeit, nachdem er im Prolog am Beispiel des im Landkreis Landsberg am Lech gelegenen Pfarrdorfes Erpfing exemplarisch darlegt, welche Bereiche des gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Wandels in den strukturschwachen ländlichen Gebieten Bayerns er in seiner vergleichenden Studie darstellen möchte. Im Unterschied zu bereits vorliegenden Studien will Balcar die politischen Rahmenbedingungen des Strukturwandels auf dem Land analysieren. Andere Faktoren bleiben dagegen weit-

gehend unberücksichtigt, ihre Bedeutung freilich wird nicht in Abrede gestellt. Balcars Strukturanalyse erfasst insgesamt elf nach besonderen Kriterien ausgewählte Landkreise aus sechs Regierungsbezirken – Oberfranken fehlt leider. Untersuchungszeitraum sind wiederum die Jahre 1945 bis 1972, die von der Besetzung durch amerikanische Truppen und der ersten Ölkrise eingerahmt werden. An drei Themenkomplexen versucht der Autor, den rasanten Wandel in den von ihm nach Vergleichbarkeit und Quellenlage ausgewählten Kommunen zu exemplifizieren: „Erstens geht es um die Akteure der Politik auf dem Land, um Bürgermeister und Landräte, Gemeinde- und Kreisräte; zweitens um die Rolle der Parteien und deren Versuche, ihre Organisation auf den ländlichen Raum auszudehnen und drittens um die Politik auf dem Land, ihre Umsetzung vor Ort sowie ihre Auswirkungen.“

Unter der Überschrift „Basisnahe politische Eliten 1945-1972“ zeichnet Balcar Werdegänge der Bürgermeister, Gemeinderäte, Landräte und Kreisräte sowie der Abgeordneten des Bayerischen Landtages aus den ausgewählten Gebieten nach. Das Personal für diese Aufgabenbereiche rekrutierte sich zunächst aus der durch Krieg und Entnazifizierung stark begrenzten dörflichen Honoratiorenschicht, „die traditionell die Politik auf dem Land bestimmt hatte“ und zumeist einer selbstständigen Tätigkeit nachging. Eine Sonderrolle nahmen die Flüchtlingsvertreter ein. Dieser ersten Landbürgermeister-Generation ist nicht selten eine lange Amtszeit gemeinsam. Einen spürbaren Wandel der Politikertypen, die die Bürgermeistersessel der Landgemeinden besetzten, konstatiert der Autor erst für die Jahre nach 1966. Vor allem in den von strukturellen Veränderungen am stärksten erfassten Gegenden drängten spätestens in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre verstärkt Beamte und Angestellte mit ihren speziellen Befähigungen in die verschiedenen kommunalpolitischen Ämter, nicht zuletzt, weil sie der zunehmenden Bürokratisierung, mit der vor allem Bürgermeister und Landräte konfrontiert wurden, eher gewachsen waren. Zusätzlich befördert wurde dieser allgemeine Trend durch die infolge der Gebietsreform entstehenden größeren Verwaltungseinheiten. So wurden schließlich immer mehr Bürgermeisterstellen hauptamtlich und somit auch für Beamte und Angestellte attraktiver. Politische Betätigung wurde mehr und mehr zur entlohnten Beschäftigung.

Der „Volksparteien auf dem Land“ betitelte zweite Teil der Untersuchung zeigt ebenfalls, dass der große Wandel der politischen Landschaft mit der Gebietsreform in kausalem Zu-

sammenhang steht. Mehr noch haben den „Einzug“ der Parteipolitik in die Kommunalpolitik die im Laufe der Jahre aufgestellten staatlichen Förderprogramme beschleunigt. Zuvor waren auf dem Land noch freie Wählergemeinschaften dominierend. Der Erfolg eines Kommunalpolitikers bei der Akquirierung staatlicher Fördermittel korrespondierte nicht selten mit seinen innerparteilichen Beziehungen zur Landes- und Bundespolitik.

Schlüssig weist Balcar nach, wie und warum es der CSU gelang, die SPD dauerhaft als Konkurrenten um die Wählergunst klar in Schach zu halten.

Im dritten Teil der Untersuchung geht es schließlich um „Politisches Handeln auf dem Land“. Balcar richtet seinen Blick auf die Strukturpolitik und kommt zu dem freilich nahe liegenden Schluss, dass die ehrenamtlich tätigen Landbürgermeister überwiegend „als Träger der forcierten Infrastrukturpolitik nicht in Frage“ kamen – anders die als kommunale Wahlbeamte hauptberuflich tätigen Landräte, die überwiegend der jüngeren Generation angehörten, „die ihre prägenden Erfahrungen vor allem im Zweiten Weltkrieg machten“, nicht an „alten Idealen“ hingen und in der Regel einen relativ hohen Bildungsstand hatten. Sie waren schon eher in der Lage, die Vorgaben der Landesplanung in praktische Politik umzusetzen. Als „Realtyp“ in dieser Beziehung porträtiert Balcar den legendären Rodinger CSU-Landrat Franz Sackmann, der in seinem Wirkungskreis Triebkraft eines spektakulären Strukturwandels wurde. Der Autor übersieht aber nicht, dass Sackmann dank seiner glänzenden politischen Beziehungen zu den Führungsspitzen seiner Partei sein Landratsamt weit mehr als andere zu einer zentralen Schaltstelle ausbauen konnte, „wo die von unten nach oben führenden Fäden mit denen zusammen(liefen), die von oben nach unten reichten“. Die geradezu atemberaubende Erfolgsbilanz, die Sackmann am Schluss seiner Amtszeit ziehen konnte, bleibt im Bayern weiten Vergleich also doch eher singulär, macht aber individuelle Möglichkeiten der einzelnen Politiker und Grundtendenzen gut sichtbar.

Schließlich konstatiert Balcar, dass der sozioökonomische Strukturwandel auf dem Land mit enormen Kosten verbunden war und viele Kommunen in eine Schuldenfalle liefen, die ebenfalls die Notwendigkeit einer umfassenden kommunalen Gebietsreform beförderte. Heute wissen wir, dass damit die Problematik „lediglich an die neu entstandenen größeren Verwaltungseinheiten weitergegeben worden“ ist. Es verwundert nicht, dass angesichts des

Schuldendilemmas unserer Tage wieder der Traum der heilenden Wirkung umfassender Reformen geträumt, aber dabei der Blick auf die tatsächliche Wirkung derselben mitunter vernebelt wird.

Insgesamt gelingt es Jaromír Balcar, auf breiter Quellenbasis überzeugend sein Anliegen umzusetzen. So stellt diese breit angelegte, mit einem gesunden und die Lesbarkeit nicht beeinträchtigenden Maß an Statistik angereicherte Studie eine ausgezeichnete Informationsquelle sowohl für die Regionalgeschichtsforschung als auch für den an der bayerischen Nachkriegsentwicklung allgemein interessierten Leser dar.

Ulrich Wirz

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie 16. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2004, 491 Seiten, € 44,00.

Das Jahrbuch Extremismus und Demokratie – mittlerweile im 16. Jahr von Uwe Backes und Eckhard Jesse herausgegeben – belegt erneut seinen Charakter als Standardwerk im Bereich der Extremismusforschung. Aber auch darüber hinaus liefert es wichtige Anregungen und Beiträge für weitere Arbeitsbereiche moderner Sozialwissenschaften wie politische Partizipation oder innere Sicherheit. Die Benutzerfreundlichkeit ergibt sich sowohl aus der sorgfältigen Ausarbeitung des Bandes wie auch aus der Gliederung des Handbuchs in drei Komplexe: Analysen; Daten, Dokumente, Dossiers sowie Literatur.

Im ersten Abschnitt finden sich immer wieder Beiträge, die am ehesten neue Forschungsperspektiven eröffnen. In diesem Fall ist – neben dem Beitrag der Herausgeber über Extremismen im Vergleich – besonders der Artikel von Armin Pfahl-Traughber zu erwähnen, der klassische Totalitarismuskonzepte von Eric Voegelin, Karl Popper, Hannah Arendt und Carl Friedrich gegenüberstellt, quasi ein ex-post-Vergleich politikwissenschaftlicher Klassiker im Hinblick auf deren Aussagekraft in der Gegenwart. Der zweite Abschnitt bringt die gewohnt zuverlässigen Überblicke über Wahlen und Organisationen im Berichtsjahr 2003. Es folgen ein Interview mit Heinz Fromm, dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, sowie sehr interessante Artikel über die NPD nach dem gescheiterten Verbotsverfahren (Lars Flemming) und das neue Parteiprogramm der PDS (Viola Neu). Der Beitrag von Johannes Urban versucht die Ent-

wicklung einer umfassenden Systematik der Terrorismusbekämpfung. Es folgt ein lesenswertes biografisches Porträt über Andreas Baader (André Gottschling) und ein gutes Länderporträt zu Tschechien (Lukás Novotný). Wie intensiv das Handbuch alle Spielarten im linksextremen wie im rechtsextremen Spektrum behandelt, zeigt der Artikel von Sebastian Dittrich über die Zeitschrift „Bahamas“, das Sprachrohr einer „antideutschen“ Splittergruppe des Kommunistischen Bundes, die sich vor allem durch pro-israelische, den Irak-Krieg verteidigende Aktionen zu profilieren versucht.

Der Literaturteil bietet erneut beste Hinweise für weitere Forschungsarbeiten. Heraus stehen (nicht nur wegen der Fülle der bearbeiteten Literatur) der Literaturbericht von Thomas Meyer zu Fundamentalismus, Islamismus und Terrorismus sowie die Sammelrezension von Eckhard Jesse über Literatur zum 50-jährigen Jubiläum des 17. Juni 1953. Überhaupt kommt sachliche Kritik an einzelnen Publikationen wie immer nicht zu kurz – in prägnantester Form in der Reihe „Kontrovers besprochen“, wo es diesmal das Buch von Udo Ulfkotte über Islamismus in Deutschland trifft. Aber auch das Rezensionsschema, die Rubriken „Wieder gelesen“ und „Literatur aus der Szene“ haben sich bewährt. Die Fülle der Haupt- und Kurzbesprechungen sowie die kommentierte Bibliografie decken sicher das ab, was man in Deutschland zu diesem Komplex an wissenschaftlicher Literatur in einem Jahr zur Kenntnis genommen haben kann. Das Personenverzeichnis erhöht zusätzlich die Benutzerfreundlichkeit.

Man muss dem neuen Jahrbuch wieder einmal bestätigen, dass es für sein Fachgebiet und für wesentliche Teile der politikwissenschaftlichen Forschung in Deutschland unverzichtbar ist. Es wäre nur zu wünschen, dass andere Felder des Faches über ein ähnlich qualifiziertes und nutzbringendes Handbuch verfügen könnten. Für die Extremismusforschung hat es Standards gesetzt und wird dies hoffentlich noch lange tun.

Gerhard Hirscher

Ratzinger, Joseph Kardinal: Werte in Zeiten des Umbruchs. Die Herausforderungen der Zukunft bestehen. Freiburg, Basel, Wien: Herder-Verlag, 2005, 156 Seiten, € 8,90.

„Steht die Katholische Belletristik auf der Höhe der Zeit?“ – mit dieser Frage provozierte der streitbare Publizist Carl Muth seine schrei-

benden Glaubensgenossen des Jahres 1898, um sie zur Überwindung ihrer noch kulturkampfbedingt vorherrschenden Engherzigkeit aufzurufen. Wenig mehr als ein Jahrhundert später darf mit postmoderner Heiterkeit konstatiert werden, dass noch nicht einmal Belletristik schreiben muss, wer Verkaufsschlager wie „Harry Potter“ von der Höhe der Bestsellerlisten verdrängen möchte – vorausgesetzt man trägt den Namen Joseph Kardinal Ratzinger. Doch trotz bemerkenswerter Verkaufszahlen läuft die hier anzuzeigende Sammlung verstreuter Texte aus der Feder des vormaligen „cardinale d'acciaio“ Gefahr, als Souvenir aus den Frühjahrstagen der Papsteuphorie ungelesen auf den schmalen Bücherborden der „JPII“-Generation zu verstauben, weshalb eine Rezension dieses „Bestsellers“ gerechtfertigt erscheint.

Leichte Kost ist nicht zu erwarten, wenn sich ein Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation an grundlegende Fragen heranschreibt. Und so ist zunächst das große Verdienst des Verlages hervorzuheben, die unterschiedlichen Texte aus den Jahren 1992 bis 2004 thematisch in drei große Blöcke gegliedert zu haben, die sich im Verlauf der Lektüre gleichwohl zu einem kohärent geknüpften Gedankenteppich fügen und in der ans Ende gesetzten Gedenkpredigt zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie ihren harmonischen Ausklang finden.

Unter der Leitfrage „Wonach handeln?“ versammelt das Eingangskapitel zunächst vier Beiträge Ratzingers zum Verhältnis von Politik und Moral. Geht es im ersten um den kritischen Blick des Alten und Neuen Testaments auf „politische Visionen“ und um die Frage, was christlicher Glaube zu einem verantwortlichen politischen Handeln beisteuern kann – „er ersetzt nicht die Vernunft, aber er kann zur Evidenz der wesentlichen Werte beitragen“ –, bildet der zweite Beitrag gleich das intellektuelle Herzstück des schmalen Bandes. Es handelt sich um Ratzingers Stellungnahme anlässlich des Gesprächsabends mit dem Nestor der Frankfurter Schule, Jürgen Habermas, zum Thema „Vorpolitische moralische Grundlagen eines freiheitlichen Staates“. Die Argumentationslinie des äußerst dicht geschriebenen Textes läuft auf ein behutsames Ausbalancieren von Vernunft und Glaube hinaus. Beide seien zu gegenseitiger „Heilung und Reinigung“ aufeinander angewiesen und müssten sich in einem unabschließbaren komplementären Lernprozess gegenseitig ernst nehmen. Kuriiert werden sollen je nach Bedarf die Pathologien der Vernunft und die des Glaubens: die Hybris einer im Machbarkeitswahn rotierenden Ratio ebenso wie der Fana-

tismus eifernder Religiosität. Es gelte, so Ratzinger, die anmaßende Vernunft an ihre Grenzen zu gemahnen, auf dass sie wieder Hörbereitschaft gegenüber den großen religiösen Überlieferungen der Menschheit lerne – etwa da, wo sie den Menschen dazu verleite, „hinab in die Brunnenstube der Macht, an den Quellort seiner eigenen Existenz“ zu steigen, und sich selbst im genetischen Experiment neu zu entwerfen. Desgleichen sollten aber auch die Auswüchse entfesselter Religion „unter das Kuratel der Vernunft“ gestellt und sorgsam eingegrenzt werden – etwa da, wo sie Terror zu legitimieren helfen.

In eine ähnliche Richtung weisen auch die letzten beiden Texte dieses Kapitels, in denen Ratzinger den moralischen Prinzipien in demokratischen Gesellschaften nachspürt, die Frage erörtert, wie eine Demokratie diejenigen moralischen Werte in Geltung halten kann, die von keiner Mehrheitsüberzeugung getragen werden – „was Menschenrechte sind und worin Menschenwürde besteht, liegt keineswegs immer für die Mehrheit offen zu Tage“ –, und einen Ausgleich zwischen individueller Freiheit und gemeinschaftlichen Werten anmahnt. Seine abschließende Aufforderung zur Rückbesinnung auf unser sittliches und religiöses Erbe präludiert dann bereits die Fragestellung des zweiten großen Kapitels „Was ist Europa? – Grundlagen und Perspektiven“.

In einem Parforceritt durch die Historie von Herodot bis weit in die Neuzeit hinein unternimmt Ratzinger hier zunächst den durchaus überzeugenden Versuch, eine „innere Identität“ Europas aus der Entstehungsgeschichte dieses „Kontinents“ heraus zu bestimmen; was ihn mit Blick auf die Probleme der Gegenwart zu dem kaum überraschenden Resultat führt, dass Europa – anders als der islamischen Welt – eine solche „tragfähige geistige Grundlage“ in unseren Tagen abhanden gekommen sei. Dies verurteile unseren Kontinent trotz seiner noch währenden politischen und wirtschaftlichen Macht langfristig zu Abstieg und Untergang. Es sei denn, Europa finde wieder zu einer neuen Annahme seiner selbst, und das heißt für den vormaligen Professor für Dogmengeschichte in erster Linie: zu einer erneuten Zuwendung zu den großen Konstanten seines christlichen Erbes, zu einer erneuten ebenso kritischen wie demütigen Annahme seiner religiösen und sittlichen Grundlagen.

Das dritte Kapitel vereinigt unter der Überschrift „Verantwortung für den Frieden“ noch einmal vier, in ihrer theologischen Tiefenschärfe allerdings recht unterschiedliche

Beiträge, die der Autor als „Richtpunkte“ für den aktuellen Diskurs verstanden wissen will. Thematisch setzt sich Ratzinger hier zunächst mit der Frage nach dem subjektiven Gewissen als oberster Norm auseinander – von einem Präfekt der Glaubenskongregation erwartungsgemäß mit dem Hinweis auf die Möglichkeit des „irrenden Gewissens“ und die „Letztinstanzlichkeit“ der unteilbaren „Wahrheit Gottes“ abgelehnt. Es folgt ein Redebeitrag über die moralischen Maßstäbe für einen gerechten Krieg, die filigrane Trias von Frieden, Recht und Gerechtigkeit sowie das neue pathologische Phänomen des Terrors. An dieser Stelle stößt man auf die schwächsten Passagen des Buches, da dem Leser zahlreiche Gedanken bereits aus dem ersten Kapitel vertraut sind, was zu einigen Redundanzen führt. Die letzten beiden Texte fragen schließlich noch einmal nach der spezifischen Verantwortung der Christen für den Frieden in der Welt, erinnern im Angesicht der Gräber auf dem deutschen Soldatenfriedhof La Cambe bei Caen an die „Gnade der Versöhnung“ und die Wiederherstellung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg „auf dem festen Boden des christlichen Ethos“ und münden in der Mahnung an die gegenwärtigen Baumeister eines vereinigten Europa: „Auch heute sind Verantwortung vor Gott und Verwurzelung in den großen, überkonfessionellen Werten und Wahrheiten des christlichen Glaubens die unverzichtbaren Kräfte für die Bildung eines Europa, das mehr ist als ein Wirtschaftsblock: eine Gemeinschaft des Rechts, ein Hort des Rechts, nicht nur für sich selber, sondern für die Menschheit im Ganzen.“

Damit steht der scharfsinnige Religionsintellektuelle Ratzinger mit seinen skizzierten Gedanken einmal mehr „auf der Höhe der Zeit“ – und man kann diesem Buch nur wünschen, dass der gesteigerten Prominenz, die seinem Autor in der Sixtinischen Kapelle zugewachsen ist, auch eine gesteigerte Bereitschaft zur ernsthaften Lektüre seiner hier versammelten Texte folgen möge.

Philipp W. Hildmann

Sanden, Joachim: Die Weiterentwicklung der föderalen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland. Staatsrechtliche Studie zu einem postmodernen Ansatz der Bundesstaatsreform. Berlin: Duncker & Humblot (= Schriften zum Öffentlichen Recht Band 986), 1286 Seiten, 2005, € 128,00.

Kennzeichen von Bundesstaatlichkeit ist ihre je eigene historische Einmaligkeit. Diese dür-

fe jedoch nicht, so lautet die These einer von Joachim Sanden verfassten Lüneburger Habilitationsschrift, dazu führen, sich dem Fatalismus einer verlaufsabhängigen Determiniertheit zukünftiger Weiterentwicklung zu ergeben. Stattdessen gelte es, rationale Steuerungsmethoden und Effizienzkriterien zu entwickeln und vor allem anzuwenden, um die Bundesländer neu zu ordnen, zumal die unhistorische Künstlichkeit der meisten bereits von den Alliierten erschaffenen Länder offensichtlich ist.

Grundlegend setzt sich Sanden freilich zunächst mit denjenigen Organisationsfragen auseinander, die eine bundesstaatliche Ordnung zwingend mit sich bringt: Handelt es sich beim Bundesstaat um zwei getrennte und gleichberechtigte Staaten, nämlich Zentralstaat und Gliedstaat, die für ein Territorium und ein Volk nebeneinander regieren? Der Jurist beantwortet diese Frage vorsichtig: Die beiden Staaten seien beide in ihren Kompetenzbereichen souverän und sollen miteinander kooperieren statt nebeneinander zu agieren oder gar gegeneinander zu konfliktieren. Die gegenwärtige bundesstaatliche Wirklichkeit in Deutschland sieht der Verfasser freilich pessimistisch – möglicherweise allzu pessimistisch. Der Bund habe insbesondere im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung zahlreiche Kompetenzen an sich gezogen. Vom Bund gingen häufig Gesetze aus, deren Erfüllung die Länder zu tragen hätten.

Zudem stellt sich bereits seit dem Deutschen Kaiserreich von 1871 wie in jedem anderen bundesstaatlich verfassten Gemeinwesen die Frage, ob die Gesamtheit der Länder eine eigenständige Größe bildet oder nicht. Der Verfasser bezieht sich in diesem Punkt auf die bereits 1961 formulierte Ansicht des Bundesverfassungsgerichts, das eine solche Eigenstaatlichkeit der Länder als Gesamtheit verneint. Freilich wird im Verlaufe der Studie deutlich, dass diese Aussage normativ ist und nicht (mehr) die Wirklichkeit abbildet. So weiß sie von „mehreren hundert“ (S. 72) Arbeitsgemeinschaften und -kommissionen zu berichten, die die Länder gemeinsam unterhalten.

Von solch einer dritten Ebene muss für die Bundesrepublik Deutschland in praxi jedoch allein schon auf Grund des ausgeprägten Parteienstaates ausgegangen werden, der das vom Verfasser eingehend untersuchte und als fortschritts- und effizienzhemmend kritisierte Phänomen stiller Nebenregierung der jeweiligen Bundesopposition seit den 1970er-Jahren hat entstehen lassen.

Allgemein lässt sich freilich diese Vielgliedrigkeit, die in der Eigenart eines Bundesstaates im Allgemeinen und derjenigen des deutschen Bundesstaates der Gegenwart im Besonderen angelegt ist, als ein politischen Wettbewerb förderndes Mittel erachten. Diese Ansicht bezeichnet auch den Grundtenor der vorliegenden Arbeit. In ihrer gegenwärtigen Form führe die bundesstaatliche Verfassung Deutschlands freilich zu hohe Opportunitätskosten herbei, um diese Effizienz zu rechtfertigen. Der Autor empfiehlt in verschiedenen Zusammenhängen und Politikfeldern daher, das Bundesgebiet neu zu gliedern. Hierzu liefert die Arbeit auch eingehende konkrete Vorschläge und versteht sich bewusst als Beitrag zur gegenwärtigen politischen Diskussion.

Kennzeichnendes Anliegen ist dabei, Grundannahmen über die Gegenwart als Postmoderne und daraus abgeleitete gesellschaftliche und politische Theorien der Postmoderne als Voraussetzung politischer und administrativer Planung zu verwenden. Der Autor geht beispielsweise ganz entschieden davon aus, dass Integration nicht mehr Aufgabe moderner Staatlichkeit sein könnte. Aber was ist die Alternative: Ausschluss derer, die normierte Ziele nicht erreichen? Oder Sezession derer, die sich von Trittbrettfahrern ausgenutzt sehen? Sanden antwortet, indem er von einem Gerechtigkeitsbegriff ausgeht, der verstärkt unterschiedliche Fortschrittsgeschwindigkeiten ermöglicht und das Postulat der „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ relativiert. Im Einzelnen legt er dar, dass trotz der Reformen die Bundesländer über einen derart erheblichen Teil ihrer Steuereinnahmen nicht frei verfügen können und wirkungsvolle Anreize zu materieller Selbstständigkeit weithin fehlen.

Um Reformen anstoßen zu können, muss der Bundesstaat stets selbst reformiert werden. Dann freilich ist er wohl die historisch anpassungsfähigste und liberalstaatlichen Maßstäben angemessenste Form staatlicher Einwirkung auf die Gesellschaft: Der Bundesstaat ist der Staat seiner Gesellschaft.

Daniel Hildebrand

Gehler, Michael: Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung. München: Olzog-Verlag 2005, 477 Seiten, € 24,50.

Die Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005 haben den europäischen Verfassungsvertrag jäh gestoppt.

Seitdem wird von einer tiefen Krise im europäischen Integrationsprozess gesprochen. Ein Mitherausgeber der FAZ hat die europapolitische Situation wie folgt beschrieben: „Das von oben verordnete Europa, in dem in konspirativen Zirkeln konträre Vorstellungen zusammengepresst werden, ist tot. Die EU wird das sein, was ihre Bürger wollen, oder sie wird sich winselnd aus der Geschichte verabschieden“ (FAZ v. 23.6.2005, S. 1). Das mag überspitzt formuliert sein, unzweifelhaft jedoch dürfte sein, dass die EU eine Grundsatzdiskussion über ihr Wesen, ihre Werte und ihre Zukunft („Finalität“) benötigt. Zu einer solchen Diskussion muss auch die Publizistik und die intellektuelle Elite einen substanziellen Beitrag leisten. Es bedarf nicht nur einer für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbaren Präsentation europapolitischer Themenstellungen und Grundsatzfragen in den Medien (hier liegt eine wichtige Aufgabe insbesondere des öffentlich-rechtlichen Rundfunks), sondern darüber hinaus auch einer europapolitischen Literatur, die sich – frei von übertriebenem Pathos – der allgemein verständlichen Darstellung dessen widmet, was Europa bedeutet, welche seine ideellen und geschichtlichen Wurzeln sind und wie sich daraus aktuelle Probleme verstehbar machen und lösen lassen. Einem solchen Anspruch der Verknüpfung geistes- und politikgeschichtlicher, ideeller und aktueller Aspekte der europäischen Integration wird das hier anzuzeigende Werk in hohem Maße gerecht. Dies gilt vor allem für Sprache, Aufmachung und Konzeption des Buches. Es ist nicht für den Rechts-, Politik- oder Geschichtswissenschaftler geschrieben, sondern so verfasst, dass es auch der „interessierte Laie“ mit Gewinn lesen kann, zumal eine Vielzahl von Grafiken, Abbildungen und Karikaturen für Auflockerung und Abwechslung sorgen.

Im Einzelnen gliedert sich das Buch in drei Teile. Im ersten Teil (S. 9-54) werden die „Ursprünge und Charakteristika“ Europas knapp und prägnant skizziert. Gehler, Professor für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck, spannt den Bogen von der „Antike als kulturellem Ausgangspunkt“ über die „Säkularisierung der Herrschaftslegitimation“ bis hin zu den „Klöstern, Kirchen und Universitäten als Prägestätten des Geistes und Wissens“. Dieses gemeinsame Erbe bietet ein tragfähiges und heute wieder stärker bewusst zu machendes Fundament der europäischen Einigung. Im zweiten Teil (S. 55-130) werden „Europa-Ideen im Spannungsfeld von Idee und Wirklichkeit“ zusammengestellt. Hier bietet sich – wenn auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit – dem Leser eine wahre Fund-

grube europäischen Denkens (von Dante über Kant bis hin zum Karlspreis von Aachen). Die Intensität des Ringens um Europa wird dem Leser in einer beeindruckenden Dichte vor Augen geführt. Die Lektüre ist geradezu Motivation, den heute erreichten Stand der europäischen Einigung nicht nur angemessen zu würdigen, sondern ihn auch zu schätzen und vor Überdehnungen zu schützen. Der dritte Teil (S. 131-340) bietet eine solide informierende Darstellung der politischen Entwicklung der europäischen Integration seit dem Zweiten Weltkrieg. In acht Unterabschnitten wird der Weg Europas von den Römischen Verträgen bis zum aktuellen Prozess des Entstehens eines europäischen Verfassungsvertrages nachgezeichnet und kommentiert. Insgesamt hätte diesem Teil vielleicht etwas mehr Straffung gut getan. Positiv herauszuheben ist vor allem, dass Gehler in wohlthuender Weise auf Pathos und Euphemismen verzichtet und ein realistisches Bild der heutigen Europapolitik skizziert, was insbesondere für die mit Skepsis behandelte Frage nach einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU (S. 314 ff.), aber auch für die Zukunft einer europäischen Verfassungsentwicklung (S. 307 ff.) gilt. Zutreffend dürften die Thesen Gehlers sein, die europäische Integrationsdynamik sei an einem Wendepunkt (S. 333), die Integration sei in den harten nationalen Politikbereichen an den Grenzen ihrer Gestaltungsmöglichkeiten und Gangbarkeiten angelangt (S. 337). Mindestens in der Wortwahl über das Ziel hinausgeschossen ist Gehler allerdings bei seiner Bewertung der jüngeren Außenpolitik der USA („angloamerikanischer Blitz- und Vernichtungskrieg gegen das irakische Regime“ (S. 337); „Neoimperialismus“ (S. 338)). Insoweit hätte man sich bei aller berechtigten Kritik doch etwas mehr Differenzierung erwartet.

An den Textteil, der mit einem kritischen Ausblick schließt, fügt sich ein umfangreicher „Service“-Teil. Hervorzuheben ist das für den in der Europapolitik nicht so bewanderten Leser hilfreiche Glossarium (S. 387-405) sowie eine ausführliche Chronologie (S. 405-427). Ein besonderer Service für den Leser ist ein Verzeichnis von web-Adressen mit Europabezug. Die dort aufgeführten Links bieten dem Leser zusammen mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis ausgezeichnete Möglichkeiten zur vertiefenden Information.

Fazit: Gehler hat ein insgesamt überzeugendes Werk vorgelegt, dem man weite Verbreitung nicht nur in den Fachbibliotheken wünscht.

Josef Franz Lindner

Hirn, Wolfgang: Herausforderung China. Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert. Frankfurt: S. Fischer Verlag GmbH, 2005, 255 Seiten, kt., € 14,90.

Der bekannte Wirtschaftsreporter, der seit annähernd zwanzig Jahren regelmäßig nach China reist und dort recherchiert, kommt nach seiner ausführlichen Beschäftigung mit den wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Kräften des „aufgewachten Drachens“ zu dem Schluss, dass dort heute eigentlich kein „Kommunismus, kein Sozialismus und kein Kapitalismus“, sondern ein opportunistischer „Pragmatismus“ als neue Regierungsform dominierend ist. Kennzeichnend für das heutige China ist „ein neo-autoritäres Staatsmodell, das dem Land einen gewaltigen Modernisierungskurs verordnet und sich das Wohlfühlen der 1,3 Milliarden Chinesen durch Mehrheit des Wohlstandes sichert“.

Markant und besonders auffallend sind nicht nur die fundierten Fach- und Sachkenntnisse des Autors, sondern auch die einprägsamen, kurzen und plakativen Formulierungen. Exemplarisch können folgende hervorgehoben werden: 700 bis 800 Millionen Chinesen sind heute noch bereit, für zwei bis drei Dollar am Tag zu arbeiten. Dieser Niedriglohn lockt immer mehr ausländische Firmen in das Riesenreich. Der heimische und der Weltmarkt werden mit Billigprodukten überschwemmt. China wird in Zukunft dramatisch zu einer gigantischen Umweltverschmutzung beitragen, die CO₂-Emissionen werden deutlich steigen und das Ozonloch wird sich beängstigend vergrößern. Das Verhältnis zwischen China und den USA wird in den nächsten Jahrzehnten die Weltpolitik bestimmen. Das heutige China-Bild der westlichen Welt ist größtenteils antiquiert und realitätsfern. Bestimmend für die aktuelle Situation ist die Herrschaft der Technokraten. Die Führungspositionen werden von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren eingenommen, die alle über Erfahrungen im westlichen Ausland verfügen. Neuerdings kommen noch Juristen und Wirtschaftswissenschaftler hinzu. Die Führungselite huldigt einem Pragmatismus, der das hohe Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt stellt. Wolfgang Hirn kommt zu dem Schluss: „Wenn China weiter so rasant wächst, Europa weiter so vor sich hin dümpelt, die Japaner in ihrer Stagnation erstarren und die Amerikaner nicht umdenken, dann wird China sie alle überholen. Es ist nur eine Frage der Zeit!“. Entscheidend ist auch das riesige intellektuelle Potenzial, über welches China verfügt und welches jetzt so schnell wie möglich aktiviert werden soll.

Festzustellen ist, dass Hongkong, Taiwan und die Volksrepublik China sowie die Übersee-Chinesen immer schneller zusammenwachsen und damit das Wirtschaftspotenzial weiter erhöhen. Es kommt zu einer einmaligen Kombination aus Know-how, Kapital und Arbeit. Dazu kommt noch, dass Entscheidungsprozesse in China eine sehr kurze Vorlaufzeit haben. Die chinesischen Führungstechnokraten entscheiden rasch und sorgen für die zügige Umsetzung der Beschlüsse. Dadurch gewinnt China Strategievorteile gegenüber westlichen Firmen. China wird so mehr und mehr zur Produktions-Supermacht. Heute ist China hinter den USA das viertgrößte Produktionsland der Welt. China entwickelt sich zum „Warenhaus der Welt“. In China produzieren die Autogiganten General Motors und Volkswagen. In China entstehen die größten Chip-Fabriken. In China lässt Siemens die neuesten Handys zusammenbauen. Immer neue westliche Firmen gründen Niederlassungen in China. In Mexiko verdient ein Fabrikarbeiter im Schnitt 300 Dollar im Monat, ein Chinese dagegen nur 100 Dollar. Die Japaner stellen besorgt eine Verlagerung der Massenproduktion von den Inseln auf das Festland fest. In den letzten zwölf Jahren hat Japan mehr als drei Millionen industrielle Arbeitsplätze verloren. Der chinesische Arbeitsmarkt ist unersättlich. China wird außerdem für immer mehr Konzerne zu einer attraktiven Exportbasis. Eklatant und verlockend ist das Lohngefälle zwischen Westeuropa und Fernost. Eine neue und sehr interessante Arbeitsteilung zeichnet sich zwischen China und Indien ab. Indien wird „das Dienstleistungszentrum“ und China „die Werkbank“ der Welt. Die beiden asiatischen Mächte verfügen zusammen über eine gigantische Bevölkerungszahl und ein nahezu unerschöpfliches Arbeitskräftepotenzial: 1,3 Milliarden Menschen in China und rund eine Milliarde Menschen in Indien. Chinesen und Inder sind heute bereit, um fast jeden Preis zu arbeiten. Durch Chinas und Indiens Aufstieg wird unsere westliche industrielle Basis immer stärker bröckeln. China und Indien gewinnen immer mehr Bedeutung auf den internationalen Produktions- und Arbeitsmärkten. Die Verlierer sind zunehmend Europa und die USA.

Inzwischen hat die intellektuelle Führungselite in Peking erkannt, dass die Zukunftsentwicklung entscheidend von der Aktivierung des kreativen Potenzials abhängt. Daher kommt dem Bildungssystem eine Schlüsselrolle für Chinas „Denkfabriken“ zu.

W. Hirn weist auch mit Nachdruck auf die aktuellen Probleme hin, die mit Chinas wirt-

schaftlicher und industrieller Prosperität zusammenhängen. Dazu gehören riesige, ungelöste Umweltprobleme (verheerende Wüstenstürme, Abnahme der Wasserqualität, Bodenverseuchung usw.), der nahezu unstillbare „Hunger nach Rohstoffen aller Art“ (China kauft sämtliche Rohstoffmärkte leer und treibt

die Preise in die Höhe) und die Entwicklung neuer politischer Konfliktzonen. Es entstehen ganz neue politische Kraftfelder. Chinas Aufstieg verändert auch unser Leben!

Gottfried Kleinschmidt

Ausstellung

CSU plakativ – 60 Jahre gestaltete Politik



Hanns
Seidel
Stiftung

Eine Ausstellung des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung

Im Jahr 2005 kann die Christlich-Soziale Union auf 60 Jahre Parteigeschichte zurückblicken. Zu diesem Anlass greift die Hanns-Seidel-Stiftung das Thema „Plakate“ als Ausdruck politischer Kultur in ihrer Ausstellung „CSU plakativ – 60 Jahre gestaltete Politik“ auf.

Die Ausstellung ist thematisch konzipiert und beleuchtet schlaglichtartig, mit Hilfe von Plakaten und Flugblättern, 60 Jahre gestaltete Politik der CSU. Sie führt vor Augen, dass die in der Öffentlichkeit und den Medien oft sehr schnell abqualifizierten Parteien über sechs Jahrzehnte spannend und farbig Politik gestaltet haben. Ausgewählt wurden die zentralen Stationen und die wichtigsten politischen Themen der Parteigeschichte, die nicht nur für die CSU selbst, sondern weit darüber hinaus auch für die Geschehnisse Bayerns und Deutschlands prägend waren.

Virtuelle Ausstellung
www.hss.de/7334.shtml

Besuchen Sie uns im Internet
ab 10. Oktober 2005

Als zeitgeschichtliche Zeugnisse dokumentieren Plakate die graphische und künstlerische Entwicklung dieses Mediums, beleuchten mit ihren Aussagen und Slogans aber auch historische Ereignisse ebenso wie die Denkweisen, Einstellungen, politischen Vorstellungen und Ziele ihrer Entstehungszeit. Die ausgestellten politischen Plakate der CSU vermitteln einen Eindruck von den großen Zeit- und Streitfragen, den politischen Auseinandersetzungen der vergangenen 60 Jahre, den Ideologien und Zielvorstellungen der politischen Parteien.



Landtagswahl 1954

Zur Ausstellung ist ein Begleitband erschienen, der mit einer Reihe von Daten, Statistiken und Übersichten sowie einer Chronologie zur Geschichte der CSU 1945 bis 2005 angereichert ist. Auch diese sind plakativ, mit einer weiteren Auswahl von Plakaten, Flugblättern und Fotos, dokumentiert.

Der Begleitband zur Ausstellung ist gegen eine Schutzgebühr von € 5,- ebenfalls über die Hanns-Seidel-Stiftung zu beziehen.

Ankündigungen

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können von Interessenten bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-241/266) oder im Internet www.hss.de/publikationen.shtml bestellt werden:

- **aktuelle analysen**

- Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – Eine Bilanz des Jahres 2004
- Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der altermondialistischen Bewegung

- **Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen**

- Die Universalität der Menschenrechte
- Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich

- **Berichte und Studien**

- Islamistischer Terrorismus. Bestandsaufnahme und Bekämpfungsmöglichkeiten

- **Weitere Publikationen**

- Franz Josef Strauß – Wesentliche Stationen seines Lebens (€ 5,00)
- Bayerische Lebensbilder 2: Biografie, Erinnerungen, Zeugnisse. Franz Josef Strauß, Ludwig Bölkow, Sepp Hort (€ 5,00)

Über den Buchhandel zu beziehen:

- Hans Zehetmair (Hrsg.):
Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005. (ISBN 3-531-14797-8)
- Hans Zehetmair (Hrsg.):
Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004. (ISBN 3-531-14477-4)

Autorenverzeichnis



Brummer, Klaus, Dr.
Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung, Projekt „Europas welt-politische Mitverantwortung“, Gütersloh

Feser, Andreas, Dr.

Jurist, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der CSU-Landesgruppe der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin



Hacke, Christian, Prof. Dr.

Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn

Höpfinger, Renate, Dr.

Leiterin des Archivs für Christlich-Soziale Politik (ACSP), der Bibliothek, Informations- und Dokumentationsstelle der Hanns-Seidel-Stiftung München



Merkel, Angela, Dr., MdB

Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Vorsitzende der CDU, Berlin



Möller, Horst, Prof. Dr. Dr. h.c.

Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, München, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians Universität, München



Münch-Heubner, Peter, Dr.

Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München-Neubiberg



Oberreuter, Heinrich, Prof. Dr.

Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, Lehrstuhl für Politikwissenschaft I, Passau

Opitz, Peter J., Prof. Dr. em.

Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München



Schüssel, Wolfgang, Dr.

Bundeskanzler der Republik Österreich, Vorsitzender der ÖVP, Wien
(Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA)



Stoiber, Edmund, Dr., MdB

Ministerpräsident des Freistaats Bayern, Vorsitzender der CSU, München



Waigel, Theodor, Dr.

Bundesminister a.D., Rechtsanwalt, Ursberg



Zehetmair, Hans, Dr. h.c. mult.

Staatsminister a.D., Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München

POLITISCHE STUDIEN

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen



Abonnement

Zeitschrift für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung

Forum für neue Perspektiven und Konzeptionen,
für Dialog und Diskussion in Wissenschaft und Politik –
eine Informationsquelle für jede/n politisch interessierte/n Bürger/in

mit wissenschaftlichen und politischen Beiträgen,
Kommentaren zu grundlegenden und aktuellen Entwicklungen in Staat und
Gesellschaft, Rezensionen aktueller Literatur.

Die POLITISCHEN STUDIEN verfolgen seit über fünf Jahrzehnten engagiert die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und die internationale Lage. Sie verstehen sich als publizistisches Organ der Hanns-Seidel-Stiftung zur Verbreitung, Durchsetzung und Wahrung der Leitlinien des freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates und begleiten diesen mit kritischen wissenschaftlichen Analysen und politischen Fragestellungen.

Als Plattform des Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik wollen die POLITISCHEN STUDIEN dazu beitragen, die Kluft zwischen Theorie und Praxis verringern zu helfen, die in Tagesfragen enthaltene grundsätzliche Auseinandersetzung darzustellen und begründete Antworten zu entwerfen.

Die POLITISCHEN STUDIEN wissen sich dem christlich-abendländischen Menschenbild und seiner Wertordnung verpflichtet und versuchen, von diesem Fundament aus in die wissenschaftliche Diskussion und praktische Politik hineinzuwirken.

Die POLITISCHEN STUDIEN erscheinen als

PERIODIKUM / THEMENHEFTE / SONDERAUSGABEN

Bestellcoupon siehe Rückseite

Wenn Sie nähere Informationen wünschen, schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an:
Tel. 089/1258-241 · Fax 089/1258-469 · PolStud@hss.de

Bitte ausschneiden und einfach per Fax oder an unten stehende Adresse senden



**Hanns
Seidel
Stiftung**

Redaktion

POLITISCHE STUDIEN

LAZARETTSTRASSE 33

80636 MÜNCHEN

Fax 089/12 58-469

Wichtige rechtliche Mitteilung:

Wir garantieren, dass Sie Ihren Abonnementsauftrag innerhalb von 10 Tagen widerrufen können. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels).

Diese Garantie habe ich gelesen und bestätige dies durch meine Unterschrift.

Datum/Unterschrift

Hiermit bestelle ich die POLITISCHEN STUDIEN

- ☐ als Probeheft zum Kennenlernen.
- ☐ als Einzelheft auf Rechnung (EUR 4,50): Heft-Nr.
- ☐ im Abonnement (EUR 27,00).
Das Abonnement gilt für 12 Monate. Es verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, sofern nicht schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf bei der Redaktion gekündigt wird.
- ☐ als Studenten/Schüler-Jahresabonnement (EUR 13,50)
bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung.

Vorname

Name

Straße, Hausnummer

E-Mail

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

